

Joseph von Utzschneider
(1763 - 1801)

Sein Leben, sein Wirken

Hans-Peter Sang

Hans-Peter Sang

**Joseph von Utzschneider
(1763 – 1801)**

Sein Leben, sein Wirken

Inaugural-Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades der
Philosophischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität
in München.

Referent: Prof. Dr. E. Weis

Koreferent: Prof. Dr. H. Schmidt

Tag der mündlichen Prüfung: 25.2. 1985

Meiner lieben Mutter und meiner lieben Frau in Dankbarkeit



Ritter Joseph v. Uraschnaider

Inhaltsangabe

Einleitung	I
Utzschnaiders Kindheit und Jugend	1
Utzschneider und die Auflösung des Illuminatenordens	10
Die Moorkultur im bayerischen Oberland	26
Die Neuordnung der Forstverwaltung	42
Utzschnaiders Ansichten zur Bildung und die Gründung einer Forstschule	67
Utzschneider und Berchtesgaden	82
Bayern nach dem Tode Karl Theodors	102
Utzschneider als Kommissär der Hauptpflegen	107
Die provisorische Zollordnung von 1799	112
Die bayerische Landschaft bis 1799	119
Die Reorganisation des bayerischen Heeres	123
Der Pfalz-Neuburgische-Deputationsabschied	131
Utzschnaiders Forderungen nach einem Landtag in Bayern	138
Die Landschaft im Jahre 1800	144
Die "Neue Erklärung der Landesfreyheit in Bayern"	155
Der Jakobinismus in Bayern	169
Zusammenfassung	180
Anmerkungen	183
Ungedruckte Quellen	222
Gedruckte Quellen und Literatur	225



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41554811_0037

Einleitung

Zu einer der schillerndsten und zugleich umstrittensten Persönlichkeiten des ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts gehört der bayerische Politiker und Wirtschaftsfachmann Joseph von Utzschneider. Aus kleinen Verhältnissen stammend arbeitete er sich durch Fleiß und Intelligenz zu einem der höchsten Staatsämter hoch. Außerdem war er wohl einer der bedeutendsten und größten Unternehmer seiner Zeit in Bayern.

Vor allem die Aufdeckung des Illuminatenordens, seine ihm nachgesagte Mitgliedschaft bei den bayerischen Jakobinern und nicht zuletzt seine Reformvorschläge, die für die Zukunft wegweisend waren, hatten ihm eine Menge Feinde gemacht.

Erstaunlich ist, daß sich die Mehrzahl der Biographen Utzschneiders fast ausschließlich mit seinen wirtschaftlichen Leistungen beschäftigt haben. Insbesondere sind die in unserem Jahrhundert erschienenen Arbeiten vorwiegend Dissertationen der staatswirtschaftlichen Fakultät. Dabei war Utzschneiders politischer Werdegang und Einfluß auf die damalige Zeit mindestens ebenso wichtig, wie seine unternehmerischen Tätigkeiten. Die vorliegende Arbeit behandelt deshalb auch primär seinen politischen Werdegang. Allerdings war es unmöglich das gesamte Wirken Utzschneiders darzustellen. Ebenso wie eine Reihe von Biographen vor mir, mußte auch ich im Laufe meiner Untersuchungen erkennen, daß eine von mir zunächst geplante Gesamtbiographie den zeitlichen Rahmen einer Dissertation sprengen würde. Ich entschloß mich deshalb diesen ersten Band mit Utzschneiders zweitem Sturz im Jahre 1801 abschließen zu lassen.

Gerade die ersten Jahre von 1763 bis 1801 sind bisher von keinem Autor auf fundierter Quellenbasis erarbeitet worden. Da Utzschneider in so unterschiedlichen Gebieten wie der Moorkultivierung, der Forstpolitik, dem Salinen-, Schul- und Mautwesen und schließlich als geheimer Referendär in Landschaftsangelegenheiten gearbeitet hat, war es notwendig,

sich in die einzelnen Gebiete einzuarbeiten. Leider ist aber über die ersteren Gebiete kaum Sekundärliteratur vorhanden. Ich war deshalb gezwungen, mich primär auf die Archivalien zu stützen. Hinzu kommt, daß das Material über und von Utzschneider auf eine Reihe von Archiven verstreut ist. Utzschneiders Nachlaß liegt im Deutschen Museum in München. Doch mit diesen Archivalien alleine hätte sich nur ein sehr unvollständiges Bild von Utzschneider ergeben. Weitere zum Teil äußerst umfangreiche Unterlagen fand ich im Hauptstaatsarchiv, im Hausarchiv, im Kriegsarchiv und in der Staatsbibliothek in München sowie im Münchner Stadtarchiv. Letztgenanntes Archiv und das Staatsarchiv in Salzburg enthalten Quellen, die vor allem für Utzschneiders Tätigkeit in der Politik nach 1807 relevant sind. Das Material für diesen Zeitraum habe ich bereits weitgehend gesammelt und hoffe, daß ich bald die Zeit für einen zweiten Band finden werde.

Der Zeitpunkt 1801 erschien mir als Zäsur günstig, da mit Utzschneiders Entlassung seine erste politische Arbeit weitgehend abgeschlossen war.

In der Erkenntnis seiner Bedeutung für die Nachwelt verfaßte Utzschneider zwei Selbstbiographien, die bis ca. 1820 gehen. Sie sind allerdings nur sehr kurz gefaßt. (1) Weiter gibt es eine Reihe von Nachrufen aus dem Jahre 1840, wobei hier allerdings die Verfasseramen meist nicht mehr feststellbar sind. Der einzige, der mit Namen genannt ist, ist Desberger. (2)

Der erste, der sich längere Zeit nach Utzschneiders Tod mit ihm beschäftigte, war Bauernfeind. (3) Aus Anlaß seines Rektoratsantrittes an der Technischen Hochschule in München hielt er eine Rede über Utzschneider. Bauernfeind hatte noch im Hause Utzschneiders gewohnt, sodaß er eine Reihe von Informationen von Utzschneiders Schwiegersohn in seiner Rede verarbeiten konnte.

Du Moulin Eckart sah sich 1889 genötigt, eine Ehrenrettung für Utzschneider zu verfassen. Er versuchte die Behauptung, daß Utzschneider Mitglied der Jakobiner war, zu widerlegen. Archivalien hat er in größerem Umfang nicht benutzt (4). Stoll und Stahl beschäftigten sich zum erstenmal mit

Utzschnaiders Leben auf archivalischer Grundlage, wobei sie als Staatswissenschaftler primär die wirtschaftlichen Leistungen im Auge hatten. (5)

Diese beiden Autoren sahen auch zum erstenmal den Nachlaß Utzschneiders ein. Auch Mackenthuns Arbeit sieht das Leben Utzschneiders unter vorwiegend wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Die Lebensdaten werden von ihr vor allem von älteren Autoren wie Bauernfeind und Du Moulin Eckart übernommen.

Scheel ist der letzte, der sich im Rahmen seiner Arbeit mit Utzschneider befaßt. Da für ihn vor allem Utzschneiders Betätigung bei den Jakobiner von Interesse ist, wird hier vor allem der Zeitraum von 1799 bis etwa 1800 behandelt. (6)

Utzschneiders Wirken in der Zeit Max Josephs wird aber erst verständlich, wenn man auch seine Tätigkeiten im Staatsdienst unter Karl Theodor betrachtet. Ich hoffe deshalb, daß Utzschneiders Wirken aufgrund der vorliegenden Arbeit besser beurteilt werden kann.

Eine Arbeit dieses Umfangs zu erstellen ist nicht möglich, ohne daß man von einer Reihe von Menschen Unterstützung unterschiedlichster Art erfährt. Zu allererst möchte ich mich bei meinem verehrten Lehrer Herrn Professor Dr. Weis für seine stets intensiv gewährte Unterstützung bedanken. Weiter schulde ich Herrn Dr. Mogk meinen Dank für seinen hilfreichen Rat vor allem in technischen Dingen. Nicht zuletzt bedanke ich mich bei meiner Mutter, die mir diese Ausbildung ermöglicht hat und bei meiner Frau, die durch ihr Verständnis zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen hat.

I . Utzschneiders Kindheit und Jugend

Am 2. März 1763 wurde Joseph Utzschneider in Rieden am Staffelsee als Sohn der Eheleute Maria und Andreas Utzschneider (1) geboren. (2)

Während die Familie Andree, der seine Mutter entstammte, eine alte eingeseessene Familie in Rieden war, kamen die Utzschneiders erst mit Josephs Großvater, Dominicus Utzschneider, in diese Gegend. Dieser hatte, aus Spriegelsberg, einem kleinen Ort südlich von Murnau stammend, am 30.7.1714 Anna Kölbl aus Riedhausen geheiratet. Da Dominicus in den Hof der Kölbls eingeheiratet hatte, ließ er sich mit seiner Frau in Riedhausen nieder. Bereits am 8.12.1714 starb Anna Utzschneider, doch Dominicus trat schon am 11.2.1715 mit Rosina Göttinger aus Hugltor ein zweites Mal in den Stand der Ehe. Als er am 1.2.1740 starb, hinterließ er seiner Frau sechs Kinder, von denen Andreas Utzschneider das jüngste war. Der Vater Joseph Utzschneiders wurde am 25.10.1733 geboren. Er heiratete am 20.4.1762 Maria Andree in Rieden am Staffelsee. Maria übernahm als älteste Tochter von Ulrich und Mechthilde Andree mit ihrem Mann zusammen den Hof, der bereits seit dreihundert Jahren in Familienbesitz war. (3) Das Ehepaar hatte zusammen neun Kinder, von denen Joseph das älteste war. Zwischen 1763 und 1778 wurden noch geboren: Maria Magdalena (20.2.1764), Maria (25.5.1765), Andreas (16.11.1766), Mechtild (9.8.1768), Franz Paul (3.4.1771), Ulrich (12.5.1773), Maria Anna (22.4.1775), und Urban (28.4.1778). (4)

Der Vater Utzschneiders bewirtschaftete den Hof fast gar nicht. Er zog als Pferdehändler durch das Land und Josephs Mutter hatte zu Hause die Hauptarbeit zu leisten. Hinzu kam, daß Andreas Utzschneider stark trank und dann jedesmal in Streit mit seiner Familie geriet.

Obwohl Utzschneider auf Grund dieser Kindheitserlebnisse keine allzu hohe Meinung von seinem Vater haben konnte, half er ihm später wo er konnte.

Andreas' Trunksucht ging so weit, daß er keinem Erwerb mehr nachging und von seinem Sohn ausgehalten werden mußte. Wohnungen, die ihm Joseph in Klöstern verschaffte, mußte er immer wieder wegen üblen Betragens verlassen. (5)

Ganz anders war da seine Mutter, von der Joseph Utzschneider auch später immer wieder mit großer Hochachtung sprach. (6)

Dank ihres Fleißes hatte die Familie ein Auskommen. Als ihr Mann es immer toller trieb und immer tiefer sank, ließ sie sich im Jahre 1768 scheiden. Dies war damals sicherlich nicht gerade ein alltäglicher Vorgang. Auch nach der Scheidung forderte Andreas Utzschneider immer wieder Geld von seiner Frau und es kam zu mehreren Prozessen. (7)

Die Stelle des Vaters nahm bei Joseph Utzschneider seit frühester Kindheit Andreas Andree, ein Bruder seiner Mutter, ein. Dieser war zunächst Kammerdiener der Herzogin Maria Anna, der Frau von Herzog Klemens Franz. (8)

Am 8. März 1772 wurde er ihr Kabinetts-Sekretär und Zahlmeister. Ueber dieses Amt hinaus soll er auch privat sehr großen Einfluß auf diese Frau gehabt haben. (9)

Nachdem Joseph Utzschneider 1769 die Dorfschule in Uffing besucht hatte, aus der er außer einer körperlichen Abhärtung auf Grund des weiten Schulweges keinen Nutzen ziehen konnte, veranlaßte Andreas Andree, daß der kleine Joseph in die Lateinschule im Kloster Polling geschickt wurde. (10) Doch hier fühlte er sich nicht wohl. Als Bauernjunge war er in einer Schule dieser Art eine Ausnahme. Vorwiegend Kinder aus vornehmen Häusern besuchten die Schule in Polling und diese wollten ihn nicht in ihre Kreise eindringen lassen. Sie verspotteten ihn und ärgerten ihn, so daß er bereits nach kurzer Zeit von der Schule ausriß und nach Hause lief. (11)

Die Mutter hatte Verständnis für den Jungen und ließ ihn bei sich.

Andreas Andree hatte die Begabung seines Neffen bereits früh erkannt. Als er mit dem Hofmusiker Kirmayr nach Rieden kam und dieser die Meinung Andrees über Joseph bestätigte, nahmen sie ihn mit nach München. Wohnen konnte der Junge bei Kirmayr und als Lehrer wurde der Weltpriester Jakob Lampl (12) gewählt, der besonderen Wert auf Latein und

Griechisch legte. Von seinem Lehrer sagte Utzschneider, daß er "ein sehr eifriger Mann war, der für die alten Sprachen eine außerordentliche Vorliebe besaß." (13)

Während eines Besuches 1772 bei seinen Eltern in Rieden ereignete sich ein Unfall, der Utzschneider sein ganzes Leben zeichnen sollte. Am 18. Oktober war Kirchweih und Joseph Utzschneider und einige andere jungen Leute wurden vom Pfarrer auf die große Insel im Staffelsee eingeladen. Nach dem Gottesdienst wurde gejagt, doch Utzschneider wurde, vermutlich weil er noch zu jung war, von der Jagdgesellschaft ausgeschlossen. Aus Zorn darüber und aus Langeweile, wie er selbst schreibt, "nahm ich eine Windbüchse, welche schon geladen und gespannt war, schleppte sie nach mir her, und schoß mich unvorsichtigerweise in den Kopf, so daß ich darüber mein linkes Auge verlor und eine siebenmonatliche schmerzliche Kur ausstehen mußte." (14)

Sein Onkel nahm an seiner Genesung lebhaftesten Anteil. Für viele andere wäre der Verlust eines Auges ein großes Handicap gewesen, doch werden wir sehen, daß dieses körperliche Gebrechen Utzschneider in seinem Arbeitseifer in keiner Weise behinderte.

Nach seiner Genesung übernahm Lampl noch für kurze Zeit seine Erziehung. Im Jahre 1773 trat dann Utzschneider in das Wilhelmsgymnasium in München ein. Seine Lehrer waren in den Jahren 1773 bis 1778 die Exjesuiten Steiner und Sedlmayer sowie die Weltpriester Einsinger und die Brüder Gerhardinger. (15)

Während Utzschneider feststellte, daß ihm die Exjesuiten "wegen seines Fleißes großes Lob gaben," (16) meinte er doch, daß er, "ein bißchen Latein und Griechisch abgerechnet, nicht viel mehr wußte, als er im Jahre 1777 die Rhetorik verließ." (17) "Nicht einmal die Anfangsgründe der Arithmetik, der Algebra, Geometrie und Geographie" (18) kannte er. Auf diese Fächer wurde damals allerdings noch auf keiner Bildungsanstalt großen Wert gelegt, doch zeigt die Erwähnung dieser Wissenschaften, daß Utzschneider ihnen besondere Bedeutung beimaß.

Nach dem Verlassen des Wilhelmsgymnasiums trat Utzschneider als Schüler und Stipendiat in die Marianische Landesakademie ein. Hier kam er zum ersten Mal mit der großen Politik in Berührung.

Am 30. Dezember 1777 starb mit dem Kurfürsten Max III. Joseph die Wilhelminische Linie der Wittelsbacher aus. Sofort wurde von Herzogin Maria Anna ihr Hofzahlmeister Andreas Andree nach Mannheim geschickt, um Karl Theodor " die Nachricht von der Ausrufung des Churfürsten von der Pfalz als Regenten in Bayern zu überbringen." (19)

Mit Ausnahme von Zweibrücken waren seit 1329 erstmals wieder sämtliche bayerische Territorien, nämlich Kurbayern, Kurpfalz, Neuburg, Sulzbach und Jülich/Berg in einer Hand vereint. Karl Theodor, der in seiner Residenz in Mannheim als ein aufgeklärter Fürst und Kunstfreund gerühmt wurde, brachte seinem neuen Herrschaftsgebiet von Anfang an keine großen Sympathien entgegen. (20) Bereits zu Lebzeiten Max Josephs trat er in Verhandlungen mit Oesterreich wegen eines Tausches von ganz Bayern gegen die österreichischen Niederlande. (21) Bayern war zu dieser Zeit ein über fast ganz Deutschland zerstückeltes Gebiet, das von München, Mannheim, Düsseldorf, Neuburg und Sulzbach aus verwaltet werden mußte. Die österreichischen Niederlande dagegen waren ein geschlossenes Staatsgebiet. Alleine aus diesem Grunde mußte ein Tausch verlockend erscheinen. Hinzu kam, daß die Wittelsbacher Hausunion vom 26.2.1771 im Artikel 14 ausdrücklich festlegte, daß ein Ländertausch vorgenommen werden konnte, wenn der Besitz des Hauses nicht geschmälert würde. (22) Mit dem Tode Max III. Joseph traten die Verhandlungen Karl Theodors mit Oesterreich in eine kritische Phase. Unter Androhung eines Einmarsches österreichischer Truppen in Bayern sollte Karl Theodor gezwungen werden, eine Unterschrift unter eine Konvention zu setzen, die die österreichischen Ansprüche auf das ehemalige Straubinger Territorium von Niederbayern, die Stadt Mindelheim, die Landschaft Leuchtenberg und die böhmischen Lehen in der Oberpfalz anerkannte. Weiter sollte die Einwilligung der Zweibrückener Verwandtschaft, die nach dem Hausvertrag von 1771 notwendig war, eingeholt werden. (23)

Obwohl Karl Theodor diese Konvention ratifizierte, marschierten am 16.1.1778 österreichische Truppen in Bayern ein. Dabei besetzten sie Gebiete, die Oesterreich auch nach dem Wortlaut der Konvention nicht zustanden.

Gegen dieses Tauschprojekt erhob sich in Bayern die vehemente Opposition der Patriotenpartei, an deren Spitze sich die Herzogin Maria Anna befand. Dieser Gruppe gehörten u.a. Johann Georg Lori, Freiherr von Obermeyer, Baron Leyden, General Graf Larosee und Oberstkämmerer Graf Tattenbach an. Hinzu kamen Personen wie Lorenz Westenrieder, Johann Baptist Strobl und Franz Seraph Kohlbrenner. Auch die Stände, die immer noch auf die Bestätigung ihrer Privilegien durch den neuen Landesherrn warteten, unterstützten die Patriotenpartei.(24)

Hauptziel dieser Partei war es, Preußen auf ihre Seite zu ziehen und zu verhindern, daß Herzog Karl August von Zweibrücken die oben genannte Konvention unterschrieb. Letzteres gelang ihnen mit Hilfe des zweibrücker Ministers Hofenfels(25), der erkannte, daß dem zweibrücker Hof der tatsächliche Inhalt der Konvention mit Oesterreich bisher vorenthalten geblieben war.

Deswegen riet er seinem Fürsten dringend davon ab, die Konvention zu unterzeichnen(26). Auf Grund des Drängens der Patriotenpartei machte sich Friedrich II. von Preußen zum - natürlich nicht uneigennützigen - Anwalt der bayerischen Probleme. Nach Angaben des Schwiegersohns Utzschneiders, des Berg - und Salinenamtsdirektors von Knorr, soll Utzschneider derjenige gewesen sein, der unter Einsatz seines Lebens die Depesche, die Friedrich II. zum Eingreifen in den bayerischen Erbfolgekrieg bewegte, nach Berlin brachte(27).

Friedrich II. war zum Krieg entschlossen und fiel am 5. Juli 1778 in Böhmen ein. Während sich die beiden Armeen auf den Schlachtfeldern nur kleine Scharmützel lieferten, versuchte man, auf diplomatischem Wege das Problem aus der Welt zu schaffen. Als sich Frankreich und Rußland vermittelnd in den Konflikt einschalteten, waren beide Seiten zu einer Verständigung bereit. Am 10. März 1779

versammelte sich in Teschen der Friedenskongreß und am 13. Mai wurde der Frieden unterzeichnet. Bayern wurde seine Unabhängigkeit garantiert, die von Karl Theodor unterzeichnete Konvention wurde für ungültig erklärt und, ohne daß rechtliche Gründe vorlagen, wurde Oesterreich das Innviertel, ältestes bayerisches Gebiet, zugesprochen. Weiter wurde die Erbfolge des Hauses Zweibrücken in Bayern und in der Pfalz anerkannt. (28)

Das Scheitern der Tauschverhandlungen war sicherlich nur zum Teil der Patriotenbewegung zu verdanken. Karl Theodor dachte stets nur daran, Bayern gegen die gesamten österreichischen Niederlanden einzutauschen. Oesterreich dagegen wollte nie ein so reiches Land wie die Niederlande gegen ein relativ armes und verwaltungsmäßig unorganisiertes Land wie Bayern tauschen. Immer kamen von Oesterreich nur Vorschläge, die für Karl Theodor eine erhebliche Verschlechterung seiner Situation bedeutet hätten und dagegen wehrte er sich beständig. (29)

Hinzu kam, daß man in Oesterreich keine allzu hohe Meinung von der bayerischen Bevölkerung hatte. Der österreichische Gesandte Hartig schrieb in einem Brief an den Wiener Hof:

"Die hiesige Nation ist eben noch so sehr zur Trägheit geneigt, wie sie es zu Tacitus Zeiten schon war, folglich den Tod weniger als die Arbeit und den Fleiß scheut, also pflegt man sich beinahe durchgehend auch auf den Diebstahl und Betrug zu legen, zu dessen Bekräftigung das Verzeichnis der 52 Diebspersonen einen Beweis führt." (30)

Mit dem Teschener Frieden war allerdings die Idee eines Tausches noch nicht vom Tisch. Um sich aber unliebsame Gegner für die Zukunft vom Halse zu schaffen, wurden die Männer der Patriotenpartei von Karl Theodor verfolgt und verhaftet. "Die Frau Herzogin, ... , lud mit allen ihren Mitarbeitern den Haß des Hauses Oesterreich auf sich", schrieb Utzschneider. "Man konnte zwar ihr unmittelbar, als der Schwägerin des Kurfürsten nicht zu Leibe gehen, ihre Mitarbeiter Obermayer, Lori und andere wurden aber gleich nach dem Abschluß des Teschener Friedens von München entfernt und so aller Geschäfte enthoben." (31) Oesterreich

hatte also nach wie vor großen Einfluß auf Karl Theodor, was die Beliebtheit des Kurfürsten bei seinem Volk nicht gerade steigerte.

Besonders hart wurde Utzschneiders Onkel Andreas Andree bestraft. "Er kam in engen Staatsarrest auf die Festung Rothenberg." (32) 1780 wurde er aus dem feuchten Gefängnis entlassen, da seine Gesundheit erheblich gelitten hatte. Er durfte allerdings bis 1799 München nicht betreten und mußte sich auf seinem Gut in Rieden aufhalten. (33) Erst mit dem Regierungsantritt Max IV. Joseph wurde er, auf eine Bitte Utzschneiders hin, endgültig begnadigt. (34)

Die strenge Bestrafung Andrees ging wohl weniger auf seine bedeutende Rolle im bayerischen Erbfolgestreit zurück. Vielmehr wollte man der Herzogin durch strenge Bestrafung des engsten Vertrauten und vielleicht sogar Geliebten, jeden weiteren Mut zu politischen Aktivitäten nehmen.

Joseph Utzschneider übernahm nun, erst siebzehnjährig die Geschäfte der Herzogin Maria Anna an Stelle seines Onkels. Trotzdem setzte er seine Ausbildung an der Marianischen Akademie fort. (35)

Diese Akademie ging aus dem Bayerischen Kadettencorps hervor, das 1756 von Max III. Joseph wohl in Anlehnung an das preußische Vorbild einer Militärakademie gegründet wurde. (36)

Von Anfang an zeichnete sich dieses Institut durch ausgezeichnete Lehrer aus. Als Karl Theodor die Regierung übernahm, sah er keine Notwendigkeit, das Kadettencorps weiter bestehen zu lassen.

Vor allem dem damaligen Leiter der Lehranstalt, Oberst d'Ancillon, war es zu verdanken, daß das Institut weiterbestehen konnte. Er wandte sich an die Herzogin Maria Anna, die beim Kurfürsten bewirkte, daß ihr die Disposition über diese Anstalt überlassen wurde. Vom 14. Juli 1778 an nahm die Schule den Namen "Herzoglich-Marianische Landesakademie" an, benannt also nach ihrer Gönnerin. Die Finanzierung des Instituts, die bei 6000 bis 8000 fl im Jahr lag, hatte alleine die Herzogin aufzubringen. (37)

Aufgenommen wurden Adelige, Offizierssöhne und auch Bürgerliche, zu denen bereits bei der Gründung 1778 Utzschneider gehörte.

Die Gesamtzahl der Zöglinge wurde auf 24 festgesetzt, wobei nie mehr als 10 Stipendiaten und nie weniger als 12 bezahlende Schüler an der Anstalt bleiben durften. (38) Die Stipendien waren vor allem für bürgerliche Söhne gedacht, die entsprechende Intelligenz zeigten, jedoch nicht über die nötigen Geldmittel verfügten, um eine höhere Schule zu besuchen. Ihnen stand nach Abschluß der Akademie die Offizierslaufbahn offen. (39) Unter der Protektion der Herzogin Maria Anna ging allerdings bereits nach drei Jahren der militärische Charakter dieser Schule immer mehr verloren. 1783 fand eine Neuorganisation statt, indem eine humanistische und eine philosophische Klasse gebildet wurde. Die Marianische Landesakademie verstand sich nicht mehr nur als eine Vorstufe zum militärischen Beruf, sondern als eine Anstalt, die allgemeine Bildung vermitteln und die Voraussetzung für ein Universitätsstudium bilden konnte. Einer der jungen Männer, die ein Stipendium erhielten, war Utzschneider.

Er besuchte von 1778-1781 die Akademie. Danach ließ er sich an der Universität Ingolstadt immatrikulieren und studierte dort Jura, ab 1783 auch Logik und Physik. (40) Die Universität selbst besuchte der Student allerdings kaum. Dazu ließ ihn die Beschäftigung bei der Herzogin Maria Anna keine Zeit.

Zu seiner Tätigkeit als Geheimschreiber war ihm nun auch noch die Verwaltung des herzoglichen Gutes "Schwaig Anger" zugeteilt worden. Hier widmete er sich der Trockenlegung und Ausmessung "des großen Murnauer Moores, das ihm viel Mühe verursachte." (41)

In dieser Zeit eignete er sich die Kenntnisse an, die ihn später zu ähnlichen Aufgaben in der Staatsverwaltung befähigten. Gleichzeitig mußte er aber auch feststellen, mit welchen Schwierigkeiten bei einem solchen Unternehmen zu rechnen war, denn die Trockenlegung brachte ihn in "unangenehme Verhältnisse mit dem Pfleger des Klosters

Ettal zu Murnau, Schlemmer." (42) Schlemmer wollte die Trockenlegung des Moores verhindern. (43) Einen Prozeß, der geführt wurde, gewann zwar Utzschneider, doch blieb er nun in München, um seine Studien in Ingolstadt beenden zu können.

Am 26. Juli 1783 schloß er sein Studium mit der Würde eines Lizentiaten beider Rechte ab. (44) Am 14. August des gleichen Jahres wurde ihm der Titel Doktor der Philosophie verliehen (45) und am 20. Januar 1784 legte er die Prüfung als Landschaftsgeometer mit Erfolg ab. (46)

Nachdem er seine Studien beendet hatte, verschaffte ihm die Herzogin Maria Anna die Stelle eines Repetitors der Mathematik und zugleich Professors der Kameralwissenschaften an der Marianischen Akademie. (47)

Hier unterrichtete er von 1783 bis 1784 die Fächer Mathematik, Physik und Kameralwissenschaften. Außerdem hielt er in den Jahren 1783 bis 1790 in unregelmäßigen Abständen Vorlesungen über Kriegswissenschaften. (48)

II. Utzschneider und die Auflösung des Illuminatenordens

Angeregt durch den Antijesuitismus hatte Adam Weishaupt im Jahre 1776 den Orden der Illuminaten(1) in Ingolstadt gegründet. Obwohl sich Weishaupt die Ideale der Freimaurerei, nämlich Freiheit, Gleichheit und die Lösung von überkommenen Schranken, zu eigen machte, hatte der Illuminatenorden zunächst nichts mit der internationalen Freimaurerei zu tun. Weishaupt sah als Endziel die vollständige Emanzipation von allen hergebrachten religiösen und politischen Bindungen. Die neu aufgenommenen Novizen sollten in die französischen Moralisten des 17. Jahrhunderts und in die zeitgenössische deutsche und europäische Literatur, insbesondere in die Werke Abbt's, Wielands und Adam Smith's eingeführt werden. Auf der nächst höheren Stufe erschloß sich den "Minervalen" die stoisch antike Geisteswelt.(2)

Durch Unterwanderung der Schaltstellen der Macht sollte Einfluß auf die Politik genommen werden, damit die Fürsten zu willenlosen Werkzeugen und Puppen in den Händen des Geheimbundes wurden.

Bis 1778 bestand der Orden nur aus etwa zehn Mitgliedern, meist Studenten, die bei Weishaupt hörten. Erst mit dem Eintritt Franz Xaver von Zwacks gelang es, eine Reihe von bekannten Persönlichkeiten für den Orden zu gewinnen und mit der Gründung des Areopags ein oberstes Ordensgremium zu konstituieren.(3) Dieser Areopag gab sich selbst eine Instruktion und führte neben Weishaupt in zunehmender Selbständigkeit die Hauptgeschäfte des Ordens.(4)

Die Anhänger Weishaupts wurden von ihm animiert, in irgendwelche Logen einzutreten, da es "nicht nur gut sei, sondern höchst nothwendig, damit wir wissen, was in diesen

vorgeht." (5) Seine Absicht war es, diese Logen zu unterwandern, um Einfluß auf sie zu gewinnen. Die Loge "Karl Theodor zum guten Rat" in München geriet schließlich auch 1778/79 vollständig in die Hände der Illuminaten. Die Folge davon war, daß nach der Aufdeckung des Ordens kein ehemaliges Mitglied in irgend eine deutsche Loge aufgenommen werden durfte. (6) Bald hatte Weishaupt auch Verbindungsleute am Hofe Karl Theodors, in den zentralen Regierungsbehörden, den Rentämtern, im Zensurkollegium, kurz an allen wichtigen Schaltstellen der Macht. (7)

Weishaupts alleiniger Führungsanspruch stieß immer mehr auf die Kritik der anderen führenden Mitglieder, sodaß der Orden 1780 in eine erhebliche Krise geriet.

Neu belebt wurde der Orden durch den Eintritt Adolf von Knigges, der den Orden in ganz Europa, wahrscheinlich sogar bis nach Amerika, verbreitete. (8)

Utzschneider war 1783 in den Illuminatenorden unter dem Namen Hellanicus Lesbius eingetreten. Wohl auf Grund seiner engen Beziehungen zu Herzogin Maria Anna waren einige Leute des Ordens auf ihn aufmerksam geworden. Weiterhin waren viele Lehrer an der Marianischen Akademie Mitglieder dieser Geheimgesellschaft. Von dieser Seite kam auch die Anwerbung Utzschneiders. Cosandey, ein Weltpriester und Lehrer an der Akademie, sprach ihn an, "ob er sich nicht in eine Gesellschaft sehr verständiger und patriotischer Männer wolle aufnehmen lassen." (9)

Nachdem er hörte daß auch sein Freund und Lehrer Grünberger (10) Mitglied war, trat er 1783 bei. Es war im 18. Jahrhundert nichts außergewöhnliches einer Freimaurerloge, und als solche sah Utzschneider den Illuminatenorden an, anzugehören. Fast der gesamte europäische Hochadel gehörte irgendwelchen Freimaurerlogen an. Die französische Königin Marie Antoinette schrieb an ihre Schwester Christine von Sachsen-Teschen über die Freimaurer-

logen:" Tout le monde en est; on sait ainsi tout ce qui s'y passe." (11)

Wie bereits erwähnt, gehörten fast die gesamten Lehrer der Marianischen Akademie dem Illuminatenorden an. " Die Wittib Herzog (Maria Anna) hat das Institut der Cadeten ganz nach dem vom (Orden) gemachten Plan eingerichtet", behauptete ein anonymer Schreiber, " es steht unter Aufsicht des (Ordens), sind alle Professoren Mitglieder und also 5 recht gut dabey versorgt worden, auch werden alle Eleven darin Zöglinge des (Ordens). "(12) Ob diese Behauptung stimmte, kann nicht mehr nachgeprüft werden, doch bleibt es eine Tatsache, daß der Orden versuchte, "Einfluß auf Bildung und Regierung" (13) zu nehmen, um so die Zöglinge bereits im Sinne des Ordens zu erziehen. Die Marianische Akademie allerdings quasi als Nachwuchsschule des Illuminatenordens zu bezeichnen, scheint doch etwas übertrieben.

In der Marianischen Akademie kam Utzschneider mit Baader (14), Marquis Costanzo (15) und einigen anderen der Gesellschaft in Verbindung. Marquis Costanzo übernahm die Ausbildung Utzschneiders. "Costanzo wußte den jungen Utzschneider bei den übrigen Ordensmitgliedern nicht genug anzurühren.

Utzschneider, durch solche Lobeserhebungen geschmeichelt, fing an, mit Costanzo immer vertrauter zu werden." (16) Zu vertraulich ließ es aber Costanzo nicht werden. Auch auf Fragen Utzschneiders nach dem Zweck des Ordens oder nach seinen Oberhäuptern erhielt er keine Antwort. Sein Lehrer sprach nur immer von höchster Wahrheit, von Beförderung brauchbarer Ordensmitglieder sowohl im Staate als auch im Orden, von strenger Ordenspolizei und von schwerer Bestrafung, wenn ein Mitglied den Orden zu verraten oder für das Interesse des Ordens nicht Leib und Leben wagen würde. (17) Nach eigenen Angaben kam dies Utzschneider von Anfang an sehr merkwürdig vor, er vertraute sich aber außer seinem Lehrer Grünberger, der

ja ebenfalls Mitglied des Ordens war, niemandem an.

In der Veröffentlichung "Der Illuminatismus in Baiern" vom 9. September 1785, also bereits nach der Aufdeckung des Ordens, schilderte Utzschneider seine Kenntnis vom Aufbau des Ordens. "Seit einigen Jahren", begann Utzschneider, "herrscht in Baiern eine geheime Gesellschaft, die unter dem Namen Baadersche Freymaurerloge hier bekannt ist. Diese Freymaurerloge theilt sich in zwei Klassen; in die Klasse der eigentlichen Maurer,..., und in die Klasse des Illuminatenordens..."(18) Wie Utzschneider war den meisten Mitgliedern auch lange nach der Aufdeckung des Ordens nicht klar, wer das Haupt der Illuminaten war. Da Baader, der Führer der Loge "Zum guten Rat" in München war, ging Utzschneider offensichtlich davon aus, daß Baader auch bei den Illuminaten die führende Rolle spielte.

Utzschneider kritisierte im weiteren, daß die Mitglieder der Loge viel Geld bezahlten, die Oberen aber nie eine Rechnung ablegten, da sie das Geld nützlichen Illuminaten zukommen ließen, die die Korrespondenzen und Reisen davon bezahlten.

"Menschen, die mehr glauben als untersuchen, sind dem Orden am liebsten"(19), meinte Utzschneider. Wenn sie dann noch eine wichtige Position inne hatten, waren sie besonders willkommen.

Jedes Ordensmitglied wurde angehalten, Menschen aus seinem Bekanntenkreis auszusuchen, die dem Orden beitreten könnten. Nach ausführlicher Beschreibung des Aspiranten wurde dieser angesprochen, "ob er nicht Lust hätte, in eine geheime Gesellschaft zu gehen, in der er alles dasjenige finden werde, was er sich nur immer wünschen könne." (20)

Weiter wurde beteuert, daß nichts gegen Religion, Staat und gute Sitten unternommen würde.

Utzschneider schilderte nun, daß der Aufzunehmende eine

Erklärung abzugeben hatte, in der er gegen jedermann strengstes Stillschweigen versicherte. Nun hatte er noch einen Fragebogen auszufüllen, der von Vor- und Zuname über Sprachkenntnisse, Fragen über seine Eltern, bis zu Erläuterungen, wie er dem Orden nützen könnte, ging. Danach wurde ihm ein Kalender mit einer besonderen Zeitrechnung und ein Geheimcode ausgehändigt.

Die Novizenzeit dauerte ein Jahr. In dieser Zeit hatte er über jeden aus seiner Umgebung genauesten Bericht an seinen Oberen zu erstatten. Die Formulare die dazu entworfen wurden, gingen bis in den intimsten Bereich. Außer seinem Oberen kannte der Novize niemanden. "Die Oberen sind also imstande," meinte Utzschneider, "alles zu wissen, was in den Kabinetten der Regenten und Fürsten, der Minister und Generale vorgeht, was in jedem Dicasterio abgeurtheilt ,was bey jedem Regiment befohlen wird (21). Wurde der Novize aufgenommen, mußte er einen Eid leisten, daß er allen Oberen gehorchen werde. Danach hatte er noch vier Fragen zu beantworten:

- " 1mo. Welchen Zweck ,wünschen Sie, soll der Orden haben?
- 2mo. Welche Mittel wählen Sie, diesen Zweck auszuführen?
- 3tio. Was wünschen Sie in dem Orden nicht anzutreffen?
- 4to. Welche Personen wünschen Sie in dem Orden nicht anzutreffen?"(22)

Wurden die Fragen zur Zufriedenheit beantwortet, wurde der neue Illuminat noch mit einigen anderen bekannt gemacht und aufgenommen.

Utzschneider schilderte nun weiter, daß die unteren Grade nach den Grundsätzen erzogen wurden, daß man einen höheren Grad nur erreichen konnte, wenn man keiner Religion angehörte, daß der Selbstmord eine himmlische Wohllust sei und deshalb einem Verrat des Ordens vorzuziehen war. Außerdem galt das Prinzip " der Zweck heiligt die Mittel", was bedeutete, daß man für den Orden auch töten mußte. Schließlich sollte man den Ordensoberen mehr gehorchen, als seinem Regenten. Nur Ordensmitglie-

der sollten noch in die höheren Ämter befördert werden. Fürsten- und Vaterlandsliebe widersprachen den Grundsätzen des Ordens. (23)

Der Aufnahmeeritus, wie ihn Utzschneider schilderte, wurde in ähnlicher Weise auch von anderen Mitgliedern beschrieben und hatte sich deswegen wohl auch so abgespielt. Die zuletzt geschilderten Grundsätze für die unteren Grade sind allerdings mit Sicherheit übertrieben. Soweit solche Grundsätze überhaupt existierten, sind jedoch Selbstmord und Mord für den Orden kaum praktiziert worden. Die Auflösung des Ordens hätte sich mit Verwirklichung dieser Prinzipien sicherlich anders, d.h. blutiger abgespielt.

Utzschneider jedenfalls machte dies alles sehr mißtrauisch. Hinzu kam, daß eines Tages Marquis Costanzo die Herausgabe der Originalkorrespondenz der Herzogin Maria Anna mit dem preußischen König Friedrich II. während des bayerischen Erbfolgekrieges von Utzschneider forderte. Utzschneider lehnte dieses Verlangen ab. "Der Orden könne von ihm nicht verlangen, daß er der Frau Herzogin, seiner Wohltäterin, ungetreu werde" (24), erwiderte Utzschneider. Costanzo mußte ihn unverrichteter Dinge verlassen, doch begann von dem Augenblick an Utzschneiders Kredit im Orden zu sinken.

Utzschneider ließ die Sache zunächst auf sich beruhen, und ging 1783 nach Ingolstadt, um sich "allda ex Jure ... prüfen und graduieren zu lassen." (25) Obwohl sich Grünberger zu diesem Zeitpunkt bereits mit dem Gedanken eines Austrittes aus dem Orden beschäftigt hatte, empfahl er Utzschneider als Prüfer Adam Weishaupt. "Utzschneider wußte (wohl von Grünberger), daß Weishaupt einer der ersten Ordensoberen war, er ließ sich aber nicht merken. Weishaupt sprach mit Utzschneider vieles über Sonnenfels' Finanz- und Handlungsschrift; Utzschneider war mit den Grundsätzen H. v. Sonnenfels in vielerlei Hinsicht nicht zufrieden und äußerte seine Meinung gegenüber

Weishaupt. Dieser nahm es sehr übel und tadelte den Juristen Utzschneider sowohl ins Gesicht, als auch gegen andere als einen sehr stolzen Menschen, der selbst einen Sonnenfels zu recensieren wagt"(26), so schilderte Utzschneider dieses Ereignis.

Das Verhältnis zwischen beiden verschlechterte sich immer mehr." Weishaupt verachtete den Juristen Utzschneider, und letzterer konnte für Weishaupt keine Achtung haben, er sah ihn damals als einen Schulgelehrten an, welcher immer Recht haben will."(27)

Nach München zurückgekehrt, erfuhr Utzschneider, daß Costanzo über sein Betragen bei Weishaupt bei vielen Leuten übel redete.

"Utzschneider ,damals 20 Jahre alt, überdrüssig der Verhältnisse in einem Orden wovon ihm Zweck, Mittel zum Zweck und Obere ihm unbekannt sein sollten, ... entschloß sich im Jahre 1783 noch aus dem Orden zu treten und davon dem Marquis Costanzo Nachricht zu geben."(28)

Darüber schien der Orden sehr überrascht, doch schlossen sich ihm noch eine Reihe anderer Mitglieder, wie Grünberger, Cosandey, Renner, Medicus öggl und Abbe Dillis an. Doch Utzschneider ließ es nicht bei einem Austritt alleine bewenden, sondern ging zur Herzogin Maria Anna und schilderte ihr das, was er über den Orden wußte. Diese wurde mehrmals bei Karl Theodor vorstellig, um ihm die landesverräterischen Beziehungen und Ziele des Ordens zu schildern. Erst als man feststellte, daß hochpolitische Dokumente verschwunden waren, erkannte Karl Theodor, daß die Illuminaten die landesherrliche Autorität zu untergraben drohten.

Am 22. Juni 1784 wurden alle geheimen Gesellschaften verboten, ohne jedoch die Illuminaten direkt zu nennen. Betroffen waren sie natürlich, da viele Mitglieder der Illuminaten auch Mitglieder von Freimaurerlogen waren. Mit der Verfolgung der Freimaurer und Illuminaten begann auch umgekehrt von Seiten der Verfolgten und deren Sympathisan-

ten eine Jagd auf die vermeintlichen Verräter, insbesondere auf Utzschneider. Es setzte eine rege Publizistik von Angriffen und Verteidigungen ein.

Am 27. Dezember 1784 veröffentlichten Cosandey, Grünberger, Utzschneider und Renner einen Artikel in der Zeitschrift "Das graue Ungeheuer", in dem sie bekannten, daß sie die ersten waren, die sowohl aus dem Illuminatenorden als auch aus der Loge "Karl Theodor zum guten Rat" ausgetreten waren. Sie meinten, daß sie sich zu den Beweggründen ihres Austrittes äußern müßten, da es der Loge "gleichwohl gefällig ist, uns Mißvergnügte zu nennen und im Publikum auszurufen." (29) Dabei waren auch Worte wie Ehrenräuberbande, Reputationsmörder und ähnliches gefallen. Die Gründe, die die vier Herren bewogen, aus dem Orden auszutreten, waren "Zeitverlust, Geldverlust, beständiges Predigen wider Patriotismus, weil Patriotismus in Egoismus ausarte, Kosmopolitismus und gründliche Überzeugung, daß es nicht möglich sey, daß eine, und zwar was immer für eine, geheime Gesellschaft in einem und zwar was immer für einem, Staat gut seyn könne, u.u." (30)

Weiterhin betonten sie, daß sie gegen niemanden einen Haß hegten und nicht für die ganze Welt als Kosmopoliten, "sondern als Bürger desjenigen Staates in welchem wir leben, soviel zum Besten" (31) mitarbeiten wollten. Auch hier wurde wieder ihre patriotische Gesinnung betont.

Neben kleineren Artikeln in verschiedenen Zeitungen Deutschlands wurden im Jahre 1786 zwei umfangreiche Schriften gegen Utzschneider persönlich veröffentlicht. Die erste Schrift, auf die Utzschneider direkt antwortete, ist von einem anonymen Schriftsteller verfaßt worden und hat den Titel "Schreiben an den Herrn Hofkammerrath Utzschneider in München. Erste Warnung." Die zweite Schrift ist die "Apologie der Illuminaten" von Adam Weishaupt. (32)

Gleich zu Anfang des Vorwortes beschuldigte der anonyme

Schriftsteller Utzschneider, daß er "unter so mancher Gestalt, als heimlicher Verläumder und Denuntiant, bald mündlich, bald schriftlich erschienen sei." (33) In der Zweibrücker Zeitung schließlich habe er sich endlich als einer der Haupturheber "von all dem Unheil, das über die Illuminaten und zum Theil über die ganze bayerische Nation, ergangen ist" (34) erklärt.

Zur Verbreitung von Verleumdungen habe er sich nicht nur anonymer Briefe bedient, "sondern auch der ehrwürdigen P.P. Franziskaner." (35).

In seiner Entgegnung bestritt Utzschneider sein geheimes Auftreten entschieden. Anonyme Artikel im Grauen Ungeheuer, in denen Weishaupt als Haupt und Gründer des Ordens genannt wurde, stammten nicht von ihm. "Denn seyen sie versichert," so schrieb Utzschneider, "keiner von uns ist ein so seichter Denker, daß er auf den Einfall gerathen sollte, daß Herr Professor Weishaupt, oder ein Offizier, der Erfinder des Ordens der Illuminaten seyn könnte. Herr Professor Weishaupt ist ein Baier, und es liegt uns in der That daran, daß keiner unserer Landsleute ein so unteutsches System erfunden haben möchte." (36)

Man sieht hier erneut, daß Utzschneider, wie viele andere ehemalige Mitglieder, nicht glauben konnte, daß Weishaupt der führende und erfindende Kopf dieses Ordens war. Bereits in der Zweibrücker Zeitung hatte Utzschneider geschrieben, daß es nicht wahr wäre, "daß der Zweck, die Mittel heilige und die Einrichtung des Illuminatismus ein Werk und eine Erfindung des Exprofessors Weishaupt sind." (37)

Ueber die Entstehung und das Haupt des Ordens kursierten damals mehrere Gerüchte, so behauptete z.B. Herr Babo in der Hofzeitung, daß der berühmte Cagliostro das Haupt der Illuminaten sei. Eine andere Geschichte behauptete, "daß die Gesellschaft ihr Entstehen der Beutelschneiderey eines Officiers zu verdanken habe, der Anno 1779 in Urlaub gegangen, von dort aus dieses Institut mit sich

gebracht." (38)

Nach Ansicht des anonymen Schreibers sollte Utzschneider derjenige gewesen sein, der solche Geschichten verbreitete.

Weiter warf ihm der Schriftsteller vor, daß er laut seiner Äußerungen in der Zweibrücker Zeitung alle Akten über die Illuminaten gelesen hätte. Dies könne aber nur der Fall sein, wenn er, wie die Gerüchte behaupteten, "nach beschlossenem Verhör der Mitglieder in der Baron von Kreitmayerschen Wohnung gewesen wäre." (39) Utzschneider wäre es gewesen, der nach seinem Austritt aus der Gesellschaft die anderen Professoren genötigt hätte, ebenfalls auszutreten. Er hätte mit Cosandey und Grünberger die Liste von Mitgliedern der Münchner Loge entworfen und hätte sie schließlich der Herzogin übergeben, mit der Äußerung, daß die Loge zu Gunsten des österreichischen Hofes arbeite. Außerdem hätte er die 26 Punkte entworfen, "welche den Officiern zur Beantwortung vorgelegt wurden." (40)

In seiner Erwiderung bestritt Utzschneider energisch, daß er die Mitglieder genötigt hätte. Dies wäre gar nicht nötig gewesen, da "der Austritt von uns allen schon eine lange vorher überlegte Sache war." (41) Schon seit langem hätten sie Befehle zusammengetragen, die schriftlich erteilt worden waren.

Auch die anderen ihm vorgeworfenen Punkte bestritt Utzschneider. Die Einsicht in Protokolle war ihm nicht möglich, da er mit Kreittmayr nicht so eng befreundet gewesen war, außerdem war eine Einsicht unnötig, da er "schon überzeugt genug war, was für eine schädliche und die Sicherheit der Staaten gefährliche Sekte" (42) der Orden war.

Schilderungen von Grünberger und Cosandey, die bereits höhere Grade erreicht, und damit mehr Einblick in den Orden hatten, hätten ihn in seinem Entschluß auszutreten nur bestärkt.

Die Behauptung, daß er aus dem Orden tatsächlich nur

ausgetreten sei, weil sein Ehrgeiz durch eine Demütigung, die er in Ingolstadt durch Weishaupt erfuhr, beleidigt worden sei, schien Utzschneider sehr geärgert zu haben. Diese angebliche Demütigung schilderte nun Utzschneider aus seiner Sicht folgendermaßen:

In einem Brief begrüßte Utzschneider Weishaupt mit Hellanicus Lespius Spartaco s.P. Diese Anrede hätte er aber als Neuling und Minervale gar nicht wissen können. Dies war der erste Punkt, weswegen Weishaupt über ihn verärgert war. Die zweite Verärgerung stellte sich ein, als Weishaupt ihn fragte welche Autoren er lese und er antwortete Montesquieu und Tacitus. Auf die Frage, ob er sie auch verstehe, antwortete Utzschneider mit "so ziemlich". Darüber war Weishaupt so erbost, daß Utzschneider vierzehn Tage nicht mehr zu ihm kommen durfte. Dies war die ganze Begebenheit. Darin sah Utzschneider aber keine solche Demütigung, wie der anonyme Verfasser es wahr haben wollte.

Die Behauptung, "daß das Personal der Illuminaten nicht verborgen, sondern allgemein bekannt war"(43), bezeichnete Utzschneider als glatte Lüge, da nicht einmal den Mitgliedern die Oberen bekannt waren.

Der anonyme Schriftsteller beklagte mehrmals, daß die verfolgten Illuminaten schlimmer als Verbrecher behandelt wurden. Verbrechern billigte man wenigstens ein Gerichtsverfahren zu, Illuminaten aber nicht.

Utzschneider schloß sich dieser Meinung keineswegs an. Seiner Ansicht nach hatte die Regierung die "Sekte durch das erste Mandat ganz kurz, ohne Lärm und Form, verboten, und erwartete, was sie von gehorsamen Bürgern erwarten kann." (44) Die Illuminaten setzten sich darüber hinweg und veranstalteten weiter ihre Versammlungen. Als die Sache zu gefährlich wurde, vernichteten sie ihre Ordenspapiere und behaupteten dann nach ihrer Festnahme, daß gerade diese Papiere ihre Unschuld bewiesen hatten. Die Regierung war also auf Aussagen und manchmal

sicherlich auch auf Denunzanten angewiesen. Doch betonte Utzschneider, daß die Regierung in vielerlei Hinsicht sehr nachsichtig war. "Sie (die Regierung) hat nach zweyen so väterlich abgefaßten Mandaten Euch (die Illuminaten) zur verdienten Strafe gezogen, sie hat noch so viel Güte und Nachsicht bey der Bestrafung einiger Mitglieder nach dem dritten Mandate bewiesen, sie hat Euch eine Summe von vielen Tausenden, die Ihr durch Eure unerlaubten Kollekten von Euren Mitgliedern abgenommen ,mit viel Großmuth erlassen." (45)

Den Namen der Freimaurerei hat sich der Orden nach Utzschneiders Meinung nur als Deckmantel zugelegt. Alleine die Geheimnistuerei den Mitgliedern gegenüber und die Spioniererei unterscheide den Orden von den üblichen Freimaurerlogen. Punkte, wie die Eidesformel, (46) die verlangte, daß man dem Orden mit Gut und Blut und seiner Ehre dienen soll, das Sammeln von Dokumenten, der Wahlspruch " der Zweck heiligt die Mittel", der Grundsatz des Ordens, "den Regenten weniger als den Ordensobern gehorchen zu müssen" (47), daß sich Vaterlands- und Fürstenliebe mit dem Zweck des Ordens nicht vertragen und schließlich die Lehre vom Selbstmord, dies alles habe Utzschneider dazu bewogen, den Orden als gefährlich für den Staat anzusehen.

Der Vorwurf des anonymen Verfassers, Utzschneider könne als einfacher Minervale keine Einsicht in die Organisation des Ordens gehabt haben, wies Utzschneider zurück. Wohl war er nur Minervale gewesen, doch hätte er zum einen bei den Zusammenkünften von höheren Graden des Ordens einiges erfahren, zum anderen sei er mit Cosandey und Grünberger befreundet, und die hätten ihn in das, was er heute wisse ,eingeweiht. (48)

Bei dem Vorwurf, er habe nur Zeit- und Geldverlust u.u. als Gründe seines Austrittes angegeben, wies Utzschneider energisch darauf hin, daß der Schriftsteller den wichtigsten Grund in seiner Anklage nicht nannte, nämlich "das

bestandige Predigen wider Patriotismus, die Ueberzeugung, daß keine Gesellschaft in was immer für einem Staate gut sey." (49)

Utzschneider betonte seine patriotische Gesinnung und seine Loyalität gegenüber dem Kurfürsten. Ganz entschieden wandte er sich gegen den Gedanken des Verfassers, daß jede Regierung geheime Gesellschaften in ihr Interesse ziehen soll. "Wie mögen Sie aber glauben, mein Herr", erwiderte Utzschneider, "daß ein sichtbarer Regent, eine offenbare Regierung, geheime Kniffe nöthig habe, um ihre Unterthanen zu beherrschen; daß geheime und wohl geübte Spione nöthig seyen, damit die Menschen durchaus ausgeforscht würden, und der Regierung auch die kleinsten, die unbedeutensten Handlungen nicht verborgen blieben?" (50) In so einem Staate sah Utzschneider das Vertrauensverhältnis zwischen Regenten und Volk aufs ärgste gestört. "Würde nicht...alles wechselseitige Zutrauen aufhören, würde nicht statt Aufrichtigkeit Verstellung, statt wahrer innerlicher Besserung niederträchtige Heucheley, statt Redlichkeit ... Zurückhaltung allgemein werden", (51) schrieb Utzschneider. Er stellte sich in seinen folgenden Ausführungen den Staat vor, der entstanden wäre, wenn die Illuminaten ihn unterwandert hätten. Es ist die Vorstellung eines totalitären Staates, wie er dann vor allem im 20. Jahrhundert tatsächlich entstanden ist und auch heute noch zum Teil existiert. Ein solcher Staat war bereits für Utzschneider ein regelrechtes Schreckgespenst.

Am Ende seiner Ausführungen betonte Utzschneider, daß er sich wohl bewußt sei, daß viele redliche Männer dem Illuminatenorden angehörten, die wie er, durch Unwissenheit und Verblendung, beigetreten waren. Doch gehörte der "Pasquillant" seiner Meinung nach nicht zu ihnen.

Eine weitere Schrift gegen Utzschneider erschien 1786 von dem Haupt der Illuminaten, Adam Weishaupt, unter dem Titel "Apologie der Illuminaten". Die Vorwürfe und Unter-

stellungen, die hier gegen Utzschneider erhoben wurden, sind im wesentlichen die gleichen wie in der bereits besprochenen anonymen Schrift. (52)

Es erscheint zunächst einmal verwunderlich, daß ein junger Mann von etwa 23 Jahren, von dem vor der Aufdeckung des Illuminatenorderns sicherlich noch niemand etwas gehört hatte, eine solche Resonanz auslösen konnte. Tatsächlich aber zeigen die Ereignisse, welch mächtige und einflußreiche Stellung Utzschneider bereits bei der Herzogin Maria Anna inne hatte. Denn ohne ihre Unterstützung hätte kein Mensch auf Utzschneider gehört. (53) Durch seine Stellung war er in der Lage, so bekannte Leute wie Grünberger, Cosandey und andere Professoren an der Marianischen Akademie dazu zu bewegen, mit ihm den Orden zu verlassen. Dabei ist bezeichnend, daß Utzschneider selbst sich in Zeitungsartikeln stets als den ersten bezeichnet hat, der den Orden verließ und so die Auflösung ins Rollen brachte. Die Beweggründe für Utzschneiders "Verrat" sind, wie wir auch in der anonymen Schrift sahen, vor allem von seinen Gegnern unter niederen Gesichtspunkten wie Eitelkeit, Ehrgeiz usw. gesehen worden. Hier tut man Utzschneider zum Teil unrecht.

Sicherlich war Utzschneider Zeit seines Lebens ein sehr ehrgeiziger Mensch und sicherlich erhoffte er sich gewisse Vorteile beim Kurfürsten, doch waren dies nicht die ausschlaggebenden Beweggründe seines lautstarken Austritts. Vielmehr scheinen mir sein ungeheuchelter Patriotismus, seine Angst des Wiederauflebens des Tauschprojekts mit Oesterreich die tatsächlichen Ursachen zu sein.

Im Jahre 1782 war es nämlich dem Illuminatenorden gelungen, Mitglieder in der aktiven Wiener Loge "Zur wahren Eintracht" zu gewinnen. Zu ihnen gehörte unter anderen der Publizist und Kameralist Joseph von Sonnenfels (54) und der Naturforscher Ignaz Freiherr von Born. Man hoffte, nun auch Joseph II. für den Orden zu gewinnen, um die Macht

des Ordens doch erheblich zu stärken. Führende bayerische Ordensmitglieder wollten diese Beziehung nach Wien ausnutzen, um die Vereinigung Kurbayerns mit Österreich zu betreiben. Dies hätte ein Wiederaufleben des Tauschprojektes bedeutet. (55)

Auch Utzschneider scheint von diesen Projekten gehört zu haben, denn er schrieb, daß er kurz vor seinem Austritt "voll von Verdacht über die Verhältnisse des Ordens in Wien " (56) war. Auch der Pasquillant in dem oben besprochenen Schreiben warf Utzschneider vor, daß er der Herzogin Maria Anna mitgeteilt hätte, "daß die Loge zu Gunsten des österreichischen Hofes arbeitete." (57) Äußerungen Utzschneiders im Grauen Ungeheuer und in der Zweibrücker Zeitung deuten in die gleiche Richtung. Die Ereignisse um den bayerischen Erbfolgekrieg, in die auch sein verehrter Onkel eng verwickelt war, waren für Utzschneider zu gegenwärtig, als daß er hier tatenlos zugeesehen hätte.

Die Beweggründe mußten aber bewußt von Utzschneider und der Herzogin vor dem Kurfürsten verschleiert werden, da Karl Theodor nach wie vor mit dem Gedanken eines Tausches spielte. Erst mit den Kenntnissen Ordensoberer wie Grünberger u.a. gelang es der Herzogin, den Kurfürsten von den anscheinend staatsgefährdenden Umtrieben des Illuminatenordens zu überzeugen und damit den Orden auszuschalten. Tatsächlich war der Orden zu unbedeutend, als daß er eine wirkliche Gefahr für den Staat dargestellt hätte.

Utzschneider, der befürchtete, daß ihm letztlich ein ähnliches Schicksal wie seinem Onkel widerfahren könnte, und frustriert nach zwei vergeblichen Bewerbungen als Hofkammerrat, trug sich mit dem Gedanken, aus Bayern zu flüchten, und in die Dienste König Friedrichs II. von Preußen zu treten den er seit dem bayerischen Erbfolgekrieg in seiner ganzen Größe verehrte." (58)

Auf Intervention der Herzogin, die sicherlich ihren Vertrauten nicht verlieren wollte, erhielt Utzschneider am 9. Januar 1784 die Stelle eines Hofkammerrats mit Sitz und Stimme aber ohne Gehalt(59). Seine Professur an der Marianischen Akademie behielt er, um so einen Lebensunterhalt zu haben.

Erst nachdem er am 18. Januar 1786 die Forstmeisterstochter Amalie Walch(60) aus Dillingen heiratete bekam er, auf Fürsprache des Hofkammerpräsidenten Graf Törring-Seefeld, ein standesgemäßes Gehalt.(61)

In der Hofkammer war Utzschneider zunächst vor allem bei der Moorkultivierung im bayerischen Oberland tätig.

III. Die Moorkultivierungen im bayerischen Oberland

Bereits unter der Regierung des Kurfürsten Max III. Joseph hatte man begonnen, die Moore in Bayern trocken zu legen. Noch immer waren die öden Gründe, Moore und Wildnisse so zahlreich, daß daraus noch ein Fürstentum zu gewinnen gewesen wäre, wie Zschokke in einem Reisebericht meinte. (1) Mit den Kulturmandaten vom 24. März und vom 3. Juni 1762 wollte man die Landeskultur extensiv wie intensiv heben. Um Streitigkeiten bei der Vergabe des Landes zu schlichten und Beschwerden von verschiedener Seite zu überprüfen, wurde eine Landesökonomiekommission eingesetzt. Damit weitere Anreize für die Landeskultur vorhanden waren, wurde mit einem Erlaß vom 23. März 1775 in jedem der vier Rentämter zwei Preise von 100 fl und 50 fl für "kulturwillige Unterthanen" ausgesetzt. (2) Die Resonanz auf diese Maßnahmen war allerdings sehr gering. Trotz der Fehlschläge nahm der neue Kurfürst Karl Theodor die Bemühungen zur Beseitigung der öden Gründe verstärkt auf. Im Jahre 1779 wurde bestimmt, daß diejenigen, die öde Gründe kultivierten, nicht nur wie bisher 10 Freijahre genossen, sondern darüber hinaus die ersten zehn Jahre vom Zehent befreit wurden. (3)

Um die gesamte Verwaltung den wachsenden Anforderungen anzupassen, wurde am 16. August 1779 die Stelle der Oberen Landesregierung geschaffen. Alle Polizei und Landesgeschäfte wurden dem Hofrat und der Hofkammer genommen und auf die neue Behörde übertragen. (4) Zu den Aufgaben der Oberen Landesregierung zählte auch nach Abs. 40 der Instruktion die "Austrocknung der Moose und Sümpfe". (5) Der Hofkammer wurde nur noch das Recht zu Vorschlägen eingeräumt. Kompetenzstreitigkeiten waren damit vorprogrammiert.

Bereits am 7. November 1783 sah sich der Kurfürst genötigt, eine EntschlieÙung zu erlassen, die bestimmte, daÙ die Obere Landesregierung sich nur insoweit mit der Kultur zu beschäfftigen hatte, als es auf allgemeine Anstalten und Einrichtungen ankomme. Die Hofkammer hatte sich aber nur dann einzumischen, wenn kurfürstliche Interessen ins Spiel kamen. Damit waren die Unklarheiten eher vergröÙert als beseitigt. Es gab keine Stelle, die festlegte, wann kurfürstliche Interessen betroffen waren und wann nicht. Die Hofkammer schaltete sich also ein, wann es ihr beliebte.

Insbesondere der Hofkammerrat Alois von Hillesheim versuchte dem Kurfürsten klarzumachen, welche Verdienste sich die Hofkammer in der Vergangenheit um die Landeskultur erworben hatte. Deswegen sollten nach seiner Meinung die gesamten Kulturangelegenheiten an die Hofkammer übertragen werden. Trotz anfänglicher Bedenken seitens des Kurfürsten wurden die Kulturangelegenheiten am 3. Mai 1787 per ErlaÙ an die Hofkammer gegeben. Diese MaÙnahme verstärkte nun die Zwistigkeiten zwischen der Oberen Landesregierung und der Hofkammer.

Nachdem aber die Hofkammer bei vielen Kulturversuchen nur ein heilloses Durcheinander bewirkte, wurden bereits am 16. Oktober 1788 die Kultursachen wieder an die Obere Landesregierung zurückgegeben. Lediglich die VeräuÙerung der Moosgründe blieb der Hofkammer als Finanzbehörde.(6)

Dies waren aber nicht die einzigen Schwierigkeiten, die bei der Moorkultivierung auftraten. Vor allem die Landschaft und die Klöster setzten den Kulturwilligen groÙe Hindernisse in den Weg.(7)

Vor diesem Hintergrund begann Utzschneider im Jahre 1784 seine Arbeit in der Forstdeputation der Hofkammer.(8) Bei der Moorkultivierung war Utzschneider vor allem bei der Trockenlegung des Habacher Moooses, des Seehauser Moooses, des Königsdorfer Moooses und des Schwattacher Moooses tätig.

Aus dem Jahre 1784 liegt uns nichts Aktenkundiges über Utzschneiders Arbeiten in der Forstdeputation vor. Er selbst schrieb, daß er "in allen Fächern der Finanzverwaltung" (9) mitarbeitete. Sowohl die technischen wie die verwaltungsmäßigen Maßnahmen bei der Urbarmachung eines Moores waren ihm nicht neu. Hatte er doch bereits als Verwalter des Gutes "Schwaig Anger" die Trockenlegung des Murnauer Moores begonnen.

Am problemlosesten für den jungen Hofkammerrat war die Urbarmachung des Habacher Moores. Der Abt des Stiftes Habach war selbst sehr daran interessiert, daß das 140 Tagwerk große Moor (10) vermessen und trockengelegt wurde. Er wandte sich sogar an die Hofkammer mit der Bitte, dem Landgericht Weilheim die Anweisung zu geben, daß es den Kultureifer nicht hemmen sollte. (11) Ein entsprechendes Schreiben wurde auch erlassen und von Utzschneider verfaßt. Darin wandte er sich nicht nur gegen das Landgericht Weilheim, sondern auch gegen Untertanen anderer Ortschaften, "welche den Kulturversuch der Habacher, die sich zuerst gemeldet haben, stören wollen." (12) "Sollten die Parteien unter sich nicht einig werden", drohte er, "so habe man überall die Mittel, Wege einzuschlagen, um der gleichen, die Unterthanen ruinierenden Streite zu Ende zu bringen." (13)

Ansonsten ging die Trockenlegung des Habacher Moores ohne Probleme vonstatten. Nur jedes sechste Tagwerk des ursprünglich klösterlichen Besitzes blieb beim Kloster Habach. Alle übrigen Gründe gingen an die bäuerliche Bevölkerung.

In den allerseltensten Fällen wurde die Kultivierung eines Moores sowohl von den Klöstern, als auch von den Bauern so friedfertig durchgeführt. Diese Erfahrung mußte Utzschneider bei der Kultivierung vieler anderer öder Gründe machen.

Am 20. April 1785 hatte er sich in die Gegend von Ettal

und Murnau begeben, um die Trockenlegung des Seehauser Filzes zu organisieren.(14) Utzschneider sollte das Land vermessen, den Holzstand angeben und dann für eine geordnete Verteilung sorgen.

Hier hatten die Bauern große Bedenken gegen eine Kultur. Sie befürchteten, daß danach nicht mehr genügend Weidenplätze für ihr Vieh vorhanden wären. Außerdem gab man an, daß man nichts von dem Holzstand in dem trocken zu legenden Gebiet wisse.(15)

Doch nicht nur die Bauern ,sondern vor allem die Klöster bereiteten, wie bereits oben bemerkt, Utzschneider bei seiner Arbeit große Schwierigkeiten. In einem Schreiben vom 20. April 1785 wurde das Kloster Ettal ausdrücklich angewiesen, dem Hofkammerrat Utzschneider keine Hindernisse in den Weg zu stellen, sondern dieses Vorhaben vielmehr zu unterstützen.(16)

Diejenigen, die sich von der Moorkultur Vorteile versprachen, waren die Söldner. Sie erhofften für sich eigenen Grund und Boden und damit größere Selbständigkeit.

Am 23. Mai 1786 kam es dann auf Vorschlag Utzschneiders zu einem Erlaß der Hofkammer, der festlegte, daß sowohl den Bauern als auch den Söldnern das vereinbarte Land im Seehauser Filz zugeteilt werden sollte. Die Zuteilung geschah entweder nach gütlicher Einigung oder durch das Los, wobei letzteres weit häufiger vorkam. Die Hofkammer sah dabei ein, daß die Kultivierung nur dann vorgenommen werden konnte, wenn für die Bauern keine andere wichtige Arbeit anfiel. Sollte jedoch ein Bauer oder Söldner sein Land zu lange unkultiviert lassen, so würde es ihm abgenommen und einem andere Interessenten zugeteilt. Das Land- und Kommissionsgericht war für die Durchführung der Verordnung verantwortlich.(17)

Tatsächlich tat sich aber nichts. Am 19. September 1786 ging an Utzschneider ein Schreiben von der Hofkammer, in dem ihm mitgeteilt wurde, daß sich im Seehauser Filz

noch keine Zuteilung erreichen ließ.

Utzschneider tauchte danach bei der Kultivierung des Seehauser Moores nicht mehr auf. (18)

Ueber das Königsdorfer Moor sollte Utzschneider ein Gutachten abgeben. (19) Die Durchführung der Trockenlegung mußte er anderen überlassen.

Das Königsdorfer Moos war 2563 Tagwerk groß. Außer ,daß die Bauern aus der Umgebung ihr Vieh zur Weide hintrieben, war das gesamte Gebiet ungenutzt. Da die Rechtsverhältnisse eindeutig waren und kein Kloster Besitzungen dort hatte, war die Kultivierung relativ problemlos.

Besonderen Fleiß erhoffte sich Utzschneider von den Söldnern, "welche dermalen wenig oder gar nichts besaßen". (20) Dadurch hing der Wohlstand ihrer Familien von deren Fleiß ab.

Während Utzschneiders Tätigkeit wurden allerdings nur 292 Tagwerk, also ein sehr geringer Teil des Königsdorfer Moores, kultiviert. Mehr Land trocken zu legen, wäre sinnlos gewesen, da keine Interessenten da waren. (21)

Am 3. Juni 1785 wurde Utzschneider von den drei Gemeinden Weilheim, Wielenbach und Raisting aufgefordert, " denselben ihr Moos Schwattach genannt geometrisch auszumessen und geometrisch zu beschreiben". (22) Begründet wurde diese Bitte mit dem Hinweis, daß in dieser Gegend ein großer Mangel an Heu und Stroh wäre. Diese drei Gemeinden wollten dem Mangel durch Trockenlegung des Schwattacher Moores begegnen. Das Moos umfaßte 2450 geometrische Tagwerk.

Wie schon bei der Kultivierung des Seehauser Moores brachten auch beim Schwattacher Moos die Klöster Einwendungen gegen die Kultivierung vor. Betroffen waren

hier vor allem die Klöster Dießen und Polling. Hierbei hatte sich Dießen von Anfang an erheblich stärker gegen eine Kultivierung des Schwattacher Moores ausgesprochen als das Kloster Polling. Die Einwände, die Dießen brachte, waren:

- "1. Wenn man das Moos kultiviert, so wird es niedriger, die Amper kann also dahin austreten.
2. Es ist eine Ohnmöglichkeit, daß diese drey Gemeinden die Kosten der Kultur tragen.
3. Werden die Gräben nicht abziehen, besonders wenn die Amper stark angelaufen ist".(23)

Auf Grund von Utzschneiders Sachkenntnis und genauen Messungen, konnte er diese Argumente leicht widerlegen.

Doch gaben sich die beiden Klöster nicht so leicht geschlagen. Durch ständig neue Einwände zögerten sie die Kultivierung immer wieder hinaus. Kloster Polling hörte schließlich auf, sich dem Unternehmen zu widersetzen, gab seine Einwände aber auf Grund seiner Jagdrechte nicht ganz auf. In einem Brief Utzschneiders an die Obere Landesregierung vom 20. Februar 1786 setzte er sich erneut stark für die drei Gemeinden ein, "weil die Gemeinden das dominium utile haben" und "weil sämtliche Waldungen sowohl als der Ackerbau und Viehzucht dabey gewinnen."(24) Außerdem hätte das Kloster das Landeskulturmandat nicht beachtet, nachdem die drei Gemeinden sowieso in jedem Falle den Vorzug hätten, "weil sie diesen Platz kultivieren und Kloster Dießen nicht kultivieren will."(26)

Doch wollte es Utzschneider mit Warnungen an die Klöster nicht bewenden sein lassen. Das Kloster Dießen sollte "1. den drey Gemeinden Weilheim, Wielenbach und Raisting alle Unkosten, die diese bisher hatten, die Ausmessung des Moores allein weggerechnet, vergüten, 2. weil es diese nützliche Arbeit muthwillig verzögerte und unsere landesherrlichen Befehle und Mandate nicht beachtete, 150 fl Strafe erlegen, dieses den drey Gemeinden und anderen Liebhabern der Kultur zur Aufmunterung und den Störnern derselben zum Beispiel."(26)

Hier zeigte sich, daß Utzschneider seine Vorstellungen von der Kultur des Oberlandes sicherlich nicht nur auf dem sanftesten Wege durchzusetzen versuchte. Dies verhärtete die Beziehung zwischen den Kulturwilligen einerseits und den Klöstern andererseits doch erheblich. Die von Utzschneider geforderte Maßnahme gegen das Kloster Dießen war kein Einzelfall. Ob diese Strafen auch tatsächlich verhängt wurden, war aus den Akten nicht zu ersehen

Bereits am 23. Mai wurden Utzschneiders Vorschläge zur Trockenlegung an das Land- und Kommissionsgericht Weilheim weitergeleitet und Utzschneider wurde aufgefordert, zur Kultivierung des Moores zu schreiten. (27)

Die weitere Trockenlegung dieses Moores scheint sich ohne allzu große Hindernisse seitens der Klöster vollzogen zu haben, denn bereits 1788 wurde aus den kultivierten Gebieten ein Ertrag von ungefähr viertausend Fuder Heu gemeldet. (28)

So massiv Utzschneiders Vorgehen gegen die Klöster auch erscheinen mag, so muß man doch bedenken, daß sie ihrerseits mit ihren Untertanen nicht gerade sanft umgingen, wenn sie sich ihnen in Kulturangelegenheiten widersetzten. So übersandten z.B. die Untertanen von Iffeldorf einen Beschwerdebrief vom 7.5. 1787 über das Kloster Wessobrunn an die Hofkammer, in dem sie schrieben:

"Wir haben ein uns eigenthümlich angehöriges Moos abgegraben, einen Theil ackermäßig, einen zu zweimähigen Wiesen gemacht und mit einem Zaun umgeben. Das Kloster drohte uns mit der Stockstrafe, wenn wir die von uns aufgeworfenen Gräben nicht wieder ausgleichen die Zäune nicht wegreißen wollten. Ja man zwang uns sogar, wenn wir nicht in dem Arrest verfaulen wollten, wie es uns von dem Abt des Klosters unter den abscheulichsten und auf einen Priester sehr unanständigen Schelt- und Fluchworten, die er gegen uns ganz ungescheut ausstieß, schon wirklich audikkiert war, uns zu unterschreiben, daß wir obigen Auftrag befolgen wollten und wir mußten überdies noch jeder

dem Gerichtsdienner 17 Kreuzer zahlen. Nachdem wir aber die Wegreißung der Zäune die Einfüllung der Gräben nicht vollzogen und uns äußerten, daß wir uns bei der Hofkammer beschweren wollten, wurden wir am 4. Mai, nachdem uns unser Pfarrer schon von öffentlicher Kanzel als Abgesandte des Teufels betitelt hatte, vom Klostrichter dem Lande höchst schädliche Tiere genannt. Nach Verfluß eines zur Einreißung der Zäune uns ultimativ anberaumten zweistündigen Termins wurden wir auf eine Stunde in den Stock verbrummt und die Gräben hierauf nach dem Befehle des Abtes eingeworfen und die Zäune eingerissen. Dann wurde das Vieh hineingetrieben und alles verwüstet, obwohl die kultivierten Gründe mit Haber angebaut waren. Dem Blasi Perlmayer aber wurde den Samstag darauf auf öffentlichem Platze 15 empfindliche Streiche wie dem größten Verbrecher vom Gerichtsdienner herunter gemessen, bloß weil selber sagte, daß obige Unterschreibung aus unerlaubtem Zwange geschehen sei." (29)

Sehr erbost über diese scharfen Uebergriffe gegen Kulturwillige, schickte Utzschneider ein Schreiben an das Kloster Wessobrunn, in dem der dortige Abt aufgefordert wurde, Stellung gegen diese Vorwürfe zu nehmen. Weiter wurde ihm mitgeteilt, daß er "sich bei Vermeidung einer Strafe von 80 Reichstalern aller Tätlichkeiten gegen selbe zu enthalten habe." (30)

Die Stellungnahme des Klosters war sehr ausweichend, doch wurden die Stockstrafen zugegeben. Man konnte also davon ausgehen, daß sich der Sachverhalt wie im oben zitierten Brief zugetragen hatte.

Da ähnliche Beschwerden scheinbar von mehreren Kulturwilligen kamen, erging auf Bestreben Utzschneiders am 27. Juli 1787 ein kurfürstlicher Befehl, an alle widerstrebenden Klöster des Oberlandes.

"Da wir zuverlässig wissen, daß in dem euch gnädigst anvertrauten Gerichte N.N. viele und große Moose und viele Plätze vorhanden sind, welche vermöge unseren Kulturmandaten zu einer besseren Kultur gebracht werden sollen, so habt

ihr:

1. alle Moose und öden Gründe specific mit Namen anzeigen, wie sie heißen und wo sie liegen.
2. wie viel Tagwerk ein jedes dieser Möser groß sei, könnt ihr beyläufig schätzen;
3. sollt ihr alle jene Untertanen mit Namen anzeigen, welche in eurem Gericht der gleichen Moose zu einer besseren Kultur bringen wollen; und im Falle ihr etwa einen verschweigen oder von dem Kultureifer auf was immer für eine Art abmahnen wollt, so wird eine eigene Lokalkommission auf eure Kosten abgesandt und Kopf für Kopf vernommen;
4. habt ihr anzuzeigen, wem auf obigen Moosen das Waidrecht und Eigenthum zustehen. Wir erwarten, daß ihr diesen unseren Befehl sämtlichen Unterthanen publicieren und bei Vermeidung eines eigenen Botens in Zeit von 14 Tagen euren um ständlichen Bericht über obige Punkte anherr erstatten , auch keinen kulturswilligen Untertan bei Vermeidung einer Strafe von 50 Reichstalern nicht im geringsten Übel behandeln werdet." (31)

Die letzten Punkte dieses Befehls zeigen, daß es Utzschneider nicht bei leeren Drohungen und Verordnungen , die letztlich nie befolgt wurden, bewenden lassen wollte. Daß dies auch die Klöster begriffen hatten, zeigten die Reaktionen auf den kurfürstlichen Erlaß. Die Klöster sahen sich erneut in ihren Rechten verletzt. Der Probst von Polling schrieb, daß die Filze dem Kloster im Tausch von den bayerischen Herzögen überlassen worden waren. Auch Kaiser Maximilian habe angeordnet, daß sie nur gegen gewisse Entschädigungen weggenommen werden durften. Trotzdem wolle die Regierung drei dieser Filze eigenmächtig abräumen und, wenn das Kloster sich dazu nicht verstehe, Gewalttätigkeiten gebrauchen. Drei Plätze, seien inzwischen von Hofkammerrat Utzschneider abgemessen worden; sobald das Moos gefroren sei, werde man an die Abräumung gehen. Dies geschehe, ohne daß dem Kloster auf andere Weise angemessene Indemnisation verschafft wurde. (32)

In ähnlicher Weise reagierte der Abt Amadeus von Benediktbeuren. In einer Vorstellung äußerte er seine Bedenken gegen die Mooskultur. Er meinte, sie sei "das gänzliche Verderben der Bauernschaft, welche der Arbeit nicht im mindesten gewachsen sei." (33)

Seiner Meinung nach würden die Hofkassen verlieren, wenn man die großen Grundbesitzer bedrücke. Die Moore seien äußerst wichtig zur Viehzucht, da sie neben der Jagd zur Waidtschaft und Strohgewinnung dienten.

Da die Klöster aber sahen, daß sie bei der Regierung wenig Erfolg hatten, wandten sie sich an die Landschaft.

Am 6. Dezember wurde die Beschwerdeschrift der Äbte von Andechs, Dießen, Wessobrunn, Rothenbuch, Steingaden, Ettal, Schlehdorf, Benediktbeuren, Tegernsee, Dietramszell, Schäftlarn, Beyerberg, Bernried, Polling und Fürstenfeld der Landschaft überreicht. Sie suchten, wie sie sagten, Schutz gegen "die Maßnahmen Utzschneiders und den Sturm der Untertanen." (34)

In ihrem Schreiben erläuterten die Klöster, daß sie "sich im Interesse der Landwirtschaft, Viehzucht und Jagd gegen die Mooskultur" (35) wendeten. Sie wollten nicht das Opfer eines Finanzsystems werden, das von Preußen und Oesterreich kopiert würde.

Die Landstände griffen diese Beschwerde auf und wollten eine allgemeine Landesbeschwerde erregen.

Diesem Protest schloß sich das Oberstjägermeisteramt an, das um den Wildbestand fürchtete.

Am 12. Januar 1788 antwortete die Hofkammer, daß an die Abteien der Befehl ergangen sei, einen Bericht über ihre öden Gründe einzusenden. Daher resultierte die Beschwerde. Hofkammerrat Utzschneider habe einige Moose, die keine Untertanen kultivieren wollten, ausmessen lassen. Dies sei auch schon alles gewesen, was geschehen wäre. Vielmehr würden kulturwillige Untertanen daran gehindert,

die Moore trocken zu legen. Welchen Nutzen die Kultivierung habe, zeige das von Utzschneider 1785 trockengelegte Schwattacher Moos. (36)

Zu guter letzt äußerte sich noch die Obere Landesregierung zu dieser Beschwerde. Sie betonte, daß die Beschwerde der geistlichen Hofmarksherrn "nur dahin abziele, den gewagten, gewalttätigen Vorschriften Einhalt zu gebieten, mit welchen der abgeschickte Kommissarius die den Ständen gehörigen Möser, Plätze und Waidschaften ausgemessen habe, mit der Absicht, selbe eigenmächtig zu verteilen." (37)

Der Kurfürst ließ sich aber von diesen Äußerungen zunächst nicht beeindrucken. Vielmehr erließ er am 9. November 1788 einen Bescheid, in dem er mitteilte, daß es "ohnverantwortlich wäre, wenn diese fast das während des ganzen Jahrhunderts betriebenen Kultivierung durch unbegründete Widerstände ins Stocken geraten würde. Man sollte jede Gelegenheit ergreifen", schrieb er weiter, "womit derlei fast ohne Nutzen verbliebene Moose und andere unbebaute Gründe zum allgemeinen Wohle hergestellt werden. Dadurch läßt sich mehr Nahrung beschaffen, die Getreide- teuerung kann gehemmt ,die Viehzucht befördert und die Mannschaft vermehrt werden." (38) "Die Landschaft möge ersehen, daß der Kurfürst nur für das wahre Beste seiner Lande Obsorge trage.

Einer der ersten Gegenstände sei dabei die Kultivierung der öden und Moosgründe. Hierin werde er sich nimmer mehr behindern lassen. (39)

Diese Stellungnahme zu Gunsten Utzschneiders und der Kultivierung war allerdings nur von kurzer Dauer. Nur kurze Zeit später erging ein Erlaß, der der Hofkammer die Vollmacht, Moore zu vermessen und zu kultivieren, nahm und sie auf die Obere Landesregierung übertrug. Außerdem wurde ein Antrag des Rates Hillesheim, Utzschneider die Leitung der ganzen Mooskultur zu übertragen, in der Kammer abgelehnt. (40)

Wie wir in den vorangegangenen Ausführungen sahen, bestanden Utzschneiders Bemühungen um die Kultivierung vor allem unter dem Zeichen des Kampfes zwischen ihm bzw. der Hofkammer und den Klöstern.

Die Ursachen für das widerstrebende Verhalten der Klöster war die Angst um die Aufgabe von Privilegien. Dies geht aus bereits erwähnten Äußerungen der Äbte hervor. Vor allem ihre Jagdgründe sahen die Klöster durch die Kultivierung zerstört. Muß man dabei doch bedenken, daß die Jagd eine der Lieblingsbeschäftigungen nicht nur im Adel, sondern auch bei den Geistlichen war. Allerdings gab es auch hier einige wenige Stimmen, die "es lieber sahen, wenn sich die Geistlichen mit ihrem eigentlichen Berufe beschäftigten." (41)

Durch die ständigen Kompetenzstreitigkeiten zwischen der Hofkammer und der Oberen Landesregierung sahen die Klöster eine Möglichkeit, ihre Forderungen durchzusetzen. Wie in früheren Zeiten hätten sie damit auch Erfolg gehabt, wenn nicht Karl Theodor selbst immer wieder eingegriffen hätte. Das Projekt der Kultur der öden Gründe war ihm doch zu wichtig, als daß er es alleine zwei konkurrierenden Behörden überlassen hätte. Männer wie Utzschneider oder Stengel bei der Kultivierung des Donaumooses konnten ihm dabei nur willkommen sein.

Eine weitere Befürchtung der Klöster war, daß mit einer Urbarmachung von öden Gründen Arbeitskräfte abgezogen würden oder gar verloren gingen, ohne die der landwirtschaftliche Betrieb eines Klosters zusammengebrochen wäre. Bayern war ein relativ dünn besiedeltes Land, sodaß eigentlich eine größere Nachfrage an Grund und Boden kaum vorhanden war. Diese Problematik erkannte auch Utzschneider bereits sehr früh. (42)

1785 war Utzschneider in die Landgerichte Weilheim, Schongau, Hohenschwangau, Rothenbuch und Ettal geschickt worden, um die Wälder zu besichtigen. Dabei untersuchte er auch einige öde Gründe, ob sie kultiviert werden

könnten und ob vor allem genug Leute da wären, um sie zu kultivieren. Es wurde ihm dabei von den Bauern dieser Gegenden die Liste von 61 Familien übertragen, "die in dieser Gegend herumstreichen, von einem Bauern zum andern wandern, den Unterthanen mit Bettel und Quartier zur Last fallen, die viele Kinder haben, ohne ihnen etwas anderes als den Bettel erlernen zu lassen." (43) In dieser Gegend waren aber so viele öde Gründe, daß für diese 61 Familien ein neues Dorf auf einem trockengelegten Teil errichtet werden könnte. Utzschneider war sich bewußt, daß dies alles viel Geld kostete, "aber es muß ja nicht alles auf einmal geschehen" (44), meinte er. Wie aus einer beiliegenden Liste zu ersehen war, umfaßten diese 61 Familien zwischen 200 und 250 Personen. Der Vorschlag wurde von Utzschneider am 20. April 1786 vorgebracht. (45) Am 2. Mai erklärte sich die Obere Landesregierung für nicht uninteressiert. Man wollte eine Konferenz auf den 23. Mai festlegen um Details zu besprechen. (46) Auf dieser Konferenz erschien kein Vertreter der Hofkammer, sodaß der Termin auf den 9. Oktober neu festgesetzt wurde. Doch auch dieser Termin mußte verschoben werden, da Utzschneider nicht in München war. Die Konferenz wurde noch einmal auf den Januar 1787 verschoben, doch dann scheint der Vorschlag im Sande verlaufen zu sein. Das Interesse seitens der Hofkammer schien gering gewesen zu sein.

Diese Vorschläge Utzschneiders wurden einige Jahre später bei der Besiedelung des Donaumooses erneut aufgegriffen. Hier wurden mit Erfolg herumziehende Familien angesiedelt.

Nach 1788 trat Utzschneider in Kulturangelegenheiten im bayerischen Oberland fast nicht mehr auf. Auf Grund des Erlasses von 1788 hatte die Hofkammer nur noch fiskalische Aufgaben bei der Moorkultivierung zu erledigen. Nur wenn es noch um kleinere Streitigkeiten ging, wurde er zur Schlichtung hingeschickt. (47)

Erst nach seinem Ausscheiden aus dem Oberforstkommissariat, dem er als Leiter seit 1786 vorstand erinnerte man sich wieder an Utzschneiders Erfahrung in der Moorkultivierung. In den Jahren 1793 und 1794 wurde er von der Hofkammer als Kommissär in das Donaumoos entsandt.

Eine der größten Moorkultivierungen des ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts war die Trockenlegung und Besiedelung des Donaumooses, die auf Anregung des Statthalters des Herzogtums Neuburg, Graf Friedrich von Pappenheim, begonnen wurde.(48) Über Größe und Besitzstand des Donaumooses gab es von Anfang an Unklarheiten. Da die alten Lehenbücher nicht ordentlich geführt worden waren, wurde am 14. Juli 1787 eine Kommission eingesetzt, "um diese Ungewissheit des Besitzstandes zu heben." (49)

Die Kommission hatte zunächst wenig Erfolg, da die Grundbesitze zu weit voneinander entfernt waren, das Moos nicht ausgemessen war, zur Berechnung des Grundes unterschiedliche Maße angewandt wurden und nicht zuletzt das nötige Geld fehlte, um Vermessungen und Verteilung vornehmen zu können. Der Kurfürst stellte der Kommission schließlich die geringe Summe von 20.000 fl bereit.

Größere Fortschritte machte die Arbeit erst, als Kurfürst Karl Theodor 1790 dem Plan Stephan von Stengels zur Gründung einer Aktiengesellschaft zustimmte.(50) Stengel übernahm nun auch den Vorsitz der Kulturkommission. Die Kultivierung ging nun gut vonstatten, doch war schließlich viel mehr Land urbar gemacht, als die Bauern bearbeiten konnten. Man kam deswegen auf die Idee, Kolonisten im Donaumoos anzusiedeln. Die alten Besitzer mußten auf eine andere Art entschädigt werden. Dies führte aber zu erheblichen Streitigkeiten. Hinzu kam, daß am 13. Juli 1791 eine Extraditions-Kommission eingesetzt wurde, die die Grenzen des Donaumooses ausmessen sollte. Hier kam es zu erheblichen Unstimmigkeiten mit den anliegenden Hofmarksherren. Stengel als Leiter der Donaumooskommission konnte seine Aufgabe auch nur teilweise erfüllen, da er

ständig wegen anderer Geschäfte nach München beordert wurde. (51)

Dies alles waren Gründe, weswegen am 3. Juli 1792 eine neue Kommission, die sich "Judicium delegatum" nannte, eingesetzt wurde, die diese Rechtsstreitigkeiten schlichten sollte. Dieser Kommission gehörte auch Utzschneider an. (52)

Um den Ansturm der Beschwerden in München zu stoppen, wurde befohlen, daß sich jeder Unzufriedene an diese Kommission binnen 6 Wochen zu wenden hatte.

Da der Kommission bereits bei den ersten Beschwerden klar wurde, daß die Untertanen eines Rechtsbeistandes bedurften, wurde der Sitz der Kommission von Karlskron nach Neuburg verlegt.

Um hier die Verfahren zu beschleunigen, wurde den in Neuburg ansässigen Advokaten die wichtigsten Reskripte bekannt gemacht.

Nach 1792 erledigte die Kommission 270 Prozesse. Meist einigte man sich in beiderseitigem Einvernehmen, in anderen Fällen sprach das Judicium Recht. Da vor jedem Urteilsspruch die Beschwerden direkt am Ort in Augenschein genommen wurden, ging die Arbeit nur sehr langsam vor sich. Auch die Hofadvokaten, besonders ein gewisser Obermayer, "welcher seiner eingriffigen Schreibart wegen bereits von allen hohen Landesstellen schon punctiert worden ist", (53) machten ständig Schwierigkeiten. Im großen und ganzen lief das Geschäft aber zur allgemeinen Zufriedenheit ab, so daß die Kommission 1793 ihre Arbeit abschließen konnte.

An der oben benannten Aktiengesellschaft, der die Austrocknung des Donaumooses übertragen wurde, hatte sich von Anfang an auch der Staat beteiligt. 1793 leistete er einen neuen Zuschuß von 100.000 fl. Damit diese Ausgabe sichergestellt war, sollten 2000 Tagwerk des

neu gewonnenen Kulturlandes beschlagnahmt und Neusiedlern zur Verfügung gestellt werden. Als Kommissär der Regierung, der diese Grundstücke auszusuchen hatte, wurde am 2. Juni 1793 Utzschneider ernannt. (54) Bereits am 12. Juli hatte er 724 Tagwerk, die sich zu Äckern eigneten, und 1200 Tagwerk Wiesen in Besitz genommen. Die Vermessung und den Verkauf mußte er privaten Geschäftsleuten überlassen, da er nach München zurückgerufen wurde. (55)

Der Anfang zur Urbarmachung und Besiedelung des Donaumooses war unter Karl Theodor gemacht worden. 18 Dörfer mit etwa 300 Einwohnern wurden gegründet. Nach der Entlassung Stengels erreichten seine Gegner, daß 1798 die Moosanteile der Aktiengesellschaft samt dem Moosgericht an einen westfälischen Kaufmann veräußert wurden. Doch bereits 1800 wurde der Moosbezirk wieder Eigentum des Staates und man ging daran, das gesamte Donaumoos mit 17000 Hektar zu kultivieren. (56)

Utzschneider hat sich in der Zukunft mit der Mooskultivierung im bayerischen Staatsdienst nicht mehr beschäftigt.

Die Bedeutung Utzschneiders für die Moorkultivierung in Bayern sollte hier nicht überschätzt werden. Sicherlich spielte er keine so bedeutende Rolle wie z.B. Stengel. (57) Schließlich waren die von Utzschneider initiierten Projekte nicht allzu groß. Doch hat er überall Grundlagen gelegt, auf denen andere dann aufbauen konnten. Außerdem ist festzustellen, daß es damals nicht allzu viele bayerische Staatsbedienstete gab, die erkannten, welche wichtige Rolle die Moorkultur für den bayerischen Staat sowohl in finanzieller als auch in bevölkerungspolitischer Hinsicht spielen sollte. (58)

Utzschneider hatte 1786 das Oberforstkommissariat übernommen, sodaß die Moorkultur nur noch eine untergeordnete Rolle für ihn spielte. Seine Bedeutung auf dem Gebiet der Neuordnung der Forstverwaltung war denn auch erhebliche größer, als die bei der Moorkultur.

IV. Die Neuordnung der Forstverwaltung

Neben seiner Tätigkeit bei der Moorkultivierung wurde Utzschneider in den ersten Jahren in der Forstdeputation auch zu Taxierungen, Vermessungen und verschiedenen Holzverkäufen in das bayerische Oberland geschickt. So liegen uns Anordnungen vor, die Utzschneider in die Waldungen von Graßleiten, von Rottenbuch und Schöngesing, von Rauchenlechsberg und anderen Gegenden beordern. (1) Die Arbeiten erledigte Utzschneider zur Zufriedenheit seiner Vorgesetzten, sodaß Graf Törring-Seefeld den Kurfürsten am 28. Januar 1786 bat, Utzschneider ein Gehalt zu gewähren. (2) Bereits am 6. März wurde ihm ein Gehalt von 500 fl zugebilligt.

Auf seinen Reisen durch die bayerischen Waldungen konnte Utzschneider die Mißstände im bayerischen Forstwesen überall feststellen. Er sah sich deshalb veranlaßt, sich Gedanken über die Beseitigung dieser Uebel zu machen. Seine Vorstellungen zur Verbesserung des Forstwesens legte er Ende 1785 in der Denkschrift "Vorschlag zur Kultur der Waldungen in Bayern" nieder. Bevor er diese Denkschrift verfaßt hatte, studierte er aufs genaueste die bayerischen Forstordnungen von 1568 und 1616 und die Forstordnungen von Württemberg, Preußen und Österreich. (3)

Zu Beginn seiner Arbeit legte er dar, was ihn zum Entwurf dieser Denkschrift bewogen hat:

"Die Waldungen werden bei der dermaligen Waldwirtschaft so abgeschwendet, daß man in kurzer Zeit über Mangel an Holz klagen dürfte. Die Stadt München wird von Tag zu Tag mehr bevölkert, braucht also mehr Holz, die Unterthanen auf dem Lande haben Bau-, Nutz- und Brennholz ebenso nötig als Getreide. Man beeifert sich, Fabriken, Manufakturen, Hüttenwerke und dgl. emporzubringen, kurz man wendet alle Kräfte an, den möglichst besten Grad der Bevölkerung gleich anderen Staaten zu erreichen. Alle diese

Gegenstände fordern einen hinlänglichen Holzvorrath, sodaß, wenn er abginge, alle obigen Anstalten fruchtlos sein würden. Jedermann, der die Waldungen in Bayern nach der gegenwärtigen, gar nicht forstordnungsmäßigen Behandlung kennt, muß gestehen, daß bald ein großer Holzmangel entstehen müsse, wenn man noch lange so übel fortwirthschaftet." (4)

Bereits für die Erstellung früherer Forstordnungen hatte die Angst vor der Holznot eine ausschlaggebende Rolle gespielt. Holz wurde vor allem benötigt, um Häuser zu bauen. Bis ins 19. Jahrhundert waren Holzhäuser das Uebliche in Bayern. Erst zu Beginn des 19. Jahrhunderts ging man dazu über Häuser vorwiegend aus Stein zu bauen. Auch die Gerätschaften im Haus wie z. B. Stuhl, Bett, Tisch aber auch Schaufel, Rechen, Wagen und Egge wurden aus Holz hergestellt. Doch hatte Holz natürlich als Energiequelle eine ganz besondere Bedeutung. Vor der Entdeckung von Torf und Kohle war Holz das einzige Feuerungsmittel. Daraus resultierte vor allem die Angst vor dem Holzmangel. Auch waren die Feuerstellen keineswegs sonderlich energiebewußt.

Im 15. und 16. Jahrhundert verfeuerte man für etwa gleiche Feuerstellen rund drei bis viermal so viel Holz wie zu Beginn unseres Jahrhunderts. Besonders groß waren die Befürchtungen in größeren Städten wie München. Die Bewohner waren hier auf das Umland angewiesen und nicht selten mußte das Holz von weit hergebracht werden, was auch Auswirkungen auf den Holzpreis hatte. (5)

Der Holzpreis stieg in den achziger Jahren immer weiter an. Am 26. Oktober 1789, also kurz nach Erscheinen der neuen Forstordnung bekam Utzschneider einen Brief von dem Forstmeisteramt München, in dem es sich über den hohen Holzpreis beschwerte. Schuld daran wäre nach Utzschneiders Auffassung der gestiegene Holzverbrauch in München. Dieser erhöhte Verbrauch war darauf zurückzuführen, "daß in vielen Häusern drei Zimmer geheizt" (6) wurden. Außerdem wurde immer nur Buchenholz verlangt. Utzschneider meinte,

daß die Polizei schon längst hätte eingreifen müssen, denn die Waldungen in der Umgebung von München waren bereits gehauen. Von den weitergelegenen Waldungen war es sehr schwer das Holz heranzuschaffen und außerdem war auch in anderen Gegenden der Holzverbrauch gestiegen.

Holz fand seine Verwendung aber nicht nur zu Brenn- und Bauzwecken. Da Wachs sehr teuer war, blieben die Kerzen den Vornehmen vorbehalten. Die einfachen Leute benutzten Spähne aus Kien- oder Buchenholz zur Beleuchtung. (7)

Obwohl frühere Forstordnungen immer wieder eine genauere Aufzeichnung und bessere Bewirtschaftung des Waldes forderten, kam es nie dazu. Niemand wußte, wie groß die Waldbestände waren und wieviel Holz benötigt wurde. Die Folge war, wie Utzschneider schrieb, daß das "Brennholz von Jahr zu Jahr teurer wurde, das Bauholz man für Geld kaum mehr findet." (8) Diese Äußerung ist sicherlich übertrieben, denn tatsächlich gab es nie eine größere Holznot, jedenfalls für den größten Teil Bayerns nicht. Auch die Holzzufuhr nach München war nie ernsthaft gefährdet. Einzig im östlichen Gebirge, wo Salinen und Bergwerke ihren großen Bedarf an Holz decken mußten, kam es gelegentlich zu Engpässen. (9) Wenn man bedenkt, daß Bayern 1770 nicht ganz 200.000 Herdstätten hatte, deren Jahresbedarf nicht höher als 800.000 Klafter zu schätzen ist, dagegen aber eine Waldfläche von 2,5 Millionen Tagwerk hatte, deren nachhaltige Ertragsleistung auf mindestens 1,5 Millionen Klafter Holz zu veranschlagen ist, so kann selbst bei Hinzurechnung von einem Verbrauch von 100.000 Klafter Holz für die Bäcker und ca. 50.000 Klafter für die Salinen kaum von einem Holzangel die Rede sein. Unterm Strich bleiben dann immer noch rund 500.000 Klafter übrig. (10) Ein weit größeres Problem als der Holzangel war sicherlich der geringe finanzielle Ertrag der bayerischen Waldungen. (11)

Die Ursache hierfür war, daß die Kastenbeamten das Forstwesen dirigierten. Außerdem war "der Förster Herr in seinem Refier. Er konnte den Unterthanen anweisen, so viel

er wollte, konnte dem Landesherrn in Rechnung stellen was er wollte, konnte Holz auszeigen wie es im beliebte." (12) Hatte wirklich ein Förster einmal gute Absichten, so hinderte ihn meistens seine schlechte Ausbildung, die nur aus Schießen und Jagen bestand, etwas unternehmen zu können.

Auf Grund der großen Jagdleidenschaft vieler Adliger war für sie ein guter Jäger wichtiger, als ein guter Forstmann. Das ging zeitweise so weit, daß man bald nicht mehr wußte, "ob die Schergen oder die Jäger die größere Landplage waren" (13), wie Hazzi schrieb.

Es war deswegen sicherlich berechtigt, wenn Utzschneider sagte:

"Ich sehe die Kurfürstlichen Waldungen als ein Kapital an, das, wenn es gut verwaltet würde, große Interessen abwerfen sollte, da dermalen doch kaum soviel abfällt, um das Verwaltungspersonal derselben zu besolden und einige geringe Verbesserungen darin vornehmen zu können." (14)

Die Forstordnungen von 1568 und 1616 hatten zwar klare Anweisungen gegeben, doch achtete niemand auf deren Durchführung, sodaß sie letztlich nicht mehr als ein Stück Papier blieben.

Die Denkschrift Utzschneiders fand bei der Hofkammer allgemeines Interesse, sodaß er sie am 1. April 1786 dem Kurfürsten als Gutachten unter dem Titel "Das Forstwesen in Bajern und der oberen Pfalz betreffend" übergab. (15)

Schon früher, so begann Utzschneider, seien der Hofkammer Vorschläge zur Behebung der Mißstände im Forstwesen gemacht worden, doch hatte "man bey dem Entwurfe derselben niemals auf das Ganze im Zusammenhang Rücksicht genommen." (16) Man griff immer nur bestimmte Punkte heraus, doch, meinte Utzschneider wohl zu Recht, könne man auf diese Art und Weise nichts ändern. Dies zeigten auch die Mißerfolge bei der Durchführung der Vorschläge. Es wäre deswegen notwendig, "das forstwesen im ganzen Lande nach einem bestimmten wohlüberdachten Plane verwalten und behandeln zu lassen." (17)

Wollte man also Ordnung in die bayerischen Forste bringen, so müsse man seiner Ansicht nach folgende acht Punkte beachten:

1. wo alle Holz-Plätze in Baiern und der oberen Pfalz liegen und wie weit selbe von den Dörfern, Märkten und Städten entfernt sind,
2. wie groß diese Waldungen beyläufig sind? wie ihr Grund und Boden beschaffen sey? welche Verwaltung wie der dermalige Holzstand? welche Rechte?
3. welche Unterthanen in jedem Walde eingeforstet sind? mit wieviel Holz? kann der Wald in perpetuum so viel Holz abgeben? oder mehr oder weniger? wo gibt man das Mehrere hin? woher ersetzt man den Abgang?
4. welche Unterthanen im Lande haben gar kein eigenes Holz, welche sind nirgends eingeforstet, müssen also alles nöthige Holz kaufen? welche Unterthanen haben zwar ein eigenes Holz oder forstrecht in einem Wald, aber doch nicht genug?
5. Muß man wissen, wieviel Holz man jährlich im Lande nöthig hat. ... Man muß wissen, ... woher den Unterthanen auf dem Lande sowohl, als in den Städten dieses jährliche nöthige Holzquantum jeder Gattung abgereicht werden könne und dieses zwar auf ewige Zeiten?
6. wie soll ein forst verwaltet werden, um selben nach wahren forstkammeral grundsätzen zu behandeln?
7. wie muß jede Waldung jetzt gleich, da beynahe alle Forsten in Pfalzbaiern in der größten Unordnung sind, behandelt werden, um selbe einigermaßen, sobald möglich wieder empor zu bringen.
8. wie muß das ganze forstwesen in Baiern und der oberen Pfalz im Zusammenhange verwaltet werden?" (18)

An Hand dieser acht Punkte entwarf Utzschneider nun seine Vorstellungen zur Verbesserung.

Zu Punkt eins meinte er, daß es unumgänglich sei, die Lage von Forsten, Dörfern, usw. zu kennen, um einen vernünftigen Forst-Etat zu erstellen. Um dies zu erreichen,

wäre das naheliegendste, das ganze Land zu vermessen. Doch Utzschneider erkannte, daß "eine solche Arbeit ..., so nützlich sie auch seyn mag, jetzt nicht, vielleicht niemals möglich ist. Selbe wurde neben großen Umständen auch ein halbes Jahrhundert dauern." (19)

Utzschneider hatte sicherlich Recht, daß eine schnelle und gute Bewirtschaftung ohne eine Landesvermessung indiskutabel wäre, doch sollte sich zeigen, daß Utzschneiders Pläne einer Landesvermessung 1800 von Napoleon wieder aufgegriffen wurden. Zwar waren dann mehr militärische Gründe der Zweck der Vermessung, doch wurden die Pläne auch fiskalisch genutzt.

Um trotzdem eine Vorstellung von den bayerischen Zuständen zu bekommen schlug Utzschneider vor, Brouillions, wie sie in Kriegszeiten üblich waren, zu erstellen. Dies sollte in allen Gerichten durchgeführt werden. Da er selbst bereits im vergangenen Jahr solche Brouillions von Ettal und Rottenbuch gemacht hatte, erklärte er sich bereit solche auch in anderen Gerichten anzufertigen.

Um Größe, Bodenbeschaffenheit, Holzstand und Rechte in den Waldungen zu erfahren, mußte vom Forstpersonal eine genaue Waldbeschreibung vorgenommen werden. Um diese Waldbeschreibungen genau durchzuführen gab Utzschneider eine lange Liste von Details, auf die zu achten war, an.

Der Forstbeschreibung sollte außerdem als Anlage die Menge Holz, die ein Wald abgeben konnte, beigelegt werden. Damit kein Wald vergessen wurde, mußte man Gericht für Gericht durchgehen. Um die Eigentumsverhältnisse festzustellen, könnte man nach Ansicht Utzschneiders die Leute befragen. Als Kontrolle dienen die Brouillions. Auch die Menge des Holzbedarfes könnte erfragt werden. Utzschneider war sich wohl bewußt, daß man so sicherlich keine exakten Zahlen bekam, man aber gewisse Richtlinien hatte, an die man sich halten konnte.

Einer der zentralen Themen der Denkschrift war die Verwaltung der Forsten. Utzschneider meinte, daß man zu diesem Problem eigentlich nur die Forstordnungen von 1616 genau zu lesen bräuchte. Darin stand nämlich, daß "der Wald geometrisch ausgemeßen und darüber eine forstkarte verfertigt werden muß." (20) Diese Karte sollte die genauen Forstgrenzen bestimmen. Doch nicht nur die Grenzen mußte man genau erkennen können, sondern auch alle Details wie z.B. "Lage und Größe der Waldungen, Art des Holzes ..., Dörfer ,Seen, ...etc. (21) müßten ersichtlich sein. Eine entsprechende Instruktion für die Geometer hatte Utzschneider seiner Denkschrift beigelegt.

Weiter bestimmte die Forstordnung, daß, nachdem die Wälder vermessen sind, diese auch entsprechend vermarktet werden müssen. "Die forstmeister sollen alle vier Jahre ex officio die gränzen ihrer untergebenen Waldungen bereisen, revidieren und ordentliche Protokolle darüber führen." (22) Die Grenzen sollten durch Zeichen z.B. Pfähle oder Gräben angedeutete werden.

Die Ausmessungen und Beschreibungen wären sodann der Hofkammer zu übergeben, die einen Referendär zur Ueberprüfung der Angaben benennen würde.

Sollte ein Plan zu ungenau sein," so hat der Geometer dafür zu haften und selben auf seine Unkosten zu verbessern." (23) Es sollte dann ein ordentliches Lagerbuch erstellt werden, dem jeweils der Plan beiläge. Änderungen an dem Wald müßten von der Kammer stets eingetragen werden., "so daß unsere Nachkommen in dem Lagerbuch zugleich eine kurze Geschichte des Waldes lesen können." (24)

Nun müßte der Wald in Gehaue und Schläge eingeteilt werden.

Da die Forstordnung nichts darüber sagte, ob und warum diese Einteilung sinnvoll wäre, in wieviel Gehaue jeder Wald abgeteilt werden mußte und wer so eine Einteilung vornehmen sollte, führte dies Utzschneider im Folgenden genauer aus.

Vor zweihundert Jahren wurde schon das Abtheilen in Gehäue gefordert, doch war dies nicht geschehen. Notwendig und nützlich war diese Abtheilung nach Utzschneiders Meinung aus folgenden Gründen:

- a) "die Hofkammer bekommt einen deutlichen Begriff von der Länge, Breite und inneren Beschaffenheit des forsttes" (25) Sie wußte, wie man am Besten zu bestimmten Plätzen kam. "Sie kann die Direction ihrer forstwirthschaft in der Stadt führen, ohne immer kostbare Kommissionen hinausschicken zu müssen. (26)
- b) Sie (die Hofkammer) weiß, alsdann zuversichtlich, daß sie ihren forst wie ein guter Hauswirth benutze, das ist, daß sie weder zuviel noch zu wenig schlage.
- c) die Hofkammer weiß alsdann besonders wenn der forst gehörig tapiert wird, auf wieviel Holz sie jährlich Rechnung machen kann, und erfährt unter Umständen auch den Betrag der jährlichen Forstgefälle. (27)
- d) Eine Vielzahl von Prozessen könnte verhindert werden.
- e) Für den Förster wäre es leicht die Holzdieberei zu verhindern. Bisher standen kleine, mittlere und große Bäume beisammen und der Wald war stark ausgehauen. Diebe brauchten praktisch nur mit dem Wagen in den Wald hineinzufahren und sich zu bedienen. Durch die Gehäue bliebe der Wald geschlossen und mit Bäumen von gleichem Alter bewachsen. Auch die Untreue der Holzhauer könnte der Förster nun beaufsichtigen, da alle Hauer in einem Gehau arbeiteten und so vom Förster beaufsichtigt würden. Dadurch könnte wiederum ein Förster größere Reviere versorgen.
- f) Auch der Förster selbst würde besser kontrolliert, denn "wenn nur in einem oder zwey Orten geschlagen wird, so läßt sich das Nutz-, Bau- und Klafterholz viel leichter nachzählen und berechnen." (28)
- g) Ohne Gehäue "ist es glatterdings ohnmöglich zu verhindern, daß der junge Anflug oder Nachwuchs nicht vom Wilde oder Vieh verderbt werde.
- h) Die ordentlichen Gehäue bleiben immer geschlossen." (29) Dadurch würden Windbrüche verhindert.

- j) Der Ertrag aus den Waldungen wäre erheblich größer. Utzschneider meinte, daß ein Wald der jetzt 300 fl abwirft, bei einer guten Wirtschaft leicht 1000fl abwerfen konnte.
- k) "In Waldungen, die nicht in ordentliche Gehäue abgetheilt werden, wird das Streumachen, die Viehweide, Fecheln, die Eichel und Buchl-Mast allzeit mit Nachtheil des forstes ausgeübt werden." (30) Bei Gehauen würden dazu eben nur solche Bäume verwendet, die bald abgetrieben würden.

Die Frage, in wieviel Gehäue man einen Wald teilen sollte, beantwortete Utzschneider folgendermaßen: "Unseres Erachtens also könnte man Laubholz als Brennholz gebrauchen und einen solchen forst, den man meistens als Brennholz benutzen will, in soviel Schläge eintheilen, als das Laubholz wieder vom Stamme Loden treibt." (31) Gerberlohe würde die Ledermanufaktur benötigen und man könnte sich die teure Einfuhr von Knoppen aus Ungarn sparen und eigenes Loh verwenden. Aus diesen Gründen würde Utzschneider einen Eichen- und Buchenwald in 50 Schläge, einen Erlen-, Ulmen- und Buchenwald in 25 Schläge teilen. Utzschneider wandte sich gegen die bestehenden Zustände des Mischwaldes, da die verschiedenen Baumarten verschieden lang stehen müssen und verschiedene Verwendungen haben.

Im Gebirge gab es die sogenannten Jahr- und Zählhölzer, "wozu die Unterthanen theils durch Urkunden theils herkommen berechtigt und hiervon den gewöhnlichen und einzigen Unterhalt beynahe ziehen." (32)

Durch die Gehäue bekämen sie aber auf einem Platz nicht genug Holz zusammen, war der dortige Einwand. Utzschneider meinte dazu, daß der Hauptgrundsatz war und blieb, "daß man in den Waldungen nicht mehr Holz schlagen als die Waldungen entbehren können, um doch auf ewige Zeiten das nöthige Holz abgeben zu können." (33) Diesem Grundsatz widersprachen aber die Zählholze, da sie die Forste wahllos ausleuchteten und bald ein Mangel herrschen würde. Dieser Mißbrauch mußte also seiner Meinung nach abgestellt werden. Wovon die Leute dann leben sollten, sagte er

allerdings nicht.

Bei der Abteilung kann aber nicht nur ein Vermesser zu Werke gehen, meinte Utzschneider, sondern es mußte auch ein Forstverständiger her. Er müßte bei der Einteilung den Samenflug beachten, und daß die geschlagenen Bäume ohne Schaden für den übrigen Forst abgetrieben werden könnten. Gegen eine Abteilung wandte sich Utzschneider besonders, nämlich gegen "die Abtheilung eines Waldes für die Eigenthümer oder Nutznießer." (34) Würde man deren Interessen berücksichtigen, so würden die Gehaue unrentabel klein und die Beaufsichtigung des Försters beim Hauen wäre unmöglich, da dann nicht insgesamt ein Gehau geschlagen würde, sondern bei jedem Eigenthümer ein kleines Gehau.

Um Holz zu sparen, schlug Utzschneider vor, daß eine "bestimmte" und eine "unbestimmte Holzabgabetablelle" (35) geführt werden sollte. In ersterer mußte jeder Untertan seinen Holzbedarf eintragen lassen, in der unbestimmten Holzabgabetablelle wurde der zusätzliche Holzverbrauch vermerkt. Um genaue Aufzeichnungen zu bekommen, meinte Utzschneider, daß es zweckmäßig wäre, wenn jedes Jahr am 15. September ein Holzschreibtage abgehalten würde. Dabei würden für die bestimmte Holzabgabe feste Preise festgelegt, der Preis für den Mehrverbrauch an Holz könnte man von Jahr zu Jahr neu festlegen. Utzschneider hoffte, "daß dadurch die Unterthanen mehr angetrieben werden das Holz zu sparen." (36) Ein Bericht sollte jeweils an die Hofkammer geschickt werden und, was eine ganz wesentliche Neuerung war, der Preis für das Holz mußte an das Pfleggericht gezahlt werden. Die Förster und Jäger durften bei Strafe nicht mehr mit Holz handeln. Diese Anordnung bedeutete eine beträchtliche Einschränkung der Machtstellung des Forstpersonals und natürlich eine empfindliche finanzielle Einbuße.

Das Pecheln sollte stark eingeschränkt werden. Nur dort, wo der Forstbeamte es erlaubte, sollte gepechelt werden dürfen. Die Forstjurisdiktion sollte an die

Forstdeputation eingezogen werden. Die Forstbeamten hatten die Verbrechen zu melden. Die Strafen wurden nicht in Geld erhoben, sondern es würden " bloß Arbeiten zum Besten des Forstes als Gräbenziehen, öde Plätze aufzuhauen, pp ...auferlegt." (37)

Die Förster sollten den Samen sammeln und stets einen Vorrat haben. Jährlich sollte von ihnen ein Platz besamt werden. Vermessung und Anlage eines Lagerbuches waren Aufgaben, die nicht sofort zu bewältigen waren. Doch als eine Art Sofortmaßnahme konnte die Einteilung der Forsten in Schläge nach der von Utzschneider erläuterten Art gleich geschehen. Ebenso könnte die Festlegung des Holzpreises, die Vorschläge zur Forstjurisdiktion und das Sammeln von Baumsamen sofort angeordnet werden. "Die forstdeputation", so meinte Utzschneider, " muß zu ihrem hauptgegenstande machen, die Waldungen immer in solchen Stand zu erhalten, daß man alle nöthige Gattung von Holz um einen leitlichen Preis haben könne, daß die forstgefälle genau verrechnet und soviel möglich vermehrt und die Unterthanen von Plackerey und ungerechter Gelderpressung gesichert sind." (38) Durch seine Vorschläge wären die Forderungen zu erfüllen. Es sollten nun zunächst zwei Kammeralforstcommissaire ernannt werden, die von Bayern und der Oberen Pfalz Brouillons erstellen sollten. Dazu schlug er sich selbst für Bayern und Hofkammerrat Obich für die Obere Pfalz vor.

Da die Forstbeamten bisher so gut wie keine Ausbildung genossen, danach auch gar nicht gefragt wurden, schlug er weiterhin vor, daß kein Unter-, Oberförster, Forstmeister und Jäger mehr angestellt werden sollte, der nicht aufs genaueste von den Forstdeputationsräten examiniert werden würde. Weiter meinte Utzschneider, daß "für den Unterricht junger Menschen, die sich dem forstwesen widmen, beynahe keine, wenigstens keine vollkommene Anstalt" (39) vorhanden wäre. "Wir müssen," fährt er fort, " deshalb für den Unterricht dieser jungen förster sorgen." (40)

Da Vermessung und Verwaltung von den Förstern selbst vorgenommen werden sollte, müßten sie in den mathematischen Wissenschaften und dem zum Forst gehörigen

Wissen ausgebildet werden. Alle Förster, die angestellt werden oder Anwartschaften auf eine Stelle erheben wollten, sollten diese Forstschule besuchen müssen. Weiter sollte ein Forstlehrbuch von den Professoren der Schule verfaßt werden. Als Lehrer für Mathematik schlug Utzschneider Professor Grünberger vor, der mit 200 fl. dafür entlohnt werden würde. Für theoretisches und praktisches Forstwesen wollte Utzschneider den Unterricht zunächst selbst übernehmen. Doch müßte später für ihn eine andere Person gefunden werden, da er durch seine anderen Geschäfte zu sehr belastet wäre. Würde man seinen Vorschlägen folgen, so meinte er, könnte man bereits zu Beginn des Jahres 1787 mit dem Unterricht in der Forstschule beginnen.

Die Reaktionen auf Utzschneider Denkschrift waren ähnlich wie bei der Moorkultur recht unterschiedlich. Der Kurfürst scheint von dem Plan sehr angetan gewesen zu sein, denn kurz nach Ablieferung der Denkschrift bekam Utzschneider die Erstellung der Brouillons zugesprochen.⁽⁴¹⁾ Weiter wurde von Karl Theodor befohlen, daß die Anordnungen aus Utzschneiders Denkschrift, die die Forstleute auszuführen hatten, aufs genaueste überwacht werden sollten. Bei Nichtbeachtung wurden Gehaltskürzungen angedroht. Der Kurfürst betonte, daß den Förstern einzuschärfen sei, daß sie "ohne Ausflüchte alle vier Jahre ihre Waldungen durchreisen mußten. Sie sollten außerdem die ausgehauenen Holzplätze von Holz und Stöcken reinigen um dem Nachwuchs Platz zu schaffen. Außerdem sollten die Förster Ereignisse, die die Unterthanen besonders bedrückten, melden, damit dort Abhilfe geschaffen werden konnte. Den Förstern wurde unter Androhung der Dienstenthebung untersagt mit Holz zu handeln. Auch das Sammeln von Samen sollte genau überwacht werden, andernfalls die Betreffenden der Hofkammer gemeldet werden mußten. Im übrigen wurden alle Punkte aus Utzschneiders Denkschrift genehmigt. Besonders begrüßte es Karl Theodor, daß nur noch examinierte Forstbedienstete anzustellen waren. Die Forstkommissaire, wovon einer Utzschneider sein sollte, sollten der Hofkammer

und der Forstdeputation alle drei Monate Bericht erstatten, wie die Anordnungen eingehalten wurden. (42)

Bereits Utzschneiders erster Bericht vom 24. Mai 1786 aus dem Fleggericht Rauchenlechtsberg zeigte, in welchem erbärmlichen Zustand sich die Waldungen befanden und wie groß die Mißbräuche waren, die Utzschneider in seiner Denkschrift angesprochen hatte. (43)

Am 29. Mai ging ein Fragenkatalog über die statistische Aufnahme der Untertanen an alle Forstmeistereien hinaus. Bereits am 9. Mai hatte die Obere Landesregierung den Vorschlägen zugestimmt. (44)

Da es überall an Geld mangelte, wurde auf Utzschneiders Vorschläge hin am 7. Juli 1787 ein Forstkulturfond "zur Hebung der schlechten und vernachlässigten Kultur" (45) ins Leben gerufen. Zweck dieses Fonds sollte es sein, "die jetzigen Unterthanen und vor allem die Nachkommenschaft vor Holzangel zu schützen." (46)

Da der Holzpreis der Staatswaldungen im Verhältnis zu den Preisen in den privaten Waldungen niedrig war, mußte jeder Holzkäufer vom 1. Januar 1788 an für jedes Klafter hartes Holz 6 Kreuzer, für jedes Klafter weiches Brennholz 4 Kreuzer in den Kulturfonds zahlen. Auch die Hofkammer sollte einen jährlichen Zuschuß leisten.

Die Vorschläge Utzschneiders, die er in seiner Denkschrift niedergelegt hatte, fanden nicht in allen Kreisen allgemeinen Beifall.

Bereits am 11. Juli 1786 teilte die Landschaft mit, daß sie den Plänen Utzschneiders in wesentlichen Punkten nicht zustimmen könnte. Da die Landstände angewiesen wurden, auch ihre privaten Waldungen nach dem neuen Forstmandat zu bewirtschaften, bedeuteten die Anordnungen doch erhebliche Eingriffe in ihre Rechte.

Der schärfste Widerstand kam allerdings vom kurfürstlichen Oberstjägermeisteramt. Nach dessen Meinung wären "die Vorschläge Utzschneiders teilweise vom Ausland übernommen und deshalb nicht applicabl ... Aus dem

neuen Forstplan leitet fürwahr viele Bemühung und Theorie," meinte man weiter," es dürfte aber auf die praktischen Versuche ankommen, bevor man so viele tausend Gulden für Deputate und Besoldungen ausgabe." (47) Außerdem sei es zweifelhaft, "ob die Förster soviel lernen und soviel tun wollen, ohne dafür besser bezahlt zu werden." (48)

Der Widerstand dieser Behörde verwundert jedoch nicht sonderlich. Die Rivalität zwischen Oberstjägermeisteramt und Hofkammer war fast schon Tradition. Sehr häufig hatte man den Eindruck, daß hier Widerstand um des Widerstandes willen von beiden Seiten betrieben wurde.

Schützenhilfe bekam das Oberstjägermeisteramt von vielen Untertanen und Förstern. Die Besoldung der Förster war schon immer sehr schlecht. Deswegen waren sie darauf aus, ihre Einnahmen zu erhöhen. Dies konnten sie aber weitgehend nur durch Erhöhung der Gebühren für Holzabgaben, Verkauf von Windwurfholz und der Streu erreichen. Dies wollte aber die Verordnung sehr stark einschränken. "Wer nicht schmierte," berichtete Graf La Rosee in einem Bericht, "erhielt auch um Geld kein Holz, sondern mußte es gleichwohl mit unerschwinglichen Kosten aus der Ferne herbeiführen." (49)

Ziel Utzschneiders war es, eine Forstordnung zu erstellen, die gewährleistete, daß die darin bestimmten Maßnahmen tatsächlich durchgeführt werden konnten. Um sich weitere Kenntnisse von den Forstzuständen in Bayern anzueignen, verfaßte Utzschneider am 20. Dezember 1788 ein Rundschreiben, in dem alle Forstämter aufgefordert wurden, über die Zahl, die Lage, den Flächeninhalt und die vorkommenden Holzarten in den Waldungen Bericht zu erstatten. (50) Außerdem erfragte er die Quantität des Holzes, die Höhe des Holzpreises in den einzelnen Gebieten und den Stand der Jagd-, Weide und Fischwasserrechte. Auch die Moore und öden Gründe sollten gemeldet werden mit dem Vermerk, ob sie kultivierbar wären oder nicht.

Die Antworten auf die Umfrage liefen zahlreich ein, sodaß Utzschneider mit seinem Entwurf der Forstordnung gut

vorankam. In seinem Vorschlag tauchte zum erstenmal die Aufteilung Bayerns in Forstmeistereien auf. (51) Die Grundgedanken von Utzschneiders Entwurf waren, so kann man abschließend sagen, eine Vereinheitlichung auf dem Gebiet der Forstverwaltung und eine stärkere Kontrolle und bessere Ausbildung der Forstbeamten.

Utzschneiders Vorschläge wurden zwischen der Hofkammer und dem Oberstjägermeisteramt gründlich beraten. Die anfänglichen Schwierigkeiten, die das Oberstjägermeisteramt machte, konnten schließlich bis auf den Vorschlag einer Forstschule beseitigt werden. Trotzdem versuchte diese Behörde die Durchführung zu hintertreiben, sodaß Utzschneider am 2. März schrieb: "Es gibt immer einige Anstände, worüber man sich nicht vereinigen kann. Darin daß der Unordnung im Forstwesen mit allem Ernste geholfen werden soll, sind wir ganz einig, nur über die Mittel kann man sich nicht vergleichen. Wir können nichts anderes tun, als die endliche und letzte, jedoch ganz bestimmte Entscheidung in Betreff des Forstverbesserungsplanes von Eurer Churfürstlichen Durchlaucht erwarten." (52)

Am 14. März 1789 konnte endlich die Forstordnung veröffentlicht werden. Zunächst wurde bestimmt, daß "ganz Baiern in zwanzig Forstmeistereien sogleich abgetheilt werden solle." (53) Diese zwanzig Forstmeistereien waren: Peißenberg, Landsberg, Aichach, Kösching, Miesbach, München, Gerßenfeld, Wasserturg, Traunstein, Reichenhall, Neuötting, Griesbach, Furth, Zwiesel, Straubing, Landshut, Dorfen, Mindelheim und Wiesersteig.

Es wurden dann die einzelnen Forstmeisterbeamten und das Gehalt, das sie bekommen sollten, aufgezählt. In den meisten der neu formierten Forstmeistereien wurden bereits amtierende Forstmeister eingesetzt. Ausnahmen waren:

1. Peißenberg, hier wurde der Oberleutnant Johann Nepomuk Mengwein eingesetzt.
2. Kösching. Utzschneiders alter Freund und Lehrer Grünberger wurde in dieser Meisterei neuer Forstmeister. Es wurde bemerkt, daß angehende Förster zu Grünberger

lassen.

Im letzten Abschnitt wurde darauf hingewiesen, daß der Kurfürst die Oberaufsicht über alle Waldungen hatte. Doch hoffte er, daß die Stände "sich die Kultur ihrer Waldungen, an deren gutem Zustand dem Publico so viel gelegen ist, höchstens angelegen seyn lassen, und der Forstordnung nirgends zuwider handeln." (58) Die Forstmeister sollten sich in das ständische Forstwesen nur wenig einmischen. Sollte aber ein Forstmeister feststellen, daß "ein Stand wider die Forstordnung Fehler beginge oder die Waldungen zum Nachtheil des Publici zu sehr abschwenden würde," (59) so hatte es der Forstmeister an die Hofkammer zu melden.

In dieser Form wurde die Forstordnung von Karl Theodor genehmigt.

Utzschneider schien aber die Durchführung der Verordnung zu langsam vor sich zu gehen. Bereits am 5. Juli 1789 wurden sämtliche Forstmeistereien aufgefordert ihre Rapports, die bereits im 2. Quartal fällig waren, endlich abzuliefern. Bis September wolle er sich noch gedulden. Er erwarte auch genaue Ausführungen über das Forstpersonal und deren Familien. (60)

In den folgenden Monaten kamen nach und nach die Berichte aus den Forstmeistereien, die zum erstenmal einen genaueren Aufschluß über die Situation der Waldungen in Bayern gaben. (61)

Widerstände zur neuen Forstordnung waren von vorneherein zu erwarten, da die Eingriffe in Rechte und Gewohnheitsrechte für die unterschiedlichsten Betroffenen doch sehr groß waren. Wäre die Forstordnung in vollem Umfang verwirklicht worden, hätte man fast von einer Revolution im bayerischen Forstwesen sprechen können. Doch mußte Utzschneider erkennen, daß nicht alles so vor sich gehen konnte, wie er es sich vorgestellt hatte. Noch im gleichen Jahr, in dem die Forstordnung in Kraft trat, kamen ganze Scharen von Bauern nach München, um gegen die

eine andere besondere auszeichnende Weise" (55) tätig gewesen sein. Danach sollte er noch einmal von einer Kommission geprüft werden.

Die Forstmeister selbst sollten nach Möglichkeit die Förster in theoretischer und praktischer Geometrie unterrichten. Junge Männer, die sich im Unterricht besonders auszeichneten, sollten von den Forstmeistern an die Hofkammer gemeldet werden. Die Vorschläge Utzschneiders zur Ausmessung der Waldungen und Führung von Lagerbüchern wurden aus der Denkschrift vollständig übernommen.

Um eine bessere Kontrolle über das Schlagen von Holz zu haben, sollten die Kastenbeamten genau überprüfen, ob die ausgezeichnete Menge Holz auch wirklich geschlagen wurde, bzw. daß nicht zu viel Holz geschlagen wurde. Darüber hatte der Kastenbeamte ein Kontrollregister zu führen. Bei privaten Wäldern war der Besitzer selbst der Kontrollleur und damit bei falsch ausgezeichnetem Holz selbst verantwortlich.

Im Punkt 25 der Verordnung wurde ausdrücklich betont, daß der Kastenbeamte kein Vorgesetzter des Forstmeisters war, sondern ein Kontrollorgan, das Verstöße "wider die gnädigsten Befehle, die Forstordnung, Perpetuität und Kultur der Waldungen" (56) an die Hofkammer zu melden hatte. Die Kastenbeamten alleine hatten das Recht, die Forstgefälle und andere Geldangelegenheiten zu besorgen. Den Förstern und Forstmeistern war dies aufs strengste verboten. Doch um auch bezüglich der Kastenbeamten eine Kontrolle zu haben, sollten "die Forstmeister die gebührenden landesherrlichen Holzgefälle in ihrem Holzabgabe-Register, welches sie von jedem Refier-Förster unterschrieben nach geendeter Holzabgabe ad Cameram einschicken" (57), hinzufügen.

Geschenke jeglicher Art durften nicht entgegengenommen werden. Streuabgabe und das Pecheln wurden in der neuen Forstordnung nur für Untertanen geregelt, die eine schriftliche Erlaubnis dazu hatten. Den armen Leuten wurde das Sammeln von Holz unentgeltlich gestattet, doch sollte sich ja niemand mit einer Axt im Wald erwischen

lassen.

Im letzten Abschnitt wurde darauf hingewiesen, daß der Kurfürst die Oberaufsicht über alle Waldungen hatte. Doch hoffte er, daß die Stände "sich die Kultur ihrer Waldungen, an deren gutem Zustand dem Publico so viel gelegen ist, höchstens angelegen seyn lassen, und der Forstordnung nirgends zuwider handeln." (58) Die Forstmeister sollten sich in das ständische Forstwesen nur wenig einmischen. Sollte aber ein Forstmeister feststellen, daß "ein Stand wider die Forstordnung Fehler beginge oder die Waldungen zum Nachtheil des Publici zu sehr abschwenden würde," (59) so hatte es der Forstmeister an die Hofkammer zu melden.

In dieser Form wurde die Forstordnung von Karl Theodor genehmigt.

Utzschneider schien aber die Durchführung der Verordnung zu langsam vor sich zu gehen. Bereits am 5. Juli 1789 wurden sämtliche Forstmeistereien aufgefordert ihre Rapports, die bereits im 2. Quartal fällig waren, endlich abzuliefern. Bis September wolle er sich noch gedulden. Er erwarte auch genaue Ausführungen über das Forstpersonal und deren Familien. (60)

In den folgenden Monaten kamen nach und nach die Berichte aus den Forstmeistereien, die zum erstenmal einen genaueren Aufschluß über die Situation der Waldungen in Bayern gaben. (61)

Widerstände zur neuen Forstordnung waren von vorneherein zu erwarten, da die Eingriffe in Rechte und Gewohnheitsrechte für die unterschiedlichsten Betroffenen doch sehr groß waren. Wäre die Forstordnung in vollem Umfang verwirklicht worden, hätte man fast von einer Revolution im bayerischen Forstwesen sprechen können. Doch mußte Utzschneider erkennen, daß nicht alles so vor sich gehen konnte, wie er es sich vorgestellt hatte. Noch im gleichen Jahr, in dem die Forstordnung in Kraft trat, kamen ganze Scharen von Bauern nach München, um gegen die

neue Verordnung zu protestieren. "Es sei ihnen von dem Miesbacher Forstmeister sehr hart und zwar mit Stockschlägen begegnet worden." (62) Durch die Forstordnung seien ihre Freigebirgsgerechtigkeiten verletzt worden.

Sie dürften sich " bei unvermeidlicher Zuchthausstrafe nicht mehr unterstehen, in ganzen Rotten und auf so ungestüme Art nach München zu kommen." (63) Wenn sie Beschwerden hätten, entgegnete Utzschneider, dann sollten Abordnungen von zwei oder drei Mann diese Vorwürfe vorbringen. Im übrigen würden alle, die dem Forstmeister unanständig begegnet wären, ebenso der Beamte selbst, zur Rechenschaft gezogen. Von der Forstordnung werde man nicht abgehen. Die Bauern sollten gegen landesherrliche Befehle nicht aufrührerisch sein, sondern sich als gehorsame, getreue und redliche Unterthanen betragen." (64)

Nach seinem Bericht konnte das aufgebrachte Volk mit diesem strengen Befehl besänftigt werden. (65)

Erheblich größere und hartnäckigere Beschwerden kamen wie üblich von der Oberen Landesregierung. Sie faßte ihre Kritik an der neuen Forstordnung in sechs Punkte zusammen, die Utzschneider in einem Antwortschreiben vom 28. Oktober 1789 widerlegte. Die erste Kritik war, daß "die neue Forstordnung ... eine offenbare Bedrückung der Unterthanen sey". (66) Da diese Anklage ohne weitere Erläuterung erhoben wurde, fragte Utzschneider, worin denn die Unterdrückung bestünde. "Man sähe keine Möglichkeit der Bedrückung und hätte nur das Wohl der Unterthanen im Auge." (67)

Solche Anschuldigungen seitens der Oberen Landesregierung wären nicht neu, meinte Utzschneider. Bereits bei der Landeskultur wäre sie bei einer ähnlichen Beschwerde die Beweise schuldig geblieben.

Zur zweiten Anschuldigung, daß "die Forstordnung ... eine Beleidigung der Gerechtigkeit in Rücksicht der forstrechtler" (68) sei, forderte Utzschneider ebenfalls Beweise. Für die Forstrechtler habe die neue Forstordnung nichts geändert. Jeder erhalte sein Holz wie bisher, er

zahle den gleichen Preis, bekomme die Streu wie bisher und brauche nicht mehr Anweisungsgeld bezahlen. Im übrigen sollte bis Ende des Jahres jedes Forstmeisteramt die Kameralforstinstruktion eingeschickt haben und bis dahin habe man an den Preisen nichts geändert.

Im Forstmeisteramt Neuötting sei die Instruktion bereits fertig und auch den Untertanen veröffentlicht worden. Diese waren so zufrieden mit dem Ergebnis, daß sie eine Abordnung zum Dank für die neue Forstordnung nach München schickten. Der um 3000 Gulden höhere Ertrag in der Forstmeisterei Neuötting, ohne daß mehr Holz geschlagen wurde, zeige die Güte der Forstordnung. Dieses Amt wurde mittlerweile angewiesen, für die Streuabgabe an berechnete Untertanen nichts und für unberechtigte nur wenig Entgelt zu verlangen.

Utzschneider schrieb weiter, daß er die ganze Aufregung nicht verstehe, denn in der Forstordnung von 1789 stehe im Kern nichts anderes als "in den niemals zur Ausführung gebrachten Forstordnungen aus den Jahren 1595 und 1616 enthalten seien." (69) Nur wäre man diesmal bestrebt auf die Verwirklichung zu achten. Wenn Klagen gegen ein Landesgesetz geführt würden, warf Utzschneider der Oberen Landesregierung vor "ohne daß hinlängliche Gründe wider selbes gegeben würden" (70), so müsse man vermuten, daß das Gesetz nicht studiert worden sei. Der Aufruf der Miesbacher Bauern in München beruhte auf einem falschen Gerücht. Man hatte nämlich erzählt, daß mit der Forstordnung der Preis für Holz und Streu steigen würde. Nachdem man ihnen versichert hatte, daß dies nicht stimmte, waren die Bauern wieder nach Hause gegangen. (71)

Das Zusammenrotten von Menschen wäre außerdem polizeiwidrig, doch die Obere Landesregierung habe nichts dagegen unternommen. Da das Zusammenrotten große Mode geworden wäre, sollte die Obere Landesregierung lieber hier entsprechende Anweisungen geben. "Das Kind ist noch nicht einmal geboren, stellte Utzschneider fest, "und demohngeachtet raisonniert man schon pro et contra, ohne zu wissen, warum so und nicht anders." (72) Man sollte erst einmal die Kameralforstinstruktion abwarten, bevor man urteile.

Der dritte Punkt der Kritik bezog sich auf den Holzpreis. "Man lärmt im ganzen Land über Theuerung und Mangel deswegen (wegen des Holzes)" (73), klagte die Obere Landesregierung. Utzschneider erwiderte, daß die Ursache für den gestiegenen Holzpreis unmöglich die Forstordnung sein könne, da Holz auf dem Markt wäre, das schon lange vor der Verordnung geschlagen worden wäre. Am Preis für das Holz und dem Anweisgeld habe man nichts geändert, da man, wie bereits gesagt, erst die Forstinstruktion abwarten wolle. Die hohen Preise resultierten nach Ansicht von Utzschneider aus dem Holzangel und dieser wiederum aus der schlechten Verfassung der Wälder. Um dies abzuändern habe man gerade das Mandat von 1789 erlassen. Die vierte Klage der Oberen Landesregierung betraf die Einteilung in die 20 Forstmeistereien. Sie sprach außerdem in diesem Zusammenhang Zweifel über die Qualifikation der Forstmeister aus.

Von den neu geschaffenen 20 Forstmeisterämtern waren bereits 15 vorhanden, erklärte Utzschneider. Ohne eine Neuverteilung der Verwaltung wäre eine praktische Durchführung der Forstordnung unmöglich.

Über die Geschicklichkeit des Forstpersonals könne die Obere Landesregierung kein Urteil fassen "indem selbe keiner Prüfung beiwohnte." (74) Sicherlich habe man noch keinen vollkommenen Forstmeister. Aber das liege nur daran, daß in Bayern noch keine Forstschule eingerichtet wäre. In Zukunft wolle man strenge Prüfungen durchführen und nur noch die Besten nehmen. Leistung wäre gefragt und nicht wie bisher Beziehungen. Utzschneider meinte, daß er sich wohl bewußt wäre, daß auf Grund der strengen Prüfungen auch das Oberstjägermeisteramt gegen die Forstordnung wäre. Es sey", so stellte die Obere Landesregierung fest, "auch bey dieser Einrichtung ein unangenehmer Auftritt von den sonst so geduldigen Unterthanen zu besorgen." (75)

Bayern wäre während seiner ganzen Geschichte kein Land des Aufruhrs gewesen, betonte Utzschneider. Jeder vernünftige Untertan hätte eingesehen, daß eine Neuordnung des

Forstwesens nötig war. "Warum die Ordnung keinen Beifall findet, liegt vor allem an den Beamten, Jägern, Gerichtsdienern und einigen Hofmarksherren." (76) Diese vier Gruppen waren auch am stärksten von der Forstordnung betroffen. Die Beamten verloren viel an Ansehen bei der Auszeichnung der Bäume. Sie konnten auch nicht mehr willkürlich Holz auszeichnen, da alles von den Forstmeistern kontrolliert wurde. Auch der Jäger war nicht mehr Souverän in seinem Wald und wurde nun ebenfalls vom Forstmeister kontrolliert.

Die Gerichtsdienere waren mit Inkrafttreten der Verordnung vollkommen überflüssig, da ihre bisherige einzige Aufgabe, das Auszeichnen des Holzes, von den Kastenbeamten und Forstmeistern durchgeführt wurde. Schließlich befürchteten die Hofmarksherren Nachteile für ihre Rechte, denn die Forstmeister waren angewiesen, "die höchstlandesherrlichen Gerichtssamen in den Forsten aufs genaueste zu behaupten und alle Zerstückelung der Cameralwaldungen anzuzeigen." (77) Schuld am Aufruhr und an der Ablehnung der Ordnung seien nicht die Untertanen, klagte Utzschneider an, sondern die Staatsdiener und die Obere Landesregierung, die "die Unterthanen in die Irre führt und aufhetzt." (78)

Im letzten Punkt faßte die Obere Landesregierung ihre Beschwerden darin zusammen, daß die Forstordnung zurückgestellt und zunächst mit der Oberen Landesregierung abgesprochen werden sollte. Utzschneider räumte ein, daß die neue Verordnung sicherlich ihre Fehler haben möge, doch sehe sie die Hofkammer bisher noch nicht. Man solle die Ordnung erst einmal zwei Jahre in Kraft lassen, dann wisse man mehr.

Die von der Oberen Landesregierung geforderte Zusammenarbeit wurde abgelehnt, da dies zu viel Schreibereien gäbe und die Sache nur verzögere.

Aus diesem Antwortschreiben geht hervor, daß Utzschneider die Schwierigkeiten, die mit der Verordnung zusammenhängen, klar erkannt hatte. Doch es war typisch für seinen Charakter, daß ihn die Probleme die den einzelnen Betroffenen doch sehr hart trafen, nicht interessierte

und Widerstände von irgendwelchen Behörden seine Arbeit schon gar nicht behindern konnten. Er hatte offensichtlich die Unterstützung des Kurfürsten und nur das war wesentlich.

Utzschneider war sich bewußt, daß bei allen Bestrebungen zur Vereinheitlichung des Forstwesens eine zentrale Verwaltungsstelle nach wie vor fehlte. Bisher kam es, wie wir bereits sahen, immer wieder zu Reibereien zwischen den Behörden, da die Kompetenzen von Oberer Landesregierung, Oberstjägermeister und Hofkammer nicht klar abgegrenzt waren.

Um mit den Kompetenzstreitigkeiten aufzuräumen, gedachte Utzschneider das Amt des Oberstforstmeisters neu einzuführen. Am 16. November 1790 erging eine Verordnung, in der Graf von Thürrheim zum ersten Oberstforstmeister ernannt wurde. Forst-Commissair wurde Utzschneider und das Amt des Forst-Fiskalen bekam von Thoma.(79)

Der Oberstforstmeister war der unmittelbare Vorgesetzte des Forstmeisters. Er hatte Sitz und Stimme sowohl in der Hofkammer als auch in der Oberen Landesregierung. Damit sollte der Dauerstreit zwischen diesen beiden Stellen beseitigt werden. Im Falle der Abwesenheit des Oberstforstmeisters wurde er von dem Forst-Commissair vertreten. Sämtliche Berichte aus den Forstmeistereien, seien es monatliche Rappports oder auch Angelegenheiten des Personals, waren an diese Stelle zu schicken. Um kein Amt zum Mißbrauch anzuregen, sollten sich Oberforstmeister und Forst-Commissair gegenseitig kontrollieren. Keiner von beiden durfte ohne Hinzuziehung des anderen irgendwelche Geschäfte abwickeln.

Für die Hofkammer war in allen Forstfragen das neu geschaffene Amt alleinige Anlaufstelle. Eine der wesentlichsten Aufgaben war die Visitation der Forstmeister und hierbei die Durchführung der Forstordnung genau zu überwachen. In fiskalischen und juristischen Angelegenheiten war das Oberstforstmeisteramt zu befragen. Prinzipiell galt der Grundsatz, daß "das Jagdwesen dem Forstwesen allzeit nachstehen muß"(80), doch rangierte im Rang das Oberstjägermeisteramt noch vor dem Oberstforstmeister-

amt. (81)

Weiterhin unterstanden alle Holzgärten und Holztriften dem neuen Amt. Eine weitere wichtige Aufgabe war die Oberaufsicht über die neu zu gründende Forstschule. (82)

Diese Verordnung enthielt zwar eine Reihe guter Vorschläge, doch von einer genauen Kompetenzabgrenzung, insbesondere zwischen dem Oberstforstmeisteramt und dem Oberstjägermeisteramt, konnte auch hier nicht die Rede sein. Offensichtlich war der Einfluß des Oberstjägermeisters doch so groß, daß er eine empfindliche Schwächung seines Amtes immer wieder verhindern konnte. Man muß dabei bedenken, daß nach wie vor die Jagd eine der beliebtesten Freizeitbeschäftigungen des Adels war.

Utzschneider hatte schon, bevor er das Amt des Forst-Commissairs übernahm, mehrfach Reisen in die verschiedenen Teile Bayerns unternommen und darüber Diarien verfaßt. Vor 1799 sind uns vier große Reisediarien erhalten geblieben. (83) Meist wollte er die Zustände in Bayern beobachten um dann Verbesserungsvorschläge zu machen.

Die Reisen nach der von ihm verfaßten Forstverordnung sollten ihm zeigen, wie seine Anordnungen ausgeführt wurden und welchen Nutzen sie hatten. Aus allen Diarien geht hervor, daß dieser Mann mit offenen Augen durch die Welt ging. Er interessierte sich nicht nur für den Zweck, weswegen er die Reisen unternommen hatte. Über fast alles, was ihm auf diesen Reisen begegnete und was er beobachten konnte, versuchte er sich vertiefte Kenntnisse anzueignen. (84)

Auf diesen Reisen erkannte Utzschneider, daß der Schlendrian und die Gleichgültigkeit gegenüber den bestehenden Zuständen in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu tief verwurzelt war, als daß die neuen Anordnungen in kurzer Zeit hatten Veränderungen herbeiführen können. Hinzu kamen die ständigen Angriffe von Seiten der Behörden, so daß Utzschneider selbst

schrrieb:" Unendliche Kabalen hatte ich zu bekämpfen; das ganze Jagdpersonal war der Forstadministration entgegen. Allenthalben gab es Aufhetzungen, Verleumdungen und am Ende nirgends Unterstützung von Seite der Kollegien. Sehr gerne hätte man mich dabei beschimpft, allein man fand keinen rechten Anlaß dazu. Durch eine Art von Kapitulation mußte ich das Oberstforstkommissariat ablegen." (85)

Es gab allerdings auch Leute in Bayern, die die Absichten Utzschneiders nicht nur negativ sahen, weil irgendwelche Rechte in Gefahr waren. So schrieb Mathias Schilcher über das Mandat von 1789: "Voll der besten Vorschriften, besonders in Beziehung auf Polizei und Culturs-Anstalten, kann dieses Generale immer den vorzüglichen Forstordnungen Deutschlands an die Seite gesetzt werden und ebendeswegen hätte man erwarten sollen, daß, hingearbeitet zu einem gemeinschaftlichen Zweck und unter einer solchen Leitung, unser Forstwesen eine andere Gestalt gewinnen würde." (86)

Sicherlich waren die Ideen der Vereinheitlichung, dann Neuorganisation der Verwaltung, stärkere Kontrolle und bessere Ausbildung der Forstbeamten ein Weg in die richtige Richtung. Doch hier, wie auch bei der Moorkultivierung und wie wir sehen werden, auch noch später ,gab sich Utzschneider nicht mit Halbheiten oder kleinen Schritten zufrieden. Oftmals ging er ohne Rücksicht auf Verluste vor, (87) um seine Vorschläge durchzusetzen. Daß es dabei zu Reibereien und sogar Feindschaften kam, war fast unvermeidlich.

Welches die Beweggründe für Utzschneiders Rücktritt im einzelnen waren, ist nicht mehr festzustellen. Utzschneider trat im Jahre 1791 als Oberstforstkommissair zurück. Bereits im Jahr darauf wurde das ganze Oberstforstkommissariat wieder aufgelöst. Der alte Schlendrian setzte wieder ein und die Forstzustände waren wie vor dem Mandat von 1789.

V. Utzschneiders Ansichten zur Bildung und die Gründung einer Forstschule

Eine gute Ausbildung war nach Utzschneiders Meinung die beste Qualifikation für ein höheres Amt. Dies lag ganz im Sinne des Zeitgeistes. Nicht mehr Herkunft sollte die Hauptrolle bei der Besetzung der Ämter spielen, sondern nur die fachlichen Fähigkeiten. Um diese Fähigkeiten zu erlangen, mußte man entsprechende Anstalten bereitstellen, in denen man sie erwerben konnte.

Während sich in anderen Ländern Deutschlands (z. B. Preußen) bereits zu Beginn bzw. in der Mitte des 18. Jahrhunderts Fortschritte auf schulischem Gebiet abzeichneten, begann im Altbayern erst gegen 1770 eine pädagogische Reformbewegung, vor allem initiiert von Männern wie H. Braun, Ickstatt und Felbiger.(1)

Sie sahen in der Schule die Möglichkeit, die Menschen zu guten und nützlichen Staatsbürgern zu erziehen. Diese aufklärerischen Vorstellungen waren zu dieser Zeit keine Seltenheit mehr. Diese Reformbestrebung gipfelte in der kurfürstlichen Schulordnung vom 3. September 1770 und dem Schulmandat vom 5. Februar 1771, das einen stärkeren staatlichen Eingriff in die Schulen brachte und zum erstenmal von einem Schulzwang in Bayern sprach. Desweiteren wurde ein Unterrichtsplan für die Schullehrer verfaßt. Die Durchführung dieser Mandate sah allerdings anders aus, als die Wünsche der Reformer. Die psychischen, finanziellen, baulichen und organisatorischen Hindernisse waren viel zu groß, als daß man wirkliche Ergebnisse hätte erwarten können.(2)

Die Ideen der Reformer hatte sich auch Utzschneider zu eigen gemacht. Wußte er doch wovon er sprach, wenn er eine gute Ausbildung forderte. Er selbst war nur auf Grund

seiner Intelligenz und seiner Schulbildung in die Ämter gelangt, die er inne hatte. Außerdem lehrte er viele Jahre als Professor an der Marianischen Akademie. Dies war wohl mit ein Grund, weswegen man ihm am 23. Juni 1786 das Schulkommissariat bei den Gerichten von Weilheim, Schongau, Raichenlechsberg, Hohenschwangau und Tölz übertrug. Seine Aufgabe war "in diesen Bezirken die Schulanstalten zu kontrollieren und falls erforderlich Verbesserungen an den geistlichen Rat, dem die Schulen unterstanden, zu senden"(3)

Bereits die Anfänge müssen für Utzschneider frustrierend gewesen sein. Nirgends waren entsprechende Räumlichkeiten für den Unterricht vorhanden, nirgends entsprechend ausgebildete Lehrer. "Der hiesige Schullehrer sollte im Recht und schön schreiben, dann lesen und rechnen, durch dessen Bruder, dem Cantor in Schongau unterrichtet werden,"(4) schrieb Utzschneider bei einer Visitation der Schule in Weilheim. Das Holz für den Winter wurde bisher von jedem Schüler Scheitelweise von zu Hause mitgebracht. Wurde zu Hause das Holz knapp, fiel der Unterricht wegen zu großer Kälte aus. Utzschneider ordnete deshalb an, daß "das Holz, das in der Schule den Schuhschlofen heizt, von der Gemeinde in 4 - 5 Klafter aus dem Gemeindeholz gratis geliefert"(5) werden sollte.

Von der Besoldung eines Lehrers erfahren wir, daß er jeweils 15 fl und 16 fl 50 Kr von zwei Pfarreien bezahlt bekam. Außerdem bekam er einen Grund von der Gemeinde für ein Haus. Kostgeld wurden ihm von jedem Schüler 4 Kr zugebilligt, wobei an Stelle des Geldes auch Butter, Mehl oder Brot gebracht werden konnte. Von jedem Kind bekam er 4 Kr 2 Pf Schulgeld, wobei aber 2 - 3 Pfennig wieder abgezogen wurden, wenn mehr als zwei Feiertage pro Woche vorkamen. Mehr als 67 fl jährlich sollte aber keinem Lehrer zugebilligt werden.(6)

Bei dieser Besoldung muß man allerdings darauf hinweisen, daß die oben beschriebenen Zustände keineswegs die Regel waren. Bei auch nur annähernd 67 fl pro Jahr konnte man die Besoldung schon als vergleichsweise gut bezeichnen. Die

Regel war vielmehr, daß die Lehrer nur vom Schulgeld hätten leben müssen, und das war unmöglich. Dies war auch mit ein Grund, weswegen die Schulen häufig sehr schnell wieder schlossen. Noch 1801 schrieb Hazzi, daß "die Schulen in allen Rentämtern in einem schlechten Zustand und nicht von ordentlichen Männern besetzt sind"(7), da die Lehrer sich alleine vom Schulkreuzer nicht ernähren konnten.

Nachdem Utzschneider fast drei Jahre lang Schulcommissaire war, äußerte er seinen Unmut bzgl. des Schulwesens in einer Denkschrift mit dem Titel " Das teutsche Stadt und Landschulwesen in Baiern, und der oberen Pfalz"(8) Zunächst stellte Utzschneider fest, daß er mit großem Enthusiasmus an seine Arbeit als Schulcommissaire gegangen war. "Aber", so meinte er, "meine Mühe, und thätige Verwendung diene zu nichts als mich durch die traurigste Erfahrung zu überzeugen, daß bei der jetzigen Verfassung im Landschulwesen niemals etwas gründliches und wahrhaft gutes zu Stande gebracht werden kann."(9)

Schon die ganzen Jahre habe er mehrfach vorgehabt das Amt niederzulegen. Diese Denkschrift sei ein letzter Versuch durchgreifende Veränderungen vorzuschlagen. Würde man wieder nicht reagieren, so wolle er das Amt des Schulcommissaires nicht mehr ausüben.

Um die tieferen Ursachen der Mißstände zu erkennen brauche man nur die Geschichte des Schulwesens seit 1770 betrachten. In diesem Jahr hätte man zum erstenmal in Bayern an eine Organisation des Schulwesens gedacht. Pläne für den Unterricht wurden gemacht, doch geändert hätte sich letztlich gar nichts. Utzschneider meinte, daß nichts anderes zu erwarten war, denn "ohne Vorbereitung, ohne fortwährende Aufsicht, ohne Hinweckräumung der Hindernisse und Herbeyschaffung der zweckdienlichen Mittel"(10) konnte man keinen Erfolg erwarten. Nach Aufhebung des Jesuitenordens 1773 wurde unter dem Geistlichen Rat eine allgemeine Schulkommission gegründet. Das "teutsche Schulwesen", empörte sich Utzschneider, "-als wäre es unwichtig - wurde wieder nur einem einzigen Mitglied überlassen."(11) Die Kommission kümmerte sich mehr um die Lateinschulen.

"Die Bildung des gesamten Volkes wurde also der Erziehung lateinischer Studenten und gelehrten Candidaten nachgesetzt." (12)

Am 8. Oktober erschien abermals eine neue Schulordnung. Auch sie nützte nicht viel, da die Verwaltung der Schulen ständig von einer Person zur anderen wanderte. Bevor Verbesserungsvorschläge eines Beamten genehmigt werden konnten, war an seine Stelle schon wieder ein neuer getreten. 1778 schließlich kam die Schulaufsicht für ein Jahr zur Staatspolizei beim Churfürstlichen Hofrat, danach zur Oberen Landesregierung und landete wieder beim Geistlichen Rat.

Als Fazit dieser kurzen Darstellung stellte Utzschneider fest:

"Der gegenwärtige Zustand des teutschen Schulwesens trägt alle die Merkmale einer so unstaeten und bunten Verwaltung an sich. Ohne Zusammenhang und Ordnung ,ohne Einförmigkeit, und festgesetzte Richtschlüsse gleichen die Stadt- und Landschulen - wenn sie anders noch diesen Namen verdienen - weit eher willkürlichen Privatanstalten, als einem systematischen national Institut. Hier mangelt alles was zu zweckmäßiger Leistung eines so wichtigen Staats-Geschäftes unentbehrlich ist; auf der anderen Seite Subordination: dort fehlt die Macht der Exekution; hier der Willen gute Anstalten zu unterstützen; überall fehlt Eifer und Thätigkeit," (13)

Wie wichtig die Behebung dieser Mißstände für Utzschneider waren, ersieht man aus den folgenden Ausführungen:

"Volks-Unterricht, Volks-Erziehung, diess ist die schwerste Aufgabe der Politik, diess ist der erste, angelegenlichste Augenmerk der Gesetzgebung; denn es ist die Grundlage der Staats- Wohlfahrt." "Ein Volk wird, wie der einzelne Mensch, blos durch Erziehung das, was es seyn kann und soll, und wer auf dasselbe dauerhaft wirken will, hat kein besseres Mittel, als den jugendlichen Unterricht." (14) Hierin sah Utzschneider die Grundlage für alle menschlichen Werte, für die Liebe zum Fürsten und für das Vertrauen in die Staatsverwaltung. Würde man

anders verfahren und keinen Wert auf die Erziehung des ganzen Volkes legen, so gliche nach Utzschneiders Meinung der Staat einer umgekehrten Pyramide "die nur durch einige Balancier-Künste in ihrer rechten Stellung erhalten werden kann." (15)

Widerstand und Eigensinn, die viele Untertanen den Maßnahmen des Staates entgegenbrachten, beruhten, so meinte Utzschneider, vorwiegend auf Unwissenheit und dem Unvermögen die Zusammenhänge zu verstehen. Dies könne nur durch eine entsprechende Schulbildung beseitigt werden. Utzschneider ging in seinen Ausführungen so weit, daß er der Gesetzgebung das Recht absprach, Verbrechen zu bestrafen, wenn die Bildung und der Unterricht des Volkes versäumt wird. An diesen Verbrechen ist seiner Meinung der Staat "wenigstens zur Hälfte teilhaft" (16). In der Volksschule könne man die Keime der Laster vertilgen. "Eine gute Schule", so stellte er fest, "leistet hierin mehr Dienste, als zehn Arbeitshäuser, Kerker und Hochgerichter." (17)

Eine sicherlich damals sehr ungewöhnliche Auffassung, auch wenn man den starken Einfluß der Aufklärung berücksichtigt. Utzschneider stellte weiter fest, daß der Mensch nicht nur leibliche Bedürfnisse hat, sondern auch moralische, "deren Verkürzung weit grausamer und ungerechter ist, als wenn man ihn die leibliche Nahrung raubt, und ihn im Hunger verschmachten läßt." (18)

Ihm sei klar, daß dem Kurfürsten das Schulwesen nicht gleichgültig sei; man sehe das schon an der Gründung eines Schulfonds, doch das Grundübel läge in der Verwaltung. Wie seine Darstellung zeige habe man in den vergangenen achtzehn Jahren alle möglichen Verwaltungsarten durchprobiert, doch keine hatte zu einem Erfolg geführt. Alleine die Möglichkeit, eine eigene Behörde, z. B. eine Hofschul-Kommission zu gründen, habe man bisher nicht in Betracht gezogen. "Wenn irgend ein Zweig der Staatsverwaltung eine eigene, unmittelbare und für sich selbst bestehende Administration verdiente", meinte Utzschneider, "so ist es gewiß das Stadt und Landschulwesen." (19) Diese Behörde mußte mit einer exekutiven Gewalt ausger-

stattet sein und sich nur um die Schulangelegenheiten kümmern. Die Aufnahme des deutschen Stadt- und Landschulwesens in ein anderes Churfürstliches Kollegium lehnte Utzschneider kategorisch ab. Letztlich bliebe es da immer nur eine Nebensache. Als Vorstand dieser von ihm vorgeschlagenen Hof-Schul-Kommission hielt er den Bischof Häffelin für geeignet. Diesem sollten drei Schulräte zur Seite stehen, nämlich der geistliche Rat und Canonicus Danzer, der geheime Sekretär Josef Habo und schließlich Utzschneider selber. Dabei würden dem Staat keine Kosten entstehen, da er und Danzer bereits Stellen innehätten und damit dort bezahlt würden. Habo würde jährlich 700 fl aus dem Schulfond bekommen. Ganz allgemein versprach sich Utzschneider mit dieser Neuorganisation sogar in vielen Bereichen des Schulwesens Einsparungen.

An den letzten Vorschlägen Utzschneiders sieht man, daß er nicht die Absicht hatte mit alten Traditionen zu brechen. Die Schule war schon von jeher eine Domäne der Kirche. Deshalb sah er als Leiter seiner Schulkommission einen Bischof vor.

Trotzdem war die Resonanz auf Utzschneiders Vorschläge denkbar gering. Eine Woche später bekam er in einem Schreiben von der Hofkammer mitgeteilt, daß man mit ihm übereinstimme, daß die Landschule nicht so funktionierte, wie man sich das vorstelle. Dazu müsse der Schulfond erneut visitiert werden, wozu man Utzschneider und den geistlichen Rat Mayerhofen ausersehen habe. (20)

Im Klartext hieß das, daß die Hofkammer nicht bereit war, irgendetwas an den bestehenden Zuständen zu ändern. Die erneute Visitation des Schulfonds war für Utzschneider nur wieder ein Vertrösten auf spätere Zeiten.

Dies war wohl auch der Hauptgrund, weswegen Utzschneider in den folgenden Jahren nicht mehr im Bereich des Schulwesens auftrat. Es ist anzunehmen, daß er seine Drohung in seiner Denkschrift wahr machte und das Amt der Schulkommissaires niederlegte.

Seit einigen Jahren beschäftigte sich Utzschneider allerdings auf einem anderen Gebiet der schulischen

Ausbildung, nämlich im Bereich des Forstwesens. Bereits in seiner Denkschrift "Vorschläge zur Kultur der Waldungen in Baiern" aus dem Jahre 1785, die er kurz nach seinem Amtsantritt in der Forstdeputation verfaßte, forderte er, daß keine Unter-, Oberförster, Forstmeister und Jäger mehr angestellt werden sollten, die nicht vorher von der Forstdeputation examiniert worden waren. Er mußte aber feststellen, daß "für den Unterricht junger Menschen, die sich dem forstwesen widmen, beynahe keine, wenigstens keine vollkommene Anstalt "(21) existierte. Da aber nach Utzschneiders damaligen Vorstellungen die Förster die Vermessungen und die Verwaltung der Forsten übernehmen sollten, war es notwendig, daß sie Kenntnisse in Mathematik und dem sonstigen forstlichen Wissen hatten. Deswegen sollten alle Forstbedienstete, die dieses Amt anstrebten, eine Forstschule besuchen. Außerdem sollte ein Forstlehrbuch von den Lehrern der Schule verfaßt werden. Dafür schlug Utzschneider Grünberger vor, der mit ihm zusammen zunächst auch den Unterricht erteilen sollte. Auch dieser Punkt wurde in der kurfürstlichen Verordnung am 1. Juni 1787 folgendermaßen erlassen: "In München errichten wir eine Forstschule, wo ein deutlicher Unterricht in der Forstwissenschaft und den dazu nötigen Hilfswissenschaften, als Rechenkunst und Geometrie gegeben wird. Es soll deswegen ein besonderes Forstlehrbuch in Druck gelegt werden, welches alle unsere Forstbeamten studieren müssen. Diese Försterschule soll im Dezember 1787 eröffnet werden und alle Jahre in den Monaten Dezember, Jänner, Februar, März und April fortgesetzt werden. Alle diejenigen, welche in Baiern und der Oberen Pfalz als Forstmeister und Förster bei unseren Waldungen angestellt werden wollen, müssen zwei Jahre nacheinander diese Försterschule mit allem Eifer und aller Aufmerksamkeit besuchen ; auch diejenige, welche auf Forstdienste schon adjungiert sind, sollen diese Schule besuchen. Jeder ,der Stellung sucht, muß sich bei dem ordentlichen Professor der Forstschule in Gegenwart zweier Forsträte, sowohl aus unseren Forstordnungen als aus den übrigen hiezu gehörigen Gegenständen prüfen lassen und wir werden bei Besetzung

der Forstdienste allzeit die Fähigsten vorziehen." (22) Utzschneider hatte in seinem Entwurf 1785 geglaubt, daß man Ende 1785 die Forstschule eröffnen könnte. Die Verordnung sprach von Dezember 1787. Wir werden aber sehen, daß noch einige Jahre ins Land zogen, bevor die Forstschule Wirklichkeit werden konnte. Vor allem der Widerstand des Oberstjägermeisteramtes verhinderte wie üblich zunächst die Durchführung der Verordnung. Lediglich die vorgesehenen Prüfungen wurden durchgeführt, wobei Utzschneider der Prüfungskommission angehörte.

Wie nötig eine vernünftige Ausbildung war, zeigten die Prüfungen. Ein Förster, der neun Jahre im Forstdienst war, konnte nicht die einfachsten Fragen beantworten. Unter eine Rechenaufgabe schrieb er "kann nicht rechnen, will es aber noch lernen." (23)

Graf La Rosee, ein Mann, der später eine wichtige Rolle im bayerischen Forstwesen spielen sollte, meinte: "Lesen und Schreiben sind die seltensten Gaben eines Forstbeamten." (24) Und damit meinte er nicht nur kleine Bedienstete, sondern auch die hohen.

Trotz des vorläufigen Mißerfolges, gab Utzschneider die Erstellung eines Lehrbuches an Grünberger in Auftrag. In diesem Buch sollten "die hauptgrundsätze des forstwesens, der forstordnungen und Mandate, dann die Kenntniss der Bäume und dergleichen, weiter die Grundsätze der hiezu nöthig hilfswissenschaften als der Arithmetik, Geometrie, Forstbotanik, Naturgeschichte p.p. so kurz als möglich" (25) enthalten sein. (26)

Als weiterer Autor des Forstlehrbuches wurde am 25. Juli 1787 Anton Däzel bestimmt. (27) Ende 1787 fand sich schließlich auch ein Verleger, nämlich der schon längere Zeit mit Utzschneider befreundete Strobl. (28) Er bedingte sich nur aus, daß er das alleinige Druckrecht bekäme, allen Forstämtern dringend empfohlen würde das Buch zu benutzen und er das Buch frei verkaufen dürfe und zwar im In- und Ausland. (29) Dies wurde ihm alles zugesagt. In einem Rundschreiben an alle Forstämter, das von Utzschneider verfaßt worden war, wurde am 16. Juli 1788 der

bereits gedruckte erste Teil des Forstlehrbuches für alle Förster als verbindlich angezeigt. (30) Um den zweiten und dritten Teil fertigzustellen brauchte Däzel noch bis Anfang 1789.

In der Forstordnung vom 14. März 1789 wurde von einer Forstschule nicht ausdrücklich gesprochen. Nur die Examinierung der Forstbediensteten wurde noch einmal unter Punkt 4 festgehalten. Trotzdem gingen die Vorbereitungen für die Forstschule weiter.

Am 15. Juli 1789 konnte Däzel den letzten Teil des Forstlehrbuches abgeben. Neben einer Gratifikation von 400 fl wurde er, wie auch Grünberger, Lehrer an der neuzugründenden Forstschule. (31)

Nach diesen vorbereitenden Arbeiten ging man daran, konkrete Entwürfe von der Forstschule zu machen. Hierzu wurde erneut Däzel aufgefordert Vorschläge einzubringen. Utzschneider übernahm sie in einem Schreiben an den Kurfürsten im März 1790.

Hierin wurde zunächst erneut betont, daß es notwendig wäre, eine Forstschule zu errichten, wenn man geschickte und verständige Förster haben möchte.

Zunächst dachte man, daß einige Forstmeister die Ausbildung übernehmen könnten, doch bei der Unordnung des Forstwesens hätten die Forstmeister dazu keine Zeit. In der Forstschule sollten die Schuler in Arithmetik, Geometrie, in der Forstbotanik, Holzzucht, Forstpfl ege und Forstnutzung unterrichtet werden, "denn es ist nicht genug, bloß etwas wenig es auswendig zu lernen, sondern man muß die nöthigen Beweise eines Lehrsatzes anzugeben wissen." (32)

Von möglichst hohen Anforderungen erhoffte sich Utzschneider, daß unfähige Beamte vom Försteramte abgeschreckt würden. Als ganz wesentlich erachtete Utzschneider die Unterrichtung in der Geometrie. Wer die Geometrie beherrsche, so meinte er, sei auch zu fast allem anderen befähigt.

Der Unterricht sollte im Jägerhaus in München stattfinden. Dabei sollten zum Unterricht nicht nur Forstschüler zugelassen werden, sondern jeder, der wolle, könne dort etwas lernen. (33)

Die Schulzeit sollte drei Jahre dauern. Danach würde jeder Schüler an ein Forstamt geschickt werden, um die Praxis zu lernen. Um Forstmeister zu werden mußte man in Zukunft diese Ausbildung durchlaufen, unabhängig vom Stand. An Ausgaben, so erläuterte Utzschneider, fielen bei der Durchführung seines Vorschlags höchstens 700 fl an: 400 fl für die Professoren, 150 fl für einen Repetitor und Zeichenlehrer und 50 fl für Bücher.

Däzel sollte in jedem Falle zum Professor ernannt werden. Finanziert sollte die Schule aus dem Fond des Oberstjägermeisteramtes werden.

Neben einer Forstschule sah es Utzschneider als notwendig an, daß eine Holzplantage für den Unterricht angepflanzt werden mußte. Der geeignetste Ort wäre seiner Ansicht nach Schleißheim. Dort sollten alle möglichen Pflanzen angesät werden, wobei die Forstschüler bei der Bepflanzung helfen sollten. Ein Baumschulgärtner wäre zu diesem Zweck bereits angestellt. Die Kosten beliefen sich nach Utzschneiders Berechnung auf ca. 400 - 500 fl.

Diese Vorschläge wurden ausnahmslos genehmigt, und in der Verordnung vom 16. November 1790 wurde genau auf die Forstschule eingegangen. (34) Als Professor wurde hierin endgültig Däzel ernannt. Repetitor und Zeichenmeister wurde Ignaz Dillis, praktischen Unterricht sollte Mathias Schilcher erteilen.

Während in früheren Entwürfen das Oberstjägermeisteramt als Oberbehörde vorgesehen war, sollte nun das neu gegründete Oberstforstmeisteramt die Oberaufsicht erhalten. Dieses sollte über den Gang der Schule der Hofkammer von Zeit zu Zeit Bericht erstatten.

Zum ersten mal wurden auch Regelungen für Schüler aus nicht vermögenden Häusern getroffen. Für diese wurden sechs Stipendien von jährlich 200 fl festgelegt, die ausschließlich armen Försterssöhnen zukommen sollten. Weitere Bedingungen waren, daß diese sechs Forstschüler "vom guten, gesunden, und starken Körperbau, von untadelhaften christlichen Sitten, worüber er ein Zeugniß von der Ortsobrigkeit, und dem Pfarrer

beyzubringen hat" (35), waren.

Die Forstschüler mußten mindestens 12 Jahre alt sein und etwas lesen, schreiben und rechnen können. Sollte ein Schüler bereits jagen können, so sollte er bevorzugt behandelt werden.

Die Forstschüler, die kein Stipendium bekamen, mußten pro Halbjahr 11 Gulden Schulgeld bezahlen.

Noch im Dezember 1790 konnte die erste bayerische Forstschule im Jägerhaus in München eröffnet werden. Als Lehrer wurden angestellt:

1. Professor Däzel für das Fach "Wesentliches des Forstwesens". Er erhielt dafür 700 fl jährlich, wovon 500 fl Bayern beitrug und 200 fl die Obere Pfalz
2. Eligius Mayr für Zeichnen, Geometrie, und Anwendung auf dem Feld. Seine Besoldung betrug 400 fl, die sich Bayern und die Obere Pfalz teilten
3. Schreibmeister Reisert für die Schönschreibkunst. Er erhielt 150 fl, davon 100 fl von Bayern und 50 fl von der Oberen Pfalz.

Schließlich mußten noch 200 fl für den Pedell aufgebracht werden. (36)

Weiter wurde bestimmt, daß niemand die Schule betreten durfte, ohne die ausdrückliche Erlaubnis des Obersforstmeisteramtes. Über das wissenschaftliche und moralische Verhalten hatten die Lehrer wöchentlich an den Oberstforstmeister zu berichten. Als Lehrbücher waren Grünbergers Mathematik, Burgdorfs Handbuch und das bayerische Forstlehrbuch vorgeschrieben.

Für die Forstschüler herrschte strenge Anwesenheitspflicht im Winter von halb acht bis elf Uhr und Nachmittags von halb zwei bis sechs Uhr, im Sommer von sechs bis elf Uhr und Nachmittags von halb zwei bis sieben Uhr. (37) Der gesamte Lehrkurs dauerte vier Jahre, wobei pro Jahr zwei Kurse liefen. Der Stundenplan sah im Einzelnen folgendermaßen aus: (38)

Sonntag:

In der Frühe Gottesdienst, 10 - 11 Uhr Selbstbeschäftigung der Schüler in der Försterschule mit Wiederholung der

Lektüre, nachmittags erhielten sie von 2 - 3 Uhr durch einen Geistlichen Unterricht im Christentum und der Moral. Von 3 - 4 Uhr lernte ihnen der Zeichenmeister das Nötige von der Erdbeschreibung.

Montag:

7.30 - 8.00	Studierzeit
8.00 - 10.00	Mathematik
10.00 - 11.00	Zeichnen
13.30 - 14.00	Studierzeit
14.00 - 16.00	Theorie des Forstwesens
16.00 - 18.00	Studierzeit

Dienstag:

Der Vormittag wie Montag

13.30 - 14.00	Studierzeit
14.00 - 16.00	Repetition nach Vorschrift von Professor Däzel
16.00 - 18.00	Studierzeit

Mittwoch:

Stundenverlauf wie Montag

Donnerstag:

Stundenverlauf wie Dienstag

Freitag:

Stundenverlauf wie Montag

Samstag:

Der Vormittag wie Montag

13.00 - 14.00	Studierzeit
14.00 - 16.00	praktisches Forstwesen
16.00 - 18.00	Studierzeit

Schulfreie Zeit waren nur die Feiertage und zwei Monate Vakanz im September und Oktober. (39)

Bücher und Instrumente durften nur in der Schule benutzt werden. Wurde von einem Schüler etwas beschädigt, so hatte er den Preis zu bezahlen bzw. Stipendiaten bekamen den Betrag von ihrem Stipendium abgezogen. Am Schluß der von Utzschneider ausgearbeiteten Bestimmungen wurde den Schülern strengstens untersagt, sich ohne Erlaubnis von der Schule zu entfernen.

Ganz allgemein sollte sich jeder Forstschüler in der Forstschule "ruhig und still, ehrfurchtsvoll gegen die Vorgesetzten und Lehrer, dann höflich gegen die Mitschüler betragen. Auch außerhalb der Schule soll sich jeder eines wohlgesitteten und christlichen ehrbaren Lebenswandels befleißigen, denn wenn Klagen einlaufen, wird er nicht nur streng bestraft, sondern kann sich auch der kurfürstlichen Gnade unwürdig machen." (40)

Die Resonanz auf die Schule war doch recht groß, nicht zuletzt auf Grund der Tatsache, daß in Zukunft nur noch ausgebildete Forstleute eingestellt bzw. befördert werden sollten.

In der Verordnung von 1790 war bestimmt worden, daß Kinder von Förstern den Vorzug bekommen sollten, ja daß die Stipendiaten nur Förstersöhne sein durften. Eine Aufstellung der Schüler des ersten Kurses zeigt, daß Förstersöhne zwar überwogen, doch kamen auch sehr viele andere Berufsgruppen vor. (41)

Beruf des Vaters	Anzahl der Schüler
Förster u. Oberförster	19
Landrichter	1
Postsektretär	1
Baron	2
Fuhrwerksschaffner	1
Herschaftl. Jäger	5
Hofkammerrat	5

Melker	1
Obermautner	1
geheimer Sekretär	1
Hofrat	1
Unterförster	2
Verwalter	2
Salinen Waldmeister	1
Regierungsrat	3
Offizier	1
Oberst	1

Von insgesamt 46 aufgenommenen Schülern entfielen auf den Forstbereich 28 Schüler d.h. , daß 40% der Forstschüler Väter aus anderen Berufsgruppen hatten. Auch das Alter der Forstschüler schwankte sehr stark, nämlich zwischen 13 und 37 Jahren, wobei die Verteilung auf die einzelnen Jahrgänge ziemlich gleichmäßig war, wie die folgende Tabelle zeigt:(42)

Alter der Schüler	13	14	15	16	17	18	19
Anzahl der Schüler	1	2	2	1	5	4	8

Alter der Schüler	20	21	22	23	24	25	26
Anzahl der Schüler	0	1	2	2	4	5	3

Alter der Schüler	27	28	33	37
Anzahl der Schüler	1	3	1	1

Man sieht an dieser Aufstellung, daß sich offensichtlich

Forstbedienstete über 30 Jahre dieser Ausbildung nicht mehr unterzogen. Schwierigkeiten bei der Durchführung der Forstordnung waren damit zu erwarten. Auch Jugendliche unter 17 Jahren scheinen sich für den Forstdienst kaum interessiert zu haben.

Man muß allerdings darauf hinweisen, daß diese Aufstellung sicherlich nicht unbedingt als repräsentativ zu bezeichnen ist. Dies ist die Schülerliste des ersten Kurses, weitere waren in den Akten leider nicht zu finden. Da die Forstbediensteten wußten, daß Verordnungen in der Vergangenheit selten Realität geworden waren, verhielten sich sicherlich viele, vor allem solche, die schon länger im Forstdienst waren, abwartend der neuen Situation gegenüber.

Während Utzschneiders organisatorische Vorschläge zur Verbesserung des Forstwesens bereits kurz nach seinem Ausscheiden 1791 rückgängig gemacht wurden, blieb die Forstschule vorerst bestehen. Aus ihr gingen in den folgenden Jahren fähige Forstmänner und geschickte Geometer hervor, von denen einige sogar ins Ausland geschickt wurden.(43)

Mit dem Einzug der Franzosen unter Moreau im Jahre 1800 wurde die Schule offiziell geschlossen, bestand aber dann doch noch weiter bis 1803.(44)

Der Maxime, daß eine gute Ausbildung der Grundstock jeder vernünftigen Tätigkeit sei, blieb Utzschneider Zeit seines Lebens treu. So setzte er sich 1820, in der Zeit als zweiter Bürgermeister in München, für die Gründung einer höheren Bürgerschule ein. Er sah darin eine Lehranstalt, die den Nachwuchs im Handel und Gewerbe ausbilden sollte.(45) Im Jahre 1831 verfaßte Utzschneider in einer Rede vor dem Landtag einen umfassenden Plan zur Neuorganisation des bayerischen Schulwesens auf allen Gebieten. Hierin regte er unter anderem die Gründung einer polytechnischen Schule an.(46) Tatsächlich wurde Utzschneider einige Jahre später einer der Mitbegründer dieser Schule, aus der später die Technische Hochschule in München hervorging.

VI. Utzschneider und Berchtesgaden

Auf einer Kommissionsreise, die Utzschneider unternahm um die Durchführung der Forstordnung zu besehen, kam er am 22. September 1790 auch in die Gegenden von Hallein und Berchtesgaden. Bei dieser Gelegenheit besichtigte er die dortigen Salzgebirge und verfaßte eine genaue Beschreibung der Gegend. Er fand, daß es sicherlich nützlich sein würde, "wenn von dem ganzen Erdkörper die höchsten Gebirge auf eine Karte gebracht würden." (1) Dabei sollten seiner Meinung nach die Gebirge von der Meeresfläche an gemessen werden.

Viel wichtiger für ihn war aber, daß er feststellen mußte, in welchem erbärmlichen Zustand sich die Salinen in Berchtesgaden, insbesondere der Gnadenbrunnen, befanden. "... es wäre immer Unglück genug für Baiern, wenn dieser Gnadenbrunnen ausblieb oder verdorben würde" (2), meinte Utzschneider und damit hatte er sicherlich recht. Seit alters her war das Salz eine der ertragreichsten und zuverlässigsten Einnahmequellen für den bayerischen Staatshaushalt gewesen. (3) Zentren des bayerischen Salzhandels waren Reichenhall und Traunstein. Stets war Salzburg der größte Konkurrent, Berchtesgaden dagegen hatte zwar große Salzvorkommen, insbesondere am Schellenberg und bei Fronreuth, doch war Berchtesgadens geographische Lage so ungünstig, daß es bei Ausfuhr seines Salzes durch salzburger und bayerisches Territorium mußte. Doch auch Salzburg mußte sein Salz über die bayerischen Salzzentren exportieren.

Berchtesgaden, in der Erkenntnis, daß es selbst keinen Salzhandel führen konnte, verpfändete und verkaufte seine Salzbergwerke an Salzburg (Schellenberg) und an Bayern (Fronreuth). (4) In den folgenden Jahrhunderten steigerte

sich die Abhängigkeit des bayerischen Salzhandels von den berchtesgadischen Salinen immer mehr, so daß deren Verlust z.B. durch Okkupation durch Österreich, ein Zusammenbruch des bayerischen Handels und auch des Haushaltes bedeutet hätte, obwohl die Salinen in Berchtesgaden in einem sehr schlechten Zustand waren, wie Utzschneider bereits oben geschildert hat.

Da der Salzreichtum Berchtesgadens aber unerschöpflich schien, meinte Utzschneider, daß es zweckmäßig wäre, wenn man zunächst den Ertrag den Berchtesgaden aus seinen Salinen zog, feststellen würde, um danach die berchtesgadischen Salinen in einen ewigen Pacht zu nehmen. (6) Bayern müßte seiner Ansicht nach das Recht erhalten, im gesamten berchtesgadischen Gebiet Salz abzubauen. Da aber beim Salzsieden beträchtliche Mengen an Holz verbraucht wurden, müßten die Waldungen zur Saline ausgelackt und den Untertanen nur so viel Holz, wie sie selber brauchten, zugewiesen werden. Weiter müßte Bayern das Torfstechen bewilligt werden, um auch damit die Salinen und die berchtesgadischen Untertanen zu versorgen. Für Bayern brächte dies die Vorteile, daß man etwas gegen den Verfall des Gnadenbrunnens tun könnte, daß man "bey den Salinen in Reichenhall und Traunstein durch Verstärkung und Vergütung der Soole durch berchtesgadisches Steinsalz größeren Vortheil ziehen könnte" (7) und daß sich schließlich Bayern die salzburger Saline vom Hals schaffen könnte, was einen Salzalleinhandel bedeuten würde, da Bayern damit für "alle Bedürfnisse Salz genug erzeugen könnte" (8) Auch Berchtesgaden hätte die Möglichkeit einer sicheren Geldeinnahme, wobei sichergestellt werden würde, daß die berchtesgadischen Untertanen ihr Salz und Holz wie bisher unentgeltlich zugeteilt bekämen. Berchtesgaden selber könnte sowieso keinen freien Salzhandel treiben.

Sollte man sich für so einen Vertrag entscheiden, so meinte Utzschneider, wäre es zweckmäßig, wenn man die Verhandlungen möglichst geheim halten würde. "Solange dieses Projekt nicht wird ausgeführt werden können," stellte Utzschneider abschließend fest, "wird die bayer. Saline

immer nur einen unbeträchtlichen Vortheil abwerfen." (9)

Utzschnaiders Darlegungen wurden von der bayerischen Regierung freudig aufgenommen und es wurde beschlossen, daß Utzschneider dieses Projekt auch weiterverfolgen sollte. Er sollte vorfühlen, ob Berchtesgaden solchen Überlegungen auch positiv gegenüberstände. In Berchtesgaden regierte seit 1780 der Fürstpropst Joseph Conrad von Schroffenberg. Er hatte mit seiner Wahl die Regierung eines total verschuldeten Landes übernommen. Obwohl Bayern seine Wahl unterstützt hatte, versuchte er die schlechten Beziehungen zu Salzburg zu verbessern, was aber letztlich nicht gelang. (10)

Nach einer kurzen Phase finanzieller Erholung des Staathaushaltes, wurde das Land 1786/87 durch schwere Unwetterschäden und ein Erdbeben erneut in große Schulden gestürzt. (11) Diese Unwetter hatten vor allem die Salzbergwerke schwer beschädigt. Der Zeitpunkt, über die Übernahme der Salinen zu verhandeln, schien für Bayern günstig. Die Ideen Utzschnaiders waren allerdings nicht neu. Schon seit dem Regierungsantritt des Fürstpropstes hatte Karl Theodor versucht, Berchtesgaden in bayerische Abhängigkeit zu bringen. Die persönlichen Beziehungen zwischen den beiden Fürsten waren sehr gut. Karl Theodor besuchte häufig Berchtesgaden und der Fürstpropst war des öfteren bei ihm in München zu Gast. Die Annäherungsversuche Bayerns gipfelten schließlich darin, daß Karl Theodor dafür sorgte, daß Joseph Conrad 1790 auch noch Bischof von Regensburg und Freising wurde. (12) Dadurch war der Fürstpropst Bayern in besonderem Maße verpflichtet.

Daß die Wahl für die Verhandlungen zum Verlackungsrezeß auf Utzschneider fiel, war nicht überraschend. Utzschneider beschäftigte sich schon längere Zeit mit den Berchtesgadener Salinen und der Geologie in dieser Gegend. (13) Zudem war er ausgebildeter Geometer, der mögliche Vermessungen vornehmen konnte. Tatsächlich waren Vermessungen in großem Umfange zunächst notwendig. Um Salz gewinnen zu können, benötigte man eine größere

Menge Holz, da das Salz nur durch Verdampfen der Sole gewonnen werden konnte. Holz war aber auch notwendig, um die Stollen auszubauen, um die Soleleitungen zu legen und um das gewonnene Salz entsprechend zu verpacken.(14) Auf Grund dieses großen Holzbedarfes einer Saline, schloß bereits Herzog Albrecht IV. 1529 einen Vertrag mit Salzburg und Berchtesgaden, der die nötigen Holzschlagrechte für Bayern sicherte. Dieser Vertrag wurde in den folgenden Jahrhunderten immer wieder erneuert und geringfügig modifiziert. Obgleich die Grenzen insbesondere zwischen Bayern und Berchtesgaden immer wieder vermessen wurden, waren die Gelacklinien(15) an vielen Stellen sehr ungenau, sodaß es zu ernsthaften Verstimmungen zwischen den beiden Ländern kam(16)

Da nun von Berchtesgaden aus an Bayern bedeutet wurde, daß man an einer Annäherung der beiden Länder interessiert wäre, kam man überein, daß man zunächst auf beiden Seiten eine Kommission bildete, die die Grenzen neu vermessen sollte. Um festzustellen, wie weit berchtesgadisches Land ging, wurde am 16. März 1793 die Verlackungskommission "der zum gnadenreichen Salzsudwesen Reichenhall gewidmeten Waldungen" abbefohlen.(17)

Zum Leiter der bayerischen Kommission wurde Utzschneider ernannt, da er Erfahrungen sowohl in der Vermessung als auch im Forstwesen hatte. In diesem Zusammenhang wollte man gleich auch die Reichenhaller Zinswaldungen, die auf salzburger Territorium lagen, vermessen und abgrenzen. Deshalb sollte auch Salzburg eine Kommission stellen, damit man auch über eine bessere Einteilung der Waldungen in Behäue reden konnte. Salzburg lehnte dieses Ansinnen entschieden ab, da es meinte, daß Bayern nur das Ziel der Vergrößerung seines Landes im Auge habe. Die letzten Verlackungen hätten auch immer nur neue Differenzen gebracht, weswegen man sich im Vertrag von 1781 darauf geeinigt hatte, in Zukunft nichts mehr zu verändern. Der Salzburger Erzbischof wurde von seinen Beamten ausdrücklich vor der Rücksichtslosigkeit der Bayern gewarnt.(18) Man ging also daran, ohne Salzburg die Verlackung vorzunehmen. Utzschneider erhielt am 19. Juni 1793 die

Instruktion, "das für unsere Salinen in Reichenhall interessante Geschäft bestmöglichst zu befördern, die Zinswälder zu vermessen und die verlackten Waldungen in einen Anschlag zu bringen, über den Waldstand und perpetuierlichen Holznachwuchs von Wald zu Wald ausführlich Gutachten zu übergeben." (19)

Am 27. Juni traf Utzschneider in Reichenhall ein. Nachdem eine Woche später bei einer Zusammenkunft mit der berchtesgadener Kommission die Vorbereitungen für die anstehenden Arbeiten getroffen wurden und Utzschneider einen Geschäftsplan festgesetzt hatte, wurde mit der Vermessung begonnen.

Salzburg wollte, nachdem es eine offizielle Beteiligung abgelehnt hatte, die Waldmeister der Pfleggerichte als Beobachter zu den Vermessungsarbeiten entsenden. Dies lehnte Utzschneider entschieden ab.

Hierauf folgte ein Intrigen- und Beschwerdespiel gegen Utzschneider seitens Salzburgs. Utzschneider wurden unsachgemäße Ausmessung, beleidigende Äußerungen gegen das Erzstift und ähnliche Dinge vorgeworfen. Man verlangte schließlich mehrfach die Abberufung des Kommissärs. (20) Am 20. September 1793 erfolgte von Bayern eine scharfe Zurechtweisung an Salzburg. "Wir finden keinerlei Veranlassung, schrieb man, "diesen geschäftskundigen Rat abzubrufen, der sich auch die Zufriedenheit der Berchtesgadischen Unterthanen erworben hat" (21) Empört über diese Antwort Bayerns drohte Salzburg sich an Oesterreich um Hilfe zu wenden.

Die Arbeit der Kommission wurde aber letztlich durch diese Querelen nicht beeinflusst. Noch vor Einbruch des Winters konnten die Vermessungen abgeschlossen werden. Ein Entwurf eines Vertrages, des Verlackungsrezesses, wurde von Utzschneider an das Hauptsalzamt Reichenhall zur Prüfung übermittelt. Dort war man in allen Punkten mit dem Vertrag zufrieden. Man habe "alle möglichste Kleinigkeit erschöpft", meinte man, "und zum Nutzen des Waldstandes und zur Aufrechterhaltung der Churpfalz-Bayerischen Gerechtsamen mit ausgezeichnete Klugheit, Scharfsinn und rastloser Tätigkeit ausgearbeitet." (22)

In einem Prememoria, das Utzschneider am 28. Dezember 1793 verfaßte, teilte er Berchtesgaden mit, daß die abgeschlossene Waldvisitation von Bayern genehmigt worden war und man nun an das Hauptwerk, nämlich an die Ausarbeitung eines Hauptvertrages, gehen könne. Am 9. und 10. Januar 1794 wurde schließlich der Verlackungsrezeß von beiden Seiten unterzeichnet. (23) Utzschneider bemerkte am 12. Januar zu Recht, daß man trotz der hohen Kosten der Verlackung doch bedenken sollte, "daß durch diese Verlackung der bayerischen Salinen zu Reichenhall mehrere tausend Tagwerk Waldgrund, welcher nach und nach in salzburgische Hände übergegangen wäre, auf ewige Zeiten erhalten worden" (24) ist. Der Verlackungsrezeß beinhaltete im einzelnen folgendes:

Zunächst wurde festgelegt, daß sich beide Parteien in Zukunft bei Streitigkeiten an die Protokolle von 1793 halten würden. Alle späteren Ein- und Ansprüche wurden im Rezeß für nichtig erklärt. Berchtesgaden wurde das Versprechen abgenommen "auch im eigenen Interesse allzeit die nämliche Sprache gegen das Erzstift Salzburg zu führen." (25)

Durch die Festlegung, daß alle Verträge zwischen Berchtesgaden und Salzburg, die Bayern in irgend einer Weise benachteiligen würden, für ungültig erklärt wurden und durch die Bestimmung, daß "das fürstliche Reichsstift Berchtesgaden sich beifallen lasse, mit dem Erzstift Salzburg einseitigerweise und ohne Mitwirkung und Einwilligung von Bayern niemals zu unterhandeln und sich zu vertragen" (26) wollte Utzschneider die vollständige politische Abhängigkeit Berchtesgadens von Bayern. Utzschneider hatte offensichtlich hier die Überlassung des ganzen berchtesgadischen Salzwesens an Bayern im Auge. Als Gegenleistung für diese Versprechen wollte Bayern Berchtesgaden vor allen äußeren Feinden in Schutz nehmen.

Der Verlackungsrezeß war nur als Vorspiel für den Abschluß eines Hauptvertrages zwischen Berchtesgaden und Bayern gedacht.

Utzschneider war, wie bereits berichtet, auf Grund seiner

Vorschläge aus seinem Reisediarium aus dem Jahre 1790 beauftragt worden in Berchtesgaden vorzufuhlen, wie man dort einem Anschluß der berchtesgadener Salinen an Bayern gegenüberstend. Fürstpropst Josef Conrad, der zugleich Bischof von Regensburg und Freising war, stimmte Vorschlägen, die in diese Richtung gingen zu, da er sich in großen Geldverlegenheiten befand. Der Fürstpropst sah sich vor allem außerstande, die durch das Unwetter 1786/87 entstandenen Schäden in den Salzbergwerken reparieren zu lassen. Er meinte deshalb, daß der Plan Utzschneiders, die Annäherung der beiden Länder durch eine "Commulativ Benutzug der berchtesgadischen Salinen und des anderen Bergbaus zu erreichen, von seiner Seite zu befürworten wäre. Man müßte nur darauf achten, daß der Frobst das Kapitel und die berchtesgadischen Bauern auch entsprechend entschädigt würden. (27)

Bereits am 13. Dezember 1793, also noch vor Abschluß des Verlackungsrezesses, wurde Utzschneider nach Berchtesgaden geschickt, um " nach eigenen Beurtheilungen einen Entwurf unterzulegen, wie das Reichsstift Berchtesgaden mit beträchtlich und fürwährenden Vortheilen sich an Bayern anschließen könnte." (28) Bevor man an die Verhandlungen ging, wurde von Utzschneider ein Plan entworfen was in nächster Zeit geschehen sollte.

Danach sollte Utzschneider zum Kommissaire in Berchtesgaden ernannt werden und nach Beendigung der Verlackung die Verhandlungen über die Entschädigung aufnehmen. Dann mußte der Vertrag erstellt werden.

Folgende Punkte waren nach Utzschneiders Meinung Grundvoraussetzungen für einen Vertragsabschluß: (29)

Die Rezesse von 1555, 1564, 1589, 1606 und 1609 sollten als Grundlage für die Verhandlungen dienen.

Das bedeutete, daß Fraunreuter Salz zu 300 fl und die entsprechende Menge Salz der Halleiner Ausfuhr zum alten Preis abgegeben werden mußte. Für den Transport hätte jeweils Berchtesgaden zu sorgen. Sollte weiteres Salz gefordert werden, so ging dies auf Rechnung von

Berchtesgaden. Das dazu benötigte Holz würde an Berchtesgaden gezahlt. Der Gewinn aus dem mehr gefördertem Salz sollte zwischen beiden Parteien geteilt werden. Auch beim Abbau anderer Mineralien und Erze wurde der Gewinn geteilt.

Die Waldungen, die man zum Abbau des Salzes benötigte, sollten genau ausgemessen und bestimmt werden. Wollte sich Berchtesgaden bei der Suche und Erschließung einer Sole nicht beteiligen, so kann Bayern alleine bauen, muß aber private für das nötige Holz sorgen." (30)

Es sollte weiterhin festgelegt werden, daß das Personal in beider Diensten stand. Sollten im Laufe der Zeit Streitigkeiten auftreten, so sollten diese durch Vermittlung von Obmännern, die von beiden Seiten zu benennen wären, gütlich beigelegt werden.

Nach Utzschneiders Vorschlag sollte betont werden, daß Berchtesgaden ein selbständiges Land bleibe. "Dieser Vertrag soll sich allein auf gemeinschaftliche Nutznießung und auf den wesentlichen Vortheil von Bayern und Berchtesgaden zugleich gründen." (31)

Wichtig wäre nach Utzschneiders Meinung, daß man sich nun über die Entschädigungssumme unterhalten und, daß sowohl die Verhandlungen als auch der Vertrag geheimgehalten würden. Da sich im Laufe des Jahres 1794 die finanziellen Verhältnisse des Fürstpropstes besserten, zeigte er sich nicht mehr so kompromißbereit. Die Verhandlungen zogen sich das ganze Jahr über hin, ohne daß ein Vertragsabschluß zustande kam. Sicherlich hilfreich für die Verhandlungen war, daß Utzschneider auch private Kontakte mit einigen Herrn des Kapitels geknüpft hatte. Mehrfach waren sie Gäste in seinem Haus in München. (32) Utzschneider wußte wahrscheinlich, daß das Kapitel ziemlich zerstritten war. Der Chorherr Leopold Ernst Freiherr von Müller hatte sogar versucht den Fürstpropst zu stürzen. (33) So versuchte Utzschneider möglicherweise die Chorherrn gegeneinander auszuspielen.

Zu Beginn des Jahres 1795 zeigte sich der Fürstpropst zugänglicher. Am 16. April 1795 schließlich waren die

Verhandlungen so weit gediehen, daß Graf Törting, der Bevollmächtigte Bayerns, an den Fürstpropsten einen Vertragsentwurf übersenden konnte. Daß Bayern der ständigen ergebnislosen Verhandlungen müde war, ersieht man aus der Bemerkung des Grafen:

"Wir erklären den anliegenden Aufsatz als unser unabänderliches Ultimatum und zweifeln keineswegs, Euer Liebden werden zu dero eigenen so auffallenden Vortheile denselben pure et simpliciter accedieren und diese Übereinkunft der sonst eintreten müssenden strengen Ausübung unserer Gerechtsamen vorziehen." (34)

Nach Genehmigung einiger Wortmodifikationen wurde der Vertrag gebilligt. Nun galt es noch die Zustimmung des Kapitels zu erhalten. Utzschneider bekam deswegen am 6. Mai den Auftrag "den Beitritt des Kapitels zu dem zwischen dem Fürstpropsten und dem Kurfürsten geschlossenen Hauptvertrag zu erholen." (35)

Nach einem Vortrag am 12. Mai vor dem Kapitel erfuhr Utzschneider am 14. Mai durch Graf von Berchem und Baron von Möller, die beide Mitglieder des Kapitels waren, daß das Kapitel dem Hauptvertrag in allen Punkten zustimmen würde.

Bereits am 15. Mai 1795 erfolgte in der Kapitalsitzung nach kurzer Debatte die einstimmige Genehmigung und feierliche Unterzeichnung des Vertrages. (36) Einleitend wurde in diesem Vertrag erklärt, daß der Grund für den Vertragsabschluß eine zu geringe Rentabilität der Salinen von Berchtesgaden war.

Große Wasserschäden hätten die finanzielle Leistungsfähigkeit des berchtesgadischen Landes überschritten.

Initiator des Vertrages wäre Berchtesgaden gewesen und Karl Theodor wäre "aus alter nie verkennbarer und vom Kurhause seit Jahrhunderten tätigst bewiesenen Wohlgeneigtheit" (37) den Bitten Berchtesgadens entgegengekommen. (38)

Der Fürstpropst verpflichtete sich, die Salzproduktion sowie den gesamten Salzhandel mit gekochtem und rohem Steinsalz für immer aufzugeben. Die Salinen wurden "zu Pfann, Gries und Berg" (39) mit dem vollen dominio directo

et utili und zu Wald mit dem vollen dominio utili vorbehaltlich der unbeschränkten Landeshoheit Berchtesgadens auf ewige Zeiten an Pfalzbayern übertragen. Als Gegenleistung versprach Karl Theodor an Berchtesgaden monatlich 50 000 Gulden Bargeld zu zahlen. Sollten die Salinen den von Bayern erwarteten Ertrag abwerfen, so würde der Fürstprobst am weiteren Gewinn beteiligt. Die Grundlage für diese zusätzliche Gewinnbeteiligung war die zusätzliche Förderung von 140 000 Zentner gekochten Salzes und 75 000 Zentner Salzstein.

Weiterhin zahlte Bayern "auf jede der sieben Kapitularstellen 200 fl jährlich.

Zu den von Bayern an Berchtesgaden bereits gezahlten 60 000 fl zur Behebung der Wasserschäden, wurde ein Vorschuß von 20 000 fl gewährt. Bei außerordentlichen Unglücksfällen, wie Erdbeben, Erdfällen, Menschen- und Viehseuchen, sollte das Reichsstift ein sechstel des Schadens tragen.

Sollte es der Kurfürst für notwendig erachten, Änderungen an Gebäuden vorzunehmen oder Neubauten zu errichten, so konnte er dies, soweit es das Salzsudwesen und der Bergbau erforderte, nach Belieben tun.

Bayern stand es frei, die Sole oder Salzquellen nach Reichenhall abzuleiten. Je nach Prozentgehalt der Sole mußte ein Betrag von 1 - 4 Gulden pro Eimer an Berchtesgaden gezahlt werden.

Weiterhin wurde Bayern das ausschließliche Recht zugebilligt, Erze jeder Art zu suchen und abzubauen, außer Stein- und Erdkohle. Die 1794 vermessenen Salinenwälder wurden Bayern überlassen. Bayern verpflichtete sich eine entsprechende Waldordnung zu entwerfen. Die Oberaufsicht über die Salinen- und Reichenhallischen Zinswälder, nebst der gesamten Forstjurisdiktion wurde Bayern zugesprochen. Berchtesgaden wurde dafür mit jährlich 500 fl entschädigt.

Das Holz für das Erzstift wurde zum Selbstkostenpreis abgegeben. Bayern versicherte, daß die berchtesgadischen Untertanen stets genügend Holz haben würden und nur den gleichen Preis wie bisher dafür zu entrichten hätten.

Verboten war es Holz ins Ausland zu liefern.

Die Torflager durfte Bayern unentgeltlich für die Salinen benutzen.

Das Personal trat in bayerische Dienste, wobei sich an Bezügen und Pensionen nichts änderte. Bayern verpflichtete sich, berchtesgadische Untertanen bevorzugt anzustellen.

Der Handel mit Salz wurde vollständig Bayern übertragen. Berchtesgaden bekam 150 Zentner Koch- und Steinsalz unentgeltlich geliefert. Auch die Unterhaltung der Salzstraßen übernahm Bayern. Bayern verpflichtete sich seinerseits jährlich 3000 Schäffeln Getreide und 1500 Schäffeln Gerste zollfrei nach Berchtesgaden zu liefern.

Bayern übernahm die Schulden des Erzstifts, wobei Berchtesgaden jährlich 50 000 Gulden " und die übrigen Realitäten pro hypotheca speciali anweist"(40)

Bei etwaigen Streitigkeiten sollte der Kurfürst von Sachsen als Schlichter fungieren.

In einem Nachtrag erklärte sich Karl Theodor bereit, jedem der sieben stiftsmäßigen Kapitulare eine jährliche Zugabe von 200 fl zu überweisen.

Damit hatte sich Berchtesgaden neben der politischen Abhängigkeit, die auch im Hauptvertrag noch einmal gleichlautend zum Rezeß beteuert wurde, auch in eine wirtschaftliche Abhängigkeit begeben. Da die anderen an Berchtesgaden angrenzenden Gebiete selbst Mangel an Getreide hatten, war Bayern damit der einzige mögliche Lieferant. Auf Grund der in diesem Vertrag gewährten Zollfreiheit war das Heranschaffen von Getreide aus weiter entfernt liegenden Gebieten noch unrentabler geworden. Als Lieferant kam also nur Bayern in Frage.

Daß dieser Pachtvertrag die Aufhebung aller politischen und wirtschaftlichen Freiheiten für Berchtesgaden bedeutete, erkannten auch die Zeitgenossen Utzschneiders.

Ein anonymen Schriftsteller meinte, daß der Vertrag "mehr einer wirklichen Veräußerung der berchtesgadener Salinen und der dazu gehörigen Wälder, als einem Pachtkontrakte ähnlich siehet.... Nun war der Propst", stellte er weiter fest," nicht mehr Herr in seinem Haus zu Berchtesgaden,

sondern Herr von Utzschneider lenkte und wirthschaftete da nach Willkür." (41)

Karl Theodor zeigte sich über den Vertrag äußerst befriedigt. Hatte er doch erreicht was er wollte, nämlich eine umumschränkte Verfügungsgewalt über die berchtesgadischen Salinen, ja man kann sagen, über das berchtesgadener Territorium. Zum Zeichen der Anerkennung wurde Utzschneider am 9. Juli 1795 ein lebenslängliches jährliches Extragehalt von 575 fl gewährt. Auch daran ersieht man welche Bedeutung Utzschneider an dem Zustandekommen dieses Vertrages zukam.

Nach der Unterzeichnung des Vertrages blieb Utzschneider noch einige Tage in Berchtesgaden, um die Situation genauer in Augenschein nehmen zu können.

Er versuchte auch, aufkommende Ängste und Befürchtungen berchtesgadischer Bürger zu zerstreuen. Die Kapitulare wurden mit zum Teil beträchtlichen Geldgeschenken belohnt. (42)

Utzschneider sollte auch in Erfahrung bringen, wie sich das benachbarte Salzburg zum abgeschlossenen Vertrag verhalten würde. Abgesandte Vertraute teilten ihm mit, daß von dieser Seite keine Schwierigkeiten zu erwarten wären. Der Abschluß des Hauptvertrages war nicht geheimzuhalten gewesen, doch wußte Salzburg nicht, was genau im Vertrag stand. Man war dort deshalb der Meinung, daß der Vertrag nur auf zwölf Jahre abgeschlossen worden sei, und wollte die ganze Angelegenheit in Ruhe abwarten. (43) Vergleicht man die früher von Utzschneider unterbreiteten Vorschläge mit dem Erreichten, so konnte Utzschneider mit sich sehr zufrieden sein.

Am 31. Mai 1795 kehrte Utzschneider nach München zurück. Auf Grund seiner erfolgreichen Verhandlungen mit Berchtesgaden wurde er am 5. Juli zum Hauptsalzamtsadministrator und bayerischen Geschäftsträger in Berchtesgaden ernannt. (44) Noch in München entwarf er eine Instruktion

für den Administrator der Salinen in Berchtesgaden. Dabei stellte er fest, daß die jährlichen Kosten einschließlich der Ausgaben für die Waldkultur 73 000 Gulden betragen, die Einnahmen ca. 167 000 fl. Nach Abzug der Zahlung von 57 000 fl an Berchtesgaden müßte dem bayerischen Staat immer noch ein Reingewinn von 37 000 fl bleiben. Um diesen Reinertrag zu erhalten wäre es aber notwendig, Holz zu sparen. Bei dem momentanen Sudwesen würde nach Utzschneiders Meinung das Holz regelrecht vergeudet. Auf 100 Ztr. gekochten Salzes entfielen 7 $\frac{1}{5}$ Berchtesgadische Klafter Holz. Dabei genügten für die Produktion der gleichen Menge Salzes 5 $\frac{5}{7}$ Klafter, bei Verbesserung des Sudverfahrens könnte man den Holzbedarf sogar auf 3 $\frac{1}{3}$ Klafter senken.(45)

Da durch die Verbesserung der Sudpfannen und der damit verbundenen Holzeinsparung viele berchtesgadener Untertanen arbeitslos würden, müsse man für diese Leute eine andere Beschäftigung suchen. Utzschneider schlug vor, daß zu diesem Zwecke in Berchtesgaden eine Baumwollspinnerei und andere Manufakturen angesiedelt werden könnten. Mit besonderen Freiheiten der Ein- und Ausfuhr der Roh- und Fertigprodukte könnte für Interessenten ein Anreiz geschaffen werden.(46)

Würde man den Berchtesgadener Untertanen keine neue Beschäftigung geben, so hätten sie nur die Möglichkeit sich auf Ackerbau und Viehzucht zu beschränken. Das hätte wiederum zur Folge, daß der Wald noch mehr als Viehweide hergenommen und damit übertrieben würde.(47)

Am 9. Juli 1795 reiste Utzschneider nach Berchtesgaden ab, um seine Tätigkeit aufzunehmen. Auf Grund eines Berichtes von Utzschneider vom 15. Januar 1799 wissen wir einiges über sein Wirken in Berchtesgaden während seiner dreieinhalbjährigen Amtszeit.(48)

"Bey jeder Saline ist der Waldstand, wenn kein anderes Brennmaterial vorhanden ist, äußerst wichtig"(49),meinte Utzschneider. Aus diesem Grunde achtete er von Anfang an auf eine genaue Durchführung der mit dem Hauptvertrag von 1795 verfaßten Waldordnung. Utzschneider meinte, daß er "mit

aller Bescheidenheit"(50) die Waldordnung , die den Untertanen völlig fremd war, in Gang brachte. Ja , er hätte , so schilderte er, die Untertanen so von einer guten Waldbenutzung überzeugen können, daß sie eine strenge Exekution sogar begrüßten.(51)

Außerdem ging er sofort daran die Waldungen zu taxieren. Dazu entwickelte er 1797 eine neue Taxierungsmethode, die eine erheblich schnellere Walddtaxierung erlaubte. Nachdem er einen Bericht über die Taxierungen an die Hofkammer geschickt hatte, wurde ihm und seinen Mitarbeitern aus für ihn unerklärlichen Gründen verboten, weiter Taxierungen vorzunehmen. Der Grund dafür war vermutlich, daß Salzburg den gesamten Umfang des Vertrages von 1795 erfahren hatte. Es legte daraufhin Beschwerde beim kaiserlichen Reichshofrat ein, der auch der Beschwerde stattgab, da Berchtesgaden als Reichsstift eine Verpachtung ohne Zustimmung des Kaisers nicht hätte durchführen dürfen. Um dieses Urteil durchzusetzen fehlten dem Kaiser allerdings die Mittel. Da die Walddtaxierungen auch Salzburger Gebiet berührten, wollte der Kurfürst weiterem Ärger aus dem Wege gehen und stellte die Taxierungen ein. Weiter berichtete Utzschneider, daß er versuchte, neue Waldungen anzulegen und den Holzstand zu sichern. Auf Grund der harten Winter und der trockenen Sommer war dieses Experiment nur teilweise von Erfolg gekrönt. Doch meinte er eine Samenart gefunden zu haben, die den extremen Witterungsverhältnissen standhalten könnte.

Während seiner Zeit als Administrator blieb Utzschneider nur die Möglichkeit, Verbesserungen am Sudwesen vorzunehmen. Utzschneider beklagte, daß man auf Grund eines Reskriptes vom 10. September 1795 dem "Ausländer " Claiss bei der Verbesserung des Salzsudwesens den Vorzug vor ihm gegeben hätte.

Claiss hatte als Salinenadministrator in Rosenheim Verbesserungen bei der Salzgewinnung entwickelt und sollte nun auch in Berchtesgaden diese Neuerungen einführen. Offensichtlich sollte Utzschneider dabei weitgehend übergangen werden, was ihn verständlicherweise sehr ärgerte. Seiner Ansicht nach würde nach Claiss'

Methode nur sehr schlechtes Salz gewonnen. Hinzu käme, daß das Verfahren sehr teuer sei und der Wald dadurch keineswegs geschont wurde.

Utzschneider begann nun selbst Versuche an der Salzpfanne zu Schellenberg und Fraunreut vorzunehmen.

Er brachte es zustande, daß der Holzbedarf während seiner Administration um ca. 36% gesenkt werden konnte. Das bedeutete, daß in den vier Jahren in denen Utzschneider Salinenadministrator in Berchtesgaden war, 6836 1/2 Klafter Holz eingespart werden konnte. Trotz der Ersparnisse an Holz stieg aber die Produktion von Salz. (52)

Die Vorteile der von Utzschneider entwickelten Methode der Salzgewinnung waren zum einen, daß das gewonnene Salz fast keine Feuchtigkeit aus der Luft anzog und zum anderen, daß die neu entwickelte Pfanne besser wärmeleitend war und weniger Reparaturanfällig. Auf Grund der guten Wärmeleitfähigkeit der Pfanne konnte Brennmaterial gespart werden. Außerdem war es unmöglich, daß die Pfanne beim Sieden verbrannte, was früher recht häufig geschah.

Dadurch konnte auch an Eisen gespart werden, was die Produktion weiter verbilligte. Neben diesen Forschungen wurden in den vier Jahren der Amtszeit Utzschneiders eine Reihe von Stollen verbessert und es wurde begonnen, neue Salzgebirge zu suchen.

Das Verhältnis zwischen den Münchner Beamten und der berchtesgadischen Bevölkerung scheint aber keineswegs so positiv gewesen zu sein, wie Utzschneider es in seinem Bericht darstellte. So beschwerte er sich am 2. 3.1796, daß die bayerischen Beamten nicht mit dem nötigen Respekt behandelt würden. (53) Aus diesem Grund entwarf er ein Pro Memoria an den Fürstpropst, in dem er ihn aufforderte Ungehorsam und Respektlosigkeit gegenüber bayerischen Anordnungen schleunigst abzustellen. Erheblich mehr Aufsehen erregte allerdings die Aktion eines Berchtesgadener "Pasquillanten".

Am 26. Oktober 1796 hatte ein unbekannter Autor eine Schmähschrift gegen Utzschneider mit dem Titel "Die Verwandlung eines Landes in einen Wolf oder Einige

Wahrheitsgedanken über den Joseph Utzschneider" verfaßt und dieses Pamphlet am Waldamtshaus und im kurfürstlichen Residenzhof angebracht. (54)

Utzschneider wurden darin alle schlechten Eigenschaften eines Menschen angedichtet. Er wurde als geltungssüchtig und falsch bezeichnet. Weiter hieß es

"Ach dir München! edle Stadt
Wie sehr bist du betört;
Obgleich der Wolf nicht Treue hat
Schätzt ihn doch ohne werth
Obschon er ist von schlechtem Haus
In Münchner Stadt erzeugt
so schwing er sich in kurzer Zeit
von Schicksal nie gebeugt.
doch könnte wohl das Ungeheuer
sich schwingen in Ehren Pfad ?
Wenn dieser sichs nicht hätte theuer
Erklärt durch's Illuminat. -" (55)

Es wurde in dieser Flugschrift Utzschneiders Karriere, die für einen Mann aus seinen Verhältnissen doch recht ungewöhnlich war, mit dem Verrat der Illuminaten begründet. Dieser Vorwurf war nicht neu, denn bereits nachdem die Illuminaten aufgedeckt wurden, hatten Verfasser von Flugschriften wohl nicht ganz zu unrecht behauptet, daß er dies alles aus Karrieresucht getan hätte. Dieser Vorwurf wird auch in den folgenden Jahren, wenn Utzschneider noch größeren Einfluß und mehr Macht erringen wird, immer wieder erscheinen.

Der Verfasser der Schmähschrift behauptete weiter, daß Utzschneider bestechlich wäre. Außerdem würde er sich dem Adel anschmeicheln, mit Fürsten an einem Tisch setzen und dabei wäre er doch nur ein Betrüger. Er fuhr fort:

"Nun ist er Sieger; er ist Feind
und fesselt unser Vaterland
Auf er zerfleischt jetzt jeden Freund
Zerreißt das Freundschaftsband
Wie sehr drückst du den Unterthan
mit deiner Natterbruth

Nun weich von dieser Erd Tyrann
mit deinem Laster-Guth" (56)

Der Verfasser nimmt in diesem Abschnitt kurz Stellung, warum er dieses Pamphlet verfaßt hat. Er wird allerdings nicht konkret und erklärt nicht, worin die Fesselung des Vaterlandes und Bedrückung der Untertanen bestand. Auch ist nicht ganz klar, aus welchen Leuten die "Natterbruth" um Utzschneider bestand. Es ist zu vermuten, daß es berchtesgadische Mitarbeiter um Utzschneider sein sollten, Beamte, die aus München stammten, gab es 1796 nur noch in sehr geringem Umfang in Berchtesgaden.

Utzschneider scheint die Flugschrift sehr geärgert zu haben. Eine Abschrift des Pamphletes mit einigen bissigen Bemerkungen von ihm schickte er nach München. Er bestritt entschieden, jemals Geld genommen zu haben. Außerdem verlangte er, daß auch von Münchner Seite gegen solche "Pasquillanten" vorgegangen würde. In Berchtesgaden wurden umfangreiche Untersuchungen angestellt, um die Identität des Schreibers ausfindig zu machen. Allerdings ohne Erfolg. Es wurde nur der Kapitular Reichsfreiherr von Möller angeklagt, da er öffentlich gesagt haben soll, daß seiner Ansicht nach die Flugschrift nicht lange genug aushing. Er müsse sich eine Abschrift besorgen, damit er diese weiter verbreiten könne. Das Berchtesgadener Kapitel scheint zum großen Teil nicht auf der Seite des bayerischen Administrators gestanden zu haben. Hierfür spricht, daß eine Reihe von Untersuchungsbeamten den Verdacht äußerten, daß der Verfasser der Schmähschrift aus den Reihen der Kapitulare komme, wobei sie allerdings keine Namen feststellen konnten. Außerdem unterstützte ein Mann wie Freiherr von Möller, der noch 1795 ein Parteigänger Utzschneiders war und ihm vorzeitig das Ergebnis der Abstimmung im Kapitel zum Hauptvertrag hinterbrachte, nun diese Flugschrift.

Grund für diese Haltung des Kapitels wäre möglicherweise, daß das Geld für die Kapitulare doch nicht in dem Maße

floß, wie sie es sich vorgestellt hatten.

Inwieweit das Pamphlet Unterstützung in der Bevölkerung fand, war an Hand der Akten nicht festzustellen.

Bereits seit Mitte der 80iger Jahre hatte Utzschneider freundschaftliche Beziehungen zum Grafen von Freysing unterhalten. Er hatte ihn in seiner Zeit als Geheimschreiber bei der Herzogin Maria Anna kennengelernt. Preysing war 1797 Leiter der bayerischen Delegation am Rastätter Kongreß geworden.(57) Hier war man am 17. November 1797 auf Initiative Bonapartes zusammengekommen um den Reichsfrieden wiederherzustellen. Tatsächlich bezweckte Frankreich damit aber die endgültige Abtretung des linken Rheinufers und die Durchführung der Entschädigung für die weltlichen deutschen Fürsten aus vorwiegend geistlichen Territorien des rechtsrheinischen Deutschlands.

Ende 1797 zeichnete sich für Bayern die Gefahr ab, daß Oesterreich gegen die Abtretung des linken Rheinufers mit Salzburg, Passau, Berchtesgaden und Bayern rechts des Inns abgefunden werden sollte. Das hätte für Bayern den Verlust sämtlicher Salinen bedeutet.

Da Utzschneider Administrator einer Saline in dem zur Diskussion stehenden Gebietes war, trat Preysing mit ihm am 5. Dezember in Verbindung, um einige Informationen zu erhalten. Utzschneider übersandte ihm genauere Angaben über den Ertrag der bayerischen Salinen, insbesondere wieviel Salz an die helvetische Republik verkauft würde. Da die helvetische Republik in erheblichem Maße vom bayerischen Salz abhängig war, erhoffte sich Bayern von dieser Seite Unterstützung. Die Schweiz hatte zu dieser Zeit ein sehr gutes Verhältnis zu Frankreich.

Utzschneider brachte weiterhin in Erfahrung, wie groß das rechts des Inns liegende bayerische Territorium war, wie groß die Bevölkerungszahl war und welche landesherrlichen Einkünfte jährlich daraus gezogen wurden.(58)

Auch nach der Entlassung Preysings verfolgte Utzschneider die Verhandlungen in Rastatt weiter. Als man dort den

Vorschlag unterbreitete, alle Gebiete östlich der Salzach an Oesterreich abzutreten, warnte Utzschneider in einem Schreiben vom 12. Mai 1798 an den Grafen Törring davor, daß mit einer solchen Gebietsabtretung zwei Drittel der zur bayerischen Saline Hallein gehörigen Wäldungen an Oesterreich fallen würden. (59) Sollte die Abtretung des östlichen Salzachufers unumgänglich sein, meinte Utzschneider, "so wären sich für Bajern auch jährlich und zwar auf ewige Zeiten 8000 Klafter Holzes auszubedingen." (60) Die auf dem Rastätter Kongreß vorgelegten Entschädigungspläne kamen aber nicht zur Durchführung, sodaß die Befürchtungen Utzschneiders letztlich unbegründet waren.

Am 4. Dezember 1798 wurde Utzschneider überraschend von Berchtesgaden an die Hofkammer zurückberufen. (61) Gleichzeitig wurde er der Ämter als Administrator und bayerischer Geschäftsträger enthoben. Die Gründe für seine Zurückberufung sind ziemlich unklar. Er selbst behauptete, daß sein Nachfolger Baron von Hofstetten schon lange seinen Posten haben wollte und deswegen in München gegen ihn intrigiert habe. (62)

Bauernfeind behauptet, daß Utzschneider in schwere Auseinandersetzungen mit dem Reichenhaller Administrator Claiss geriet. (63) Utzschneider hatte im September 1797 beantragt, die Salinen von Reichenhall zu besichtigen. Dies wurde ihm auch von Graf Törring genehmigt. Offensichtlich wollte er dort sehen, ob das von Claiss verwandte Sudverfahren, das auch in Berchtesgaden eingeführt werden sollte wirklich ertragreicher war. Er kam zu dem Ergebnis, daß das von ihm entwickelte Verfahren die Produktionskosten erheblich vermindern würde, und zwar um ca. 200 000 fl. In Reichenhall betrug der Herstellungspreis pro Zentner 1 Gulden 12 Kreuzer, in Berchtesgaden dagegen nur 29 Kreuzer. (64)

Diese Zustände berichtete Utzschneider an die Hofkammer, worüber Claiss sicherlich nicht erfreut sein konnte. Ein erneuter Antrag zur Besichtigung der Reichenhaller Salinen wurde dann auch am 14. April 1798, von Claiss

selber entschieden, abgelehnt. (65) Claiss hatte bei der Hofkammer angefragt, ob Utzschneider ihn nun in Zukunft kontrollieren sollte, worauf Törring antwortete, daß dies sicherlich nicht der Fall sein werde. Nach Bauernfeind waren die "Freunde Claiss" in München mächtiger, als die Utzschneiders, sodaß Utzschneider gehen mußte. Auch das Berchtesgadener Kapitel stand wohl zum großen Teil gegen den Administrator, wie wir sahen.

Es kamen wohl mehrere Gründe zusammen, die zu Utzschneiders Ablösung von Berchtesgaden führten.

Am 26. Januar 1799 kam Utzschneider, nachdem er die Geschäfte an von Hofstetten übergeben hatte, nach München zurück. Einer Audienz beim Kurfürsten konnte er erst am 11. Februar folgen, da er im Hause Dal' Armis, dessen Kinder 20 Monate bei ihm in Berchtesgaden waren, eine schwere Grippe bekam. (66)

Über die Audienz bei Karl Theodor stellte Utzschneider fest: "Er sprach nichts, und ich nicht viel; mit seinen Staatsdienern zu sprechen war seine Sache nicht." (67)

Fünf Tage später, am 16. Februar 1799 starb Karl Theodor. Noch am gleichen Tag wurde von Herzog Wilhelm der Kurfürst Max IV. Joseph zum neuen Regenten ausgerufen. Mit diesem Regierungswechsel kamen auch für Utzschneider bessere Zeiten, denn er sollte nun an noch wichtigeren Positionen arbeiten als bisher.

VII. Bayern nach dem Tode

Karl (1745-1799)

Der neue Kurfürst Max IV. Joseph aus dem Hause Pfalz-Zweibrücken übernahm mit seinem Regierungsantritt ein schweres Erbe. Die linksrheinischen Gebiete Bayerns waren verloren, die rechtsrheinischen Kurpfalz und Berg waren von Frankreich bedroht, Oesterreich stand mit 109.000 Mann im Lande und die Truppen waren unter der kaiserlichen Einheit aufgeteilt und damit handlungsunfähig. Hinzu kam, daß die Finanzen des Landes in einem verheerenden Zustand waren. Kurz vor Karl Theodors Tod hatte Oesterreich bereits versucht, die Unterschrift unter ein Testament zu erlangen, in dem Bayern an Oesterreich abgetreten werden sollte. Nicht zuletzt der starken Intervention des Hauses Pfalz-Zweibrücken war es mit der Mithilfe der Herzogin Maria Anna zu verdanken, daß dies nicht gelang.(1) Man war gespannt, ob Oesterreich den Regierungsantritt Max Josephs mit Gewalt verhindern würde. Die Regierung in Wien war aber letztlich zu sehr mit dem Krieg mit Napoleon beschäftigt, als daß sie sich auf ein solches Abenteuer einlassen konnte.(2)

einer der bedeutendsten Männer, die mit Max Joseph nach München kamen, war zweifellos Maximilian Joseph Frhr. v. Mongelas. Auf Grund seines großen Einflusses auf den Kurfürsten und späteren König bestimmte er die Staatsgeschäfte in Bayern als leitender Minister bis 1817.(3)

In dieser schwierigen politischen Situation wollte Mongelas für Bayern "eine hinreichend unabhängige Stellung ... erstreben, um nach Maßgabe des eigenen Vortheils handeln zu können und nicht fremden Absichten untergeordnet zu bleiben"(4)

Diese Machtstellung konnte er nur mit Hilfe einer

besseren Arrondierung der pfalzbayerischen Lander erzielen.

Durch eine geschickte Neutralität wollte Montgelas diese beiden Ziele erreichen. Unterstützung erhoffte er sich von dem neutralen Preußen. Doch in Berlin riet man zum Festhalten am Bündnis mit Oesterreich. Auch von russischer Seite war für Montgelas" Neutralitätspläne keine Unterstützung zu erwarten, nach dem Bayern die bayerische Zunge des Malteserordens aufgehoben hatte, deren Großmeister der Zar war. Der Zar ging sogar so weit, seinen in Richtung Rhein marschierenden Truppen den Befehl zu geben durch Bayern zu marschieren und es als feindliches Land zu betrachten. Um diesem Schicksal zu entgehen blieb Bayern nichts anderes übrig, als den Malteserorden wiederherzustellen und über sein Reichskontingent hinaus der Koalition gegen Frankreich 20 000 Mann zur Verfügung zu stellen.

Trotz des Scheiterns der Neutralitätspläne blieb ein Zentrum der Montgelasschen Politik, für Bayern eine möglichst unabhängige Stellung zu erreichen und Bayern zu einem geschlossenen Staatsgebiet zu machen.(5)

Das Hauptproblem bei der Übernahme der Regierung war die schlimme Finanzlage.Niemand war auf Grund der schlechten Behördenorganisation in der Lage festzustellen, wie hoch sich die Schulden des Kurfürstentums beliefen.

Hinzu kam, daß der erneute Eintritt in den Krieg zusätzlich beträchtliche Summen verschlang. Zwar hoffte man mit russischer Hilfe englische Subsidien zu erhalten, doch das war ungewiß.

Eines der Hauptübel war die Trennung der Finanzverwaltung in eine landschaftliche und eine kurfürstliche. (6)

Bei dem landesherrlichen Kassawesen war durch die Generalhauptkasse 1762 eine Zentralisation durchgeführt worden. Hier sollten sämtliche ordentliche Staatseinkünfte zusammenlaufen. Die Einnahmen dieser Zentralstelle bestanden aber nur aus den Überschüssen der Einnahmen

über die Ausgaben, die die untergeordneten Behörden geleistet hatten. Die Bestreitung der ordentlichen Ausgaben oblag den unteren Kassen. Bei anfallenden außerordentlichen Ausgaben, wie z.B. in Kriegszeiten waren sie nach einer entsprechenden Anweisung ebenfalls durch eine untergeordnete Kasse vorzunehmen, wurden jedoch dann der Generalhauptkasse als Ausgabe zugeordnet. Diese Stelle zahlte dann ebenfalls noch Zuschüsse an die Hof- und Kriegszahlämter, sowie an die Schuldenwerkskasse aus. Bei hohen, plötzlich angeforderten außerordentlichen Ausgaben, kam bei einigen Kassen deren ordentlicher Finanzdienst gänzlich zum Erliegen. Es kam zu einer großen Zahl von Zahlungsretardaten, die einen geordneten laufenden Zahlungsdienst nicht mehr erlaubten. (7)

Das höchste Organ der landschaftlichen Steuerverwaltung war die Landschaftsverordnung selbst. Sie verwaltete die Zentralkasse. Erhoben wurden die Steuern in den vier Rentämtern und wurden dann der Zentralkasse zugeleitet. Das Kollegium der Rechnungsaufnehmer überprüfte die Rechnungen. Es gab zwei Arten von Steuern. Zum einen die Standsteuern für die privilegierten Stände, die Prälaten, die Ritter und den Bürgerstand und zum anderen die Landsteuer für alle übrigen Bewohner des Landes. An sich waren die von der Verordnung gewährten Steuern freiwillig, doch hatte sich insbesondere im 18. Jahrhundert daraus ein Gewohnheitsrecht entwickelt. (8)

Auch bei der Landschaft bestand bei den Pflegergerichten die Zweiteilung der Finanzverwaltung. Es mußten zwei getrennte Kassen für die jeweils dafür bestimmten Einnahme- und Ausgabearten geführt werden.

Karl Otmar von Aretin weist allerdings zu Recht darauf hin, daß durch die Kassentrennung die Kreditfähigkeit des bayerischen Staates erhalten geblieben war. (9) Auf Grund der zum Teil verschwenderischen landesherrlichen Kassenführung hätte Bayern schon häufig den Staatsbankrott erklären müssen.

Nur die Stände konnten dies immer wieder verhindern, da der Kurfürst auf deren Kasse keine Zugriffsmöglichkeiten hatte. Eine gesamte Erfassung der Staatseinnahmen war mit diesem

System allerdings nicht möglich. (10)

Um die Mißstände in den verschiedenen Teilen der Verwaltung und auch des Finanzwesens abzustellen, war eine durchgreifende Reform der Behördenorganisation notwendig. Zunächst wurden an die Stelle der Hofkammer vier Ministerialdepartements gesetzt. Dies waren die Departements für auswärtige Angelegenheiten, für die Finanzen, für die Justiz und für die geistlichen Angelegenheiten. Die Minister der Justiz, der Finanzen und der geistlichen Angelegenheiten bildeten den Staatsrat. (11)

Für den Vollzug der Gesetze waren aber nicht die Ministerien zuständig, sondern hier wurde nach preußischen Vorbild die Generallandesdirektion in München und eine Landesdirektion in Amberg geschaffen. Die Vielzahl der Mittelstellen, die Oberlandesregierung in München, die drei Hofkammern in München, Neuburg und Amberg, die Forstkammer, das Oberst-, Münz- und Bergmeisteramt, das collegium medicum, die Rentdeputationen in Straubing und Burghausen und das Rentamt Landshut wurden aufgelöst. Mit der Generallandesdirektion hatte man eine Zentralbehörde geschaffen, die sämtliche Gegenstände der Staatsverwaltung mit Ausnahme der Justiz und der geistlichen Angelegenheiten bearbeitete. Bereits im Mai 1801 stellte man allerdings fest, daß man mit dieser Zentralisation zu weit gegangen war und übertrug die Geschäfte der Generallandesdirektion an die einzelnen Ministerialdepartements, wo sie auch in der Zukunft blieben.

Utzschneider war dem neuen Kurfürsten kein Unbekannter. Max Joseph hatte in seiner Jugend sehr engen Kontakt mit der Herzogin Maria Anna gepflegt, die einer seiner Lieblingsverwandten war. In dieser Zeit war Utzschneider, als Nachfolger seines Onkels, Geheimschreiber bei der Herzogin Maria Anna geworden. Hier müssen die beiden Männer sich begegnet sein. Durch Utzschneiders Aufstieg und sein Geschick in finanziellen Transaktionen wurde aus

dieser Begegnung eine sehr enge Bekanntschaft. Utzschneider besorgte dem ewig verschuldeten Max Joseph immer wieder Geld, das ihn über die Runden brachte. Davon zeugt eine rege Korrespondenz zwischen 1770 und 1795. (9)

Neben der Geldbeschaffung diente Utzschneider Max Joseph auch als Informant über die Stimmung der kurfürstlichen Regierung in Bezug auf das Haus Zweibrücken. Doch enthalten die Briefe auch sehr persönliche Dinge, wie z.B. die Nachricht, daß Max Joseph eine Tochter geboren worden war. Weiter geht aus den Briefen hervor, daß Utzschneider Max Joseph des öfteren besuchte. Im allgemeinen ist aber aus der Korrespondenz nicht viel Konkretes zu entnehmen, da Max Joseph sehr häufig nur wage Andeutungen von Informationen machte. Er befürchtete, daß die Briefe kontrolliert würden.

Man erkennt aber, daß das Verhältnis zwischen Max Joseph und Utzschneider sehr herzlich war. Immer wieder versicherte Max Joseph seinem Geldgeber daß er sich erkenntlich zeigen würde, wenn er eines Tages dazu in der Lage wäre. So beendete er einen seiner Briefe:

"Ich weis, Mein Lieber Utzschneider und werde nie vergessen, wie tiefe und gute Dienste Sie zu meiner vollkommenen Zufriedenheit mir geleistet haben, und erwarte sehnsuchtsvoll den Augenblick, wo das Glück müde seyn wird, mir den Rücken zuzuwenden, um Ihnen alldann einen Beweis meines lebhaften Dankes für alle Ihre Bemühungen, die ich in frischen Andenken behalten werde, geben zu können." (13)

Mit dem Regierungsantritt war Max Joseph nun in der Lage sein Versprechen einzuhalten.

VIEL UTZSCHNEIDER ALS BEAMTENSCHUTZ der Hauptpflegen

Um negativen Gerüchten seiner Administration in Berchtesgaden zuvorzukommen, übergab Utzschneider am 28. Februar 1799 dem neuen Minister Montgelas einen Finalbericht über seine Arbeiten in Berchtesgaden. Dieser teilte ihm bei einer Unterredung mit, daß in der kommenden Regierung Freiherr von Hompesch Finanzminister und Graf Törring Kammerpräsident werden würde. Er solle sich deshalb an diese Herrn wenden.(1)

Utzschneider sah es offenbar als zweckmäßiger an, sich nicht aufzudrängen und " lieber Mathematik, Physik und Chemie zu studieren." (2) "Denn", so meinte Utzschneider, "große Herren sollen immer den Schein haben, selbst zu regieren." (3), was wohl bedeutete, daß er auf Grund seiner Beziehungen sicher war, Karriere zu machen.

Tatsächlich erreichte ihn bereits einen Monat später, am 29. März 1799, die Ernennung zum Kommissaire bei der Organisation der Hauptpflegen und dem Verkauf der Pfleggründe.(4) Am 23. April wurde er Direktor der Maut- und Kommerzdeputation(5) und am 2. Mai zusätzlich Kassen-Deputierter.

Wie es Utzschneiders Art war, hatte er nach seiner Ernennung zum Kommissaire für die Hauptpflegen nicht lange untätig herumgesessen. Sofort begab er sich in die ihm zugewiesenen Pfleggerichte Krausberg, Pfaffenhofen, Wolnzach, Mainburg, Neustadt, Abensberg, Altmannstein, Kelheim und Abbach, um die Situation in Augenschein zu nehmen. Am 5. Mai verfaßte er einen umfangreichen Bericht über seine Beobachtungen und Verbesserungsvorschläge.

Prinzipiell ,so meinte Utzschneider, wären die Untertanen bereit, die zerstückelten Pfleggründe auf Erbrecht zu kaufen. Man müsse allerdings den Käufern rechtzeitig die Abgaben, die auf den Gründen liegen , nennen.

Da die Bauern in der Vergangenheit schlechte Erfahrungen mit diesen Käufen gemacht hätten, stünden sie dieser Sache sehr mißtrauisch gegenüber. Denn bereits 1779, als alle Gerichtsdienere und Schergen aufgehoben wurden, konnten die Grundstücke der Gerichtsdienere auf Erbrecht gekauft werden. Einige Jahre später wurden die Diener wieder eingesetzt und nahmen den Bauern alles wieder ab. Es wurde von vielen vermutet, daß der Staat nur Geld brauchte und deshalb die Pfl eggründe verkaufte. In ein paar Jahren hätte dann erneut der Bauer das Nachsehen.

Die Bauern, fährt Utzschneider fort, seien sich im klaren, daß sie durch die Kontributionen vollkommen der Gnade der Richter und Schergen ausgeliefert wären, die sich auf Kosten der Bauern bereicherten. Nie würden Quittungen für abgeliefertes Heu oder für Hafer ausgestellt. Kleine Quittungen, die von durchmarschierenden Truppen ausgestellt würden, kassierten die Beamten, um daraus eine Hauptquittung zu machen, doch von dem Geld sah der Landmann nichts mehr.

Dieses Mißtrauen gegenüber dem Staat, so meinte Utzschneider, gelte es abzubauen. Denn man müsse bemerken, daß " der Landmann am Wohl des Volkes mitwirken muß, wenn man Erfolg haben will." (7)

Auch hier kommen, wie bereits bei der Moorkultivierung und bei der Neuordnung der Forstverwaltung, Utzschneiders physiokratischen Auffassungen stark zum Ausdruck. Utzschneider sah eine Möglichkeit diese Mißstände abzubauen nur darin, daß die Beamten fest besoldet würden und von den Untertanen nichts annehmen durften. Weiterhin müßten feste Prozeßkosten festgelegt werden, die jeder erfahren sollte. Das Sportelwesen wäre damit abgeschafft.

Für das unbewegliche Eigentum müßte der Bauer wissen, mit welchen Abgaben er zu rechnen habe, damit er den Rest des Vermögens für sich und seinen Boden verwenden könne. Dazu wäre es notwendig, einen allgemeinverständlichen Kodex festzulegen, der jedem Bauer bekannt gemacht werden müßte. In diesem Kodex "müßten aber die Begriffe über den Lokalwerth des Grundeigenthums, über die Schätzung der

Güter, über die Grundgerechtigkeiten, über das Laudemialwesen, über die Frohnen, über Zehenden, über die Teilung der Gemeinheiten und der öden Plätze p.p. deutlich entwickelt seyn." (8)

Bevor man aber an die Arbeit für einen Kodex ginge, meinte Utzschneider, müsse die Administration der Pfliegergerichte neu geregelt werden. Dabei stellte er sich vor, daß die Anzahl der Pfliegergerichte von 83 auf 60 reduziert werden müßte. Ähnlich wie im Forstwesen verlangte Utzschneider hier eine strikte Trennung von allgemeiner Verwaltung und Finanzverwaltung. Daß es bei dieser Durchführung Schwierigkeiten geben würde, sah er voraus. "Aber", so meinte er, "die Regierung kann auch etwas erzwingen, wenn sie nicht die Beamten regieren läßt." (9)

Die Landrichter sollten in erster Instanz Recht sprechen, die Kameralbeamten die Prozeßkosten dafür einziehen. Die Besoldung für beide Beamten mußten sich nach Utzschneiders Ansicht auf 1200 fl plus Wohnung belaufen.

Gerichtsdienere wären schon lange überflüssig, da bereits seit 1779 die Gemeindeobmänner deren Aufgaben übernommen hätten.

Den Landrichterämtern müßte das Malefiz und der Blutbann abgenommen werden, da es nach Utzschneiders Meinung sowieso ein Unding sei, daß ein Mann über Leben und Tod entscheide. Die Gesamtkosten des Projekts beliefen sich nach Utzschneiders Berechnungen auf ca. 189 000 fl. Einsparungen sollten dadurch gemacht werden, daß die entlassenen Schreiber keine Pensionen bekamen und ihnen statt dessen vom Staat öde Gründe zugewiesen wurden, die sie zu kultivieren hatten. Auch die Wohnungen, Wiesen etc. der Gerichtsdienere könnten veräußert werden, was erneuten Gewinn brächte. Für Boten, Zeugen, Pferde für den Richter und ähnliche Dinge müßten die Bauern selbst aufkommen.

Dem Kameralbeamten sollten in Zukunft zwei Schreiber zugewiesen werden. Mehr wäre nicht mehr nötig, wenn man das Kirchenrechnungswesen neu ordnete und der Pfarrer und der Kirchenpropst die Finanzgeschäfte der Kirche selbst

durchführten. Dadurch würden 49 800 fl Schreibergehalt gespart.

Das Beste wäre nach Utzschneiders Ausführungen, wenn man mit der sofortigen Durchführung dieser Vorschläge beginnen würde, damit man etwaige Fehler sofort beseitigen könne. Für den Staat wäre es wichtig, stellte Utzschneider fest, daß er das Vertrauen seiner Untertanen erwerbe. Durch seine Vorschläge könne das geschehen. Die dann folgenden Ausführungen verdeutlichen erneut Utzschneiders physiokratische Ansichten. "Der Ackerbau", stellte er fest, "wird immer die Grundlage der Bevölkerung seyn....; Wird der Ackerbau vernachlässigt, - werden rohe Produkte nicht in großer Menge erzeugt, so können Künste und Handwerker sie nicht verarbeiten, so können Handelsleute sie nicht ausführen." (10)

Weil der Ackerbau die Grundlage allen Wohlstandes war, waren für Utzschneider die Erträge daraus in Bayern zu gering. Dies hing seiner Ansicht nach damit zusammen, daß zu häufig relativ kleine Familien zu große Ländereien zu bewirtschaften hatten und vor allem, daß diese Ländereien über große Gebiete zerstückelt lagen. Damit war eine sinnvolle Bewirtschaftung unmöglich. Könnte nun ein Landgut geteilt werden, so könnte es zum einen einen höheren Ertrag erbringen und zum anderen auch mehr Menschen ernähren. Deswegen wäre seiner Ansicht nach "das erste und wesentliche Haupthindernis der Bevölkerung und Kultur in Bajern ... die Untheilbarkeit des dermaligen Hoffußes." (11)

Folgerichtig verlangte Utzschneider die vollständige Auflösung des Hoffußes und die damit zusammenhängende Erklärung, daß alle Grundstücke teilbar wären.

Da er meinte, daß jeder Bauer daran interessiert wäre, seinen Besitz abzurunden, würden sich die Besitzer untereinander ohne Eingriff der Regierung gütlich einigen.

Was Utzschneider hier forderte, war nichts anderes als eine Flurbereinigung. Daß dies alles aber nicht so gütlich vor sich geht, haben wir erst in unserer jüngsten Vergangenheit gesehen.

Gleichzeitig mit der Aufhebung des Hoffußes "müßte die Regierung aber auch das Minimum der Feldgrunde bestimmen, auf welchen noch ein eigenes Haus mit dem erforderlichen Oekonomiegebäuden angelegt werden dürfte"(12). Dabei mußte der Grund einer Familie so groß sein, daß sie sich selbst ernähren konnte und zusätzlich noch einen Überschuß produzierte.

Utzschneider betonte, daß der Staat nicht mit Gewalt vorgehen dürfe, aber im gleichen Atemzug stellte er Maßnahmen anheim, die auch nicht gerade als sanft zu bezeichnen waren. Sollte nämlich ein Besitzer mit kleiner Familie sich weigern Grund abzugeben, so sollten so hohe Abgaben von ihm verlangt werden, daß ihm letztlich nichts anderes übrig bliebe, als einen Teil seines Grundes zu verkaufen, damit er diese Abgaben bezahlen könne.

Nachdem eine Ausmessung der Grundstücke vorgenommen worden wäre, würde jeder Bauer wissen, welche Kosten auf ihn zukämen. Es würde damit Personal gepart, doch müßte man bei dem verbleibenden Personal darauf achten, daß nur wirklich fähige Leute angestellt würden.

Diese Forderungen in Utzschneiders Bericht stellten doch einige beträchtliche Neuerungen dar. Immer wieder stellt man in diesem Schreiben fest, daß er große Hoffnungen hat, daß mit der neuen Regierung der alte Schlendrian aufhört, daß wirkliche Maßnahmen ergriffen werden, die die Mißstände in fast allen Bereichen beseitigen. Zu oft war er bei dem Kurfürsten Karl Theodor von der Aussichtslosigkeit seiner Vorhaben enttäuscht worden. Es sollte sich allerdings zeigen, daß Utzschneiders Hoffnungen auf Max Joseph auch nicht in Erfüllung gingen.

IX. Die provisorische Zoll- ordnung von 1799

Als Direktor der Maut- und Kommerzdeputation bei der Generallandesdirektion oblag Utzschneider neben der Verwaltung der Zölle und Mauten die Schaffung einer neuen provisorischen Zollordnung. Um sich einen Überblick über den Zustand des bayerischen Zollwesens zu verschaffen, ließ er ein "Verzeichnis über sämtliche Mautämter, dann Stationen in Bayern, der Oberen Pfalz und Neuburg"(1) erstellen. Dabei mußte er feststellen, daß in Bayern ein höchst undurchsichtiges und kompliziertes Mautsystem herrschte. Die gleiche Ware wurde innerhalb Bayerns mehrfach verzollt, was eine bedeutende finanzielle Belastung für die bayerische Wirtschaft war und einen erheblichen personellen Aufwand verursachte. Bevor man eine neue Verordnung verfaßte, wollte man zunächst die Städte und Märkte in Bayern, Neuburg, Sulzbach und der Oberen Pfalz um Verbesserungsvorschläge bitten. Dabei befaßte man sich im Finanzministerium offensichtlich ernsthaft mit dem Gedanken, alle Mauten und Accisen abzuschaffen. Die beiden wesentlichen Fragen, die den Städten und Märkten gestellt wurden, waren:

- "1) Wie kann bei einer allgemeinen Aufhebung aller Mauten und Accisen, der berechnigte Bürger in den Städten und Märkten gegen fremde Gewerbsbeeinträchtigungen geschützt werden?
- 2) Wie bekommt die Staatskasse sowohl für sich, als für das bereits angestellte Personal, ein hinlängliches Surrogat?"(2)

Als Ersatz für die Mauten und Accisen wurde von der Regierung eine sogenannte Fenstertaxe vorgeschlagen. Man ging von der Überlegung aus, daß der Reichere größere Häuser mit mehr Fenster bewohnte, als der Ärmere. Hinzu kam noch die bessere Wohnlage der Reichen, sodaß also Anzahl der Fenster und Lage des Hauses besteuert werden

mußte. (3)

Ob sich auch Utzschneider diese Überlegungen zu eigen machte, ist aus den Akten nicht ersichtlich. Doch da diese Vorstellungen in einem offiziellen Reskript standen, und Utzschneider federführend bei der Erstellung der neuen Maut- und Zollordnung tätig war, ist anzunehmen, daß er sich mit den oben ausgeführten Ideen auseinandergesetzt hatte.

Die Intention Utzschneiders bei der Erstellung der neuen Mautordnung war, daß das neue Maut- und Zollsystem so einfach wie möglich sein sollte, wobei allerdings die Gerechtigkeit der Besteuerung und der erhöhte Ertrag stark mitberücksichtigt werden sollte. Hinzu kam, daß mit der Verordnung ein weiterer Schritt zu einer größeren Geschlossenheit des bayerischen Staatsgebietes getan werden mußte. Vorarbeiten zu einem verbesserten Maut- und Zollsystem waren bereits unter dem Kurfürsten Max III. Joseph geleistet worden. Unter dem Druck der finanziellen Not hatte Max III. Joseph veranlaßt, daß unter der Leitung des bayerischen Beamten Max Xaver von Stubenrauch 1765 eine Maut- und Acciseordnung verfaßt wurde. (4) Diese Verordnung genügte aber nicht den Anforderungen des neuen bayerischen Staates unter Max IV. Joseph.

Die allgemeine Abschaffung der Mauten wurde letztlich wieder verworfen. Auch in der Einleitung zur provisorischen Maut- und Zollordnung vom 7. Dezember 1799 wurde darauf hingewiesen, daß man sich zwar ernsthafte Gedanken gemacht hatte, um einen Ersatz für die Maut- und Accisegefälle zu finden, doch war allen Beteiligten klar, daß solche Überlegungen erst nach einer eingehenden Steuerrektifikation wieder aufgenommen werden konnten. Am 7. Dezember 1799 wurde die zum 1. Januar 1800 in Kraft tretende provisorische Maut- und Zollordnung für Bayern, Neuburg, Oberpfalz, Sulzbach und Leuchtenberg vom Kurfürst Max IV. Joseph erlassen. Alle bisherigen Zoll- und Mautgesetze und von diesen Gesetzen abhängige Verordnungen traten mit dem 1. Januar 1800 außer Kraft. Die Mautämter, die zwischen den einzelnen Landesteilen

bestanden, wurden aufgehoben. Utschneider hatte eine Liste der neuen Grenzmautämter und der Hauptmautämter aufgestellt, die einzeln in der Mautordnung aufgeführt wurden. Weiterhin unterstanden in Zukunft alle Zollstationen der Generallandesdirektion. (5)

43 Grenzmautämter mit insgesamt 100 Beimaütämtern umgrenzten ein geschlossenes Zollgebiet von etwa 5809 qkm. Innerhalb dieses Zollgebietes erfüllten sieben Hallämter die Aufgabe der Hauptzollämter.

Diese hatten die Ausfuhr- und Einfuhrmeldungen kontingentierter Außenhandelsgüter und die Verzollung an den Grenzzollstationen zu bearbeiten. Weiter wurde bestimmt, daß eine Warenbeschau und Plombierung in Zukunft unnötig sei, da die Importware nach dem Sporcogewicht behandelt würde. Dies bedeutete die Verzollung der Importware nach dem Bruttogewicht. Der Brutto-Import-Zentner wurde nach dem neuen Tarif mit 2 fl 30 Kr festgelegt. Zusätzlich war für Weine, Brandweine, Liköre und Meth der bereits bestehende landschaftliche Aufschlag zu zahlen. Mit 50 kr je Brutto-Import-Zentner wurden alle Ge- und Verbrauchsgüter des täglichen Bedarfs, insbesondere Lebensmittel und Produkte wie Garne, Rohbaumwolle, Holz, Baumaterialien, Bausteine, Kürschnerprodukte und Ton- und Porzellanerde belegt.

Befreit von jedem Importzoll blieben Blei, Brot, Gips, Geflügel, Tonerde, Alteisen, ungesponnener Flachs, Gerätschaften für die Landwirtschaft, für die Gewerbe und Manufakturen, Stroh, Unschlitt, Altzinn, sämtliches lebendes Vieh, Maschinen, Maschinengarn, Leder, Altkupfer, tierische Fette, alle Getreide, Holz- und Steinkohlen und Malz. Lediglich die Salzeinfuhr war nach wie vor verboten.

Innerhalb des Zollgebietes genossen die importierten Waren die gleiche Freizügigkeit wie Inlandsprodukte.

Der Warenexport wurde von der neuen Zollordnung allgemein als frei erklärt. Nur die Ware, die einer elastischen Nachfrage gegenüberstand wurde mit einer Gebühr von 6 Kr je Station und Transit-Brutto-Zentner zu Wasser und 3 Kr zu Land verzollt.

Zollnachlässe und Rückzölle wurden nicht mehr gewährt. Zolldefraudation unterlag nur noch einer Strafe in Höhe des doppelten Zolles und nicht mehr der Warenkonfiskation.(6)

Die Beseitigung der Warenkonfiskation war nötig geworden, da die konfiszierte Ware z.T. von Juden aufgekauft wurde, und dann mit Niedrigpreisen wieder auf dem Markt auftauchte. Dies veranlaßte eine Reihe von Münchner Kaufleuten zu erheblichen Protesten.(7)

Auch in der neuen provisorischen Mautordnung wurde ein Weggeld zugunsten des Straßenbaus erhoben.

Die Höhe des Weggeldes lag allerdings niedriger als in der Zollordnung von 1765. Weggeldfrei blieben nur die Salzfuhrwerke, gleichgültig ob beladen oder unbeladen. Der gesamte innere Handelsverkehr blieb weggeldfrei.

Durch die neue Verordnung wurde das Zollsystem nicht mehr nur als Finanzquelle für den desolaten Haushalt betrachtet, sondern es traten nun auch staatswirtschaftliche Überlegungen in den Vordergrund. Das neue System trug vorwiegend physiokratisch-freihändlerische Züge, doch war z.B. durch Getreideausfuhrzölle der merkantilistische Einfluß nicht vollständig verschwunden.(8) Vergleicht man die provisorische Zoll- und Mautordnung mit Zollsystemen anderer Länder, so kann man sie als die Freihändlerischste in Europa bezeichnen.(9)

In Handelskreisen wurde die provisorische Maut- und Zollordnung sehr freudig aufgenommen. Einzig einige Gewerbe, die in Bayern eine Monopolstellung hatten, mußten in der Zukunft Schwierigkeiten erwarten. Dies waren vor allem Tuchmacher, Loderer und die Baumwollindustrie, die bisher geschützt worden war und dadurch überhöhte Preise verlangen konnte. Mit der Zollordnung hörte diese Monopolisierung auf.(10)

Insgesamt gesehen funktionierte aber die Mautordnung doch nicht so, wie Utzschneider es sich vorgestellt hatte. Nach Aussagen von Mautämtern verringerten sich Schmuggel und Defraudationen nicht; die Falschdeklarationen verstärkten sich sogar noch.(11) Utzschneider selbst sprach bereits

am 8. März 1800 von "der nächsten Revision der provisorischen Zoll- und Mautordnung", bei der man erst die fiskalischen und wirtschaftspolitischen Interessen Bayerns richtig ermessen könne. (12) Schon am 11. Februar 1800 äußerte er sich: "Die Transitzölle selbst sind noch immer vielen Beschwerlichkeiten unterworfen; nur die häufigen Klagen über die Mautordnung vom Jahre 1765, über das Waren-Beschau-System, konnten Uns bewegen, provisorie eine andere Maut- und Zoll-Ordnung entwerfen, und einstweilen, bis was besseres, vielleicht bei einer allgemeinen Steuerrectifikation, zu Stand kommt in Ausübung bringen zu lassen." (13) Aus diesem Satz spricht doch schon eine ziemlich große Resignation.

Eine der Intensionen der neuen Mautordnung war, wie bereits erwähnt, einen Schritt zur größeren Geschlossenheit des bayerischen Staatsgebietes zu tun. Dies bedeutete vor allem, daß die Enklaven in Altbayern in die neue provisorische Zoll- und Mautordnung mit einbezogen werden mußten. Enklaven in Altbayern waren Regensburg, Passau und deren Herrschaften, das Hochstift Freising mit seinen Herrschaften, Ismaning vor München, Burgrain und Isen, sowie das salzburgische Mühldorf am Inn. Die Mautordnung von 1799 legte fest, daß die inkolationsfähigen Orte, sofern sie nicht um etwas anderes nachsuchten, wie Inländer behandelt werden könnten. Man ließ die Entscheidung also bei den Inkolaten, ob sie der bayerischen Mautordnung beitreten wollten oder nicht. Natürlich lag es im Interesse Bayerns, daß die Inkolaten die Mautordnung annahmen. Damit wären sie der bayerischen Einverleibung einen Schritt näher gekommen. Utzschneiders Aufgabe war es, Verhandlungen bezüglich der Übernahme der bayerischen Maut- und Zollordnung in Freising aufzunehmen.

Von besonderer Bedeutung für Bayern war unter allen Inkolaten das Hochstift Freising mit seinen Herrschaften. Alleine durch seine Lage in unmittelbarer Nähe Münchens, spielte es eine herausragende Rolle. Seit 1718 war es durch Inkolat mit Bayern verbunden.

Das Inkolat wurde 1759 leicht modifiziert, indem Bayern dem Hochstift jährlich einen Ausgleich in Höhe von 50 000 fl für entgangene Zolleinnahmen zahlte. In einem erneuten Vertrag im Jahre 1762 wurde Bayern sogar erlaubt, in Freising ein kurfürstliches Mautamt zu errichten, das auch von den freisingischen Untertanen alle ordentlichen bayerischen Zölle für München erhob. Die Mautordnung von 1765 führte nach ihrem Inkrafttreten zur Kündigung der Akzisekonvention von 1718, und bereits im Juli 1765 wurde ein neuer Kommerzialkontrakt zu den gleichen Bedingungen wie die Konvention geschlossen. Nach einer erneuten Kündigung 1768 und einem neuen Vertrag 1769 entbrannte ein Streit um die Frage, ob Freising endgültig in das bayerische Zollgebiet integriert war oder nicht. Erst 1785 nahm man erneut Verhandlungen auf. (14)

Freising zeigte 1799 grundsätzliche Bereitschaft der neuen Mautordnung beizutreten, aber nur unter der schon früher geäußerten Bedingung der Beteiligung an den Zollerträgen.

Nachdem die Verhandlungen mit dem Finanzministerium zu keinem Ergebnis führten, wandte sich das Hochstift Freising an das Ministerium des Äußeren und damit an Montgelas. Montgelas stellte sich in dieser Frage auf die Seite Freisings und teilte Utzschneider mit, daß mit der Mautordnung "alle bishero mit Freising bestandenen selbst dem Churfürstlichen aerario günstige Verträge einseitig aufgehoben und fremdherrlichen Unterthanen zur Entrichtung Bayerischer Consumo-accise angehalten würden." (15)

Im übrigen, meinte er weiter, sei hier "der Wirkungskreis des jenseitigen geheimen Ministerial-Finanz-Departements überschritten worden." (16)

Utzschneider sprach sich in seinem Antwortschreiben verwundert darüber aus, daß der Minister des Äußeren diese Haltung zu diesem Problem einnahm. Er wies darauf hin, daß mit Zustimmung Montgelas die provisorische Mautordnung dahingehend festgelegt wurde, daß "den in Bajern gelegenen inkolationsfähigen Ortschaften freye Wahl gelassen wurde, entweder diese provisorische Zoll- und

Mautordnung anzunehmen, oder sich gefallen zu lassen, wenn dieselben von Bayern nach den bisher bestandenen Verhältnissen behandelt würde." (17)

Freising hatte zunächst erklärt, so äußerte sich Utzschneider weiter, daß es der Mautordnung beitreten wolle. Doch in einem Schreiben vom 21. Januar 1800 erklärt das Hochstift plötzlich, daß es doch kein Interesse am Beitritt habe. Man wisse nun nicht, was Freising eigentlich wollte. Utzschneider betonte, daß Freising von seiten des Finanzministeriums nie unter Druck gesetzt worden wäre. Ganz allgemein wäre das Finanzministerium der Meinung, daß es seine Kompetenzen keineswegs überschritten habe. Man wolle nun aber abwarten, und schweigen, meinte Utzschneider, "damit durch Collisionen unter den Ministerial-Departements das Ansehen Seiner Churf. Durchlaucht selbst vor subalternen Collegien und auch vor auswärtigen nicht herabgesetzt werde." (18)

Durch das Beharren Freisings auf dem Akzisevertrag scheiterten die Verhandlungen letztlich. Das Problem der wirtschaftlichen Integration Freisings erübrigte sich, als am 23. August 1802 bayerische Truppen in Freising einmarschierten und der bayerische Kommissar Johann Adam Freiherr von Aretin die zivile Verwaltung des Hochstifts übernahm.

Die provisorische Zoll- und Mautordnung vom 1. Januar 1800 blieb bis 1807 in Kraft. Sie wurde lediglich am 1. Dezember 1805 durch eine Stempelgebühr ergänzt. Diese Maßnahme war auf Grund der schlechten Finanzlage und der Schuldenübernahme der neuen fränkischen Landesteile im Jahre 1802 notwendig geworden.

Am 1. Dezember 1807 wurde die "Zoll- und Mautordnung für die Gesamtstaaten des Königreiches Bayern" verkündet. Sie trug aber im wesentlichen noch immer die Züge der von Utzschneider entworfenen provisorischen Zoll- und Mautordnung.

IX. Die bayerische Landschaft bis 1799

Der bayerische Kurfürst regierte als Monarch, war aber an die Mitwirkung und Zustimmung der Landschaft gebunden. Das Recht der Landstandschaft hatten die drei privilegierten Stände.

Tatsächlich war aber der Einfluß und die Macht der Landschaft bereits seit der Mitte des 16. Jahrhunderts immer mehr gesunken. Im Jahre 1669 hatte der letzte Landtag stattgefunden und auch davor fand bereits keine regelmäßige Versammlung der Stände mehr statt.(1)

Am Ausgang des 15. Jahrhunderts war die Landschaftsverordnung entstanden, die die Rechte und Interessen der Stände und die laufenden Geschäfte zwischen den Landtagen wahren sollte. (2) Sie bestand aus 16 Mitgliedern, die sich jährlich etwa zweimal trafen. Die 16 Mitglieder setzten sich zusammen aus 2 Prälaten, 4 Rittern und 2 Bürgermeistern aus dem Oberlande und genauso viel aus dem Unterlande.

Ursprünglich waren die Aufgaben der Landschaftsverordnung auf das Steuerbewilligungsrecht beschränkt, doch bereits 1577 ermächtigte sie der Landtag zum erstenmal alle Geschäfte auf zwölf Jahre zu führen. Wenn man bedenkt, daß die Stände im 17. Jahrhundert nur dreimal, nämlich 1602, 1612 und schließlich 1669 zusammengetreten waren, so ist offensichtlich, daß die Verordnung das eigentliche Organ zur Wahrung der Rechte der Stände geworden waren.

Der immer größer werdende Einfluß des Kurfürsten auf die Verordnung wurde nicht unbedingt zum Vorteil für die Stände. Auf dem letzten Landtag 1669 nahm Kurfürst Ferdinand Maria die Verordnung gegen die Vorwürfe einiger Landstände in Schutz. Im Landtagsabschied erteilte er der Verordnung die Erlaubnis, sich durch Zuwahl selbst zu ergänzen, wenn einer der Verordneten durch Tod oder Rücktritt ausfiel.(3) Diese Er

laubnis bewirkte, daß in Zukunft weder Kurfürst noch Verordnung daran interessiert waren, einen Landtag einzuberufen. Der Kurfürst konnte so bequemer regieren, und die Verordnung mußte nicht befürchten auf einem Landtag abgewählt zu werden. Erst mit der Zuspitzung der Kontroverse zwischen Kurfürst und Verordnung am Ende des 18. Jahrhunderts forderte die Verordnung einen Landtag. Tatsächlich waren aber diese Forderungen meist nur sehr halbherzig gestellt worden. Ursprünglich hatte die Landschaft das Recht der Zustimmung zu Landesgesetzen, sie mußte bei Kriegserklärungen und Friedensschlüssen um Zustimmung gebeten werden und sie hatte das Recht der Steuerbewilligung.

Im 18. Jahrhundert blieb der Verordnung nur noch das Steuerbewilligungsrecht, das aber besonders unter Karl Theodor immer mehr zu einer Farce wurde. In der Regel forderte der Kurfürst von der Landschaft eine runde Summe, die dann auch überwiesen wurde. Forderungen nach einem spezifizierten Etat blieben ohne Resonanz. Allerdings muß man einschränkend feststellen, daß der Verordnung auf Grund der schlimmen finanziellen Situation und vor allem am Ende des 18. Jahrhunderts wegen der hohen Kriegskosten, gar keine andere Wahl blieb, als den Forderungen Karl Theodors zuzustimmen.

Die Degradierung der Landschaftsverordnung zu einer Steuerbehörde des Kurfürsten gelang allerdings nicht. Eine Aufhebung der standischen Steuerverwaltung durch Karl Theodor 1778 mußte bereits nach drei Jahren wieder rückgängig gemacht werden. (4) Die Verordnung hatte gedroht, beim Reichshofrat Beschwerde einzulegen, woraufhin Karl Theodor klein beigab.

Besonders während der Regierungszeit Karl Theodors spitzte sich die Kontroverse zwischen der Regierung und der Landschaft zu. Die für das Reichskontingent und die Landesverteidigung notwendigen Gelder wurden von der Landschaft nicht bewilligt. Sie forderte vielmehr die Einberufung eines Gesamtlandtages auf Grund der eigenen Rechtsunsicherheit und der Unsicherheit im Volke.

Die Regierung lehnte dies ab. Zumindest einen Adjunktentag, der aus 16 Adelligen bestand, mußte die Regierung 1794 einberufen. Seit 1795 waren die Kriegskosten nicht mehr der Streitpunkt. Sie forderte einen Neutralitätsvertrag mit Frankreich, wie ihn Preußen und die württembergischen Landstände bereits abgeschlossen hatten. Doch bevor es dazu kommen konnte, mußte der kurfürstliche Hof nach Amberg fliehen. Die Landschaft wurde beauftragt mit den Franzosen zu verhandeln und sie unterzeichnete am 17. September 1796 den Waffenstillstand von Pfaffenhofen. Dieser wurde von Carl Theodor, der nach wie vor unter österreichischem Einfluß stand, nicht unterzeichnet. Dies bedeutete einen erneuten Affront gegenüber der Landschaft. (5)

Beim Regierungsantritt Max Josephs verbesserten sich die Beziehungen zwischen dem neuen Regenten und der Landschaft erheblich. Der Hauptgrund für diese Verbesserung war wohl die Hoffnung der Landstände auf Wiederherstellung ihrer alten Rechte. Max Joseph versprach auch in einem Patent, das einen Tag nach dem Tode des alten Kurfürsten datiert ist, daß er die wohlhergebrachten Rechte, Freiheiten und Privilegien schützen würde und nicht gestatten würde, daß dem zuwider gehandelt werde. (6)

Tatsächlich erhielt die Landschaft Einsicht in alle hofkriegsrätlichen Rechnungen, die die vorherige Regierung zwar immer wieder versprochen hatte, doch war dieses Versprechen nie eingehalten worden. Auch die Errichtung der Generallandesdirektion und die Ankündigung, daß der Kurfürst gedenke die Herzogtümer Bayern, Neuburg, Sulzbach und die Obere Pfalz als einen Staatskörper zu betrachten, fand bei der Verordnung Beifall, da sie eine solche Zentralisation schon seit langem selbst gefordert hatte. Der Landschaft war allerdings klar, daß mit dieser neuen Behörde ihre Macht schwinden mußte, wenn nicht eine Wiederherstellung der landschaftlichen Verfassung erfolgte.

Die Resonanz bei den Ständen in den einzelnen Landesteilen war auch keineswegs groß. Die Befürchtung, zur vollständigen Bedeutungslosigkeit herabzusinken, war wohl doch zu

schwerwiegend. Die Folge war, daß sich die Beziehungen zwischen Landschaft und Regierung wieder deutlich verschärften. (7)

In dieser Situation wurde Utzschneider am 8. Juli 1799 geheimer Referendär in landschaftlichen Angelegenheiten.

XI. Die Reorganisation des bayerischen Heeres

Bei der Übernahme der Regierung durch Max IV. Joseph war das bayerische Heer in einem schlimmen Zustand. Da die Staatskassen leer waren, wurden die Soldaten schon 1798 nicht bezahlt. Hinzu kam, daß kein Mensch kontrollierte, was von den Lieferanten gekauft wurde, sodaß hier jeder Bereicherung Tür und Tor geöffnet war.

Dabei war gerade in diesen schwierigen außenpolitischen Zeiten ein gut ausgerüstetes und zahlenmäßig starkes Heer notwendig.(1)

Bereits einen Tag nach seiner Ernennung zum geheimen Referendär hatte Utzschneider ein Schreiben verfaßt, in dem er den Finanzminister von Hompesch die wichtigsten Punkte mitteilte, auf die bei einer bevorstehenden Zusammenkunft zwischen dem Finanzminister und Generalmajor von Gaza zu achten war. "Um das Resultat für die Civil- und Militär-Bedürfnisse im laufenden Jahr an die Verordnung der gemeinen Landschaft in Bajern stellen zu können; um mit dieser vorzüglich wegen den Kosten der Militärbedürfnissen nicht in unzweckmäßige Widersprüche und Weitläufigkeiten zu verfallen"(2) müßte seiner Ansicht nach festgestellt werden:

1. Wieviel Truppen auf Grund der politischen Lage aufgestellt werden müßten,
2. wie die Manschaften auf die einzelnen Truppenteile aufgeteilt werden sollten und
3. wie der Ausrüstungsstand der Truppen ist.

Vor allem im letzten Punkt befürchtete Utzschneider Schwierigkeiten bei den Postulatsverhandlungen.

In der Besprechung zwischen Generalmajor von Gaza und Hompesch wurde festgelegt, daß 13 bis 14 tausend Männer zwischen 18 und 45 Jahren aufgestellt werden sollten. Im

weiteren wurden die drei wichtigsten Punkte, die nach Utzschneiders Meinung für die Verhandlungen mit der Landschaft unerläßlich waren, detailliert beantwortet.(3) Auch im Verlauf des Juni stellte Utzschneider immer wieder Fragen an die Kriegs-ökonomie-Deputation nach dem Zustand der Zeughäuser, nach der Höhe der Zahlungsrückstände bei den einzelnen Regimentern, nach dem voraussichtlichen Geldbedarf des Hofkriegszahlamtes für 1799 usw., alles Angaben, die er für die Vorbereitung der Postulatsverhandlungen brauchte. Die Antworten, die Utzschneider erhielt waren offensichtlich nur sehr unbefriedigend. Am 25. Juni wurde deshalb Utzschneider erlaubt, sich "selbst mit der Kriegsökonomie ... näher bekanntzumachen. Zu diesem Ende hat unsere Generallandesdirektion die Verfügung ungesäumt zu treffen daß besagtem geheimen Referendär nicht allein alle Akten und Rechnungen, ..., gleich zugestellt werden sondern daß auch der Rechnungskommissär Schwerold auf dessen Verlangen in Verfertigung der erforderlichen Auszüge ihm aushelfe."(4) Utzschneider kam bei seinen Untersuchungen zu dem Schluß, daß nur eine Neufassung der Militärverfassung dem ganzen Übel Abhilfe schaffen könnte. Dieses Ergebnis teilte er Montgelas am 27. Juni 1799 mit. Utzschneider sah sich außer Stande, mit der Landschaft zu verhandeln, ohne daß sich die Regierung "über die Anzahl, und über die innere Organisation des künftigen bayer. Militär-Etats sich näher gnädigst erklären."(5)

Die Landschaft war mittlerweile nicht mehr bereit weiter zu verhandeln, wenn ihr nicht ein Ausgabe- und Einnahmetat vorgelegt würde. Am 11. Juli wurde ihr dann auch ein entsprechender Etat zugesandt. Die Geldbedürfnisse waren aber schon so drückend geworden, daß Utzschneider die Landschaft am 15. Juli 1799 bat 100 000 fl an das Hofkriegszahlamt und 150 000 fl an die Hauptkasse zu überweisen. Diese Gelder wurden auch angewiesen, doch mußte Utzschneider feststellen, daß die 100 000 fl für das Hofkriegszahlamt nur für die Militärämter, die Kommissionen und Lieferanten ausgegeben wurden. Für die Regimenter blieb nichts übrig.

Dies nahm Utzschneider erneut zum Anlaß darauf hinzuweisen, daß eine Militärverfassung schnellst möglich erlassen werden müßte. (6)

Bereits am 18. Juli 1799 wurde auf Kurfürstlichen Befehl eine Spezialkommission gebildet, die die Mängel im Militärwesen untersuchen sollte, um schließlich eine neue Militärverfassung zu entwerfen. Dieser Kommission wurde unter anderem auch Utzschneider zugeteilt. Als geheimer Referendär in Landschaftsangelegenheiten war er unmittelbar mit den Postulatsverhandlungen mit der bayerischen Landschaft betraut. (7)

In diesen Verhandlungen wurde jeweils das Kontingent festgelegt, das die bayerische Landschaft zur Unterhaltung der Armee aus den von ihr vereinnahmten direkten Steuern beitragen mußte. Diese Postulatsgelder waren die weitaus wichtigste Einnahme des Kriegszahlamtes. Der zweitwichtigste Posten im Einnahmeetat des Militärs waren gewisse indirekte Steuern, die gleichfalls von der Landschaft eingezogen und verwaltet wurden. Dies waren der Servicebierpfennig und der Salzaufschlag. (8)

Da die Armee vorwiegend von der Landschaft finanziert wurde, kam einem Referendär in Landschaftsangelegenheiten in dieser Kommission eine besondere Bedeutung zu.

Am 30. Juli unterbreitete Utzschneider der Kommission seine Vorschläge.

Die alten Gebrechen zu untersuchen, hielt Utzschneider für unsinnig, da dies Monate dauern würde. Tatsächlich war auf Grund der schwierigen militärischen Situation eine sofortige Abhilfe der Mißstände erforderlich. Er stimmte deshalb mit dem Kurfürsten überein, daß momentan nur eine neue Militärverfassung sinnvoll wäre. "Alsdann", so meinte er, "wird es auch nicht mehr schwer seyn, von der dermaligen Unordnung in Militärsachen den schicklichen Übergang zur künftigen Ordnung zu finden." (9)

Die Militärverfassung sollte nur für Bayern, Neuburg, Sulzbach und die Obere Pfalz gelten, da die anderen bayerischen Länder Rheinpfalz, Jülich und Berg kein Geld hätten, um die Ausführung der Verfassung zu bezahlen." Sie

können kaum die Ausgaben des Civildienst-Personals bestreiten"(10), stellte er fest.

Diese Einschränkung der Militärverfassung lag sicherlich ganz im Sinne der Regierung. Ein Hauptziel war es ja, ein möglichst geschlossenes Staatsgebiet zu bekommen. Rheinpfalz, Jülich und Berg lagen aber von Bayern weit entfernt und kamen damit für eine Eingliederung nicht in Frage. Hinzu kam, daß Bayern befürchten mußte, daß diese Länder bald von Frankreich anektiert werden würden. Tatsächlich dauerte dies aber noch eine geraume Zeit.

Sinn einer Armee war es nach Utzschneiders Meinung, die Sicherheit eines Landes nach außen und nach innen zu gewährleisten. Für die innere Sicherheit bedurfte es aber erheblich weniger Truppen als der Sicherung nach außen. Folgerichtig unterschied er zwischen Friedenszeiten und Kriegszeiten. Den Fehler, den man in der Vergangenheit gemacht hatte war, daß man versuchte, auch in Friedenszeiten ein großes stehendes Heer zu unterhalten. Dies überstieg in der Regel die Finanzkraft des Staates. Außerdem gingen die eingezogenen Männer der Landwirtschaft und dem Gewerbe ab.

Um die Armee bezahlen zu können, wurden der Bevölkerung immer neue Abgaben abgezwungen. Dies untergrub zwangsläufig die Verteidigungsbereitschaft des Landes. Denn "nur diejenige Nation äußert gegen einen Angriff von außen Kraft und Stärke, welcher es im Lande zur Friedenszeit wohlging; eine gute Verfassung, unter welcher man mit seiner Person, mit seinem Eigenthume, mit allem denjenigen, was man lieb hat, sicher ist, vertheidigt jederman gerne"(11), stellte Utzschneider richtig fest.

Utzschneider beabsichtigte in seinem Vorschlag die allgemeine Wehrpflicht einzuführen. Zu diesem Zweck sollten die heroberen Staaten in sechzehn Militärkantone mit jeweils einem Hauptort eingeteilt werden. Jedes Regiment oder Bataillon sollte dort seinen festen Standort haben. "Allen jungen waffenfähigen Menschen von 14 bis 30 Jahren sollen in jedem Militär-Kanton conscribiert und gehalten

seyn, nach und nach das Exercice bey ihrem im Centro des Kantons liegenden Regimente, oder Bataillon, oder Escadron zu lernen, doch sollen sie deswegen aus ihrem Kanton zu gehen niemals gezwungen werden können. (12)

Dadurch bekämen die Soldaten kein Heimweh und würden nicht so oft desertieren. Der weitaus größte Vorteil dieses Vorschlages lag in der schnellen Mobilisierung der Armee. Nach der Ausbildung konnten sie in die unmittelbare Nähe der Kaserne entlassen werden und waren im Kriegsfall sofort wieder in ihrem Regiment. Bisher waren bei einer Mobilmachung oftmals für damalige Verhältnisse weite Anreisewege für die Soldaten notwendig, sodaß eine schnelle Mobilisierung der Armee praktisch unmöglich war. Jedes Jahr sollte im Zentrum des Kantons eine Wehrübung abgehalten werden, wobei Utzschneider betonte, daß für diese Übung "gleichförmige Überröcke" erforderlich wären. (13)

Da die Unterbringung aller Truppen eines Kantons in der Regel nicht möglich war, schlug Utzschneider vor, mehrere Wehrübungen über das Jahr verteilt mit jeweils anderen Leuten durchzuführen. Man sollte aber immer darauf achten, daß diese Übungen nicht gerade zu Erntezeiten abgehalten würden, damit der Ackerbau nicht darunter litt.

Da Utzschneider den Offizieren offensichtlich nicht traute, meinte er, daß "die Bestimmung der Exercirzeit nicht vom commandierenden Offizier abhängen (sollte), sondern im Militär-Gesetz für jeden Cantons-District schon bestimmt ausgedruckt seyn" (14) müßte.

In kürzester Zeit könnte, nach Utzschneiders Meinung, aus 12 000 Mann in Friedenszeiten 50 000 bis 70 000 Mann in Kriegszeiten aufgestellt werden. Die Militärorganisation wollte Utzschneider in den Kriegsdienst und in die Militärökonomie teilen. Dies bedeutete, daß er strikt zwischen der Organisation und den wirtschaftlichen Erfordernissen eines Heeres unterscheiden wollte. In beiden

Fällen hielt er Veränderungen in Kriegszeiten für äußerst schädlich, denn "sie sollen niemals plötzlich, sondern allzeit nach reifer Überlegung"(15) stattfinden. Als Vorbild zitiert er über Friedrich den Großen, sein allzeit großes Vorbild. Die Militärökonomie ist allein vom Finanzdepartement zu leiten. Dieses hat zwar dem Militär nichts zu befehlen, doch hat es darauf zu achten, daß die Staatskasse nicht zu sehr belastet würde. Damit wollte Utzschneider dem bisherigen Mißbrauch der unkontrollierten Geldausgabe vorbeugen. Nicht zuletzt waren für die große Verwirrung im bayerischen Staatshaushalt die stets enormen Ausgaben für das Militär, insbesondere in Kriegszeiten verantwortlich. Niemand kontrollierte diese Ausgaben, weswegen es den Offizieren auch sehr leicht fiel, sich selbst dabei entsprechend zu bereichern. In den Kantonsstandorten sollte vor allem die Infanterie und die Kavallerie stationiert sein. An einigen Orten des Landes mußten aber auch Artillerie, das Geniewesen, der Generalstab und die Zeughäuser ihre Standorte haben.

"Für die Artillerie ist ein wohl erfahrener Chef erforderlich"(16). Er dürfte nicht nur Praktiker sein, sondern muß auch gründliche Kenntnisse in Mathematik und Physik haben. Außerdem müßte er das Wissen über den Bau der Geschütze, die Zusammensetzung des Pulvers etc haben. Nur ein Mann, der all diese Fähigkeiten hätte, könnte auch die Vorräte für die Artillerie entsprechen anlegen und es wurden nicht, wie in der Vergangenheit nutzlose Dinge angeschafft. Dadurch sparte auch der Staat letztlich eine Menge Geld.

Das Geniewesen sollte von einem Oberst kommandiert werden, dem man 5 bis 6 Ingenieurs-Offiziere unterstellen sollte. Besonderes Augenmerk sollte man auf die Zusammensetzung des Generalstabes legen. Hier forderte Utzschneider fast allumfassendes Wissen. Als Voraussetzung für einen General verlangte Utzschneider "Talente, eine feste Gesundheit, gesunde Beurtheilungskraft, unaufhörliche Lektüre älterer und neuerer Geschichten, ein leidenschaftlicher Hang, auswärtige militärische

Einrichtungen kennenzulernen, Staats- und Menschenkenntnis, einen gesetzten verschwiegenen Charakter, um im Fall eines Krieges für den General en Chef nicht bloß Aug und Ohr, sondern auch Rathgeber zu seyn." (17)

Die Zeughäuser sollten unter der unmittelbaren Aufsicht des Chefs der Artillerie stehen. Dieser sollte wiederum vom Finanzdepartement kontrolliert werden. Dadurch hoffte er, einer privaten Bereicherung vorzubeugen.

Die Staatskasse wäre nach Utzschneiders Meinung in Friedenszeiten in der Lage 1,3 bis 1,5 Millionen Gulden für das Militär auszugeben. Mit seinem Vorschlag sah er die Möglichkeit diese finanziellen Grenzen auch einzuhalten und gleichzeitig wehrbereit zu sein.

Alleine schon aus seinen wohlgedachten Vorschlägen ersieht man, daß das Gebiet des Militärwesens für Utzschneider nicht neu war. Wie bereits vorne erwähnt, erteilte er von 1783 bis 1790 Unterricht an der Marianischen Akademie in Kriegswesen. Seine Gedanken zu verschiedenen Gebieten des Militärwesens hatte er in einer Reihe von Denkschriften niedergelegt.

Besonders seine in der Kommission vorgetragene Ansicht über die Artillerie und die Eigenschaften und Aufgaben eines Offiziers im Generalstab sind in vermutlich früheren Arbeiten ausführlich ausgeführt. (18)

In der einen Arbeit "Von der Artillerie" (19) beschreibt Utzschneider die Mathematik Eulers, angewandt auf Flugbahnen von Geschossen. Er hielt dies für notwendige theoretische Kenntnisse eines Artilleristen. Die Schrift "Von den Eigenschaften eines kommandierenden Generals" (20) schildert in 41 Punkten welche Anforderungen an Wissen und Charaktereigenschaften an einen idealen General gestellt werden müßten. Zwei "Reflexions militaires" (21) beschäftigen sich mit den unterschiedlichsten Aufgaben eines Heeres. Ausführlich

ging Utzschneider auch auf das Verhalten der Armee vor einem Krieg und in der Schlacht ein.

Eine weitere Denkschrift "Anmerkungen für die Kriegsbaukunst" (12) erläutert die geschickte Anlegung von Befestigungen.

Aus allen diesen Schriften sieht man, daß Utzschneider keineswegs ein Mann war, der unausgereifte Pläne vorlegte, wie es ihm bisweilen, unter anderem auch von Montgeias, vorgeworfen wurde. Vielmehr hatte er äußerst genaue und detaillierte Vorstellungen von den Dingen, von denen er sprach.

Offensichtlich waren die Vorstellungen Utzschneiders zu revolutionär. Sie "lagen nicht innerhalb der Möglichkeiten des bayerischen Feudalstaates". (23)

In einer Anmerkung schrieb Utzschneider, daß der Vortrag vor der Militärkommission keine Wirkung hatte, sondern der Kurfürst "entfernte den Referendär von allen Militäregeschäften und befahl darauf die Separation der 7. Deputation von der General-Landes-Direktion" (24)

Tatsächlich wurde am 25. August in einer Unterredung zwischen dem Finanzdepartement und hohen Militärs beschlossen, daß die Militärökonomie an das Oberkriegskollegium abgegeben wurde.

Da die 7. Deputation der General-Landesdirektion die Militärökonomie bisher verwaltet hatte, war sie überflüssig geworden und wurde am 1. Oktober 1799 aufgehoben. Diese Zuteilung der Militärökonomie an das Oberkriegskollegium bedeutete, daß die Ausgaben der Militärs von keiner reinen Finanzbehörde mehr kontrolliert werden konnten und damit die Mißstände der Vergangenheit weitergingen. Der Etat, den das Finanzministerium dem Oberkriegskollegium jährlich anzuweisen hatte, wurde in der Besprechung auf zwei Millionen Gulden festgelegt, also rund eine halbe Million mehr, als Utzschneider veranschlagt hatte. (25)

XII. Der Pfalz-Neuburgische Deputationsabschied

Da die Regierung beabsichtigte, die Herzogtümer Bayern, Neuburg, Sulzbach und die obere Pfalz sowohl in der Zivil- als auch in der Militärverwaltung als ein Staatsgebiet zu verwalten, waren Verhandlungen mit den Ständen der einzelnen Landesteile notwendig.

Utzschneider oblag es, mit den pfalz-neuburgischen Ständen einen Deputationsabschied zu erreichen.

Mit dem Erlöschen der pfalz-neuburgischen Linie der Wittelsbacher, war das Herzogtum 1742 an Kurfürst Karl Theodor gefallen. Bis ca. 1790 blieb die weitgehende Selbständigkeit des Fürstentums erhalten.

Zwischen 1790 und 1793 wurden unter der Organisation des Grafen Betschart mehr und mehr Ämter nach Amberg verlegt. Dadurch wurden auch den Landständen immer mehr Privilegien abgenommen. Weiterhin wurde die Hofkammer aufgelöst.

Vorstellungen der Landstände in den Jahren 1794 und 1795 in dieser Angelegenheit fruchteten nichts.(1)

1797 wurde schließlich eine Hofkammer erneut eingerichtet, und mit dem Regierungsantritt Max Josephs erhofften sich die Stände die Errichtung der alten Zustände.

Vom neuen Kurfürst erlassene Rescripts schienen die Hoffnungen zu unterstützen. Tatsächlich aber gingen die Vorstellungen Max Josephs und vor allem Montgelas in die entgegengesetzte Richtung. Nicht Aufspaltung der Verwaltung war ihr Ziel, sondern möglichst Vereinfachung und Zentralisierung. Dies mußte kurz nach dem Regierungsantritt auch den pfalz-neuburgischen Ständen klar werden. Denn bereits am 26. April 1799 schickten sie eine Abordnung nach München, die beim Kurfürst vorstellig werden sollte.

In einem Schreiben, das sie ihm übergaben, erläuterten sie die Nachteile, die eine Auflösung der Hofkammer und der Neuburgischen Regierung nach sich zöge. Besonders für den

Kredit des Landes sahen sie große Gefahren, da Kredite dann nicht mehr gegeben würden, "wenn das In- und Ausland überzeugt wird, daß, was man heute niederreißt, man morgen wieder aufbaut, und in einer Reihe von 7-8 Jahren mehrfache Veränderungen vornimmt, die auf einmal wieder umgestoßen werden, sie mögen sich mit der Staatsverfaßung vertragen oder nicht." (2)

Die Kreditwürdigkeit der Landstände hatte, wie bereits erwähnt, den bayerischen Staat mehrfach vor einem Staatsbankrott bewahrt. (3) "Ihre (der Landstände) Kreditwürdigkeit wurde gerdezu zum einzigen stabilen Element in den verworrenen Finanzverhältnissen." (4)

In einem kurfürstlichen Reskript vom 8. Mai 1799 an die pfalz-neuburgischen Landstände wurden deren Einwände zurückgewiesen. Man hätte, so wurde ihnen mitgeteilt, diese Argumente bereits wohl bedacht. Im übrigen müsse die Landschaft, wenn es ihr um das Allgemeinwohl gehe, doch froh sein, daß "die überflüssigen Stellen aufgehoben, das Personal beschränkt, die Regiekosten und mit diesen die Last der Staatskasse gemindert werde." (5)

Weitere Schreiben an die Landesregierung, in denen vor allem die Unmöglichkeit einer Vereinheitlichung in Bayern hervorgehoben wurde, hatten ebenso wenig Erfolg, wie die vorhergehenden. (6)

Die letzte Möglichkeit zumindest Teile ihrer Vorstellungen durchzusetzen, sahen die Stände in einer Abordnung, die Verhandlungen mit der Landesregierung aufnehmen sollte. Die pfalz-neuburgischen Stände sandten als Deputierte: den Neuburgischen Landmarschall Bernhard Reichsfreiherr von Hornstein, als Vertreter der Prälaten Pater Anton, Superior im Kloster Pielenhofen, als Vertreter der Ritterstände Friedrich Reichsgraf von Thürheim und Hermann Freiherr von Lammen, als Deputierter der Städte Jakob Anton Gietl, als Vertreter der Märkte Joseph Kreitmayer, als Vertreter der Landschaftlichen Verordnung Maximilian Reichsgraf von Thurn und Taxis und den Landschaftskanzler Karl Gremmel. (7) Ihnen wurde am 28. Juli 1799 eine unbeschränkte Vollmacht zur Aushandlung eines Vertrages erteilt. (8)

Das Ergebnis der Verhandlungen war der Pfalz-Neuburgische Deputationsabschied, der am 5. Oktober 1799 erlassen wurde.

Im Artikel eins des Deputationsabschiedes wurde beschlossen, daß eine eigene Landesdirektion in Neuburg errichtet werden sollte. Dieses scheinbare Nachgeben der bayerischen Regierung wurde aber im Verlauf dieses Artikels dadurch abgeschwächt, daß diese Landesdirektion nur zwei Deputationen haben sollte. Die erste Deputation hatte "die pfalzneuburgischen Landeshoheits-, Gränz-, Polizey-, fiskalischen und geistlichen Rechnungssachen"(9) zu erledigen, "die zweyte aber die Ausschreibung und Eingebung der von den Ständen auf dem Landtagsausschuß bewilligten Steuern, ... ,sowie das landesfürstliche und landschaftliche Rechnungswesen, dann auch die Kultur-, Forst und Bausachen ... zu besorgen ..."(10)

Andere wichtige Zweige der Verwaltung wie z. B. Münz- und Bergwesen oder Maut- und Kommerzgegenstände sollten bei der Generallandesdirektion in München verbleiben.

Weiterhin einigte man sich darauf, daß das Landschaftskommissariat in Neuburg geschlossen werden sollte.(11) Diese Einrichtung war eine Art Schuldentilgungskommission für das Herzogtum Pfalz-Neuburg gewesen, die 1542 unter dem Pfalzgrafen Ottheinrich errichtet worden war.(12)

Sämtliche landschaftlichen Gefälle sollten in Zukunft in eine Staatskasse, die unter der Landesdirektion in Neuburg stand, fließen. Überschüssiges Geld dieser "Neuburgischen Rentkasse" mußte jeden Monat an die Zentralhauptkasse nach München geschickt werden. Das Steuerbewilligungsrecht war den Ständen mit diesem Artikel nicht genommen worden, doch durch die Aufhebung des Landschaftskommissariats wurde der Landschaft de facto jede Art des Einflusses und Oberaufsicht über die ständischen Geldgeschäfte genommen. Wenn auch die Oberaufsicht über diese Rentkasse in Neuburg blieb, so waren die Beamten dieser Institution doch Beamte des Landesfürsten und nicht der Stände.

Allerdings konnte so ein besserer Überblick über die

gesamte finanzielle Situation des Landes gewonnen werden. Der Artikel zwei legte fest, daß alle sechs Jahre ein Landtagsausschuß abgehalten werden sollte. Die Landschaftsverordnung sollte in Zukunft nur noch aus vier Mitgliedern und dem Landschaftskanzler bestehen. Außerdem wurden in diesem Artikel die Stellungen von Landmarschall, Landschaftskanzler und Landschaftssekretär und deren Besoldung festgelegt. Bemerkenswert ist hier vor allem, daß sowohl sämtliche oben genannten Positionen als auch die von den Ständen benannten Mitglieder des Landtagsausschusses und der Landschaftsverordnung der ausdrücklichen Genehmigung des Landesfürsten bedurften. Nur dem Kurfürsten genehme Leute durften diese Ämter bekleiden, was den Wert dieser Institutionen für die Stände erheblich herabsetzte.

Hinzu kam, daß in diesem Artikel ausdrücklich festgelegt wurde, daß "auf jedem solchen Landtagsausschusse ... die jährlichen Steuer- Zuflüsse zwischen Uns als Landesfürsten, und den Neuburgischen Ständen behandelt"(13) werden. Dies sollte die einzige Aufgabe dieses Gremiums sein.

Weiterhin saßen in Zukunft die vier Neuburgischen landschaftlichen Verordneten und der Landschaftskanzler als Landes-Direktions-Räte in der Landesdirektion in Neuburg, "und arbeiteten dabey gleich anderen Unseren Räthen." (14) Dieser Zusatz sollte wohl bedeuten, daß diese fünf Männer in erster Linie dem Landesfürsten verantwortlich waren und wiederum nicht den Ständen.

Artikel drei des Pfalz-Neuburgischen Deputationsabschiedes befaßte sich mit der Steuererhebung. Da bei beiden Vertragspartnern Einigkeit darüber herrschte, daß die bestehende Steuerverfassung abzuändern ist, einigte man sich auf eine durchzuführende Steuerrektifikation. Diese Steuerrektifikation, die innerhalb eines Jahres durchgeführt werden sollte, sollte folgenden Grundsätzen folgen:

- 1) Nach Beendigung der Steuerrektifikation sollten die Landsteuern nach dem Flächeninhalt des Grund und Bodens

jeden Besitzers bestimmt werden. Da eine Vermessung des Landes Pfalz-Neuburg in der kurzen Zeit von einem Jahr nicht möglich war, mußte man sich auf die Angaben der Besitzer verlassen. Bei Falschangaben waren hohe Strafen ausgesetzt. Um aber in Zukunft genaue Daten zu haben, mußte jeder Besitzer binnen fünf Jahren sein Land auf eigene Kosten ausmessen lassen.

- 2) Die Konsumtionssteuer sollte nach der Konsumtion einiger Lebensartikel von jedem Konsumenten entrichtet werden.
- 3) Alle künftigen öffentlichen Staatsausgaben reduzierten sich auf die Landsteuer, die Konsumtionssteuer, die Häusertaxe und die eingeführten Maut- und Accisegebühren. Alle anderen Abgaben sollten nach vollendeter Steuerrektifikation abgeschafft werden.
- 4) Auch die Maut- und Accisegebühren waren, nachdem man zu gegebener Zeit eine neue Zollordnung geschaffen hatte, durch eine leichte Erhöhung der Land- und Konsumtionssteuer zu beseitigen.
- 5) Vermögens- und Kapitalsteuern sah man als nicht zweckmäßig an, da man eine Kapitalflucht aus Bayern befürchtete.

Artikel vier des Deputationsabschiedes erklärte die Aufhebung des Hoffußes, da nach Meinung beider Vertragspartner zu große Landgüter genauso schädlich waren wie zu kleine. Weiterhin sollte es in Zukunft möglich sein, daß sich auf dem Land ohne Zunftzwang, nach den Bedürfnissen des Landvolkes, mehrere Weber, Schuhmacher, Schneider, Wagner, Schmiede, Maurer, Zimmerleute und Gerber niederlassen dürfte.

Im fünften Artikel wurde das Richteramt vom Kameralamt getrennt. Der Richter hatte in erster Instanz Recht zu sprechen, der Kameralbeamte die Staatsgefälle zu erheben. Diese Trennung zwischen allgemeiner Behörde und Finanzbehörde ist eine Forderung Utzschneiders seit seiner Zeit bei der Hofkammer.

Im Artikel sechs wurde bestimmt, daß das Herzogtum Neuburg in zwei Militärkantone aufgeteilt wird.

Die beiden Militärkantonszentren waren Neuburg und Burg-

lengenfeld. Diese Bestimmung war eine direkte Folgerung aus den Heeresorganisatorischen Besprechungen einige Monate vor der Verabschiedung des Deputationsabschiedes.

Um dem Geldmangel abzuhelpen, einigte man sich im vorletzten Artikel auf die Gründung einer Bank. Diese Hypotheken-Kassa sollte durch Private eröffnet werden, die einen Teil ihrer Güter verschreiben und durch diese Verschreibung den ersten Fond der Hypothekenkassa bildeten. Die Verschreibung geschah durch die Aufnahme in ein Intabulationsbuch in Neuburg.

Im letzten Artikel versicherten die Stände Pfalz-Neuburgs, sich zu bemühen, der Landesregierung ein Darlehen von einer Million Gulden zu verschaffen.(15)

Betrachtet man den Deputationsabschied zusammenfassend und berücksichtigt man dabei, daß die Intension der Stände eine stärkere Selbständigkeit dieses Landesteils waren, dann muß man zu dem Ergebnis kommen, daß der Deputationsabschied für die Stände ein klarer Fehlschlag war. Ja de facto wurden sie weitgehend entmachtet. Die Artikel, die unmittelbar die Einflußnahme und die Privilegien der Stände betrafen, wurden stets zu ihren Ungunsten festgelegt. Die Errichtung einer Landesdirektion in Neuburg war somit nichts anderes als eine Augenwischerei.

Diese Meinung vertraten auch eine Reihe von Zeitgenossen. Am deutlichsten ausgedrückt wurde diese Kritik von den anonym erschienenen "Erläuterungen des Pfalz-Neuburgischen Deputationsabschieds..." Als Konsens dieses Deputationsabschiedes sah der anonyme Autor, daß "die Landstandschaft auf ein bloßes- ... unbedeutendes Steuerbewilligungsrecht eingeschränkt"(16) wurde; "das Eigentum einer ansehnlichen Staatsbürgerklasse unsicher und wankend gemacht, die Heiligkeit der Verträge beeinträchtigt, überhaupt zur Vernichtung der Landständisch-Neuburgischen Verfassung und Konstitution die kräftigste Vorbereitung gemacht."(17) wurden.

Als eigentlichen Urheber des beschlossenen Deputationsabschiedes sah man, wohl nicht zu Unrecht,

Utzschneider an. Er war Verhandlungsleiter und aus vielen Artikeln des Vertrages sah man die Vorstellungen Utzschneiders verwirklicht. "Wenn man ihn nicht mit Namen nannte, stellte Bauernfeind fest,"so schloß man sich mit um so frischerem Haß seinen alten Gegnern an."

XIII. Utzschneiders Forderungen nach einem Landtag in Bayern

Der schleppende Verlauf der Postulatsverhandlungen und der dabei immer deutlicher werdende katastrophale Zustand der bayerischen Finanzen veranlaßten Utzschneider am 10. August 1799 einen "Untertänigst gehorsamen Antrag"(1) an den Kurfürsten zu übersenden.

Eingangs schilderte Utzschneider, wie die neue Regierung die Situation vorgefunden hatte. Die Finanzen waren in sehr großer Unordnung, auf der Hauptkasse lag eine Schuldenlast von mehr als 8 Millionen Gulden, davon mußten noch im laufenden Jahr 1799 2 Millionen in bar ausgezahlt werden.

Alleine die Militärökonomie belief sich 1799 auf mehr als 2 Millionen Gulden und nun mußten noch einmal 24 000 Mann ins Feld geschickt werden. Dieses Kontingent war der Preis, mit dem sich Bayern die Gewogenheit des Zaren erkaufen mußte.

Dabei war man mit der Besoldung der Soldaten und anderen Bedürfnissen für das Heer mit mehr als einer Million Gulden im Rückstand.

Utzschneider hatte sich von der landschaftlichen Verordnung Hilfe erhofft, "aber bisher immer fruchtlos"(2), wie er resignierend feststellen mußte.

Weiter beklagte Utzschneider, daß die Steuerfonds selbst Schulden übernommen hätten, die die jährlichen Steuereinkünfte teilweise aufzehrten.

"Der Adel, die Geistlichkeit und die Städte bezahlen nur dons graduits nach einem übelberechneten Verhältnisse- und diese können eben deswegen keine ergiebigen Summen ertragen."(3) Die ganze Last mußte der Bauer alleine tragen, da er einen unverhältnismaßigen Hof- und Steuerfuß bezahlen mußte.

Deswegen war Utzschneider der Meinung, daß die

"bayerische notwendige und nichtnotwendige Geistlichkeit"(4) mehr zum Finanzaufkommen des Staates beitragen könnte.

Anleihen im Ausland waren auf Grund der hohen Verschuldung nicht mehr möglich. Nun ging Utzschneider mit der Landschaft schwer ins Gericht. "Alle Vorschläge, die das Finanz-Departement gemacht hat, um den dermaligen drückenden Staatsbedürfnissen begegnen zu können, wurden von der einen oder anderen Seite verworfen"(5)

Wen er mit der einen oder anderen Seite meinte, wurde aus den folgenden Ausführungen deutlich. Es war die Landschaft. Sie war seiner Ansicht nach "zu schwach,- zu ohnmächtig um zu helfen; - selbe zehrt selbst von den Mißbräuchen und Vorurtheilen, und scheint ihren Benehmen gemäß die Ordnung, welche man in die Finanzregie, in die gute Verwaltung bringen will sogar zu fürchten."(6)

Da aber die Landschaft die bayerische Institution war, von der das nötige Geld nur kommen konnte, sah Utzschneider als einzige Rettung die Einberufung eines Landtages. Die versammelten Stände, so meinte er, würden das bewilligen, was die Verordnung nicht bewilligen konnte und vor allem nicht wollte.

"Auf einem Landtag wird mehr bewerkstelligt , als unter den gegebenen Verhältnissen in zehn Jahren,"(7) stellte er fest. Dieser Landtag sollte für die Regierung ein Neuanfang sein. Utzschneider sah, daß bei diesen Zuständen der Bonus, den die Regierung bei ihrem Amtsantritt vom Volk erhalten hatte, bald verspielt sein würde. Man würde sehr bald nicht mehr Karl Theodor die Schuld an den Verhältnissen geben ,sondern Max Joseph als Urheber sehen. Deswegen wollte Utzschneider den Landtag so bald wie möglich einberufen,denn eine Einberufung in zwei oder drei Jahren sah er in Bezug auf das Ansehen der Regierung für sinnlos an.

Utzschneiders Denkschrift hatte auf den Kurfürsten offensichtlich großen Eindruck gemacht, denn er schrieb Utzschneider am 13. August:

"J'ai lu et relu votre mémoire, je trouve son contenu

d'une telle importance, que je me suis déterminé à vous le renvoyer pour qu'il soit communiqué à chaque ministre et que chacun donne son avis par écrit." (8)

Die Begeisterung des Kurfürsten brachten aber die Minister nicht auf. Am 24. August wurde die Einberufung eines Landtages einmütig abgelehnt. Kompesch war, wie die anderen Minister der Meinung, daß ein Landtag zur "Peraequation" nicht unumgänglich wäre. Er glaubte, daß auch von einem versammelten Landtag keine Unterstützung zu erwarten wäre. Im Falle eines Scheiterns des Landtages und der in ihn gesetzten Hoffnungen würde dies "der Regierung einen entscheidenden Nachteil bringen" (9) stellte er in der Staatsratssitzung fest. Nachdem Utzschneider so unverblümt seine Meinung über die Landschaft ausgedrückt hatte, ging die Landschaft ihrerseits auf Utzschneider los. Sie griff ihn persönlich an und verlangte seine Abberufung. (10)

Trotz der Ablehnung eines Landtages stellte sich die Regierung hinter den Finanzreferendär. Vor allem die Kritik Utzschneiders an der Ungleichheit der Besteuerung griff die Regierung auf.

Schließlich jammerte man in Bayern, meinte sie, bereits seit zweihundert Jahren über die Steuerungleichheit. "Wir sind entschlossen," stellte sie fest, "mit dieser Peraequation der Steuern ohne Zeitverlust anfangen zu lassen. (11) Wie diese Steuerrektifikation aussehen sollte, war bereits beim Abschluß des Pfalz-Neuburgischen Deputationsabschiedes erläutert worden. Auch dieser war ja von Utzschneider verfaßt worden.

Die Landschaft mußte erkennen, daß bei der von Utzschneider vorgeschlagenen Steuerrektifikation die Grundlinien der Besteuerung verändert werden sollten. Es ist verständlich, wenn sie sich mit aller Macht gegen dieses Projekt stemmte. Tatsächlich mußte Bayern aber noch viele Jahre auf diese Steuerrektifikation warten. Bis dahin gab es keine Landschaft mehr.

Ermutigt sicherlich durch die positive Resonanz des Kurfürsten auf seinen ersten Vorschlag die, Einberufung

eines Landtages betreffend, hielt Utzschneider am 4. November 1799 erneut einen Vortrag vor der geheimen Staatskonferenz, der sich mit dem Landtag beschäftigte.

"Unordnung in der Staatswirthschaft,- Unzulänglichkeit der gegenwärtigen Militär=Verfassung, und vorzüglich Mangel an Gemeingeist"(12) waren nach Utzschneiders Meinung die drei Grundübel, unter denen Bayern litt. Auch die koallierenden Mächte seien ohne Gemeinsinn und voll von Mißtrauen gegen die Verbündeten. "Wo", so fragte Utzschneider, "sollen diese Verhältnisse hinführen? vorzüglich wenn man nicht bald Ordnung in die Staatswirthschaft,- Zweckmäßigkeit in die Militär verfassung,- und Gemeingeist in den ganzen Staatskörper zu bringen weiß.(13)

Zunächst müsse der Fürst selbst ein gutes Beispiel geben. Man müsse versuchen, Einsparungen in der Hofhaltung zu erreichen. Dazu müsse das Kammergut in jedem Falle reichen. Andernfalls müsse man sich Gedanken über eine bessere Verwaltung des Kammergutes machen.

Bei einer Aufstellung der Staatseinnahmen und -ausgaben, die Utzschneider erstellt hatte, stellte er fest, daß "bey gewöhnlichen Jahren ein jährliches Defizit von mehr als einer halben Milion Gulden"(14) entsteht.

Einen Ausweg aus dieser Misere sah der Finanzreferendär nur in einer möglichst bald durchgeführten Steuerrektifikation. Den Vorschlag der Landschaft, vier Millionen Gulden Kassa-Scheine ohne Hypothek in "hinlänglicher Discontier-Casse"(15) in Umlauf zu bringen, lehnte er strikt ab. Vielmehr riet er, um die Schulden des Landes zu decken, zum Verkauf einiger geistlicher Güter in der Oberen Pfalz. Für die Geistlichkeit könnte man "auf eine andere redliche Weise Sorge tragen."(16)

Um den am Anfang der Rede angesprochenen Gemeingeist zu fördern, sah Utzschneider nur die Möglichkeit einen Landtag einzuberufen.

"Bayern hat Kräfte, "meinte Utzschneider, " - kann diese

Kräfte, und wird sie auch anwenden, sobald auf eine angemessene Weise - d.h. auf einem Landtag, die notwendige Anwendung dieser Kräfte gefordert wird." (17)

Die Details der Durchführung des Landtages ließ Utzschneider nur sehr kurz aus.

Er meinte, daß alle Entscheidungen nur im Plenum fallen sollten. Ein Ausschuß sollte nur zur Vorbereitung des Landtages eingesetzt werden. Jeder Stand sollte zu Wort kommen und die Öffentlichkeit sollte möglichst rege an den Verhandlungen Anteil nehmen.

Neben der erneut geforderten Steuerrektifikation ging Utzschneider diesmal schon etwas konkreter auf den Landtag ein. Auch ist auffallend, daß Utzschneider versuchte, neue Argumente für die Einberufung des Landtages zu finden. Er erkannte aber, daß zu detaillierte Ausführungen zum Landtag eher erneut das Gegenteil seiner Intentionen bewirkt hätte. Daß er aber eine noch stärkere Gegnerschaft der Landschaft auf sich zog, war auf Grund seiner Äußerung zur Schadloshaltung an den geistlichen Stiften verständlich. Allerdings war ja auch dieser Gedanke von ihm nicht neu.

Die Kontroverse zwischen Regierung und Landschaft spitzte sich gegen Ende des Jahres immer mehr zu. Die Landschaft bezeichnete sich als den eigentlichen Repräsentanten des ganzen bayerischen Volkes, tadelte die Regierung und drohte, die Referendäre zur Rechenschaft zu ziehen. (18) Dies war natürlich auf Utzschneider gemünzt.

Die Landschaft forderte nun ihrerseits einen Landtag. Utzschneider meinte daraufhin, daß die Landschaft gerne einen Landtag haben könne, wenn sie ihn wolle, doch war die Vorstellung von der Art des Landtages auf beiden Seiten grundverschieden.

Alleine hinsichtlich der Reform des Steuersystems lehnte die Landschaft jede Diskussion ab.

Trotzdem war die Landschaft am Ende des Jahres schließlich verhandlungsmüde. Man kam zu einem Vergleich, wonach die Landschaft 3 Millionen Gulden

bezahlen mußte. Sie mußte sich aber noch den Vorwurf gefallen lassen, daß "die diesjährige lange Postulatshandlung ein Beweis (sei), daß ihr dem Staat nicht das leisten könnt, was ihr doch vor, bei und nach dem Antritt Unserer Regierung so heilig öfters mündlich versichert habt." (19)

XIII. Die Landschaft im Jahre 1800

Auf Grund der für die Koalition schlechten Lage auf dem Kriegsschauplatz vervielfachte sich zu Beginn des Jahres 1800 die Anzahl der Flugschriften, die einen Landtag forderten. (1)

Als führender Mann in der Landtagsforderung trat immer wieder Utzschneider auf. So schrieb der brandenburg-preußische Gesandte beim Reichstag in Regensburg, Graf Görtz, daß Utzschneider "unstreitig der Mann sei, der bei allem, was in dieser wichtigen Angelegenheit dermalen heimlich und öffentlich betrieben wird, als der Haupturheber und -beförderer angesehen werden darf." (2) Er betonte noch, daß er damit eine verbreitete Meinung wiedergebe.

Zweifellos lag in den Stellungnahmen Utzschneiders eine besondere Bedeutung, da er als einziges Regierungsmitglied die Einberufung eines Landtages stets vehement vertrat. Dabei kam es allerdings auch zu Überbewertungen seiner Person. Er wurde als Urheber von Flugschriften benannt, die er nicht verfaßt hatte.

So sah Graf Görtz in der Flugschrift "Die Landstände in Bayern. Was waren sie? Was sind sie? Was sollen sie sein", die sich an die Kampfschrift des Abbe Sieyes anlehnte, Utzschneider als Verfasser. (3)

Obwohl sie in vielen Punkten den Vorstellungen Utzschneiders nahe kam, war sie nicht von ihm, sondern von dem Pfarrer Joseph Socher verfaßt worden. (4)

Auch der "Neueste landständische Bundbrief mit Erläuterungen", der eindeutig aus den Kreisen des Adels kam, wurde Utzschneider zugeschrieben. (5)

Gerade diese Flugschrift zeigte aber, daß die Landschaftsverordnung nicht nur von der Regierung unter Druck gesetzt wurde, sondern auch aus den Kreisen der Stände die Opposition gegen sie wuchs.

(aus Utzschneiders Rede vor der geheimen Staatskonferenz war deutlich herauszulesen, daß er die Ständeverfassung in der momentanen Form für unfähig hielt, die dringend anstehenden Probleme zu lösen. Diese Einstellung kam im darauffolgenden Jahr 1800 noch deutlicher zum Ausdruck. Utzschneider hielt aber in diesem Jahre offensichtlich die Zeit für reif, mit einer Reform der Ständeverfassung zu beginnen).

Im ersten Reskript des neuen Jahres, am 9. Januar 1800 trug Utzschneider erneut in der geheimen Staatskonferenz vor, daß die Postulatsverhandlungen für das Jahr 1800 noch verschoben werden mußten, da alle nötigen Unterlagen noch nicht vollständig vorhanden waren.

Um die Staatskasse nicht zu entblößen, waren für den 2. Februar und den 15. März ausnahmsweise zwei Landsteuern ausgeschrieben worden. Auch die Stände sollten zwei Standanlagen ausschreiben. Außerdem sollte die Landschaft aus dem Steuerfond mit Schluß jeder Woche 20 000 fl an die Kriegskasse abgeben.

Weiterhin sollte noch im laufenden Jahr mit der Steuerrektifikation angefangen werden. Zu diesem Zwecke war Utzschneider zum Spezialkommissär ernannt worden. "Wir wünschen", wurde der Landschaft erklärt, "daß Ihr an diesem wichtigen Geschäft Theil nehmet und uns dadurch einen Beweis gebet, daß Euch wirklich daran liege, auffallende Staatsgebrechen radikal zu ändern." (6)

Mit diesem Reskript war das Steuerbewilligungsrecht der Stände eindeutig umgangen worden.

Auch in einem Etatsentwurf für das Jahr 1800 kam die geringe Meinung, die Utzschneider von der Landschaft hatte, zum Ausdruck. Nach diesem Etat beliefen sich die Einnahmen auf 4 969 942 fl und die Ausgaben auf 7 205 225 fl, so daß also ein Defizit von 2 235 283 fl blieb.

Nach Utzschneiders Ansicht waren diese Zahlen allerdings sehr optimistisch angesetzt. Ob die Obere Pfalz und Neuburg die angesetzten Summen aufbringen werde und wolle, müßte man erst sehen. Ein noch größerer

Unsicherheitsfaktor im Etat war die bayerische Landschaft. Sie hatte Einnahmen von ca. 1,6 Millionen fl, behielt aber für verschiedene Dinge immer rund 466 000 fl für sich. Dadurch konnte es sein, daß im Etat eine weitere Defiziterhöhung von 368 338 fl erfolgen würde. Weiter war in dem Etat berücksichtigt worden, daß die landschaftliche Kasse nicht mehr als 500 000 fl für fremde Armeen aufzubringen hatte. Mit sehr großer Wahrscheinlichkeit wurde dieser Betrag aber im Jahre 1800 weit überstiegen. Das Defizit von rund 2,2 Millionen fl könnte nach Utzschneiders Meinung durch verstärkten Salzhandel, durch Aufhebung und Einziehung einiger Klöster und durch ein besseres Steuersystem gedeckt werden.

Für eine Landesdefensionsarmee benötigte man allerdings noch zusätzlich einige Millionen. "Indessen", stellte Utzschneider fest, "hängt alles von der höheren Entscheidung ab;- zu Hause Ordnung halten,- die Geschäfte vereinfachen,- die vielen sich entgegenarbeitenden Partheyen auf das allgemeine bayer. Wohl einleiten und in auswärtigen Angelegenheiten sich nur soviel mengen, als man dazu gezwungen wird." (7)

Hier ist hervorzuheben, daß Utzschneider, wie in seiner Rede "Privatmeinung ..." vor der geheimen Staatskonferenz, die Aufhebung und Veräußerung von Klöstern als Möglichkeit den Staatshaushalt zu sanieren ansieht. Zu dieser Möglichkeit sollte der Staat auch im Jahre 1802/03 mit der Säkularisation greifen. Doch waren die Einnahmen nicht so hoch, wie man dachte. (8)

Am 27. Januar trat die Landschaft, nach einer Umfrage bei den ständischen Verordneten, zur Gegenoffensive an. Sie protestierte energisch gegen ihre Entrechtung, die sie in der Ausschreibung von Steuern ohne ihre Zustimmung sah und forderte nun ihrerseits die Einberufung eines Landtages. Auf Utzschneider gemünzt meinte sie, daß "mit revolutionnären Grundsätzen durchdrungene Menschen ...

offenbar mit rastlosem Eifer daran ... arbeiten..., an der bisherigen Verfassung gutes und schlechtes ohne Unterschied verhaßt zu machen." (9)

Sie mußte allerdings eingestehen, daß sie zur Landtagsforderung auch von den eigenen Mitständen gedrängt worden war, die in geheimen und offenen Beschwerden Kritik an der Geschäftsführung der Verordnung erkennen ließen. Einschränkend stellte die Landschaft fest, daß sie sich, falls die Einberufung eines Landtages unmöglich sei, bereit erkläre, wenn auch nur provisorisch, weiterzuverhandeln.

Damit hatte sich die Verordnung ein Hintertürchen offengehalten. Diese sogenannte provisorische Handlung hatte die Verordnung schon mehrfach angedroht, so daß der Regierung damit keine Angst eingejagt werden konnte. Grund dieser Schwäche der Landschaft war die Zerstrittenheit innerhalb der Landschaft selbst über die Notwendigkeit eines Landtages. Während Männer wie Graf Arco oder Abt Amand von Aspach scharfe Gegner eines Landtages waren, plädierten Leute wie Graf Freysing und der Bürgerstandsvertreter Lizentiat Pronath für die Einberufung. (10)

Die Regierung kannte die Stimmung in der Landschaft sehr genau. Um die Landschaft zu verängstigen und sie von ihrer Forderung zur Einberufung eines Landtages abzubringen, ließ sie Utzschneider, als schärfsten Gegner der Landschaft, an vorderster Front gewähren.

Am 1. Februar trug Utzschneider in einer geheimen Staatskonferenz seine Vorstellungen über einen Landtag erneut vor, nur diesmal viel detaillierter und radikaler als je zuvor.

In seiner Einleitung warf Utzschneider der Landschaft vor, daß sie seit 1569 schon mehrfach die Einberufung eines Landtages gefordert hatte, doch "die landschaftliche Verordnung begnugte sich, die einmal errungenen Vorrechte in Ruhe zu genießen." (11) Jetzt, nachdem einige der Stände der Verordnung die Vollmacht entziehen wollten, rief sie plötzlich wieder nach einem Landtag.

Er wies darauf hin, daß er schon am 10. August und 4.

November 1799 einen Landtag gefordert hätte, da er darin die einzige Möglichkeit sah, die Staatsgebrechen zu beheben. Da die Landschaft bisher immer der Einberufung entgegengearbeitet hätte, wagte er nicht, sich über die Art und Weise der Einberufung und Ausführung des Landtages zu äußern. Dies wolle er nun in diesem Vortrage nachholen. Was sich Utzschneider unter einem Landtag vorstellte formulierte er folgendermaßen:

"Einen allgemeinen Landtag in Bayern halten, heißt im Grunde nichts anderes, als die Stimme der Nation über die Verbesserung der Landesverfassung, über die Mittel zur Landesdefension und zu einer kraftvollen Regierung vernehmen". Und weiter meinte er "Sämtliche Landstände, und vielleicht auch die zum Landtage sich meldenden freien Güterbesitzer, auf einen Platz zusammenrufen zu lassen, werde ich niemals anrathen"(12)

Was Utzschneider unter der Stimme der Nation verstand, ließ er hier nur angedeutet. Mit Sicherheit nicht die Ständeversammlung nach altem Muster. Ihr sprach er die Vertretung der Nation ab. Vielmehr meinte er, daß "im Inneren einige selbstsüchtige, beleidigte, excentrische Köpfe"(13) wären. Er betonte allerdings auch, daß man in keinem Lande "die Politik dem grossen Haufen überlassen"(14) könnte. Dies habe am deutlichsten die französische Revolution gezeigt.

Im einzelnen schlug Utzschneider vor, daß einige sachkundige Männer die alte erklärte bayerische Landesfreiheit genau durcharbeiten und sie dort, wo es nötig war, auf einen zeitgemäßen Stand bringen sollten. Daraus sollte dann ein "Staats-Grundvertrag"(15) erstellt werden, der die neue bayerische Landesfreiheit darstellen sollte. Wäre diese Arbeit von mehreren geprüft und für gut befunden worden, so sollte sie an alle Landstände und Gemeinden in Bayern abgesandt werden, damit diese darüber beraten und Beschluß fassen könnten. Im Falle der Annahme sollte die alte landschaftliche Verordnung von der neuen ersetzt werden, die nur für das erstemal vom Kurfürst bestimmt werden sollte.

War ein Verordneter gewählt, so konnte er nicht mehr

willkürlich ersetzt werden.

Beim Ausscheiden eines Verordneten mußte der neue nach einer in der Landesfreiheit festgelegten Art gewählt werden, ohne daß die Regierung eingreifen durfte. Besonders kritisierte er erneut die Befreiungen, insbesondere die Steuerbefreiungen, die sich die Stände bisher selbst gewährt hätten.

"Selbständigkeit des ganzen Staatskörpers", meinte er, "und nicht mehr die Befreyung einzelner Classen, Schutz des Eigenthums und des Vermögens der Nation, und nicht mehr bloße Erhaltung einzelner oft dem ganzen Staatskörper schädliche Freyheiten - sollen der Gegenstand der landschaftlichen Berathschlagungen in Zukunft seyn." (16)

Nachdem Utzschneider diesen Vortrag am 1. Februar vor dem Staatsrat gehalten hatte, wurde beschlossen, daß man die Diskussion über diese Vorschläge auf den 4. Februar vertagt. Bis dahin sollten alle Minister den Antrag genau studieren. (17)

Zwei Tage später verfaßte Utzschneider noch einen Nachtrag zu seinem Voto vom 1. Februar, in dem er sich vor allem über eine Landesdefensionsarmee äußerte. (18) Auch dieser Vortrag wurde vor der geheimen Staatskonferenz gehalten. Utzschneider ließ aus seinen Ausführungen erkennen, daß er dem verbündeten Oesterreich zutiefst mißtraute. Er befürchtete, wie sich nur wenig später zeigen wird nicht zu Unrecht, daß Oesterreich Bayern preisgeben wird. "Wäre Baiern in einem solchen Falle nicht der französischen Armee ganz offen?" (19) fragte er. Der Kriegsschauplatz wäre dann nach seiner Meinung zweifellos Bayern. Außerdem hätte Bayern in diesem Falle beträchtliche Kontributionszahlungen an Frankreich zu leisten. Hinzu kommt noch, meinte Utzschneider, daß Bayern auch im Innern keineswegs gefestigt ist. "Die dermalige Regierung hat ... für das Landvolk nichts getan - das Landvolk in den herobern Staaten, - über eine Million Menschen in der Zahl, - ist unbedingt den Landrichtern, den Gerichtsschreibern, den Schergen, - den Jägern, den Hofmarks-Beamten, und durch

diese unbedingt den fremden Armeen überlassen..."(20) Wichtig war es deshalb, daß das Volk wieder Zutrauen zur Regierung bekommt und dies könnte man nur durch die erklärte Landesfreiheit, die er am 1. Februar verkündet hatte, erreichen. "Wenn die Nation im Zusammenhang ihre Verhältnisse zur Regierung sieht, "meinte Utzschneider, "wenn sie wahrnimmt, daß ihr Eigenthum für den Beamten, Hofmarks- und Grundherrn, Schaarwerk- und Zehentherrn, Schreibern, Schergen, und Jägern gesichert ist, so erwacht gewiß schnell volles Zutrauen, besonders wenn schnelle Vollziehung dieses Staats-Grundvertrages, dieser neuen erklärten Landesfreyheit, auf dem Fuße nachfolgt."(21)

Doch dies alleine genügte nicht. Man müsse, so stellte Utzschneider fest, auch die Sicherheit ihres Eigentums vor Angriffen von außen schützen.

Dabei würden die Bayern aber nur dann gerne kämpfen, wenn sie wirklich ihr Eigentum verteidigen könnten. "Auf fremdem Boden wollen sie nicht stehen."(22) Damit spielte Utzschneider auf die etwaige Erneuerung von Subsidienverträgen an.

Utzschneider schlug deshalb vor, innerhalb von sechs Wochen eine Armee von 70 000 Mann aufzustellen. Im wesentlichen stellte Utzschneider die gleichen Forderungen, wie zu seiner Zeit als Kommissär, zur Erstellung einer neuen Militärverfassung, als da waren: ein fähiger Generalstab, gutes Essen, gute Kleidung, die Beachtung, daß Manöver möglichst nach der Ernte abgehalten werden usw. Außerdem verlangte er, daß der Korporalsstock, d.h. die Prügelstrafe, von der Truppe verschwinden müßte. Wer Angst vor Prügel hätte, würde vor dem Feind nicht gut kämpfen.

Als Vorbild führte er die französische Armee an. Sie brächte es fertig, in wenigen Wochen aus Milizen disziplinierte Truppen zu machen. "Nur unsere Exerziermeister mit dem Korporalstock in der Hand verstehen es nicht; lernen es auch nicht"(23), stellte er fest. Von einer starken Armee erhoffte er sich, daß die Mächte nicht mehr so mit Bayern spielen würden, wie dies

bisher geschehen war. Daß die Franzosen auch mit einer besseren Armee nicht zu schlagen waren, war ihm klar, doch hoffte er, daß bei Unterhandlungen für Bayern bessere Bedingungen herauspringen würden.

Noch einmal betonte er, daß das Volk auf Sicherheit hoffen würde. Niemand sehe aber Sicherheit, wenn man die Truppen Engländern und Oesterreichern überlassen würde oder sie in sinnlosen Schlachten zu Grunde gehen ließe.

"Eigene Kraft ist die beste Kraft"(24) betonte er noch einmal.

In der anschließenden Diskussion im Staatsrat schlug Montgelas vor, daß dieser Bericht an die Landschaft geschickt werden sollte, mit dem Vermerk, daß die Regierung keinen Landtag fürchte. Weiter schlug er vor, "eine Commission von wenigen, doch fleißigen, unterrichteten ... Räthen oder Referendaren anzuordnen, die sich mit den Vorbereitungen zu einem Landtag, Sammlung der dazu nöthigen Materialien und untersuchung der dabey in betracht zu ziehenden Gegenstände beschäftigen sollen dann einen Entwurf zu einer neuen erklärten landesfreyheit zu fassen und vorzulegen."(25)

Morawitzky war in jedem Falle gegen die Einberufung eines Landtages. Er riet dem Kurfürsten außerdem, mit der Landschaftsverordnung zu verhandeln. Hertling sprach sich für den momentanen Zeitpunkt gegen einen Landtag aus. Erst im Falle eines dauerhaften Friedens sollte an die Einberufung gedacht werden.(26)

Montgelas wollte mit seiner Stellungnahme offensichtlich nur die Landschaft verunsichern. Tatsächlich arbeitete er nach wie vor gegen die Einberufung des Landtages und fand die Ideen Utzschneiders "premature et dangereux pour le moment"(27). Wie er selbst in seinen Memoiren erzählte, wurden die Vorschläge Utzschneiders erst durch seine massive Intervention beim Kurfürsten fallengelassen. Schließlich wurde in einem Reskript vom 11. Februar der Landschaft mitgeteilt, daß die Regierung die Einberufung eines Landtages ablehnte, "weil das Zusammenrufen sämtlicher Landstände auf einen Platz im In- und Auslande großes

Aufsehen erregen wurde, ohne vielleicht zu solchen Resultaten zu führen, welche die Nation hinlänglich sicher stellen" (28). Außerdem war man der Ansicht, daß eine Änderung der Landesverfassung nur von einigen wenigen in Angriff genommen werden sollte und nicht von einer großen Versammlung.

Neben der Ablehnung eines Landtages geht dieses Reskript auch noch auf die anderen Punkte ein, die die Landschaft in einem Beschwerdebrief am 27. Januar an die Regierung schickte. Die Antwort, das Reskript vom 11. Februar, war erneut von Utzschneider verfaßt worden. Hierin mußte er sich zwangsläufig in der Landtagsforderung den Vorstellungen der Regierung anpassen. In den meisten anderen Punkten konnte er allerdings seine Meinung vertreten.

So fand es Utzschneider sehr verwunderlich, daß sich die Landschaft beschwerte, weil sie bei der Einführung der Generallandesdirektion, bei der neuen Einrichtung des Schulwesens, bei der Aufhebung des Bierzwanges und bei der Einführung der provisorischen Zoll- und Mautordnung nicht gefragt worden war. Seiner Ansicht nach hatten die drei ersten Punkte mit der Landschaft nichts zu tun und die Mautordnung war nur eine provisorische, wie der Name bereits sagte. Nur auf Grund der Beschwerden hätte man sie geändert. Bei einer baldigen Steuerrektifikation könne die Landschaft ihre Vorschläge einbringen.

Diese Argumentation Utzschneiders stimmte aber nicht, denn es lag auf der Hand, daß von allen diesen Maßnahmen die Landschaft sehr wohl betroffen war. Nur ist vor allem in Bezug auf die Gründung der Generallandesdirektion verwunderlich, daß die Beschwerde der Landschaft so spät kam. Zunächst, als die Beziehungen zwischen Regierung und Landschaft noch besser waren, hatten die Stände diese neue Behörde sehr begrüßt.

Diese Schwäche der Landschaft war auch in der Folge typisch. Sie war eine notwendige Folgerung aus der Zerstrittenheit der Landschaft.

Interessant ist, wie Utzschneider auf die Angriffe einging, die gegen seine Person zielten. Er überhörte die

Anspielung einfach, ja er gab der Landschaft sogar Recht, wenn sie meinte, daß "mit revolutionnären Grundsätzen durchdrungene Menschen offenbar mit rastlosem Eifer daran arbeiten, an der bisherigen Verfassung Gutes und Schlechtes, ohne Unterschied, verhaßt zu machen. (29) Er drehte den Spieß regelrecht um, indem er feststellte, daß tatsächlich der Regierung immer wieder Widerstände entgegenschlugen, wenn sie Mißstände beheben wollte. Hiermit spielte er auf das Verhalten der Stände an. Und weiter in die gleiche Richtung gemünzt meinte er:

"Wer eine Regierung hindert, nach reinen, allgemein gut erkannten Grundsätzen zu wirken, schreiende Ungerechtigkeiten abzustellen, Einheit in die Ausübung dieser Grundsätze zu bringen; wer Mißbräuche beibehalten, sie oft vermehren, palliative Mittel anwenden, oder auch wider den Gang des menschlichen Verstandes nur halbwegs schaffen will, - der ist ein wahrhaft revolutionärer Mensch." (30)

Er betonte, daß die Regierung sich nicht von solchen Menschen aufhalten lassen werde, sondern vielmehr an Änderungen denke, die Hilfe für die Staatswirtschaft auf kürzestem Wege brächten.

Im folgenden erläuterte Utzschneider noch die Staatseinnahmen und -ausgaben für das Jahr 1800. Dabei wurde die Landschaft von der Regierung aufgerufen, zur Ausgabensumme von 4,6 Millionen fl einen Beitrag von ca. 2,4 Millionen Gulden zu leisten. Utzschneider appellierte an die Landschaft, in diesem Jahr nicht nur einer Summe von 1,4 Millionen Gulden zuzustimmen, wie im Vorjahr. Mit so einer geringen Summe könnte der Staatshaushalt niemals gedeckt werden.

Im großen und ganzen konnte Utzschneider mit sich fürs erste zufrieden sein. Zwar war sein Vorschlag zur Einberufung eines Landtages erneut abgelehnt worden, doch fand diese Ablehnung in der Ministerialkonferenz nicht wie im Vorjahr einmütig statt. Vielmehr war es wohl dem starken Einfluß Montgelas zuzuschreiben, daß dieses Projekt erneut abgelehnt wurde. Utzschneiders Stellung

gegenüber der Landschaft war jedenfalls von diesen Mißerfolgen unberührt geblieben. Wie das Reskript zeigte, stellte sich die Regierung vor den Finanzreferendar und ließ Forderungen nach seiner Ablösung nicht gelten

XIV. Die "Neue Erklärung der Landesfreyheit in Bayern"

Je konkreter Utzschneider mit seinen Plänen zur Einberufung eines Landtages wurde, desto mehr Anhänger fand er auch in den Kreisen der Minister für seine Pläne.

Ermutigt durch die doch recht positive Resonanz auf seinen Vortrag vom 4. Februar 1800, sah er die Zeit reif für einen umfassenden Plan zur Reformierung der landständischen Verfassung. Dieser "Entwurf einer neuen Erklärung der Landesfreyheit in Bayern" sollte eines der liberalsten und fortschrittlichsten Programme seiner Zeit sein.

Utzschneider stellte einleitend fest, daß die bayerischen Herzöge und Kurfürsten schon früh damit begannen, alle Privilegien und Freiheiten, die sie der Nation, einzelnen Personen und Korporationen zur Sicherung ihrer Rechte erteilt hatten, in der sogenannten erklärten Landesfreiheit festzulegen.

Damit hatten sie dem Staate eine dauerhafte Verfassung gegeben. Diese Landesfreiheiten waren aber stets den Bedürfnissen, die eine neue Zeit gestellt hatte, angepaßt worden. Utzschneider meinte, daß eine neue Anpassung an die Zeitumstände dringend notwendig wäre. Denn "wenn durch den Umlauf der Zeiten neue Bedürfnisse und Ereignisse den Zustand der Länder verändern, so dürfen weder die Politik noch die Gesetzgebung es sich herausnehmen, durch trotzige Beharrung auf dem unbrauchbar gewordenen Alten dem Besten der gegenwärtigen und zukünftigen Generationen aus blinder Achtung für die verflossenen Zeiten handeln, entgegenzuwirken. (1)

An der Institution des Kurfürstenhauses wollte Utzschneider nichts ändern. Die Herzogswürde sollte erblich bleiben, es sollte nur ein Fürst regieren und das Prinzip der

Primogenitur sollte beibehalten werden. Bayern durfte nur als ein Ganzes betrachtet und behandelt werden. Es durfte nicht geteilt oder veräußert werden ohne die "Einwilligung der Nation und der garantierenden Mächte"(2). Auch ein Tausch, wie ihn Karl Theodor mehrfach in Betracht gezogen hatte, sollte damit ausgeschlossen werden. Was aber Utzschneider konkret unter dem Begriff "Nation" verstand, werden wir noch im Laufe dieses Vortrages sehen. Auch das Verhältnis gegenüber dem deutschen Reich sollte nach seiner Ansicht unangetastet bleiben. Die Aufgabe des Regenten war es, "äußere und innere Sicherheit herzustellen, öffentliche Ruhe und Ordnung zu erhalten, die Personen und das Eigenthum aller Staats-Mitglieder zu beschützen, und dadurch einem jeden die Bahn zu ebnen, durch ungehinderte Anwendung seiner Kräfte auf jede andern unschädliche Art seine Glückseligkeit zu befördern." (3)

In diesem Sinne gliederten sich die Regierungsgeschäfte des Regenten in die innere und die äußere Landesverwaltung. Die innere Landesverwaltung sollte aus zwei Ministern und dem Staatsrat bestehen und mehreren vorbereitenden, instruierenden und ausführenden Kollegien.

Allein, der Regent hatte das Recht, alle diese Ämter zu besetzen, doch mußte er sich verpflichten, daß er die Beamten nur unter dem Gesichtspunkt der Intelligenz, Fähigkeit und Rechtschaffenheit bestellen würde. Dazu sollten Regelungen ausgearbeitet werden, die die zukünftigen Beamten auf diese Kriterien hin überprüften.

Die Beamten sollten eine angemessene Besoldung erhalten und konnten nicht ohne Begründung aus ihren Ämtern entfernt werden. Wie zu erwarten war, fand die durchgreifendste Reform, die Utzschneider vorschlug, bei der landschaftlichen Vertretung statt. Utzschneider fand es als gut und richtig, daß die Machtausübung in einigen Punkten an die Zustimmung bestimmter Individuen und Korporationen gebunden war. Die Teilnahme der Bevölkerung an den gemeinsamen landschaftlichen Rechten teilte sich bisher in ständische und nichtständische. Ursprünglich, so

betonte er, hinderten weder Geburt noch Lebensart jemanden an der Beteiligung an den landschaftlichen Rechten. Ein Adeliger ohne Grundbesitz konnte z.B. wie ein Bürger oder Bauer nicht am Landtag teilnehmen. Auf der anderen Seite konnten aber auch Bürger unter bestimmten Bedingungen am Landtag anwesend sein.

"Auch werden die ersten und ältesten Landesfreyheiten, welche die Grundlage aller landschaftlichen Rechte ausmachen, allen Landeseinwohnern ohne Unterschied, Armen und Reichen, Edlen und Unedlen, ertheilt, und berechtigen also auch alle, verhältnismäßig an ihrer Ausübung Theil zu nehmen." (4) Erst in den letzten Jahrhunderten wurden die landschaftlichen Rechte auf einige Wenige beschränkt, wobei diese Einschränkung von keiner Regierung sanktioniert worden war. Zwar hätten die ausgeschlossenen Korporationen, Güterbesitzer usw. ihre landschaftlichen Rechte niemals gefordert, doch könne man daraus nicht ein ewiges Vertretungsrecht ableiten. Das gleiche gälte auch für die Landschaftliche Verordnung, die die anderen Stände seit hundert Jahren "ihres Rechtes, auf einem Landtage zu erscheinen, beraubt hat" (5)

Die Zeiten hätten sich geändert, meinte Utzschneider, weswegen es nicht mehr zu verantworten sei, insbesondere dem "ackerbauenden Landmanne auch jetzt noch ferner alle eigene Repräsentation zu versagen" (6) Außerdem hätte der notwendig gewordene Wandel im Steuer- und Verteidigungssystem bewirkt, daß sich die Interessen der Bauern und die der Grundherrschaft in den letzten Jahren immer weiter auseinanderentwickelt hätten. Deshalb sprach er den ständischen Grundherrschaft jedes Vertretungsrecht ihrer Bauern ab. "Wie können die ständischen Grundherrschaft noch ferner bei der allgemeinen Gesetzgebung und Steuerbewilligung als die Geschäftsführer des Landmannes, dessen Interesse von dem ihrigen so verschieden ist, auftreten?" (7) fragte Utzschneider. In Folge dessen sah es Utzschneider als eine unerläßliche Notwendigkeit an, dem Landmann eine entsprechende Repräsentation zuzubilligen. Damit sie nicht nur eine Farce blieb, konnte diese

Repräsentation nur in einer neuen Zusammensetzung der landschaftlichen Verordnung ihren Ausdruck finden.

Nach Utzschneiders Vorstellungen sollte die landschaftliche Verordnung in Zukunft aus 25 Mitgliedern bestehen. Dabei sollten sechs Sitze auf den grundbesitzenden Adel entfallen, drei Sitze sollte die Geistlichkeit erhalten, acht Sitze die Repräsentanten der bürgerlichen Korporationen, der Städte und Märkte und schließlich acht Sitze an das Grundeigentum besitzende Landvolk.

Diese grundbesitzenden Bauern sollten fürs erste vom Kurfürsten bestimmt werden, später aber nach einer von der landschaftlichen Verordnung festzusetzenden Art gewählt werden. Weiterhin sollte von der Verordnung der Anteil des Landvolkes an einer allgemeinen Landesversammlung festgesetzt werden. Abstimmungen sollten nicht nach Kurien sondern nach "Civil-Stimmen"(8) entschieden werden."...in außerordentlichen oder die Landes-Verfassung ändernden Fällen aber müßten ihre (der Verordnung) Vorschläge an ihre Committenten, die Güter-Besitzer, Städte, Märkte und Dorfgemeinden mit Unserem Vorwissen zur Bestätigung oder Verwerfung abzusenden sein"(9)

Der Landtag konnte aber nur vom Kurfürsten alleine ausgeschrieben werden. Die Organisation der Geschäftsführung oblag der Verordnung. Durch diese Vorschläge Utzschneiders verschob sich die Machtverteilung doch erheblich zu ungunsten des Adels. An der geringen Beteiligung der Geistlichkeit ist zu ersehen, daß Utzschneider diesem Stand keine allzu große Zukunft voraussagte.

Hervorzuheben sind auch die demokratischen Verfahrensweisen bei wichtigen Entscheidungen. Hier sollten nicht mehr nur einige wenige bestimmen, sondern das Volk sollte so weit wie nur irgend möglich an der Entscheidung teilnehmen können.

Für die Landesverteidigung forderte Utzschneider ein stehendes Heer. Die Geschichte hätte seiner Ansicht nach

gezeigt, daß disziplinierte stehende Heere ungeübten Milizen stets überlegen gewesen wären.

Für die Gesetzgebung schlug Utzschneider vor, daß eine Gesetzeskommission gebildet werden sollte, die die bisherigen Gesetze überprüfen und schließlich ein den Zeitbedürfnissen angemessenes Gesetzbuch entwerfen sollte. Die Landschaftliche Verordnung hatte drei ihren Klassen entsprechende Deputierte an die Gesetzeskommission zu entsenden. Der Regent verpflichtete sich, kein Gesetz in Kraft treten zu lassen, das nicht von der Gesetzkommission überprüft worden war. Weiterhin versicherte er, daß er kein rechtmäßig gemachtes Gesetz übertreten werde, noch, daß er dulden würde, daß einer seiner Staatsdiener ein Gesetz übertreite. Kein neues Gesetz sollte eine rückwirkende Gültigkeit haben. Man hätte darauf zu achten, daß die Gesetze auch denen, die sie betrafen, bekannt zu machen waren. Utzschneider schlug deshalb vor, daß die Gesetze, die das Volk betrafen, im öffentlichen Unterricht besprochen würden.

Mit einem neuen Gesetzbuch sollten aber trotzdem alte Gewohnheitsrechte und lokale Verordnungen ihre Gültigkeit bewahren. Damit hier keiner Willkür Tür und Tor geöffnet wurde, sollten diese Gewohnheitsrechte gesammelt werden und der Gesetzeskommission zur Prüfung übergeben werden.

Bei Vergehen hatte jedem Beschuldigten schnelle und unparteiische Gerechtigkeit zu widerfahren. Niemand durfte willkürlich und ohne Grund verhaftet werden. "Niemand darf außer seinem Gerichtsbezirk vor keinen anderen, als seinen ordentlichen Richter gezogen werden." (10)

Die Stellung einer Kautions sollte ermöglicht werden, wenn kein schweres Verbrechen vorlag. Jeder Richter hatte darauf zu achten, daß die persönliche Freiheit jeder Person geachtet wurde.

Strafgelder durften in keinem Fall an Gerichtspersonal ausgezahlt werden, um der Bestechung und der unlauteren Bereicherung vorzubeugen.

Weiter wollte Utzschneider festgelegt haben, daß vor

niederen Gerichten nur in Anwesenheit von zwei unparteiischen, dem Beklagten bekannte Personen verhandelt wird. Vor den höheren Gerichten mußte ein Verteidiger zugelassen werden. Den Armen war ein Pflichtverteidiger zu stellen.

Es sollten Untersuchungsmaßnahmen vorgeschlagen werden, die die Folterung verzichtbar machten und die Todesstrafe auf ein Minimum reduzierten. Begnadigungen sollten nur mit vorheriger Konsultation der Gesetzeskommission erteilt werden, damit in ähnlich gelagerten Fällen entsprechend gehandelt werden konnte.

Jedem Richter war es verboten in eigener Sache Recht zu sprechen. In Folge dessen durfte "also auch kein Grundherr über Prästationen seiner Grundholden Recht sprechen." (11) Die Amtsführung mußte in einem solchen Falle deligiert werden. Utzschneider sprach sich für die Unabhängigkeit des Richteramtes aus. Deshalb vertrat er die Meinung, daß die Richter eine ausreichende Besoldung erhalten sollten.

Die niederen Gerichte sollten nach einem einheitlichen Recht handeln und unterstanden den höheren Gerichten. Diese waren auch die nächste Berufungsinstanz.

In jeder Gemeinde sollte ein Grundbesitzer zum Obmann für die Gerichtsgeschäfte in der Gemeinde gewählt werden. Allen Gerichtspersonen war es auf das strengste untersagt, irgend welche Gefälle oder Gebühren einzuziehen. Dies oblag ausschließlich den Kameralbeamten, die darüber genauestens Buch zu führen hatten.

"Mit jedem Gericht", legte Utzschneider fest, "ist ein öffentliches Notariat verbunden, welches nach einem zu verfassenden und auf Vorbeugung künftiger Prozesse abzielenden Regulative, alle Verhandlungen unter Privaten anzunehmen und zu legalisieren hat." (12)

Das Notariat über Geburten, Ehen und Todesfälle wurde den Dorfpfarrern übertragen. Außerdem sollten die Pfarrer in Familienstreitigkeiten schlichtend eingreifen. Weiterhin wurde ihnen die Aufsicht über die Schulen, das Armenwesen und die Verwaltung der Kirchengüter übertragen.

Die Einrichtungen und Fonds der wohltätigen Anstalten

ließ Utzschneider unverändert.

Einen weiteren großen Abschnitt in seiner Denkschrift widmete Utzschneider den Staatseinkünften. Als Basis der Staatseinkünfte sah Utzschneider das Kammergut an. Allerdings konnte mit dem steigenden Bedarf an Zahlungsmitteln für den Krieg das Kammergut alleine nicht mehr ausreichen. Deshalb war die Regierung berechtigt, "die Unterthanen zu einer für das allgemeine Beste nothwendigen Beysteuern aufzurufen." (13)

Ohne Zustimmung der Landschaft durfte die Regierung keine neuen Steuern erheben. Nur der Landschaftlichen Verordnung stand es zu, über die Höhe und Art der Steuern zu entscheiden. Dabei hatte aber die Regierung darauf zu achten, "daß nicht ein Theil Unserer Unterthanen auf Kosten der übrigen verschonet, oder wohl gar begünstigt werde." (14)

Damit wollte Utzschneider ein für allemal die von ihm schon so oft kritisierte Steuerbefreiung des Adels abschaffen. Falls sich die Verordnung und die Regierung nicht einigen konnten, sollte eine größere Zahl von Verordneten einberufen werden, die sich mit einer gleichen Zahl von Regierungsvertretern zu einigen hatten. Wenn es unumgänglich war, daß Schulden gemacht werden mußten, so sollten bei deren Aufnahme sofort Vorschläge gemacht werden, wie diese Schulden im Laufe einer Generation wieder getilgt werden könnten.

Jeder ohne Ausnahme hatte nach dem Verhältnis seines Vermögens Steuern zu zahlen. Auch der Regent selber verzichtete auf jede Art von Steuerbefreiung. Utzschneider betonte noch einmal ausdrücklich:

"Niemand soll in Zukunft mehr weder persönliche noch reele, am wenigsten erbliche Steuer-Befreyung erhalten können, auch nicht einmal für außerordentliche Verdienste, für deren Belohnung der Staat auf eine andere Art zu sorgen hat, weil jede Befreyung des Einen nur die Hinüberwälzung der Staatslasten auf Anderer Schultern ist." (15)

Es sollte deshalb möglichst bald eine Katastrierung des Grundbesitzes vorgenommen werden und danach der Steuerfuß bestimmt werden. Um die Steuererhebung zu vereinfachen schlug Utzschneider vor, daß es nach Möglichkeit in Zukunft nur noch Grund-, Konsumtions- und Gewerbesteuern geben sollte. Besoldungssteuern sollten abgeschafft werden.

Um ein Beispiel zu geben, sollten die Grundholden des Regenten so behandelt werden, wie es der Regent von anderen Grundbesitzern erwartete.

Dazu sollten alle Zehenten und Naturalabgaben in Geld verwandelt werden. Weiterhin sollte "alles Nachrecht und Abzugsrecht innerhalb Unseres Gebietes nachlassen, das Allodiale und fahrende Vermögen angreifende Mißbräuche cassiert werden,...Unsere Grundholden vor aller Jagdbeschädigung sicher gestellt, ihre einmal catastrierten Gründe von dem Bande der Unauflöslichkeit des Hoffußes befreit werden." (16)

Der Regent verpflichtete sich, die Rechte der Grundherren zu schützen. Dies geschah vor allem durch die Gerichte. Über Besitz und Ausdehnung der Güter sollten die Besitzer eine geographische und historisch-juridische Tabelle erstellen und diese an die Regierung schicken. Hofmarksgerechtigkeiten sollten nicht mehr erteilt werden. Entsprechend sollte die Erwerbung der Gerichtsbarkeit über neu an sich gebrachte Untertanen verboten werden.

Die Hofmarksgerichte hatten sich an die allgemeinen Gesetze zu halten. Hofmarksrichter hatten sich den gleichen Prüfungen und Zensuren wie die landesherrlichen zu unterziehen.

Auch die Grundholden sollte die Regierung unter ihren besonderen Schutz stellen. Sie sollten nicht mehr der Willkür der Hofmarksherrn ausgeliefert sein. Um in Rechtsstreitigkeiten einen besseren Überblick über die rechtliche Situation zu haben, hätten alle Grundherren ein legales Kataster ihrer Grundholden und deren Pflichten an die Regierung einzuschicken. Kontrakte, die

nicht dem geltendem Recht entsprächen, würden von der Regierung eingezogen. Künftige Verträge sollten vom öffentlichen Notariat überprüft werden.

Die Landgerichte hatten darauf zu achten, daß in den Hofmarken nach den Landesgesetzen gehandelt würde.

Die nun folgenden "Rechte der Einzelnen auf Person und Eigenthum" sind typische Errungenschaften der französischen Revolution.

Utzschneider proklamierte, daß jeder für seine Person frei ist und bleibt. Niemand darf geschlagen, verletzt oder beleidigt werden. Niemand kann Leibesstrafen unterzogen werden, außer wenn er sich etwas zuschulden kommen ließ und das Gesetz es anordnete.

Heiraten sind frei und nur der Polizei und der Familie überlassen.

"Den öffentlichen Gesundheits-Anstalten für Menschen und Vieh muß sich jedermann unterwerfen." (17) Nach Ablieferung der Abgaben kann jeder über sein Vermögen frei verfügen. Auch darf von keinem Regierungsbeamten ein Privatvermögen beschlagnahmt werden.

Jeder hat die Freiheit das Gewerbe zu ergreifen, das er möchte. Nur die Ortspolizei entscheidet, ob der Betreffende die nötige Geschicklichkeit für das Gewerbe mitbringt und ob nicht zu viele des gleichen Gewerbes in einem Ort ansässig sind. Alle Zunftzwänge wären für aufgehoben zu erklären.

Monopole wären nicht mehr zu gestatten, außer für Erfinder und große Unternehmer für eine begrenzte Zeit.

Utzschneider betonte, daß es von größter Wichtigkeit wäre, daß diese neue Landesfreiheit, wenn sie erlassen würde, jedem bekannt gemacht werden müßte. Jeder sollte seine Rechte kennen. Auch jeder Staatsdiener war vor seiner Einstellung in den Staatsdienst über diese Landesfreiheit zu prüfen. Bei Amtshandlungen hatte sie auf seinem Tisch zu liegen.

Diese Denkschrift ist wohl als Höhepunkt von Utzschneiders

bisherigem Schaffen zu bezeichnen. Eine Vielzahl von Vorschlägen und Ideen sind uns schon seit seiner frühesten Zeit bekannt. Zum erstenmal legte er sie nun in einer alle Bereiche des Staates umfassenden Arbeit dar. Waren die früheren Vorschläge Utzschneiders für den Kurfürsten und zum Teil auch für einige Minister annehmbar erschienen, weil sie noch nicht konkrete Maßnahmen beinhalteten, so war die Ablehnung diesmal ziemlich einmütig.

Am 28. Februar hatte Utzschneider die Denkschrift an den Finanzminister Hompesch übergeben und am 7. März an Montgelas. Hompesch schien selbst dieser radikalen Vorstellung gewisse Sympathien entgegenzubringen, doch Montgelas schrieb an Hompesch, daß "dieser Aufsatz voll von Democratisme sey" (18), weswegen Utzschneider die Denkschrift erst einmal ad acta legte, wie er sich selbst ausdrückte.

Doch Montgelas beabsichtigte, den Verfasser so bald wie möglich aus seinem Amt zu entfernen.

Dem preußischen Gesandten gegenüber äußerte er: "Was Herrn Utzschneider anbelangt, so ist sicher, daß der Referendär (ein feuriger Kopf, fruchtbar und reich an Theorien, der aber weder den Brauch des Geschäftsganges noch seinen Stil beherrscht und deshalb nichts für leichter hält, als sich über alle Formen hinwegzusetzen) schon oft genug ungeeignete Dinge dem Kurfürsten vorgelegt und Projekte zur Sprache gebracht hat, die, obwohl vermischt mit gesunden und interessanten Ideen, zum großen Teil unbrauchbar und sogar extravagant waren. Deshalb verdient er, ohne daß man indessen seine Absichten bis jetzt tadeln kann, von den landschaftlichen Angelegenheiten entfernt zu werden. Der Kurfürst ist auch schon völlig bereit gewesen, als der schroffe Ton der Stände in dieser Hinsicht und noch dazu die von bestimmten Mitgliedern angewandte intrigante Art, die Entlassung zu bewirken, zu der Erwägung veranlaßte, daß es nicht der Würde des Kurfürsten entspräche, sich von den einen das Gesetz vorschreiben oder von den anderen sich nötigen zu lassen. Einzig aus dieser Überlegung ist die Entlassung von Herrn Utzschneider aufgeschoben und auf einen vom Souverän

selbst gewählten Zeitpunkt verlegt worden." (19)

Utzschneider wurden eine Reihe von Aufgabenbereichen als geheimer landschaftlicher Referendär genommen. Nicht mehr Utzschneider tauchte als federführende Person bei den Verhandlungen mit der Landschaft auf, sondern Krenner. (20)

Zu allem Unglück starb auch noch der Finanzminister Freiherr von Hompesch, in dem Utzschneider stets einen Freund und Unterstützer gefunden hatte. Mitte des Jahres 1800 sah es fast so aus, als ob die Entlassung Utzschneiders nur noch eine Frage der Zeit wäre. Am 12. August wurde er aufgefordert, sämtliche Akten und Unterlagen an die Residenz zu schicken. (21)

Utzschneider wollte die Konsequenzen ziehen und bat am 13. August um einen Urlaub. Er wolle einige Verwandte besuchen und einige ausländische Salinen besichtigen, gab er als Grund an. Außerdem hätte seine Gesundheit in den letzten Jahren gelitten, da er einige Augenkrankheiten in seinem einzigen Auge durchzustehen hatte.

Nebenbei bemerkte, er noch, daß er zur Zeit sowieso keine dringenden Aufgaben auf höchste Verfügung hätte. (22)

Inzwischen begann sich die außenpolitische Situation wieder zu Ungunsten Bayerns zu verändern. Napoleon war aus Ägypten zurückgekehrt und das Kriegsglück wendete sich wieder auf seine Seite. Bereits am 26. Mai 1800 stand der General Moreau wieder an den Grenzen Bayerns, und am 27. Juni zog die Division Decaen in München ein. Der Kurfürst war mit seinem Hof beim Einzug der Franzosen nach Amberg geflüchtet. Vor seiner Flucht hatte er eine Generalhofkommission eingesetzt, die als einzige berechtigt war mit dem Feind zu verhandeln. Dieser Kommission gehörte auch Utzschneider an.

Die Kontributionen, die Moreau von Bayern verlangte, waren beträchtlich. Anfang November wurde eine monatliche Geldrequisition von 1,2 Millionen Gulden gefordert. Wie diese enorme Summe, deren monatlicher Ertrag alleine schon den Steuerertrag eines ganzen Jahres weit übertraf, aufgebracht werden sollte, war niemandem klar. Man zog in Betracht, eine Reihe von neuen Steuern zu erheben, doch wurde die Mehrzahl der Vorschläge immer wieder

verworfen.

Die Kriegssteuer allein konnte aber nicht ausreichen, um dieses Finanzproblem zu lösen. Die Landschaft einigte sich deshalb mit der Regierung, eine Vermögenssteuer zu erheben. Die Zustimmung dazu war allerdings von seiten der landschaftlichen Verordnung nicht einmütig.(23)

Am 8. November 1800 äußerte sich auch Utzschneider zu diesem Problem.

Utzschneider gehörte auch nicht zu den Befürwortern der Vermögenssteuer. Tatsächlich blieb sie auch weit hinter den erwarteten Erträgen zurück.

Er fand es für sinnvoller, einige Staatsgüter zu veräußern und ein genaues Grundkataster zu erstellen. Utzschneider betonte wie in seinen früheren Vorschlägen, daß die Schuld an dem schlimmen außenpolitischen und finanziellen Zustand Bayerns die schlechte Landesverfassung trage. Man müsse sich aber, so meinte Utzschneider, in die Situation fügen. Das Problem wäre nur, wie nun "das Eigenthum der Nation nach Möglichkeit sicherzustellen"(24) wäre.

Mit den Kontributinen alleine wäre es nicht getan, stellte Utzschneider fest. Eine weitere Last für den Staat wäre die gesamte Unterhaltung der französischen Armee, die zusätzlich zu den Kontributionen geleistet werden müßte. Mit Steuern und Anleihen käme man dem Problem auch nicht bei. Außerdem würde bei diesem System nur immer der Bauer belastet. Um die Mittel aufzubringen, müßten alle Einwohner Bayerns herangezogen werden. Dazu wäre es notwendig, den genauen Besteuerungsstock festzustellen. Hier rächte sich nun ein Mangel, den Utzschneider schon lange hervorgehoben hatte." Solange ich die Stimme als Finanzreferendär führe, rith ich schon immer zur Herstellung eines genauen Grundkatasters durch Beschreibung und Messung.",stellte Utzschneider fest,"Jedermann sieht nun ein, wie nützlich eine solche Vorarbeit wäre."(25) Doch man hätte in Bayern noch gar nicht damit angefangen und man müsse deshalb zu anderen Mitteln greifen. Utzschneider stellte zunächst fest, welche Personen in Bayern zu Kontributionszahlungen herangezogen werden konnten. Dies waren im Einzelnen die Bauern, die

Handwerker, die Kaufleute und Krämer, die Staatsdiener, die Rentiers, d.h. diejenigen, die ganz oder zum Teil von ihrem Vermögen leben konnten, und die Häuserbesitzer. Danach zählte Utzschneider auf, was im einzelnen steuerbar war. Die Erhebung des Besteuerungsstockes sollte nun folgendermaßen erfolgen:

Jeder Besitzer von Grundstücken sollte

- a) den Wert des Grundstückes nach seinem letzten Kauf und nach seiner Schätzung angeben
- b) den jährlichen Ertrag aus dem Grundbesitz und
- c) die Größe des Besitzes angeben.

Weiterhin sollte der Grundbesitzer alle Nebennutzungen wie z. B. Glashütten, Bräuhäuser, Steinbrüche usw. angeben. Aus diesen Angaben konnte dann die Regierung ersehen, in welchem Maße der Besitzer besteuert werden konnte, ohne daß er zu Grunde ging. Bei Handwerkern und Künstlern war die Feststellung der Besteuerung schon sehr viel schwieriger.

Utzschneider sah deshalb keine andere Möglichkeit, als daß diese aufgefordert wurden, ihren Ertrag aus ihrer Arbeit getreu anzuzeigen. Das gleiche galt auch für die Kaufleute und Krämer. Sollten sie aber Grundstücke oder Häuser haben, so sollten sie diese anzeigen, wie die Grundbesitzer.

Für die Staatsdiener mußte nach Utzschneiders Meinung erst ein Besteuerungsstock en detail erstellt werden, bevor man hier genauere Angaben machen könnte. Rentiers und Häuserbesitzer sollten ihr Einkommen angeben bzw. ihre Erträge aus den Besitzungen.

Alle diese Angaben von den einzelnen Personen sollten zusammen den Besteuerungsfond bilden. So sollten in jeder Gemeinde von Familie zu Familie die Erhebungen gemacht werden. Die gesamten Tabellen einer Gemeinde waren vom Pfarrer und vom kurfürstlichen Beamten gleichzeitig anzufertigen. Mit Hilfe dieser Aufstellungen konnte sich dann die Regierung ein Bild machen, wie hoch die Besteuerung des Einzelnen angesetzt werden mußte. Man müsse nach Utzschneiders Meinung damit rechnen, daß diese Erhebungen auf dem Lande länger dauere als in der Stadt. Trotzdem erinnerte Utzschneider noch einmal daran, daß man

endlich an die Aufstellung eines Grundkatasters gehen sollte.

Diese Eingabe Utzschneiders fand keinen großen Wiederhall. Seine Stellung war schon zu schwach, als daß er noch einen entsprechenden Einfluß ausüben konnte.

Ein halbes Jahr später kam für Utzschneider wohl nicht mehr allzu überraschend sein Entlassungsschreiben.

Die offizielle Begründung war, daß die landschaftlichen Angelegenheiten dem geheimen Ministerial Departement der auswärtigen Geschäfte zugewiesen worden war. Dadurch war die Stelle eines geheimen Referendärs in landschaftlichen Angelegenheiten überflüssig geworden. (26)

Man hatte Utzschneider angeboten, sich auf die Salinengeschäfte zurückzuziehen, doch das hatte er abgelehnt. (27)

Am 10. Juni 1801 sprach ihm der Präsident der Oberen Landesregierung Morawitzky sein Bedauern über die Entlassung aus. Utzschneider schrieb in einer Notiz an den Rand des Briefes: "Morawitzky hat so gut gegen mich gearbeitet, wie Montgelas, etc. ... meine Vorträge vom 16. Mai 1801 im Churfürstlich geheimen Staatsrathe behagten ihm nicht." (28)

Der Grund der Entlassung war wohl mit ziemlich großer Wahrscheinlichkeit sein ungeschicktes und ungestümes Verhalten der Landschaft gegenüber. Durch seine fortschrittlichen Theorien war er schon sehr bald nach seinem Amtsantritt einigen Regierungsmitgliedern suspekt geworden. Unter anderen gehörte auch Montgelas zu ihnen.

XV. Der Jakobinismus in Bayern

In seiner Denkschrift "Privatmeinung des churf. geheimen Referendärs in landschaftlichen Angelegenheiten über den gegenwärtigen Zustand der baierischen Staatswirthschaft" vom 4. November 1799 hatte Utzschneider in der Einleitung festgestellt, daß Frankreich übermächtig wäre durch Gemeingeist und "unbezwingbar, weil es Republik ist." (1) Diese unverholene Äußerung zu Gunsten der Republik als Staatsform trug mit dazu bei, daß man Utzschneider als führendes Haupt der Jakobiner in München ansah.

Als die Revolution in Frankreich 1789 ausbrach, standen viele Teile der intellektuellen Führungsschicht, aber auch Teile des Adels und der Geistlichkeit, den Idealen und Zielen der Revolution begeistert gegenüber. Dies bezeugen eine Reihe von Flugschriften (2) und auch zum Teil zufällig überlieferte Korrespondenzen. (3) Erst mit der Hinrichtung des Königs und dem Beginn der Eroberungskriege wurde diese Begeisterung differenzierter.

Wie sich die Bevölkerung zur französischen Revolution verhielt ist nur sehr schwer feststellbar. Zwar fand die Flugschriftenliteratur offenbar auf dem Lande einen großen Absatz, doch in wie weit sich die Bevölkerung damit wirklich identifizierte ist auf Grund der fehlenden Aktenlage wohl kaum feststellbar. (4)

Ein Nachweis, daß die Wirkung nicht allzu groß war, ist, daß es zu wirklich revolutionären Erhebungen in Bayern praktisch nicht kam. Die Aufstände, die stattfanden, hatten ihre Ursache meist in lokalen Mißständen. Nach deren Beseitigung kehrte meist auch wieder Ruhe ein. Diese Art von Unruhen hatte es aber auch schon vor der französischen Revolution gegeben, lediglich eine geringfügige Vermehrung der Aufstände war nach 1789 in Bayern zu

vermerken. (5)

Man muß also festhalten, daß die eigentlichen Aktivisten dieser Umtriebe immer Minderheiten blieben. Daran änderte auch die gesteigerte Infiltration von französischen Agenten in den Süddeutschen Raum nichts. (6) Die linksrheinischen Besitzungen Bayerns waren beim Ausbruch der Revolution erheblich stärker in Bewegung geraten, als in Altbayern. Dies ergab sich alleine schon aus der näheren geographischen Lage dieser Territorien zu Frankreich. Doch auch hier galt, daß die anfänglichen Erhebungen vor allem ihre Ursache in lokalen Mißständen hatten. Auch ließ die anfängliche Sympathie für die französische Revolution sehr bald nach, da man französische Übergriffe befürchtete. (7) Hinzu kam, daß die deutschen Revolutionsanhänger, die nach Frankreich geflohen waren und nun mit den französischen Armeen zurückkamen, bei der Bevölkerung höchst unbeliebt waren. Man betrachtete sie zum Teil auch zu Recht als Abenteurer und Opportunisten. Erheblich stärkeren Einfluß hatte die Revolution auf Gebiete, die nicht im unmittelbaren Einflußbereich Frankreichs lagen. Doch auch hier blieben die Jakobiner in der Minderheit. (8)

In Bayern brachte man den Franzosen erheblich mehr Sympathien entgegen, als dem Erzfeind Oesterreich, das unter Karl Theodor versuchte hatte, sich Bayern einzuverleiben und mit einem beträchtlichen Truppenkontingent im Lande stand.

Als 1796 der kommandierende General Moreau in Bayern einmarschierte, erhofften sich die bayerischen Revolutionsanhänger Unterstützung von der französischen Armee. Offensichtlich meinten sie mehr Glück zu haben, als die badischen und württembergischen Revolutionsfreunde, denen Moreau bereits eine deutliche Absage erteilt hatte. Sie verkanteten, daß seit 1794 keine Jakobiner mehr in Frankreich regierten, sondern das Direktorium, das weniger an einer Revolutionierung Interesse zeigte, als vielmehr an einer finanziellen und wirtschaftlichen Ausbeutung der besetzten Länder.

Als Karl Theodor 1798 der sich anbahnenden Koalition gegen Frankreich beitreten zu wollen schien, setzte eine rege Flugschriftenliteratur der bayerischen Jakobiner ein, die bis 1801 teilweise bis 1803 anhielt. Eine der radikalsten war die Schrift "Über Süddeutschland".

Anders als die württembergischen und badischen Revolutionäre wollten die bayerischen ihre Republik nicht mit der Schweiz verbinden, sondern sie wollten eine Ausdehnung auf Kosten Oesterreichs nach Südosten.(9) Doch muß auch hier wieder betont werden, daß mit größter Wahrscheinlichkeit diese Revolutionäre eine Minderheit innerhalb der bayerischen Bevölkerung blieben.

Einen weit stärkeren Einfluß hatte die französische Revolution auf die ständische Vertretung in Bayern.

Anders als in Frankreich, wo die Revolution die Stände beseitigt hatte, wurde die Landschaftliche Verordnung durch die Ereignisse zunächst eher gestärkt. Sie faßte sich als legitime Vertretung des gesamten bayerischen Volkes auf, ohne allerdings von irgend einer Seite die Legitimation dazu zu haben. Den Höhepunkt des Einflusses erreichte die Verordnung beim Abschluß des Waffenstillstandes von Pfaffenhofen, der allerdings nicht vom König ratifiziert wurde. Anders wurde die Situation beim Regierungsantritt Max Josephs. Wie wir in den vorhergehenden Kapiteln sahen, machte diese Regierung klar, daß sie gegebenenfalls die Rechte der Landschaft erheblich einschränken konnte. Einer der Hauptwortführer war dabei Utzschneider. Forderungen wie Steuergleichheit und Einberufung eines Landtages unter demokratischeren Bedingungen als bei den früheren Landtagen, wo bestimmte Schichten des Volkes ausgeschlossen waren, mußten für die Vertreter der Landschaft von einem Revolutionär kommen. Dies muß wohl ebenfalls mit ein Grund gewesen sein, daß man das Gerücht von der Mitgliedschaft Utzschneiders in einem Jakobinerklub nur allzu gerne aufgriff.

Daß es in Bayern jakobinische Bestrebungen gab und, daß deren Zentrum in München lag, ist unbestreitbar. Wer diesem Zirkel angehörte ist sehr viel schwerer feststellbar. Da

es darüber kaum Aufzeichnungen gibt, sind wir vorwiegend auf Gerüchte und Äußerungen von Zeitgenossen angewiesen. Dabei muß man mit voreiligen Schlußfolgerungen sehr vorsichtig sein, da nicht alles, was geschrieben wurde, auch tatsächlich der Wahrheit entsprach.

Die erste öffentliche Denunziation über die Organisation und Tätigkeit einer revolutionären Gruppe wurde nach Angaben des österreichischen Polizeispitzels Armbruster von dem Professor Salat gemacht, der eher einer liberalen Richtung zuzuordnen war. (10)

Er veröffentlichte 1801 als "Beiträge zur Vaterlandskunde Bayerns" die Sammlung "Vertrauliche Briefe aus München vom 1. Julius bis letzten Dezember 1800, an einen Freund außerhalb Bayerns geschrieben" (11). Darin vertrat er die Meinung, daß der Adel verschiedene Privilegien aufgeben müsse und die momentane Regierung auf dem richtigen Wege sei, diese auch zu beseitigen. Von einer demokratischen Revolution hielt er nichts.

Der Verfasser gab zum erstenmal gewisse Einzelheiten über den Jakobinerklub an. So sollten die Zusammenkünfte vor allem im B.-Garten stattgefunden haben und der Klubistenchef sei ein gewisser N. gewesen.

"Noch nicht waren die Franzosen in Münchens Mauern", teilte der Verfasser mit, "als schon der Klubistenchef N. auf Geheiß seiner Maitresse, die im Privatclub den Ton stets anzugeben pflegte, den fremden Gästen Bier, Wein, Liqueur vor's Tor entgeschickte." (12) Die Hauptloge war in dem Hause des Baron H. ... in der Weinstraße. Als Hauptziele des Klubs bezeichnete Salat:

1. In engster Verbindung mit den auswärtigen Brüdern zu stehen
2. auf den Landesherrn und alle redlichen Bayern stets zu lügen und diese Lügen fleißig in französische Zeitungen abdrucken zu lassen
3. das bayerische Militär zu verführen und nach und nach für sich zu gewinnen
4. Missionäre in den Provinzialstädten aufzustellen, die das Volk für die gute Sache bearbeiten."

Diese Angaben wurden von dem Medizinalbeamten Kraus, der nach eigenen Angaben selbst Mitglied der Jakobiner war, erst sehr viel später bestätigt. Er ergänzte noch, daß sich im Hauptquartier in der Weinstrasse eine Druckerei befunden hätte und die Flugschriften von Baron von Aretin, von Hazzi und von Utzschneider verfaßt worden wären. Auch von Armbruster wurden die Namen Hazzi und Utzschneider genannt. Von Aretin sprach er nicht, doch nannte er als weiteres wichtiges Mitglied den Buchhändler und Verleger Strobl. (14)

Besonders ausführlich schilderte der Galeriedirektor Mannlich die Aktivitäten der Jakobiner in München. Er hatte die Bekanntschaft eines französischen Kommissärs namens Rochelle gemacht, der ihm Einzelheiten über die Aktivitäten des Klubs berichtete.

Dieser behauptete er "kenne Namen und Rang der Verschworenen" und "kenne ihren Plan und die Mittel, deren sie sich bedienen wollen." (16)

Kurz nach dem Einzug in München, so berichtete er, hatte sich bei General Moreau eine Deputation anmelden lassen, um ihm wichtige Geheimnisse mitzuteilen. Nachdem er sie empfangen hatte erklärten sie, daß "auch Bayern ... nach dem Beispiel Frankreichs das Joch der Tyrannei abschütteln und sich als Republik unter dem Schutz der französischen Republik constituieren wolle." (17)

Der General ging aber nicht auf ihre Vorschläge ein, und riet ihnen, sich die Sache noch einmal zu überlegen. Zum Beweis ihres Vertrauens in Moreau übergaben sie ihm eine Liste der führenden Mitglieder. Eine erneute Vorstellung zwei Tage später hatte das gleiche Resultat.

Um das Vertrauen des Generals zu gewinnen, wandten sie sich angeblich an Rochelle, der auch in ihren Klub eingeführt wurde.

Hier lernte er das Haupt der Jakobiner kennen. Er schilderte ihn als "einen Mann von aufgeklärten, aber ruchlosen Grundsätzen. Er heißt Utschneider (Utzschneider)." (18)

Dies war allerdings auch der einzige Name, den Rochelle nannte.

Bei einer weiteren Vorstellung empfing der General die Deputation nicht mehr und drohte sie die Treppe hinunterzuwerfen, wenn sie nicht freiwillig gingen. Männlich seinerseits vertraute sich Salabert an, der sofort zum Kurfürst ging und ihm Mitteilung machte. Der Kurfürst erschien sehr bestürzt, konnte aber aus Mangel an Beweisen nichts unternehmen. Da Utzschneider kurze Zeit darauf entlassen wurde schloß Männlich, daß seine angeblichen Verschwörungsabsichten die Ursache war.

Die Führerschaft Utzschneiders im Jakobinerklub ist immer wieder diskutiert worden. Während Historiker wie Fournier, Heigel und du Moulin Eckart von der Unschuld Utzschneiders überzeugt waren, glaubt vor allem in neuerer Zeit Scheel nachweisen zu können, daß die geschilderten Berichte der Wahrheit entsprechen.

Daß die Regierung die Nachricht übermittelt bekam, daß Utzschneider das Haupt der Verschwörer ist, kann man als ziemlich gesichert betrachten. Utzschneider wurde in München von der Polizei eine zeitlang observiert. Er war verdächtig geworden, weil er häufig mit seinem Bruder in Saargemünd korrespondierte. Angeblich hätte er verschlüsselte Briefe an ihn geschrieben. (19) Als weitere Mitverschwörer werden in den Polizeiaufzeichnungen noch die Namen Hazzi, Flurl, Dal'Armi, Strobl und einige unbekannte Namen genannt. Die Observierung hörte allerdings bald auf. Offenbar wurden sie nicht mehr als Verschwörer betrachtet. Eine französische Aufstellung der Mitglieder des Jakobinerklubs nennt Utzschneider nicht. (20)

Auffallend ist allerdings, daß die Mitglieder, die in beiden Listen genannt werden, alte Freunde von Utzschneider sind. Das gilt sowohl für Hazzi als auch für Flurl und Strobl. Auch mit Dal'Armi hatte er auf Grund seiner Geldgeschäfte öfters zu tun. Daraus allerdings eine Mitgliedschaft oder gar eine Führerschaft Utzschneiders bei den Jakobinern abzuleiten wäre sehr gewagt. Scheel begründet seine Meinung, daß Utzschneider das Haupt der Jakobiner war, vor allem mit den von Männlich

geschilderten Ereignissen. Betrachtet man Utzschneiders Schriften, meint Scheel, so war die jakobinische Aktivität eine logische Folgerung. "Er war kein Revolutionär um jeden Preis, "schildert Scheel Utzschneider, "wohl aber ein unermüdlicher Pionier bürgerlicher Verhältnisse. Seine Methoden, dem Neuen zum Sieg zu verhelfen, paßte er den wechselnden Bedingungen an." (21) Die Bemerkung Du Moulin Eckarts, daß die Landschaft und Salabert Utzschneider haßten wie die Pest und die Aussage Rochelles als "eine mit dem größten Raffinement eingeleitetete Intrige" (22) wäre, läßt Scheel nicht gelten.

Tatsächlich war aber gerade die Intrige in dieser Zeit ein beliebtes Mittel, um einen Politiker, der einem mißliebig war, zu stürzen. Die Äußerungen von Kraus, Rochelle und Armbruster sind deshalb mit äußerster Vorsicht zu betrachten. Daß Armbruster als Spitzel Oesterreichs versuchte einen Mann wie Utzschneider, der nie einen Hehl aus seiner Sympathie für Frankreich gemacht hatte, zu denunzieren, liegt auf der Hand. Außerdem ist Armbruster dafür bekannt, daß er sehr häufig falsche Informationen überlieferte.

An der Aussage Rochelles verwundert, daß er außer Utzschneider keine Namen nannte. Nach seinen Angaben lernte er aber im Jakobinerklub eine Reihe anderer Mitglieder kennen, deren Namen er nicht nannte.

Hinzu kommt, daß sich Rochelle massiv weigerte, seine Aussage vor dem König zu wiederholen. Trotz aller Bitten Mannlichs, kam Rochelle nicht nach München.

Ob schließlich Kraus das Haupt der Jakobiner wirklich kannte, ist ebenfalls sehr zu bezweifeln. Dieser Klub war offensichtlich doch so geheim gehalten worden, daß über die Namen der Mitglieder nur Gerüchte im Umlauf waren. Dabei war es häufig der Fall, daß man Namen nannte, die man selbst irgendwo aufgefangen hatte. Betrachtet man das Beispiel der Illuminaten, so konnte man feststellen, daß selbst noch Jahre nach seiner Aufdeckung Weishaupt als Führer dieser Sekte, von vielen ehemaligen Mitglieder für unmöglich gehalten wurde. Blieb als Beweis für

Utzschnaiders Tätigkeit im Jakobinerklub nur noch seine "demokratische" Grundeinstellung.

Aus seinen Sympathien für die Ideen der französischen Revolution machte Utzschneider keinen Hehl.

Dies ersieht man aus der einleitend gemachten Äußerung und einer Bemerkung im Staatsrat, wo er meinte, daß die Republik zwar die bessere Staatsform sei, doch momentan nicht durchsetzbar wäre. Utzschneider war zu intelligent und zu politisch erfahren, als daß er ernsthaft gemeint haben könnte, daß mit dem Einmarsch der Franzosen die Republik in Bayern möglich wäre.

Obwohl seine Schriften, insbesondere der "Entwurf zu einer neuen Erklärung der Landesfreiheit" sehr weit gingen, so waren sie in der gesamten Beurteilung der Flugschriften zwischen 1799 und 1801 zum großen Teil keine Ausnahmen. Scheel betont selbst, daß nur ein ganz geringer Prozentsatz der Flugschriften wirklich revolutionären Charakter hatten. (23) Dazu gehörten Utzschnaiders Schriften aber nicht. Wie bereits erwähnt kamen den Vorschlägen Utzschnaiders insofern besondere Bedeutung zu, als sie von einem hohen Regierungsmitglied gemacht wurden. Dies war wohl auch der Grund, weswegen die Landschaft so massiv reagierte. Sie sah hier die Gefahr eines revolutionären Umbruchs. Daß diese Vorschläge zum größten Teil im Staatsrat abgelehnt wurden, war der Landschaft meist nicht bekannt. Auch Utzschnaiders gesamtes Verhalten zu dieser Zeit widersprach jeder Aktivität in dem Jakobinerklub.

Utzschneider bat am 23. November 1800 die Redaktion der Münchner Zeitung, eine Erklärung von ihm in die Zeitung einzurücken. Darin bestritt er entschieden, etwas mit den geheimen Flugschriften, die im Umlauf waren, zu tun zu haben. "Ich bin weder Aristokrat", stellte er fest, "noch demagog, - weder Illuminat, noch Obscurant, - weder Jakobiner, noch Jesuit, - ich bin Bajer, - ich bin freund jeder guten festen Regierung, welche die Publizität gewiß nicht zu scheuen hat ..." (24) Weiter bekannte er sich zu den von ihm veröffentlichten Schriften. Die Bitte Utzschnaiders um Veröffentlichung dieses Artikels wurde

von Törring zunächst abgelehnt. Erst die Intervention des Kurfürsten hatte die Veröffentlichung möglich gemacht. Utzschneider meinte aber am 30. Dezember, daß sich unter den geänderten Umständen der Artikel erübrigt hätte. (25)

Wäre Max Joseph von Utzschneiders Mitgliedschaft überzeugt gewesen, so hätte er sich sicherlich nicht für die Veröffentlichung der Rechtfertigung eingesetzt.

Auch später hat Utzschneider seine ihm nachgesagten jakobinischen Aktivitäten bestritten. Zum Beweis seiner Unschuld ließ Utzschneider 1837 die wichtigsten seiner Schriften unter dem Titel "Mit welchen Schwierigkeiten begann im Jahre 1799 und 1800 die Regierung Sr. Majestät des Königs Maximilian Joseph in Bayern?" veröffentlichen.

Das Verhältnis Utzschneiders zu den französischen Besatzern war alles andere als gut zu bezeichnen.

Beim Einmarsch der Franzosen in München wurde unter dem General Moreau das "Bureau Topographique" als "Commission des routes" errichtet. Leiter dieses bureaux war der französische General d'Albancourt.

Zu dieser commission de route sollten auch die bayerischen Behörden Beamte abschicken. Ursprünglich war die Aufgabe der commission die Unterbringung und Verpflegung der Truppen zu erleichtern. Sehr bald weitete sich aber der Aufgabenbereich zu einer Mappierung des gesamten bayerischen Gebietes aus. (26)

Von bayerischer Seite sollten nach dem Willen der Franzosen Utzschneider, die Generallandesdirektionsräte Grünberger, Hazzi und Müller abkommandiert werden. Utzschneiders Erfahrungen in der Landesvermessung waren auch den Franzosen bekannt. (27)

Utzschneider akzeptiert seine Abordnung in so weit, als er nicht zum Schaden Bayerns arbeiten muß. Er wies ausdrücklich darauf hin, daß diese Kommission zur Landesvermessung für das Militär eingerichtet worden war. (28) Es blieb ihm aber offensichtlich zunächst nichts anderes übrig als mitzuarbeiten. Die Kommission forderte zu allererst Pläne, Instrumente und Akten von der Kriegsdeputation an, um die Vermessungen darauf

aufbauen zu können. In einem Schreiben vom 28. August 1800 nach Amberg an den dortigen Hof beschwerte sich Utzschneider, daß man auch von Seiten der Regierung darauf gedrungen habe, daß er beim bureau topographique mitarbeiten sollte. Als Aufgaben des bureaux schilderte er, daß man

- a) die Geographie von Bayern, Franken und Schwaben festlegen wolle. Dabei solle das alte Projekt der Verbindung von Main und Donau neu überprüft werden
- b) Materialien zur alten und neueren Militärgeschichte sammeln und topographische Pläne dafür erstellen.

Da Utzschneider sich geweigert hatte, an den Vermessungen teilzunehmen, sollte er nun von seiten der bayerischen Regierung darauf achten, daß die herausgegebenen Pläne wieder zurückgegeben wurden und, daß die Kosten für die Staatskasse nicht zu hoch würden. (29)

Bayern hatte zusätzlich zu den bereits genannten Personen noch 20 Geometer an das bureau zu entsenden, was auch im Laufe von zwei Monaten geschah.

Insbesondere mit der Aufgabe, die ausgeliehenen Pläne zurückzufordern, hatte sich Utzschneider eine undankbare Aufgabe gestellt.

Schon sehr bald wurde klar, daß die Franzosen keineswegs gewillt waren, die ihnen ausgehändigten Pläne auch wieder zurückzugeben. Utzschneider lag praktisch in einem ständigen Streit mit den französischen Behörden.

Auch die Kopierung der von den Franzosen erstellten Pläne für bayerische Behörden wurde erst nach langen Querelen erreicht. Immer wieder versuchte General d'Albancourt, Utzschneider für Vermessungsarbeiten einzuspannen. So verlangte er von Utzschneider die Aufstellung aller Ortschaften in Bayern, der oberen Pfalz, Neuburg und Sulzbach nebst der Anzahl aller Feuerstellen.

Utzschneider antwortet ihm, daß er mit "einer Commission de Routes nichts zu tun habe" (30) und deshalb auch nicht gewillt wäre, diese Aufgabe zu übernehmen.

Im Laufe des Oktobers versuchte Utzschneider, sich unter dem Vorwand einer Reise von dem bureau topographique zu entfernen. Diese Reise wurde ihm von der Regierung auch genehmigt, doch die französischen Behörden verweigerten

ihm die Aushändigung eines Passes. (31)

Am 4. November startete Utzschneider einen neuen Versuch, um von der Arbeit im bureau topographique entbunden zu werden.

Da von der Arbeit im bureau sein eines Auge sehr gelitten hätte, bat er um seine Entlassung. (32)

Dies lehnte die Regierung ab, da von ihm nie verlangt worden wäre, für seine Augen anstrengende Arbeiten zu übernehmen sollte. (33)

Erst mit seiner Entlassung wurde er auch von seinen Aufgaben beim bureau topographique entbunden. Wäre Utzschneider wirklich aktives Mitglied der Jakobiner gewesen, so wäre die Beschäftigung bei einer von Franzosen geleiteten Behörde eine willkommene Gelegenheit für ihn gewesen, unauffällig Kontakte aufzunehmen. Scheel bezeichnet die Haltung Utzschneiders als Tarnung, was aber in keinsten Weise nachzuweisen ist.

Zusammenfassend kann man festhalten, daß Utzschneider den Idealen der französischen Revolution nahe stand. Durch seine Haltung sowohl in seinen Schriften als auch in seinem Verhalten kann man davon ausgehen, daß er weder Mitglied noch Haupt der Jakobiner in München gewesen ist.

XVI. Schlußbetrachtung

Als Kind relativ armer Eltern kam Utzschneider 1770 nach München. Nur der Protektion der Herzogin Maria Anna hatte er es zu verdanken, daß Ihm eine Ausbildung zuteil wurde, die für Kinder seiner Herkunft sehr selten war. Mit einer Stelle als Lehrer an der Marianischen Akademie und seiner Arbeit als Geheimschreiber der Herzogin hätte er ein sorgenfreies Leben führen können.

Utzschneider war allerdings viel zu erheizig, als daß ihn diese Aufgaben befriedigt hätten. Sein Ziel war es, im Staatsdienst Karriere zu machen. Als sich nach mehreren vergeblichen Anläufen im bayerischen Diensten kein Erfolg seiner Bewerbungen abzeichnete, beschloß er, nach Möglichkeit in preußische Dienste zu treten. Erst die erneute Intervention der Herzogin brachte ihm die gewünschte Stellung bei der Hofkammer.

Zwei Eigenschaften Utzschneiders sind von Anfang an bei seinen Tätigkeiten festzustellen.

Zum einen beschäftigte er sich intensiv mit der jeweiligen Materie, bevor er zu konstruktiven Vorschlägen kam. Das Arbeitspensum, das er dabei an den Tag legte, muß enorm gewesen sein. An Hand von Datierungen einzelner Aktenstücke ersieht man, was er teilweise pro Tag erledigte. Aus einer Reihe von Briefen, vor allem aus der Zeit nach 1801, an Untergebene kann man weiterhin feststellen, daß er den Arbeitseifer, den er vorlegte, auch von seinen Mitarbeitern und Untergebenen forderte.

Auf der anderen Seite versuchte er, die von ihm festgestellten Mißstände mit allen Mitteln in kürzester Zeit zu beseitigen. Dabei kam es nicht selten vor, daß er soziale Probleme, die sich aus den Neuerungen ergaben, einfach vom Tisch wischte. Ihm ging es nicht um einzelne Personen, sondern um das Ganze.

Montgelas, mit dem Utzschneider ab 1799 sehr viel zu tun hatte, äußerte über ihn, daß er ein Mann wäre "voller Ideen und Pläne, von einer lebhaften Phantasie, von einer unermüdlichen Aktivität, der einer der ausgezeichnetsten

Administratoren sein würde, wenn er der Refelektion Zeit gäbe, seine Entwürfe ausreifen zu lassen, und wenn er nicht alle dem Detail gewidmeten Augenblicke für verloren hielte..."(1)

Diese Charakterisierung Utzschneiders ist nicht so falsch, wie sie von früheren Biographen immer hingestellt wurde. Zwar hatte er wohl einen Blick für das Detail, dies zeigen seine Entwürfe zur Mautordnung, seine Vorschläge zum Salinenvertrag, um nur zwei zu nennen, doch hatte er nicht das Gefühl dafür, zu erkennen, daß die Zeit für manche Entwürfe wirklich noch nicht reif war.

So sehr Utzschneider und Montgelas nach 1799 gegeneinander gearbeitet haben, so verwandt waren ihre Charaktere. Der Unterschied zwischen beiden war aber, daß Montgelas seine zum Teil revolutionären Vorstellungen vor seinem Eintritt in die Regierung entwickelte und dann erkannte, was machbar war und was nicht, wogegen Utzschneider diese Erkenntnis sehr häufig fehlte. Dies führte letztlich dazu, daß er trotz seiner Fähigkeiten immer wieder aus dem Staatsdienst entlassen wurde. Für seine erste Entlassung 1798 war wohl vor allem das Intrigenspiel von Claiss verantwortlich. Doch muß man andererseits sehen, daß die Saline Rosenheim, die Claiss leitete, nicht in den Kompetenzbereich von Utzschneider fiel. Trotzdem meinte er, daß sein Sudverfahren auch dort eingesetzt werden müßte. Daß dies einem erfahrenen Salinenfachmann wie Claiss nicht paßte, war mehr als natürlich.

Auch seine zweite Entlassung 1801 war auf sein ungeschicktes Verhalten gegenüber der Landschaft zurückzuführen. Seine angebliche jakobinische Betätigung hatte hier keinen Einfluß. Utzschneider sah die Landschaft als ein Relikt der Vergangenheit an. Sie hatte deswegen so schnell wie möglich entmachtet zu werden. Daß der Kurfürst die Landschaft aber in der schwierigen außenpolitischen Situation brauchte und nicht interessiert war, auch noch innenpolitisch Unruhe zu stiften, sah Utzschneider nicht ein.

Auch nach seinem Sturz 1801 konnte Utzschneider nicht warten, bis sich eine erneute Möglichkeit zur politischen Betätigung ergab. Er war kein Mann, der sich mit 38 Jahren

zur Ruhe setzte und von seinem Geld lebte, was Ihm auf Grund seiner finanziellen Lage möglich gewesen wäre.

Vielmehr gründete er nach 1801 eine Reihe von Manufakturen. Seine größte Leistung in dieser Zeit war wohl das optische Institut, das er zusammen mit Fraunhofer und Reichenbach führte. 1807 wurde er erneut in den Staatsdienst berufen, doch bereits 1814 wieder entlassen. er wirkte danach noch als Bürgermeister von München und war von Anfang an Mitglied des Landtages. 1840 verunglückte er am Giesinger Berg mit der Kutsche. Dabei wurde er so schwer verletzt, daß er nur wenige Tage später seinen Verletzungen erlag. Am Tod Utzschneiders nahm ganz München teil. Die Zeitschriften berichteten, daß München ein ähnliches Begräbnis nicht gesehen hätte. Dies zeigt wie bekannt Utzschneider war und welche bedeutende Rolle er noch im öffentlichen Leben spielte.

Anmerkungen

Einleitung (S. 1 - 11)

- (1) Utzschneiders Selbstbiographie DM 5121
- (2) Desberger, Joseph von Utzschneider in: Anzeiger für Kunst und Gewerbefleiß
- (3) Bauernfeind, C.M.v., Joseph von Utzschneider und seine Leistungen auf staats- und volkswirtschaftlichem Gebiet. München 1880
- (4) Du Moulin Eckart, R. Graf, Eine Ehrenrettung, Leipzig 1889
- (5) Stahl, W. Joseph Utzschneider und seine Bedeutung für die deutsche optische Industrie. München 1929
Stoll, M., Joseph Utzschneider. Ein Beitrag zur Wirtschafts- und Kulturgeschichte Bayerns, München 1918
- (6) Scheel, H., Süddeutsche Jakobiner, . Klassenkämpfe und republikanische Betrebungen im deutschen Süden Ende des 18. Jahrhunderts. Berlin 1962

I. Utzschneiders Kindheit und Jugend (S. 1 - 9)

- (1) In früheren Aufzeichnungen in den Kirchenbüchern tauchen auch die Namen Ausschneider, Utschneider und Gutschneider auf, die eine Abwandlung des Namens Utzschneider sind.
- (2) Im Folgenden sind die Kirchenbücher der Pfarrei Seehausen benutzt worden. Da sie vollkommen unsystematisch angelegt wurden, war eine exakte bibliographische Angabe nicht möglich.
- (3) Selbstbiographie DMS124.
Unter dieser Nummer befinden sich im Deutschen Museum zwei verschiedene Selbstbiographien, die zu unterschiedlichen Zeiten von Utzschneider verfaßt wurden.

In der einen Biographie ist die Rede davon, daß der Hof seit dreihundert Jahren in Familienbesitz war, in der anderen, daß er zweihundert Jahre den Andrees gehörte. Da die letztere Fassung wahrscheinlich am Ende seines Lebens von ihm verfaßt wurde, (was man aus der Handschrift ersehen kann) und sich hier eine Reihe von Fehlern eingeschlichen haben, ist die Angabe von "dreihundert Jahren" die wahrscheinlichere.

- (4) Außer Joseph Utzschneider ist kein Nachkomme mehr in Rieden geblieben. Aus dem Personenselekt von Andreas Andree geht hervor, daß Maria Magdalena unverheiratet blieb und Joseph bis zu ihrem Tode den Haushalt führte. Andreas Utzschneider wurde Gerber in Tapa(?), Mechtild heiratete in eine Brauerei ein, Franz Paul wurde Fabrikant in Saargemünd, Ulrich Wirt in Großenwiel und Maria Anna heiratete einen Glasmeister in Aschau. Über Urban, den jüngsten, ist nichts mehr bekannt.
- (5) HStA Personenselekt Cart. 8 Andree
- (6) Bauernfeind, Carl Max von, Joseph von Utzschneider und seine Leistungen auf staats- und volkswirtschaftlichem Gebiet, München 1880, S.4
- (7) HStA Personenselekt Cart. 8 Andree
- (8) Maria Anna Joseph, Herzogin in Bayern (1722-1790) war die Tochter des Erbprinzen Joseph Karl Emanuel von Pfalz Sulzbach. 1742 heiratete sie Herzog Klemens Franz (1722-1770). Durch die Heirat ihrer Schwester mit Karl Theodor war sie die Schwägerin des Kurfürsten.
- (9) Ehrhard, A., Bayerische Patriotenverfolgung vor hundert Jahren, in Augsburger Abendzeitung Februar 1884. Ehrhard behauptet, daß er der heimliche Gemahl der Herzogin gewesen wäre. Diese Behauptung ist allerdings nirgends zu belegen, doch scheinen die Beziehungen sehr eng gewesen zu sein, was sich auf die spätere Karriere Utzschneiders positiv auswirkte.
- (10) DM 5124
- (11) Biographische Notizen Utzschneiders DM 5124
- (12) Über Jakob Lampl war nichts Biographisches zu

ermitteln

- (13) Biographische Notizen Utzschneiders DM 5124
- (14) Biographische Notizen DM 5124
- (15) Auch über diese Lehrer konnten keine biographischen Angaben gefunden werden.
- (16) Vgl. Leitschuh, Max, Die Matrikeln der Oberklassen des Wilhelmsgymnasiums in München Bd. III 1740/41-1829/30, München 1973, S.60.
In diesen Matrikeln taucht Utzschneider erst im Schuljahr 1777/78 auf. Aus seiner Selbstbiographie (DM 5124) geht hervor, daß er die Schule seit 1773 besuchte.
- (17) Biographische Notizen DM 5124
- (18) ebda
- (19) ebda
- (20) Vgl. Häusser, L. Geschichte der Rheinischen Pfalz II, 1924
Schnabel, Franz, Die kulturelle Bedeutung der Karl Theodor Zeit (Mannheimer Geschichtsblätter 25) 1924, S. 236-246
Doeberl, M., Entwicklungsgeschichte Bayerns II München 1928, S. 335-379
Hammermayer, Ludwig, Die Aufklärung in Wissenschaft und Gesellschaft in: Handbuch der bayerischen Geschichte, hrsg. v. Max Spindler, Bd. II München 1969, S. 1043-1046
- (21) Hammermayer S. 1043-1046
Aretin, Karl Otmar Freiherr von, Kurfürst Karl Theodor und das bayerische Tauschprojekt in:
ZBLG 25, 1962, 746-756
ders. Bayerns Weg zum souveränen Staat. Landstände und konstitutionelle Monarchie 1714-1818. München 1976, S. 64-113
Beer, A., Zur Geschichte des bayerischen Erbfolgekrieges in: HZ 39, 1876, S.92f.
Reimann, E., Geschichte des bayerischen Erbfolgekrieges 1869, S. 8f
Strauven, Botmar, Die wittelsbachischen Familienverträge 1760-1779. Diss. Köln, Düsseldorf 1969

Press, Volker, Bayern am Scheideweg. Die Reichspolitik Kaiser Josephs II. und der bayerische Erbfolgekrieg 1777-1779.

in: Festschrift für Andreas Kraus 1982

- (22) Aretin, Bayerisches Tauschprojekt, S. 752

Groß-Hoffinger, Leben und Regierung Josephs II. und Gemälde seiner Zeit, 4 Bde., München 1835-37, hier Bd.3 S.349f

- (23) ebda S. 756

- (24) Hammermayer, S. 1047

- (25) siehe: Mittelberger, H., Johann Christian von Hofenfelds, 1744-1787, München 1934

- (26) Aretin, Bayerische Tauschprojekt, S. 763, 766

Bernard, P.P., Joseph II. and Bavaria. Two eighteenth century attempts at German identification. The Hague 1965, S. 151-218

Aretin, K.O.Frhr.v., Heiliges Römisches Reich 1776-1806. Reichsverfassung und Staatssouveränität. Wiesbaden 1967, I, S.164-175

siehe auch:

Hühne, W., Friedrich der Große, die europäischen Mächte und das Reich am Vorabend des bayerischen Erbfolgekrieges, Göttingen 1935

Hallbrunner, J., Zur Vorgeschichte des bayerischen Erbfolgekrieges in: Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung, Ergänzungsband 11 1929

Katalog der Sonderausstellung in Ried am Inn:

Historische Dokumentation zur Eingliederung des Innviertels. Linz 1979, darin:

Wagner, Hans, Die äußere Politik Kaiser Josephs II.

Hailingsetzer, Georg, Aspekte der Außen- und Innenpolitik bei der Erwerbung des Innviertels durch Österreich (1779), in:

Jahrb. d. O.ö. Muxalvereines Gesellschaft für Landeskunde Bd. 127/I, Linz 1982

Rall, H., Die Hausverträge der Wittelsbacher: Grundlage der Erbfälle von 1777-1799 in: Wittelsbacher Katalog III/1

Schlösser, J.C., Das Haus Zweibrücken im bayerischen Erbfolgestreit bis zum Ausbruch des Krieges in: Oberbayerisches Archiv, 56, 1912, S. 130-172: 57, 1913, S. 196-224

Schwarz, H.-W., Die Vorgeschichte des Vertrages von Ried, München 1933

In der bayerischen Staatsbibliothek befindet sich eine umfangreiche zeitgenössische Flugschriftenliteratur zum bayerischen Erbfolgekrieg, die zu bearbeiten den Rahmen dieser Arbeit gesprengt hätte.

(27) Bauernfeind S.7

Schriftliche Aufzeichnungen gibt es über diese Episode nicht, doch kannte Bauernfeind den Schwiegersohn Utzschneiders persönlich sehr gut und wurde dadurch von diesem Erlebnis unterrichtet.

(28) Aretin, S. 766-775,

Hammermayer, S. 1049,

Doeberl, S. 343

(29) Dies betont Aretin mit Recht besonders. In der älteren und zeitgenössischen Literatur wird vor allem Friedrich der Große als der große Retter Bayerns gefeiert. Tatsächlich scheiterte aber der Tausch an der harten Haltung Karl Theodors, der nur ganz Bayern gegen die Niederlande tauschen wollte.

(30) Biographische Notizen DM 5124

(31) ebda

(32) DM 5124

(33) ebda

(34) DM 5101

(35) Biographische Notizen DM 5124

(36) Vgl. Schönhub, A.v., Geschichte des Königl. bayerischen Kadettencorps, München 1856

Teicher, Das königlich bayerische Kadettencorps von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1889

Kenner, E., Festschrift zur Feier des 150jährigen Bestehens des K.B. Kadettencorps, München 1906

Archivalien über die Zeit der Marianischen Landesakademie ließen sich in keinem Archiv auffinden.

Auch Schönhub bemerkte, daß über diesen Zeitraum

kaum Material existiert. Woher Schönhub die Schüler- und Lehrerlisten hatte, war nicht mehr feststellbar.

(37) Schönhub, S. 48

(38) ebda, S. 77

(39) Kenner, S. 19

(40) DM 5396 und Archiv der Ludwig-Maximilians-Universität.

Vgl. auch Laetitia Böhm(Hrsg.):

Die Matrikel der Ludwig-Maximilians-Universität Ingolstadt-Landshut-München, Teil I, Bd. III 2.Hlb. bearbeitet von Rainer Albert Müller, München 1979, S. 200

(41) Biographische Notizen DM 5124

(42) ebda

(43) Zur Problematik der Trockenlegung der Moore und die Stellung der Klöster dazu, siehe S.26ff

(44) DM 5397

(45) DM 5287

(46) ebda

(47) DM 5124

(48) Schönhub, S. 17,18

II. Urschneider und die Auflösung des Illuminatenordens(S. 10 - 25)

(1) Der Orden hieß bei seiner Gründung Geheimbund der "Perfectibilisten", wurde aber schon sehr bald umgetauft in "Bund der Illuminaten" bzw. "Illuminatenorden".

vgl. Agethen, M., Mittelalterlicher Sektentypus und Illuminatenideologie, Heidelberg 1979 S. 121ff

Agethen, Manfred, Geheimbund und Utopie. Illuminaten, Freimaurer und deutsche Spätaufklärung, München 1984

Hoffmann, J., Bedeutung und Funktion des Illuminatenordens in Norddeutschland in: ZBLG 45,2, 1982, S. 365

Kluckhohn, A., Die Illuminaten und die Aufklärung in Bayern unter Karl Theodor in: A. Kluckhohn, Vorträge und Aufsätze, München 1894

Vor allem Agethen betont den religiösen Impetus des Ordens bei der Gründung, von dem auch schon Kluckhohn ausgegangen war. Hoffmann warnt aber vor einer Überbetonung des Antijesuitismus

- (2) Nachtrag von weiteren Originalschriften, welche die Illuminatensekte überhaupt, sonderbar aber der Stifter derselben, Adam Weishaupt, gewesenen Professor zu Ingolstadt, betreffen, und bey der auf dem Baron Bassusischen Schloß zu Sandersdorf, einem bekannten Illuminaten Neste, vorgenommenen Visitation, entdeckt, sofort auf Churf. höchsten Befehl gedruckt und zum geheimen Archiv genommen worden sind, um solche jedermann auf Verlangen zur Einsicht vorlegen zu lassen. München 1787, S. 17ff, 59fc

- (3) Vgl. Weis, Eberhard, Montgelas, 1759-1799. Zwischen Revolution und Reform, München 1971, S. 33 ff, Dülmen, Richard van, Der Geheimbund der Illuminaten, Darstellung, Analyse, Dokumentation, Stuttgart 1975, S. 32

So fielen in diese Zeit die Eintritte von Montgelas, Costanzo, u.a.

- (4) van Dülmen, S. 28

- (5) Einige Originalschriften des Illuminatenordens, welche bei dem gewesenen Regierungs-rath Zwack durch vorgenommene Hausvisitation zu Landshut den 11. und 12. Oktober 1786 vorgefunden wurden. Auf höchsten Befehl seiner Churf. Durchlaucht zu Druck befördert. München 1778 (im Folgenden kurz OS genannt), S. 284, 292

- (6) Weis, Montgelas, S. 33

Dunan, M., Napoléon et l'Allemagne. Le système continental et les debuts du royaume de Bavière 1806 - 1810, Paris 1947, S. 445 und 509

- (7) Hammermayer, Ludwig, Illuminaten in Bayern in: Wittelsbach und Bayern III/1, S. 146 ff, hier 147 ders., Höhepunkt und Wandel: Die Illuminaten in: Handbuch der bayerischen Geschichte Bd. II Hrsg. v. Max Spindler, München 1969, S. 1027-1033

Daniel, Ch., Les jesuites franc-maçons et les

Illuminés de Bavière in: Études religieuses historique et litteraires 9, Paris 1923, S. 342-377 Fortsetzung
Droz, J., La légende du complot illuministe et les origines du romantisme politique en Allemagne in: Révue historique 226, 1961, S. 313-338

Du Moulin Eckart, R. Graf, Aus den Papieren eines Illuminaten in: Forschungen zur Kultur- und Literaturgeschichte Bayerns Bd. 2, München 1898, S. 186-239

Hoffter, W., Das System des Illuminatenordens und seine soziologische Bedeutung, Heidelberg 1957

Graßl, H. Aufbruch zur Romantik - Bayerns Beitrag zur deutschen Geistesgeschichte 1765-1785, München 1968, S. 288 ff

Engel, L., Geschichte des Illuminatenordens, Berlin 1906

Fournier, A., Illuminaten und Patrioten, in: A. Fournier, Historische Studien und Skizzen I, Prag/Leipzig 1885, S. 211-252

- (8) In der neuesten Literatur tendiert man dazu, den Illuminatismus als deutsches oder gar europäisches Problem überzubetonen. (z.B. Hoffmann, Jochen, Bedeutung und Funktion des Illuminatenordens in Norddeutschland in: ZBLG 45,2,1982 und Fehm, Ernst Otto, Die Wiederentdeckung des Illuminatenordens, Heidelberg 1979 S.231 ff). Zentrum und Hauptwirkungskreis des Ordens war und blieb Bayern. Unterlagen, die eindeutig etwas anderes beweisen könnten, sind uns leider verlorengegangen. (vgl. dazu Weis, Montgelas, S. 37

- (9) DM 5124

siehe auch: Le Forestier, Les Illuminés de Bavière et la Franc-Maçonnerie allemande, Paris 1914, S. 45ff

- (10) Grünberger gehörte zu den Männern, die uns auf dem Lebensweg Utzschneiders immer wieder begegnen werden. Johann Georg Grünberger wurde 1749 in Beltbrunn bei Ingolstadt geboren. 1789 wurde er Forstmeister in Kösching, 1791 Hofkammerrat, 1799 General-Landes-Direktionsrat. Seit 1790 war er Lehrer an der Forstschule in München. 1807 wurde er zum

Salinenrat und Oberforstrat ernannt, ab 1808 war er Mitglied der Steuer-Vermessungs-Kommission, ab 1814 deren Leiter. 1817 wurde er schließlich zum Direktor der General-Forst-Administration ernannt. Am 18.2.1820 starb er in München. Neben diesen Tätigkeiten war er ein führendes Mitglied des Illuminatenordens und an dessen Aufdeckung beteiligt.

- (11) Weis, Mongelas, S. 34
siehe auch: Schneider, F.J., Die Freimaurerei und ihr Einfluß auf die geistige Kultur in Deutschland am Ende des 18. Jahrhunderts, Prag 1909
- (12) OS, S. 9 f
- (13) v. Dülmen, Dokumente S. 199
- (14) Baader, Ferdinand Maria (10.2.1747 - 4.2.1797)
studierte Medizin in Ingolstadt. Ab 1771 arbeitete er als praktischer Arzt in Erding. Anschließend als Professor für Naturgeschichte an der herzoglichen Kadettenanstalt. Seit 1776 war er Mitglied der bayerischen Akademie der Wissenschaften, seit 1779 bis 1797 Direktor der philosophischen Klasse. Außerdem war er seit 1777 kurfürstlicher Medizinalrat und Bücherzensurrat. Seit 1783 auch Leibarzt der Kurfürstin Marianne. Er war einer der ersten Mitglieder des Illuminatenordens.
- (15) Graf von Costanzo war Hofkammerrat und für Weishaupt ein Mann, "der nicht mit Geld zu bezahlen ist". Er warb Knigge und einige andere Mitglieder auf seinen Reisen an.
- (16) Stoll, M., Joseph Utzschneider. Ein Beitrag zur Wirtschafts- und Kulturgeschichte Bayerns. München 1918, S. 13
- (17) v. Dülmen, S. 28
- (18) Drey merkwürdige Aussagen, die innere Einrichtung des Illuminatenordens in Baiern betreffend 1786, S. 33
- (19) ebda S. 35
- (20) ebda S. 36
- (21) ebda S. 40
- (22) ebda S. 44

- (23) Drey merkwürdige Aussagen, die innere Einrichtung des Illuminatenordens in Baiern betreffend, 1786, S. 48
- (24) Utzschneiders persönliche Aufzeichnungen DM 5124
- (25) ebda
- (26) ebda
- (27) Stoll, S. 15ff
- (28) ebda
- (29) Das graue Ungeheuer 3 Bde., 1784, S. 343
- (30) ebda S. 344, s. auch "Drey merkwürdige Aussagen ...", S. 49f
- (31) ebda S. 6
- (32) Weishaupt, Apologie der Illuminaten, Frankfurt/Leipzig 1786
- (33) Schreiben an ..., S. 3
- (34) ebda S. 6
- (35) ebda S. 7
- (36) Große Absichten des Ordens der Illuminaten, dem patriotischen Publikum vorgelegt von vier ehemaligen Mitgliedern, München 1786, S. 12
- (37) Schreiben an ..., S. 17
- (38) ebda S. 18
- (39) Schreiben an ..., S. 29
- (40) ebda S. 25
- (41) Große Absichten ..., S. 16
- (42) Große Absichten ... S.19
- (43) Schreiben an ... S. 32
- (44) Große Absichten ... S.32
- (45) ebda S. 37
- (46) s. dazu: Drey merkwürdige Aussagen... S.42ff
- (47) Große Absichten ... S.46
- (48) Diese Aussage Utzschneiders zeigt, daß die Geheimnistuerei bei weitem nicht so streng gehandhabt wurde, wie sie vor allem Weishaupt gerne gesehen hätte.
- (49) Große Absichten ... S. 55
- (50) ebda S. 55/56
- (51) ebda S. 57
- (52) Der Autor hält es deswegen nicht für notwendig,

diese Schrift genau zu besprechen. Es ergäben sich daraus keine neuen Erkenntnisse. Siehe auch: Weishaupt, Adam, Einleitung zu meiner Apologie, Frankfurt/Leipzig 1787

- (53) Nach Kluckhohn (S. 386) hatten bereits der Exjesuit Pater Frank und verschiedene andere Orden vor den Illuminaten gewarnt, ohne daß Karl Theodor darauf reagierte.
- (54) Wegen ihm waren Weishaupt und Utzschneider in Streit geraten. (s.o.)
- (55) Joseph II. galt als aufgeklärter Monarch, der den Grundvorstellungen des Ordens sicherlich näher kam als der bayerische Kurfürst Karl Theodor.
- (56) Dm 5124
- (57) Schreiben an ... s. 25
- (58) s. dazu : Das Graue Ungeheur, Bd. 3, S. 345f
- (59) DM 5124 und HStA MF 37514
- (60) Familienpapiere Utzschneider DM 5369, Heiratserlaubnis DM 5282. Utzschneider hatte mit seiner Frau eine einzige Tochter, die den Salinenrat J. v. Knorr heiratete. Aus dieser Ehe gingen fünf Kinder hervor.
- (61) HStA MF 37514 und HR 395/1223

III. Die Moorkultur im bayerischen Oberland (S. 26 - 41)

- (1) Döberl, S. 306
- (2) Warmuth, O., Geschichte der Mooskultur unter Kurfürst Karl Theodor mit besonderer Berücksichtigung der Kolonisierung, München 1908, S.21
- Wiesmüller, F., Geschichte der Mooskultur in Bayern, München 1909,
- (3) Wiesmüller, S. 40
- (4) Döberl, S. 346
- (5) Warmuth, S. 40
- (6) ebda, S. 40ff
- (7) Hierauf wird im Folgenden noch näher eingegangen.
- (8) Die Hofkammer war mit dem Mandat von 1779 in

Deputationen aufgeteilt worden.

- (9) DM 5124
- (10) Warmuth, Anhang 8
Maffei, H. Die Moorkultur in Oberbayern und deren Statistik im Besonderen, München 1913, S. 60.
Maffei hat die Kultivierungsmethoden und die Statistiken von Oberbayern beschrieben.
- (11) HStA GL 4432
- (12) ebda
- (13) ebda
- (14) DM 5289
- (15) ebda
- (16) ebda
- (17) DM 5295
- (18) Wann die Kultivierung des Seehauser Moores fertiggestellt war, ließ sich an Hand der Akten nicht feststellen.
- (19) DM 5278
- (20) ebda
- (21) ebda
- (22) DM 5278
- (23) HStA GL 4431
- (24) ebda
- (25) ebda
- (26) ebda
- (27) DM 5274
- (28) HStA GR 457/136
- (29) HStA GL 4432/115
- (30) HStA GL 4432/116
- (31) HStA GL 4432/70
- (32) HStA GL 4432/74
- (33) HStA GR 329/6
- (34) HStA GR 457
- (35) ebda
- (36) ebda
- (37) ebda
- (38) ebda
- (39) ebda
- (40) Warmuth S. 68

- (41) So der Probst Bertold von Andechs in Warmuth S. 56
- (42) In seinem Bericht über die Kultivierung des Königsdorfer Moores schrieb Utzschneider:
...einige Unterthanen wollen gar nichts kultivieren, weil selbe andere Gründe im Überfluß haben, und diese letzteren nicht genug bearbeiten können."
Ähnliche Äußerungen wären auch aus anderen Kulturvorschlägen bzgl. anderer Moore anzuführen.
- (43) HStA GR 336/23
- (44) HStA GR 336/24
- (45) DM 5280
- (46) HStA 336/23
- (47) DM 5338, DM 5337
- (48) Doeberl, M., S. 351
weitere wichtige Literatur zur Donaumoosgeschichte:
Aretin, J.G.Frhr.v., Vier wichtige Aktenstücke zur Kulturgeschichte des Donaumooses in Bayern, München 1796
Gruber, Ch., Moorkolonien in Bayern in:
Geographisches Jahrbuch 1885, Gotha
Hensele, Donaumoos-Studien
in: Vierteljahresschrift des bayerischen Landwirtschaftsrates, 4. Jahrgang, 1899
Krell, H., Die Besiedelung des Donaumooses, Neuburg an der Donau 1949
Fechmann, H.v., Geschichte der Austrocknung und Kultur des Donaumooses, o.O. 1832
Stengel, F., Die Austrocknung des Donaumooses, o.O. 1891
- (49) Aretin, S. 206
- (50) Der kurfürstl. Kabinettssekretär Frhr. v. Stengel war einer der eifrigsten Verfechter der Moorkultur. Als Reisebegleiter Karl Theodors hatte er 1783 die Trockenlegung der Pontinischen Sümpfe beobachtet. Dieses Werk hatte ihn so begeistert, daß er nach seiner Rückkehr nach Bayern erstmals eine Reihe von Einzelverordnungen bezgl. der Moorkultur zu einem Gesamtmandat zusammenfaßte.
- (51) Aretin, S. 211

Pechmann, H., S. 45ff

Hensele, S. 9ff

(52) Aretin, S. 222

(53) Eine Anfrage nach Unterlagen über Utzschneider beim Staatsarchiv Neuburg an der Donau blieb ohne Erfolg.

(54) HStA Gl. 3621

(55) HStA Gl. 3621

(56) Doeberl, 351,352

(57) Die Feststellung Hammermeyers, daß Utzschneider und Stengel die treibenden Kräfte der Donaumooskultivierung gewesen wären (s. Hdb. d. bayerischen Geschichte Bd. II, S. 1010) kann auf Grund der Akten nicht bestätigt werden. Hier kommt Stengel allein eine große Bedeutung zu.

(58) Neben Utzschneider, Stengel und Georg von Aretin waren dies vor allem auch Karl von Aretin, Johann Jakob Lanz, der Ingolstädter Professor Franz Schrank und Adrian von Riedl.

IV. Die Neuordnung der Forstverwaltung (S. 42 - 66)

(1) s. dazu DM 5276,5290,5279,5275,5291,5293

(2) HStA MF 37514

(3) Stoll, S.51. Der erste Entwurf dieser Denkschrift, der sich von dem eingereichten Original fast nicht unterscheidet, soll laut Stoll im Deutschen Museum liegen. Dem Verfasser wurde aber im Deutschen Museum mitgeteilt, daß diese Denkschrift nicht auffindbar wäre.

(4) Stoll, S.52

(5) Köstler, J., Geschichte des Waldes in Bayern, München 1934, S. 35f

(6) HStA GR 456

(7) Köstler, S. 36ff

Literatur zur Forstgeschichte des 18. Jahrhunderts ist nur sehr wenig vorhanden. Hervorzuheben ist vor allem

die Arbeit von Kostler. Weitere meist nur sehr kurze Abhandlungen sind:

Backmund, F., Zur Geschichte der Forsteinrichtung in Bayern in: Forstwissenschaftliches Centralblatt 57, 1935

Bosl, K., Forsthoheit als Grundlage der Landeshoheit in: Festschrift zur 100-Jahrfeier des Maximilians-gymnasiums in München, München 1949

Hess, R., Lebensbilder hervorragender Forstmänner, Berlin 1882

Keiper, Kurpfalzbaierische Forstverwaltung in: Forstwissenschaftliches Centralblatt 49, 1905

Mantel, W., Die Einnahmen aus den bayerischen Staatswäldungen seit Ausgang des 18. Jahrhunderts, München 1939

Roth, K., Geschichte des Forst- und Jagdwesens Berlin 1879

Rubner, H., Forstgeschichte im Zeitalter der industriellen Revolution, Berlin 1967

Lütge, F., Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Ein Überblick. Berlin 1966, =Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft hrsg. v. Kunkel, Peters, Preiser

(8) Stoll, S.52

(9) Köster, S.101

(10) ebda S.106

(11) siehe dazu Mantel S. 32ff. Mantel behandelt allerdings vor allem die Erträge nach 1800

(12) HStA GR 456

(13) Hazzi, J., Die echten Ansichten der Wäldungen und Forste samt der Geschichte des Forstwesens. München 1801

(14) Stoll, S. 54

(15) HStA GR 454

(16) ebda

(17) ebda

(18) ebda

(19) ebda

(20) ebda

(21) ebda

- (22) ebda
- (23) ebda
- (24) ebda
- (25) ebda
- (26) ebda
- (27) ebda
- (28) ebda
- (29) ebda
- (30) ebda
- (31) ebda
- (32) ebda
- (33) ebda
- (34) ebda
- (35) ebda
- (36) ebda
- (37) ebda
- (38) ebda
- (39) ebda
- (40) ebda
- (41) DM 5273
- (42) ebda
- (43) ebda
- (44) HStA GR 454
- (45) ebda
- (46) ebda
- (47) ebda
- (48) ebda
- (49) HStA GR 672
- (50) HStA GR 454
- (51) HStA GR 456
- (52) HStA GR 454
- (53) HStA GR 456
- (54) ebda
- (55) ebda
- (56) ebda
- (57) ebda
- (58) ebda
- (59) ebda
- (60) ebda
- (61) HStA GR 461

- (62) HStA GL 529
- (63) ebda
- (64) ebda
- (65) ebda
- (66) HStA GR 456
- (67) ebda
- (68) ebda
- (69) ebda
- (70) ebda
- (71) Offensichtlich war die strenge Ermahnung, die Utzschneider weiter oben schilderte, nicht der einzige Grund, daß die Bauern wieder besänftigt werden konnten.
- (72) HStA GR 454
- (73) ebda
- (74) ebda
- (75) ebda
- (76) ebda
- (77) ebda
- (78) ebda
- (79) HStA GR 456
- (80) ebda
- (81) Dies war sicherlich auch ein Zugeständnis an ein bereits erheblich länger bestehendes Amt. Außerdem wollte man nicht noch mehr Ärger haben, als sowieso schon vorhanden war.
- (82) Die folgenden Punkte der Verordnung bezogen sich auf die Organisation der Forstschule. Darauf werde ich im nächsten Kapitel genauer eingehen.
- (83) Dies sind: "Diarium über eine Commissionsreise nach Zwiesel 1788" (DM 5340); "Kommissionsdiarium vom 17. September 1790 bis 27. September dann 4. Oktober bis 20. Oktober 1790 nach Oberbayern" (DMS175); "Diarium auf der Reise in die Forstmeistereien Peißenberg, Landsberg, ...etc. von 9. bis 25. April 1791" (DM 5176); "Reisediarium durch einen Theil Schwabens ,Tyrols, etc. vom 17. September 1791 bis ..." (DM 5174)
- (84) Zum größten Teil bestehen die Diarien aus exakten

und sehr umfangreichen Beschreibungen von Landschaften, durch die Utzschneider reiste. Die Besprechung der einzelnen Diarien erschien mir deshalb nicht sinnvoll. Relevante Stellen werden bei den entsprechenden Themen in dieser Arbeit erwähnt.

- (85) Stoll S. 84
- (86) Schüpfer, E., Skizzen über forstliche Zustände in Bayern am Ende des 18. Jahrhunderts, in: Forstwissenschaftliches Zentralblatt 39, 1917
- (87) Man bedenke nur seine Einstellung zu den Zählhölzern im Gebirge in seiner Denkschrift. Von was die Leute ohne diese Zählhölzer leben sollten, interessierte ihn nicht. Es war seiner Meinung nach ein Mißstand und damit abzuschaffen. Diese Einstellung war, wie bereits gesagt, symptomatisch für Utzschneider.

V. Utzschneiders Ansichten zur Bildung und die Gründung einer Forstschule (S. 67 - 81)

- (1) Vgl. dazu: Glückel, M., H. Braun und die bayerischen Schulen von 1770 bis 1781, München 1891
Bögl, G., Der Wandel der Volksbildungsidee in den Volksschullehrplänen Bayerns. Von der Braunschen Reform bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, 1929
Suchan, M., Die Entwicklung von Volksschuloberstufen in Bayern vom Braunschen Lehrplan bis zur Lexschen Lehrerordnung (1770 - 1926), Regensburg 1972
- (2) Außer Paulsen, F., Geschichte des gelehrten Unterrichts, 2 Bde., Berlin, Leipzig 1921, gibt es praktisch kaum erwähnenswerte Arbeiten über die Geschichte der Volksschule. Zu nennen wären noch:
Held, H., Albayerische Volkserziehung und Volksschule. 3 Bde. München 1926 - 1928. Diese Arbeit behandelt nur die zur Erzdiözese München und Freising gehörenden Schulen.
Hindringer, R., Das kirchliche Schulrecht in Altbayern

von Albrecht V. bis zum Erlaß der Verfassung,
Paderborn 1916

- (3) DM 5341/1
- (4) ebda
- (5) ebda
- (6) Hazzi, J., Statistische Aufschlüsse über das Herzogtum Bayern in drei Bänden, Nürnberg 1803
- (7) HStA Minn 19633
- (8) ebda
- (9) ebda
- (10) ebda
- (11) ebda
- (12) ebda
- (13) ebda
- (14) ebda
- (15) ebda
- (16) ebda
- (17) ebda
- (18) ebda
- (19) ebda
- (20) DM 5120
- (21) HStA GR 456
- (22) HStA GR 454
- (23) HStA GR 463
- (24) Köster S. 116
- (25) HStA GR 463
- (26) Der Titel des von Grünberger verfaßten Lehrbuches war:
Grünberger, H., Lehrbuch für pfalzbaierische Förster,
München 1788
- (27) Dätzels Buch lautete:
Däzel, A., Praktische Anleitung zur Forstwirtschaft,
München 1787 Dätzel, Georg Anton (5.2. 1752-1842)
1770 Eintritt in den Jesuitenorden. Nach dem
Universitätsstudium und einem Auslandsaufenthalt
(1775-1778) war er ab 1780 Professor an der
kurfürstlichen Pagerie. Ab 1790 war er Professor
für Mathematik und Forstwissenschaften an der
kurfürstlichen Forstschule in München. 1803 wurde er
Direktor der Forstschule in Weißenstephan. Ab 1807

war er Professor für Forstwissenschaften an der Universität Landshut und München.

- (28) Strobl, Johann Baptist (1748 - 1805). Er war Professor am Straubinger Gymnasium. 1777 erwarb er die Ostensche Verlagsbuchhandlung, 1795 wurde er Leiter des Churfürstlichen Intelligenzblattes. Er ist einer jener Männer, die uns in Utzschneiders Leben immer wieder begegnen.
- (29) HStA GR 463
- (30) ebda
- (31) Grünberger war außerdem bereits mit dem Amt des Forstmeisters belohnt worden.
- (32) HStA GR 463
- (33) Dies entsprach ganz den Grundvorstellungen Utzschneiders, wie sie auch in der Denkschrift auf Seite dieser Arbeit zum Ausdruck kamen.
- (34) Mit dieser Verordnung wurde auch das Oberstforstmeisteramt gegründet. (s.o.)
- (35) HStA GR 463
- (36) HStA MF 12066
- (37) Warum hier ein Unterschied zwischen Sommer- und Winterkurs gemacht worden ist, ist aus den Akten nicht ersichtlich. Die Unterrichtszeiten waren für beide Kurse gleich. Da aber auch praktischer Unterricht auf der Plantage durchgeführt wurde, ist anzunehmen, daß man hier auf Grund des früheren Sonnenaufgangs bereits früher zu arbeiten anfang.
- (38) HStA GR 463
- (39) HStA MF 12066
- (40) HStA GR 463
- (41) HStA MF 12066
- (42) ebda
- (43) Hazzi, Ansichten der Waldungen und Forste
- (44) Schüpfer, V., Zur Geschichte des forstwissenschaftlichen Unterrichts in Bayern, München 1929
Zwinger, Die ersten Forstschulen Bayerns, München 1926. (=Mitteilungen vom Verein der höheren Forstbeamten Bayerns)
- (45) DM 5324

(46) DM 5414

21. Utzschneider und Berchtesgaden (S. 86. u. 100)

- (1) DM 5175
- (2) ebda
- (3) Spindler, Bd. II, S. 673 f
- (4) Zur Geschichte der bayerischen Salzzentren siehe
 Barth, G. Die Bedeutung der Bodenschätze für die
 bayerische Landesentwicklung, 1960
 Beschreibung der kgl. bayerischen Salinen Reichenhall
 und Berchtesgaden, Bad Reichenhall 1854
 Bülow, G.v., Die Sudwälder von Reichenhall, Weisbach an
 der Alpenstraße 1962
 Eichhorn, L. Die Salinenwälder von Reichenhall. 150
 Jahre Salinenkonvention. München 1979
 Freundl, S. Salz und Saline. Dargestellt am Beispiel
 der ehemaligen Saline Rosenheim, Rosenheim 1978
 Freydank, H. Zur Geschichte der Salinen Traunstein in
 Bayern, Berlin 1935
 Klein, H. Zur älteren Geschichte der Salinen Hallein
 und Reichenhall in: Vierteljahresschrift für Sozial-
 und Wirtschaftsgeschichte 38, H.4, 1951
 Loßen, W., Geschichte und Beschreibung der Reichen-
 haller Solequellen, der Soleleitungen von Berchtes-
 gaden, Rosenheim und der Reichenhaller Salinen. Bad
 Reichenhall 1968
 Loßen, W., Die Reichenhaller Salinen, 1961
 Mittendorfer, M., Die Liquidation der Salinen Hall.
 Innsbruck 1970
 Wiedemann, M., Die Saline Bad Reichenhall. Bad Reichen-
 hall 1928
- (5) Zur Geschichte Berchtesgadens und der politischen
 Verhältnisse zu Bayern siehe:
 Avirmont, M.v., Geschichte der Salzbergwerke
 Berchtesgadens, München 1903
 Füglein, H., Joseph Konrad, der letzte Propst von

Berchtesgaden. Eine Gedenkschrift an dessen 100. Todestag. Berchtesgaden 1903

Gehring, L., Das Berchtesgadener Salzbergwerk. Seine Geschichte, Anlage, Einrichtung und sein Betrieb, Berchtesgaden 1926

Hailer, F., Der Salzbergbau zu Berchtesgaden, Berlin 1856

Koch-Sternfeld, E.J. Ritter v., Geschichte des Fürstenthums Berchtesgaden und seiner Salzbergwerke, 3 Bde., Salzburg 1815

ders., Die teutschen, insbesondere die baierischen und österreichischen Salzwerke, München 1836

Martin, F., Berchtesgaden, Die Fürstpropstei der regulierten Chorherrn, Augsburg 1923

Schönau, F., Geschichte des Berchtesgadener Landes, Neustadt a.d. A. 1960

Roth, G., Die gefürstete Propstei Berchtesgaden in der Zeit ihres letzten gefürsteten Propstes: 1780-1803, München 1939

- (6) Dieser Salzreichtum wurde auch von einem gewissen Vierthaler beschrieben. Er berichtete, daß "sogar der Thon vom Salz durchschwängert" wäre und daß in den Sinkwerken das Wasser den Sättigungsgrad früher erreichen würde, als in Hallein. (Vierthaler, F.M., Meine Wanderungen durch Salzburg, Berchtesgaden und Österreich, Bd. II, S. 205)
- (7) DM 5177
- (8) ebda
- (9) Diese Aussage ist sicherlich stark übertrieben, da auch vor dem Vertrag von 1795 die Einnahmen aus den Salinen rund ein Fünftel bis ein Viertel des Staatshaushaltes ausmachten.
- (10) Roth S. 78ff
- (11) Koch-Sternfeld, Geschichte Berchtesgadens, Bd. 3 S. 62
- (12) Roth S. 84
- (13) Im Reisediarium DM 5175 verweist Utzschneider auf ähnliche Beschreibungen in einem Diarium von einer Reise nach Berchtesgaden vom Jahre 1789. Dieses Diarium war aber nicht mehr auffindbar.

- (14) Köster, S. 59
- (15) So nannte man die Grenzlinien
- (16) HStA KL Berchtesgaden 141 1/10
- (17) ebda
- (18) ebda
- (19) ebda
- (20) ebda
- (21) ebda
- (22) ebda
- (23) HStA GR 718
- (24) ebda
- (25) ebda
- (26) ebda
- (27) HStA KL Berchtesgaden 141 1/43
- (28) ebda
- (29) ebda
- (30) ebda
- (31) ebda
- (32) Vgl. dazu HStA KL Berchtesgaden 141 1/5 und 141 1/43
- (33) Koch-Sternfeld, Geschichte Berchtesgadens, Bd. III, S.92
- (34) HStA KL Berchtesgaden 141 1/5
- (35) HStA KL Berchtesgaden 141 1/43
- (36) Der folgende Vertrag befindet sich im HStA KL Berchtesgaden 141 1/19 und MA 4644 und im Deutschen Museum 4645
- (37) HStA KL Berchtesgaden 141 1/19. Die Akten zeigen eher das Gegenteil dieser Behauptung.
- (38) Der gesamte Vertrag ist ein sehr umfangreiches Werk, wobei die Mehrzahl der einzelnen Punkte sehr detaillierte Absprachen über Holz- und Salzlieferungen und andere Dinge sind, die für diese Arbeit nur von sehr untergeordneter Bedeutung sind.
- (39) HStA KL Berchtesgaden 141 1/19
- (40) ebda
- (41) Reise durch Oberdeutschland. In Briefen an einen vertrauten Freund, Bd.I, S.368
- (42) HStA KL Berchtesgaden 141 1/9

- (43) ebda
- (44) DM 5236 und HStA BHS 2161
- (45) HStA KL Berchtesgaden 141 1/13
- (46) Man erkennt hier bereits die Ideen des späteren Frühkapitalisten Utzschneider. Später, nach seiner zweiten Entlassung 1801, griff er diese Ideen in München wieder auf und gründete selbst eine Reihe von Manufakturen in und um München.
- (47) HStA KL Berchtesgaden 141 1/13
- (48) Sonst waren fast keine Archivalien über Utzschneiders Tätigkeit auffindbar. Auf eine Anfrage bei der Berg-Hütten und Salinen AG, die ein Archiv in Peißenberg hat, wurde dem Autor mitgeteilt, daß dort keine Archivalien von und über Utzschneider vorhanden wären. Auch im Archiv des Forstamtes Berchtesgaden waren, außer einem Verlackungsprotokoll keine Unterlagen zu finden.
- (49) DM 5243
- (50) ebda
- (51) Dies darf doch ziemlich bezweifelt werden.
- (52) DM 5243
- (53) HStA KL Berchtesgaden 141 1/13
- (54) HStA KL Berchtesgaden 188 1/4
- (55) ebda
- (56) ebda
- (57) Zum Rastätter Kongreß vgl.:
Hüffer, H., Der rastatter Congreß und die zweite Coalition, 2 Bde. Bonn 1878/79
Montarlot, P., Pingaud, L., Le Conres de Rastatt, Correspondence et documents, Paris 1912/13, 3 Bde.
Vivenot, A. Ritter von, Zur Geschichte des Rastatter Congresses, Wien 1871
Aretin, K.O.Frhr.v., Heiliges Römisches Reich 1746-1896, Bd I., S. 345 - 435, Wiesbaden 1967
Weis, E., Mongelas 1759 - 1799, München 1971 S. 360-404
- (58) DM 5095
- (59) DM 5098

- (60) ebda
- (61) DM 5239 und HStA BHS 2161
- (62) DM 5243
- (63) Bauernfeind, C.M. v., Joseph von Utzschneider und seine Leistungen auf staats- und wirtschaftlichem Gebiet, München 1880, S. 16 Johann Sebastian Claiss (1742-1809) war in Baden in der Schweiz geboren. Im Schwarzwald erlernte er das Uhrmacherhandwerk und kehrte danach nach Genf zurück. Danach lebte er in England, wo er unter anderem Mitarbeiter von James Watt war. Er erfand hier die Indexwaage, wofür er das Londoner Bürgerrecht erhielt. 1772 ging er nach Baden als Hofmechaniker und Rechnungsrat, übersiedelte 1778 nach Winterthur, wo er eine chemische Fabrik gründete. Gleichzeitig war er Bergwerksdirektor bei der Berner Regierung und als einer der besten Fachleute auf dem Gebiet der Bergwerkstechnik. 1785 kam er als Hofkammerrat nach Bayern, um die veralteten Salinen von Reichenhall und Traunstein zu modernisieren. Nachdem er 1806 vergeblich versucht hatte, die bayerischen Salinen zu pachten, ging er nach Frankreich, um die dortigen Salinen auszubauen. Hier starb er dann 1809.
- (64) DM 5243
- (65) DM 5242
- (66) DM 5244
- (67) ebda

VII. Bayern nach dem Tode Karl Theodors (S. 102 - 107)

- (1) siehe S. 8ff dieser Arbeit
- (2) Weis, E. Die Begründung des modernen bayerischen Staates unter König Max I., in: Bayerische Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert 1800 - 1970, 1. Teilband, hrsg. v. Max Spindler, München 1974
- (3) Montgelas (1759 - 1838) wurde in München als Sohn eines savoyardischen Generals und Diplomaten in bayerischen Diensten und einer bayerischen Gräfin

Trauner geboren. Erzogen wurde er in Nancy, er studierte in Straßburg und Ingolstadt und wurde, nachdem er 1779 das juristische Examen abgelegt hatte, unbesoldeter Hofrat in München und bald auch Mitglied des Bücherzensurkollegiums. Als Mitglied des aufgedeckten Illuminatenordens sah er in München keine Beförderungsmöglichkeiten mehr und wechselte in den Dienst des Herzogs Karl II. August von Zweibrücken. Nach dem Tode des Herzogs 1795 avancierte er schnell zum einflußreichsten Berater des neuen zweibrücker Regenten Max Joseph. Nach der Regierungsübernahme in München war Montgelas von 1799-1817 Außenminister, von 1806 -1817 Innenminister und 1803-1806 sowie 1809 - 1817 Finanzminister. Nach seinem Sturz am 2.2.1817 war er nur noch in der Kammer der Reichsräte politisch tätig. Die zur Person und Politik Montgelas grundlegendste Biographie ist die bereits zitierte von E. Weis.

sowie ders., Maximilian Joseph Graf v. Montgelas, 1759-1838 in: Männer der deutschen Verwaltung, Köln/Berlin 1963, S. 59-78

- (5) Weis, Die Begründung ... S.9

Döberl II, 354 ff

Weis, Montgelas 437 ff

Du Moulin Eckart, R. Graf, Bayern unter dem Ministerium Montgelas, I. (1799-1800), München 1895

Steinwachs, O., Der Ausgang der landschaftlichen Verordnung in Bayern, in: OA 57, 1913, S.39

- (6) Auf diese Situation wird weiter hinten noch genauer eingegangen.

- (7) Klotz S. 62

- (8) Aretin, Bayerns Weg..., S.49

- (9) Aretin, Bayerns Weg ..., S. 49

- (10) Klotz, S. 61f

- (11) Weis, Die Begründung ..., S. 56

- (12) HStA Hausarchiv Korrespondenzakten 1703 1/4, 1704 1/2, Nachlaß Max Joseph I. 2378a, sowie Bayerische Staatsbibliothek Handschriftenabteilung Cgm 6343.

Im Hausarchiv sind insgesamt 26 Briefe, die bis ca.

1795 gehen und in der Staatsbibliothek 32 Briefe bis ca. 1798. Nur aus dem Jahr 1799 ist kein Brief erhalten geblieben. Die Annahme Prinz Adalbert von Bayerns, daß die Verbindung ab 1795 abgebrochen wäre, ist nicht richtig, wie die Funde in der Staatsbibliothek zeigen. Auf Grund von Utzschneiders Karriere nach 1799 erscheint dies auch unwahrscheinlich. (s. Adalbert Prinz von Bayern, Max I. Joseph, S. 245) Aus den Briefen geht auch hervor, daß Graf Freysing ein enger Freund sowohl von Max Joseph als auch von Utzschneider gewesen sein muß.

(13) HStA Hausarchiv Korespondenzakten 1703 1/4

VIII. Utzschneider als Kommissaer der Hauptpflegen (S. 107 - 111)

- (1) DM 5244
- (2) ebda
- (3) ebda
- (4) 5342
- (5) HStA MF 37514
- (6) DM 5306
- (7) DM 5342
- (8) ebda
- (9) ebda
- (10) ebda
- (11) ebda
- (12) ebda

IX. Die provisorische Zollordnung von 1799 (S. 112 - 118)

- (1) HStA MF 11566
- (2) Anmerkungen über das churfürstliche Rescript d.d. 25. July 1799 an den Stadtmagistrat zu München die neue Mautordnung betreffend, München o.J., 34 f
- (3) ebda S. 38

im 18. Jahrhundert. Stuttgart 1900, S.285ff

- (9) Utzschneider, J., Vortrag bei der kurfürstlich gnädigst angeordneten Spezialkommission in Militärsachen. In: Materialien zu einem künftigen Landtage in Bayern, Herausgegeben von v.W., einem bayerischen Landstande. Regensburg 1800, S.10
- (10) ebda S. 11
- (11) ebda S.13
- (12) ebda S.16ff
- (14) ebda S.20
- (13) ebda S. 19
- (15) ebda
- (16) ebda
- (17) ebda S.27
- (18) Diese Denkschriften sind alle nicht datiert.
- (19) Utzschneider, J., Von der Artillerie, HStA Kriegsarchiv HS 85
- (20) Utzschneider, J. Von den Eigenschaften eines kommandierenden Generals, HStA Kriegsarchiv HS 85
- (21) Die beiden Reflexions militaires liegen ebenfalls im Kriegsarchiv unter der Nummer HS 85.
Alle Denkschriften Utzschneiders im Kriegsarchiv sind undatiert. Mit ziemlicher Sicherheit kann man aber sagen, daß sie vor dem Juli 1799 entstanden sind.
- (22) Utzschneider, J.,Anmerkungen für die Kriegsbau-Kunst, HStA Kriegsarchiv HS 85
- (23) Scheel, S.613
- (24) HstA Altbayerische Landschaft 796
- (25) HStA Kriegsarchiv HS 85

XII. Der Pfalz-Neuburgische Deputationsab-
schied(S. 131 - 137)

- (1) Erläuterungen des Pfalz-Neuburgischen Deputationsab-
schieds über die Neuburgischen Landes- und Regierungs -
Verhältnisse d.d. München 5. Oktober 1799, o.O. 1799,
S.8ff Zur Zusammensetzung der neuburgischen Stände

siehe Rall, S. 515ff

Einweg, C.A., Geschichte des Herzogtums Neuburg, Neuburg
a.d. Donau 1871

- (2) ebda
- (3) Aretin, S.36
Hammermayer, L., Staatliche Herrschaftsordnung und
altständische Repräsentation, Handbuch der
bayerischen Geschichte, 2, München 1969, S.1084
- (4) Aretin, S. 36
- (5) ebda S.17
- (6) ebda S.28
- (7) DM 5092
- (8) Erläuterungen ..., S.173
- (9) DM 5092
- (10) ebda
- (11) ebda
- (12) Erläuterungen ..., S.71ff
- (13) DM 5092
- (14) ebda
- (15) ebda
- (16) HStA Altayerische Landschaft 796
- (17) Siehe: Steinwachs, S.57, S. 52f
Poschinger, H.v., Bankgeschichte des Königreichs
Bayern, Erlangen 1875
Born, K.E., Geld und Banken im 19. und 20. Jahrhun-
dert. Stuttgart 1977, S. 48ff
- (18) Erläuterungen ..., S. 166f
- (19) ebda S. 168
- (20) Bauernfeind, C.M.v., Joseph von Utzschneider und
seine Leistungen auf staats- und volkswirtschaft-
lichem Gebiet. München 1880, S. 18

XIII. Utzschneiders Forderungen nach einem Landtag in
Bayern (S. 138 - 143)

- (1) HStA Albayerische Landschaft 795
Scheel meint, daß Utzschneider quasi ,seit längerem

auf eine Gelegenheit wartete, um die einschneidenden Maßnahmen gegen die Landschaft zu fordern und nun diese Gelegenheit gekommen sah.

Daß Utzschneider eine liberale Gesinnung hatte ist unbestreitbar, doch scheint mir, die Forderung nach einem Landtag aus der Erkenntnis der katastrophalen Lage Bayerns entstanden zu sein. Man kann an Hand der Akten erkennen, wie seit Utzschneiders Arbeitsantritt als geheimer Referendär die Anfragen bei den einzelnen Behörden und die damit zusammenhängende Erkenntnis der schlimmen Situation Bayerns, Utzschneider immer mehr veranlassen, verzweifelt nach Lösungen aus dieser Lage zu suchen. Er mußte erkennen, daß nur ein radikaler Bruch mit der Vergangenheit Besserung schaffen konnte. Und dieser Bruch konnte nur mit Hilfe eines Landtages vollzogen werden. Die Landtagsforderung war also kein lange geplanter Akt, sondern eine in den wenigen Monaten seiner Amtszeit entwickelte Idee.

(2) ebda

(3) ebda

(4) ebda

(5) ebda

(6) ebda

(7) ebda

(8) ebda

(9) HStA Staatsratsakten 381

(10) ebda

(11) Steinwachs, S.51

(12) Utzschneider, J., Privatmeinung des churfürstlich geheimen Referendär in landschaftlichen Angelegenheiten, über den gegenwärtigen Zustand der bayerischen Staatswirthschaft, in:
Materialien zu einem künftigen Landtage ..., a.a.o.
Der Vortrag befindet sich auch im HStA unter der Signatur Altbayerische Landschaft 796

(13) ebda

(14) ebda

(15) ebda

(16) ebda

- (17) ebda
- (18) HStA Altbayerische Landschaft 796
- (19) Steinwachs, S. 54

XIV. Die Landschaft im Jahre 1800 (S. 144 - 154)

- (1) siehe dazu:
Scheel, H., (Hrsg.), Jakobinische Flugschriften aus dem deutschen Süden Ende des 18. Jahrhunderts, Berlin 1965
Boucher, M., La revolution de 1789, vue par les ecrivains allemands, ses contemporains, Paris 1954
Zimmermann, F., Bayerische Verfassungsgeschichte vom Ausgang der Landschaft bis zur Verfassungsurkunde von 1818, Bd. I, München 1940, S.49ff
- (2) Scheel S. 613
- (3) Socher, J., Die Landstände in Bayern. Was waren sie? Was sind sie? Was sollen sie sein? o.O. 1800
s. dazu auch Scheel S. 613
- (4) Socher war Pfarrer bei München und Anhänger und Schüler von Kant siehe dazu: Schmitt, E., Joseph Socher - Der bayerische Abbé Sieyès. in: ZBLG 30, 1967, S.264-297
- (5) Neuester landständischer Eundbrief mit Erläuterungen.o.O.1800
- (6) HStA Altbayerische Landschaft 797
- (7) ebda
- (8) s. z.B. Stutzer, D., Die Säkularisation 1803. Der Sturm auf Bayerns Klöster und Kirchen. Rosenheim 1978
- (9) Steinwachs S. 56
- (10) ebda S. 56f
- (11) Vortrag des geheimen Referendärs v. Utzschneider über einen Landtag in Bayern,d.d.1.Februar 1800. S.5 in:
Mit welchen Schwierigkeiten begann im Jahre 1799 und 1800 die Regierung Sr. Majestät des Königs Maximilian Joseph in Bayern? von J.v. Utzschneider,

München 1837, S. 1 - 11

Der gleiche Vortrag ist auch abgedruckt in:
Präliminarien eines neuen Landtages in Bayern, 2.
Lieferung, o.O. 1800

und liegt in handschriftlicher Form im HStA unter der
Signatur Altbayerische Landschaft 796

(12) ebda S. 6f,

(13) ebda S. 7

(14) ebda S. 7

(15) ebda S. 8

(16) ebda S. 10

(17) HStA Staatsratakten 2

(18) Utzschneider, J., Nachtrag zu meinem Voto vom 1.
Februar 1800, den Landtag in Baiern betref fend.
Über eine Landesdefensions-Armee in Baiern. München
1800, in:

Präliminarien eines neuen Landtages in Bayern. 2.
Lieferung, o.O. 1800

Der Vortrag ist ebenfalls abgedruckt in: Materialien
zu einem künftigen Landtage in Baiern, hrsg. v. W.
einem baierischen Landstande, Regensburg 1800
und befindet sich als handschriftliches Manuskript im
HStA unter der Signatur Altbayerische Landschaft 796

(19) ebda S. 64

(20) ebda S. 66

Die Orientierung Utzschneiders auf die "werktätigen
Massen" wie Scheel es nennt, scheint mir doch sehr
übertrieben. Auf Mißstände dieser Art hatte er
schon mehrfach hingewiesen, wie auch diese Arbeit
zeigt. Dies tat Utzschneider nicht aus sozialen
Gesichtspunkten heraus, sondern weil es für ihn
Mißstände waren, die den Staat seiner Ansicht nach
schädigten.

(21) ebda S. 67

(22) ebda S. 68

(23) ebda S. 72

(24) ebda S. 73

(25) HStA Staatsratsprotokolle 2

(26) ebda

- (27) Denkwürdigkeiten des Grafen Maximilian Joseph von Montgelas ..., d.d.U. S. 167/68
- (28) Churfürstliches Postulats-Reskript an die landschaftliche Verordnung in Bayern, d.d. 11. Hornung 1800. in:
Mit welchen Schwierigkeiten ...
- (29) ebda S. 19
- (30) ebda S. 20

XV. Die "Neue Erklärung der Landesfreyheit in Bayern"
(S. 155 - 168)

- (1) Utzschneider, J., Entwurf einer neuen Erklärung der Landesfreyheit in Bayern. in: Mit welchen Schwierigkeiten ..., München 1800, S. 40 - 66
Die Denkschrift ist auch abgedruckt in:
Materialien zu einem künftigen Landtag in Bayern ..., S. 80ff
Außerdem liegt diese Arbeit im HStA unter der Signatur Altbayerische Landschaft 797
- (2) ebda S. 43
- (3) ebda S. 44
- (4) ebda S. 46
- (5) ebda S. 47
- (6) ebda S. 47
- (7) ebda S. 48
- (8) ebda S. 49
- (9) ebda S. 49
- (10) ebda S. 53
- (11) ebda S. 54
- (12) ebda S. 56
- (13) ebda S. 57
- (14) ebda S. 58 Dieser Satz ist in der Denkschrift gesperrt gedruckt, was seine Bedeutung für Utzschneider hervorhebt.
- (15) ebda S. 59
- (16) ebda S. 61
- (17) ebda S. 65

- (18) HStA Altbayerische Landschaft 797
- (19) Scheel, S.632
- (20) Krenner, Franz v. (24.12.1762 - 17.9.1819). 1779 Jurastudium in Ingolstadt. 1785 Sekretär und Rat an der Hofkammer sowie Hofanlagsbuchhalter. Nachdem er unter Karl Theodor Mitglied der Schuldentilgungskommission gewesen war, ernannte ihn Max Josphe 1799 zum geheimen Referendär im Finanzministerium. 1808 wurde er geheimer Rat und 1813 fungierender, ab 1817 wirklicher Generaldirektor der Finanzen.
- (21) DM 5221
- (22) DM 5222
- (23) s. dazu Steinwachs S. 78
- (24) DM 5225
- (25) ebda
- (26) HStA MF 37514
- (27) Du Moulin Eckart, Ehrenrettung, S.153
- (28) DM 5228

XVI. Der Jakobinismus in Bayern (S. 169 - 179)

- (1) Privatmeinung ... S.33
- (2) vgl. Scheel
Zimmermann, Bayerische Verfassungsgeschichte vom Ausgang der Landschaft bis zur Verfassungs- urkunde von 1818. Erster Teil. Vorgeschichte und Entstehung der Konstitution von 1808, München 1940
Du Moulin Eckart, R. Graf, Bayerische Zustände und die französische Propaganda im Jahre 1796, in: Forschungen zur Kultur- und Literaturgeschichte Bayerns Bd.2, München 1894, S.168- 211
ders., Bayern unter dem Ministerium Montgelas, Bd. I (1799-1800), München 1895, S. 399-414
Männer, L., Bayern vor und in der Französischen Revolution, Stuttgart 1929, S. 157
z.B. Die Korrespondenz von Montgelas.
s. dazu Weis, E., Montgelas S.217 -261

- (4.) Insbesondere die sehr gründlich recherchierte Arbeit von Scheel vollzieht zum Teil Schlußfolgerungen, die ich für reine Spekulation halte. Auf Grund der ideologischen Färbung der Arbeit, wird der Einfluß der "werktätigen Massen" doch sehr stark überzogen dargestellt.
- (5) Weis, E., Pfalz-Bayern, Zweibrücken und die französische Revolution. S.122
- (6) ebda S.122
- (7) Weis, E., *Revoltes paysannes et citadines dans les Etats allemands sur la rive gauche du Rhin, de 1789 a 1792*, in:
Francia 3, München 1976, S. 346 - 358
ders., Pfalz-Bayern, Zweibrücken und die französische Revolution, in: J. Voss(Hrsg.), Deutschland und die Französische Revolution, München 1983
- (8) vgl. dazu
Grab, W. Demokratische Strömungen in Hamburg und Schleswig-Holstein zur Zeit der ersten französischen Republik, Hamburg 1966
ders., Norddeutsche Jakobiner. Demokratische Bestrebungen zur Zeit der Französischen Revolution, Hamburg 1967
Büsch, O. und Grab, W., (Hrsg.), Die Demokratische Bewegung in Mitteleuropa im ausgehenden 18. und frühen 19. Jahrhundert. Ein Tagungsbericht. Berlin 1980
Dreyfus, F.-G., *Sociétés et mentalités à Mayence dans la seconde moitié du XVIIIe siècle*, Paris 1968
Blanning, T.C.W., Reform und Revolution in Mainz 1743 - 1803, London 1974
Träger, C., Mainz zwischen Rot und Schwarz. Die Mainzer Revolution 1792-1793 in Schriften, Reden und Briefen, Berlin(Ost) 1963
Scheel, H. (Hrsg.), Die Mainzer Republik I: Protokolle des Jakobinerklubs, Berlin(Ost) 1975
Kuhn, A. (Hrsg.), Linksrheinische deutsche Jakobiner. Aufrufe, Reden, Protokolle, Briefe und Schriften 1794-1801, Stuttgart 1978

Stulz, P. und Opitz, A., Volksbewegungen in Kursachsen zur Zeit der Französischen Revolution, Berlin (Ost) 1956

Silagi, D., Jakobiner in der Habsburgermonarchie. Ein Beitrag zur Geschichte des aufgeklärten Absolutismus in Österreich, München 1962

Reinalter, H., Aufgeklärter Absolutismus und Revolution, Wien 1980

ders. (Hrsg.), Jakobiner in Mitteleuropa, Innsbruck 1977

ders. Die Jakobiner in der Habsburgermonarchie, in: Revolutionäre Bewegungen in Österreich, Wien 1981, S. 93 - 109

Wagenbach, B., Revolutionsaufrufe deutscher Jakobiner,

(9) Scheel, S. 33

(10) Beiträge zur Vaterlandskunde

(11) Fournier, S. 248

(12) Beiträge zur Vaterlandskunde

(13) ebda

(14) Heigel, S. 172

(15) Scheel, S. 648

(16) Heigel, S. 177

(17) ebda S. 178

siehe auch: Weis, E., Bayern und Frankreich in der Zeit des Konsulats und des ersten Empire. (1799-1815) in: HZ 237, 1983, S. 559-595, hier S. 568ff

(18) ebda S. 179

(19) Archives du Ministère des Affaires Etrangères, Correspondence politique Bavière, Supplement Nr. 10
Hierbei hat mir Herr Prof. Dr. Weis freundlicherweise Einblick in seine Aufzeichnungen, die er in Paris gemacht hatte, gewährt.

(20) ebda

(21) Scheel, S. 652

(22) Du Moulin Eckart, Eine Ehrenrettung, S. 141

(23) Scheel

(24) DM 5223

(25) Hofkommissariatsakten

(26) DM 5251

- (27) DM 5252
- (28) DM 5252
- (29) DM 5263
- (30) DM 5262
- (31) DM 5268
- (32) DM 5268
- (33) ebda

XVII. Schlußbetrachtung (S. 180 - 182)

- (1) Denkwürdigkeiten des Grafen Montgelas, S. 65

Ungedruckte Quellen

Deutsches Museum

Nachlass Utzschneider

4645, 4183, 5088, 5092, 5095, 5098, 5101, 5120, 5124, 5175,
5176, 5219, 5220, 5221, 5222, 5223, 5225, 5236, 5239, 5242,
5243, 5244, 5251, 5252, 5255, 5258, 5261, 5262, 5263, 5266,
5268, 5269, 5270, 5273, 5274, 5275, 5276, 5278, 5279, 5280,
5306, 5324, 5337, 5338, 5340, 5341, 5342, 5396, 5397, 5430,
5434

Hauptstaatsarchiv

Personenselekt Cart. 8 Andree

Kurbayern Hofkammer 981

Ministerium der Finanzen (MF)

11566, 11856, 12066, 37514, 60781

Hofamtsregistratur (HR)

395/1223

Gerichtsliteralien (GL)

4432, 3621, 529

Generalregistratur (GR)

170/9, 329, 336, 454, 456, 459, 457, 463, 672, 718, 1630

Ministerium des Inneren (MInn)

19633

Klosterliteralien Berchtesgaden (KL Berchtesgaden)

141 1/5, 141 1/10, 141 1/13, 141 1/19, 141 1/43, 155, 188
1/4

Ministerium des Aeusseren (MA)
4644, 4645, 8078, 70086

Berg- Huetten und Salinen AG
2161

Altbayerische Landschaft
795, 796, 797

Staatsrat Sitzungsprotokolle
1, 2, 3, 381

Staatskonferenzprotokolle

Hausarchiv

Nachlass Mongelas 144

Korrespondenzakten 1703 1/4, 1704 1/2

Max Jsoeph I. 2378a

Kriegsarchiv

HS 85

Staatsbibliothek (Handschriftenabteilung)

Cgm 6343

Mir von Herrn Prof. Dr. Weis zur Verfügung gestellte
Aufzeichnungen:

Archives du Ministre des Affaires Etrangères, Paris.

Correspondance politique Bavière, Supplement Nr.10

Haus-, Hof und Staatsarchiv Wien

Staatskanzlei Bayern 11, 58

Gedruckte Quellen und Literatur

ADALBERT, Prinz von Bayern

Max I. Joseph

München 1957

AGETHEN, M.

Mittelalterlicher Sektentypus und Illuminatenideologie

Heidelberg 1979

ALBERT, Johann B.

Bayerns Zollwesen aus den ältesten bis auf unsere Zeiten nach seinen Hauptperioden bearbeitet.

München 1829

ALBRUCHT, D.

Fürstprobstei Berchtesgaden

München 1954

AMANN, J.

Die bayerische Landesvermessung in ihrer Entwicklung

Bd. I

München 1906

ANEGG, E.

Zur Gewerbestruktur und Gewerbepolitik Bayerns während der Regierung Montgelas

München 1965

ANZEIGER für Kunst und Gewerbefleiß in Bayern 2., 6. , 7.

Jahrgang, 1816 - 1821

ARETIN, Georg von

Aktenmäßige Donaumoos-Kulturgeschichte

o.O. 1795

ARETIN, K. O. Frhr. v.

Bayerns Weg zum souveränen Staat. Landstände und konstitutionelle Monarchie 1714 - 1818.

München 1976

ARETIN, K. O. Frhr. v.

Heiliges Römisches Reich 1776 - 1806. Reichsverfassung und Staatssouveränität, 2Bde.

Wiesbaden 1967

ARETIN, K. O. Frhr. v.

Kurfürst Karl Theodor und das bayerische Tauschprojekt. Ein Beitrag zur Geschichte des bayerischen Staatsgedankens der Montgelas-Zeit.

in: ZBLG 25, 1962, S. 745 - 800

AVIRMONT, M. v.

Geschichte der Salzwerke Berchtesgadens

in: Das Bayerland, 15. Jhg. 1904, Nr. 6 - 13

BACKMUND, F.

Zur Geschichte der Forsteinrichtung in Bayern

in: Forstwissenschaftliches Centralblatt 57, 1935

BARTH, G.

Die Bedeutung der Bodenschätze für die bayerische Landesentwicklung

1960

BAUERNFEIND, C. M. v.

Joseph von Utzschneider und seine Leistungen auf staats- und volkswirtschaftlichen Gebiet. Rede an die Studierenden der Technischen Hochschule beim Antritt des Rectorats für die Jahre 1880 bis 1883 gehalten am 18. December 1880

München 1880

BAUMANN, A.

Das bayerische Handelswesen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts.

München 1898

DAS BAYERLAND

1., 9., 32 Jahrgang, München 1890 ff

BAYERN im Lichte seiner hundertjährigen Statistik.
München 1933

BEER, A.

Die Sendung Thuguts in das preußische Hauptquartier und der
Friede von Teschen
in: HZ 38, 1877

BEER, A.

Zur Geschichte des bayerischen Erbfolgekrieges
in: HZ 35, 1876

BEITRÄGE zur Vaterlandskunde

BERNARD, P.P.

Joseph II. and Bavaria. Two eighteenth century attempts at
German Unification.
Den Haag 1965

BESCHREIBUNG der kgl. baierischen Salinen Reichenhall und
Berchtesgaden
Reichenhall 1854

BIOGRAPHISCHE Skizze von Joseph Utzschneider, Nekrolog,
(Verfasser unbekannt)
in: Vaterländisches Magazin, München 1840

BIRD, S.S.

The German Policy of Revolutionary France 1792 - 1797. 2
Bde.
Cambridge(Mass.) 1957

BÖHM, Laetitia (Hrsg)

Die Matrikel der Ludwigs-Maximilians-Universität Ingolstadt-
Landshut-München Teil I, Bd III, 2. Hlb.
bearbeitet von Rainer Albert Müller
München 1979

BORN, Karl Erich

Geld und Banken im 19. und 20. Jahrhundert
Stuttgart 1977

BUCH, O., Grab, W. u.a. (Hrsg.)

Die demokratischen Bewegungen in Mitteleuropa im ausgehenden
18. und frühen 19. Jahrhundert
Berlin 1980

BULOW, G.v.

Die Sudwälder von Reichenhall. Ihr ursprüngliches Waldbild
und ihre Bestockungsentwicklung unter der Wirkung des
Massenholzbedarfes.
Weißbach 1950 (Masch.)

BOSL, Karl

Die Geschichte der Repräsentation in Bayern. Landständische
Bewegung, landständische Verfassung, Landesausschuß und
altständische Gesellschaft.
München 1974

BOSL, Karl

Der moderne bayerische Staat von 1806 bis 1956
in: Bayern , ein Land verändert sein Gesicht München 1956,
S. 11 -32

BOSL, Karl

Forsthoheit als Grundlage der Landeshoheit
in: Festschrift zur 100-Jahrfeier des Maximiliansgymnasiums
in München, München 1949

BOUCHER, M.

La Revolution de 1789, vue par les écrivains allemands, ses
contemporains.
Paris 1954

DAZEL, A.

Praktische Anleitung zur Forstwirtschaft
München 1787

DANIEL, Ch.

Les jésuites franc-maçons et les Illuminés de Bavière

in: Etudes religieuses historique et litteraires, 9, Paris
1923, S. 342 - 377

DESBERGER,

Joseph von Utzschneider

in: Anzeiger für Kunst und Gewerbefleiß 1840, H.2

DOEBERL, Ludwig

Maximilian von Montgelas und das Prinzip der
Staatssouveränität

München 1925

=Deutsche Geschichtsbücherei Bd. 3

DOEBERL, Michael

Entwicklungsgeschichte Bayerns. 2. Band

Vom Westfälischen Frieden bis zum Tode König Maximilians I.

München 1912

DÖLLINGER, G.

Sammlung der im Königreich Bayern bestehenden Forst- und
Jagdverordnungen. 4 Bde.

München 1841

DREY merkwürdige Aussagen, die innere Einrichtung des
Illuminatenordens betreffend.

München 1786

DROZ, J.

L'Allemagne et la Révolution française.

Paris 1949

DROZ, J.

La légende du complot illuministe et les origines du
romantisme politique en Allemagne.

in: Revue Historique 226, 1961, S. 313 - 338

DU MOULIN ECKART, R. Graf

Bayern unter dem Ministerium Montgelas, Bd. I 1799 - 1800,
München 1895

DU MOULIN ECKART, R. Graf

Eine Ehrenrettung

in: Forschungen zur Literatur- und Kulturgeschichte Bayerns,
5. Bd. Ansbach und Leipzig 1897

DU MOULIN ECKART, R. Graf

Bayerische Zustände und die französische Propaganda im Jahre
1796

in: Forschungen zur Kultur- und Literaturgeschichte Bayerns
Bd. 2, 1894, S. 168 - 211

DU MOULIN ECKART, R. Graf

Aus den Papieren eines Illuminaten

in: Forschungen zur Kultur- und Literaturgeschichte Bayerns
Bd. 3, 1898, S. 55 - 76

DUNAU, Marcel

Napoléon et l'Allemagne. Le système continental et les
debuts du royaume de Bavière 1806 - 1810

Paris 1947

EHEBERG, Karl Theodor v.

Grundriß der Finanzwissenschaft

Leipzig/Erlangen 1925

EHRHARD, A.

Die bayerische Patriotenverfolgung vor 100 Jahren

in: Augsburgs Abendzeitung vom 10. Februar 1884

EICHHORN, Lilo

Die Salinenwälder von Reichenhall. 150 Jahre
Salinenkonvention

München 1979

ENGEL, L.

Die Geschichte des Illuminatenordens

Berlin 1906

FAHRMBACHER, H.

Aus Münchens Zeiten der Franzosennot 1800 -1801

München 1900

FEHM, Ernst Otto

Zur Wiederentdeckung des Illuminatenordens

Heidelberg 1979

FISCHER-FEHM

Geographisch-landeskundliche Erläuterungen zur Topographie

München 1970

FOURNIER, A.

Illuminaten und Patrioten

in: A. Fournier, Historische Studien und Skizzen

Bd. 1, Prag 1885, S. 211 - 252

FREUNDL, Stefan

Salz und Saline. Dargestellt am Beispiel der ehemaligen
Saline Rosenheim.

Rosenheim 1978

FREYDANK, Hanns

Zur Geschichte des Salinen Traunstein in Bayern.

Berlin 1935

FROHN,

Neue Zoll- und Mautordnung für die churpfalzbaierischen
Provinzen

o.O. 1802

FROHN,

Über Bayerns Reichthümer und die Mittel sie zu vermehren.

o.O. 1800

FÜGLEIN, Hygin

Joseph Konrad, der letzte Fürstprobst von Berchtesgaden.

Eine Gedenkschrift an dessen 100. Todestag

Berchtesgaden 1903

GEHRING, Ludwig
Das Berchtesgadener Salzwerk
Berchtesgaden 1905

GERBL, O.
Die Kontrolle der Steuerverwendung durch die Landstände in
Bayern.
München 1911

GRASSL, Hans
Freimaurer, Rosenkreuzer und Illuminaten
in: Bayern für Liebhaber, Barock und Aufklärung, hrsg. von
Herbert Schindler, München 1972, S. 196 - 215

GRASSL, H.
Aufbruch zur Romantik 1765 - 1785
München 1968

GROSSE Absichten des Ordens der Illuminaten, dem
patriotischen Publikum vorgelegt von vier ehemaligen
Mitgliedern.
München 1786

GRUBER, Chr.
Moorkolonien in Bayern
in: Geographisches Jahrbuch 1885

GRÜNBERGER, H.
Lehrbuch für pfalzbaierische Förster.
München 1788

HÄBERLE, E. J.
Zollpolitik und Integration im 18. Jahrhundert. Untersuchung
zur wirtschaftlichen und politischen Integration in Bayern
von 1765 - 1811.
München 1974

HAUSSER, L.
Geschichte der Rheinischen Pfalz. Bd. II
München 1924

HAUJLE, Ch.

Genealogie des Hauses Wittelsbach
München 1870

HAILER, Florian

Der Salzbergbau zu Berchtesgaden.
Berlin 1856

HAMMERMAYER, Ludwig

Das Ende des alten Bayern. Die Zeit des Kurfürsten Max III.
Joseph (1745-1777) und des Kurfürsten Karl Theodor (1777-
1799)

in: Handbuch der bayerischen Geschichte, hrsg. von Max
Spindler, Bd. 2 ,München 1969, S. 985 - 1102

HAMMERMAYER, Ludwig

Illuminaten in Bayern

in: Wittelsbach und Bayern III/1. König Max I.
Joseph und der neue Staat, Beiträge zur bayerischen
Geschichte und Kunst. 1799 - 1825 Hrsg. von Hubert Glaser,
München 1980

HAUNTINGER, Johann Nepomuk

Reise durch Schwaben und Bayern im Jahre 1784
Weißenhorn 1964

HARTMANN, L.

Joseph von Utzschneider

in: Monatsblätter der Marianischen Männerkongregation,
München 1925/26

HAUSHALTER, G.

Die Anfänge der modernen Zollverwaltung Bayerns

in: Forschungen zur Kultur und Literaturgeschichte Bayerns
XVI, Bd. München 1908

HAUSMANN, F.

Die Agrarpolitik der Regierung Montgelas
Frankfurt 1975

HAZZI, Joseph

Die echten Ansichten der Waldungen und Forste sammt der
Geschichte des Forstwesens

München 1801

HAZZI, J.v.

Statistische Aufschlüsse über das Herzogtum Bayern in drei
Bänden

Nürnberg 1803

HEIDER, J.

Das bayerische Kataster

München 1954

HEIGEL, Karl Theodor

Die Jakobiner in München

in: Aus drei Jahrhunderten. Vorträge aus der neueren
deutschen Geschichte von Karl Theodor Heigel

Wien 1881

HELD, H.

Altbayerische Volkserziehung und Volksschule ,
3 Bde.

München 1926 -1928

HENSELE,

Donaumoos-Studien

in: Vierteljahresschrift des bayerischen
Landwirtschaftsrates, 4. Jahrgang 1899

HESS, Richard

Lebensbilder hervorragender Forstmänner

Berlin 1882

HINDRINGER, R.

Das kirchliche Schulrecht in Altbayern von Albrecht V. bis
zum Erlaß der Verfassung

Paderborn 1916

HITZLBERGER, H.

Das Steuerbewilligungsrecht der Landstände in Bayern im Zeitalter des Absolutismus und seine Auswirkungen auf die Verfassung von 1818.

Erlangen 1949 (Masch.)

HOFFER, W.

Das System des Illuminatenordens und seine soziologische Bedeutung

Heidelberg 1957 (Masch. Diss.)

HOFFMANN, L.

ökonomische Geschichte Bayerns unter Montgelas 1799 -1817

Erlangen 1885

HOFFMANN, Jochen

Bedeutung und Funktion des Illuminatenordens in Norddeutschland

in: ZBLG 45,2 , 1982

HOFMANN, Hans Hubert

Adelige Herrschaft und souveräner Staat. Studien über Staat und Gesellschaft in Franken und Bayern im 18. und 19. Jahrhundert

München 1962

=Studien zur bayerischen Verfassungs- und Sozialgeschichte
Bd. 2

HÜFFER, Hermann

Der Rastatter Congreß und die zweite Coalition,
2 Bde.

Bonn 1878/79

HÜFFER, Hermann

Europa im Zeitalter der französischen Revolution Bd. 2 und 3

Bonn 1878 - 1879

HÜHNE, W.

Friedrich der Große , die europäischen Mächte und das Reich

am Vorabend des bayerischen Erbfolgekrieges
Göttingen 1935

HUMMERT, L.

Die finanziellen Beziehungen jüdischer Bankiers und
Heereslieferanten zum bayerischen Staat in der ersten Hälfte
des 19. Jahrhunderts.
München 1927

JÄGER, H.

Die wirtschaftlichen Führungsschichten in Bayern 1790 -
1850.
Neustadt/Aisch 1973

KLUCKHOHN, A.

Bayern unter dem Ministerium Montgelas
in: Beilage zur Allgemeinen Zeitung 1875

KLUCKHOHN, A.

Die Illuminaten und die Aufklärung in Bayern
in: Vorträge und Aufsätze, München 1894, S.344-399

KOCH, J.Th.

Geschichte des Lotteriewesens in Bayern
München 1908

KOCH-STERNFELD, Ernst Joseph Ritter v.

Geschichte des Fürstenthums Berchtesgaden und seiner
Salzwerke. 3 Bde.
Salzburg 1815

KOCH-STERNFELD, Ernst Joseph Ritter v.

Die Gründung und die wichtigsten geschichtlichen Momente des
ehemaligen Reichstifts und heutigen Fürstenthums
Berchtesgaden.
München/Berchtesgaden 1860

KOCH-STERNFELD, Ernst Joseph Ritter v.

Die deutschen, insbesondere die bayerischen und

österreichischen Salzwerke zunächst im Mittelalter
1836

KBSTLER, J.

Geschichte des Waldes in Bayern
München 1934

KOSSELLECK, R.

Kritik und Krise. Ein Beitrag zur Pathogenese der
bürgerlichen Welt.
Freiburg 1959

KRASENSKY, Hans

Kurzgefaßte Bankgeschichte
Stuttgart 1968

KARUS, J.G.

Die Staatshaushaltskontrolle in Bayern seit dem Ausgang des
18. Jahrhunderts
in: Schanz, Finanzarchiv, 1. Bd. , XIII. Jahrgang 1925

KRELL, H.

Die Besiedelung des Donaumooses
Neuburg an der Donau 1949

LAMEY, F.

Zur Geschichte des Friedens von Teschen
in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 45, 1891

LEITSCHUH, Max

Die Matrikel der Oberklassen des Wilhelmsgymnasiums in
München , Bd. III , 1740/41 - 1829/30
München 1973

LEFORESTIER, R.

Les Illumines de Baviere et la Franc-Maconnerie allemande
Paris 1914

LERCHENFELD, H.v.

Geschichte Bayerns unter König Maximilian I.
München 1854

LOSSEN, W.

Geschichte und Beschreibung der Reichenhaller Solequellen,
der Soleleitungen von Berchtesgaden, Rosenheim, der
Reichenhaller Salinen.

Bad Reichenhall 1968

LOSSEN, W.

Die Reichenhaller Salinen.

1951

LUTGE, F.

Wirtschaft und Wissenschaft im 19. Jahrhundert
in: Bilder der bayerischen Geschichte , Nürnberg 1953

LUTGE, F.

Die Bayerische Grundherrschaft

Stuttgart 1949

LUTGE, F.

Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

Berlin 1966

LUTZ, H.

Zur Geschichte der Karthographie in Bayern

1886

=Jahresbericht der Geographischen Gesellschaft München 11

MACKENTHUN, Ilse

Joseph von Utzschneider , sein Leben sein Wirken, seine
Zeit. Ein Beitrag zur bayerischen Wirtschaftsgeschichte.

München 1958

MÄNNER, Ludwig

Bayern vor und in der französischen Revolution

Stuttgart 1927

MAFFEI, H.v.

Die Moorkultur in Oberbayern

München 1913

MANNLICH, J. Ch. v.

Rokko und Revolution. Lebenserinnerungen

1744 - 1822

Berlin 1923

MANTEL, W.

Die Einnahmen aus den bayerischen Staatswäldungen seit
Ausgang des 18. Jahrhunderts

München 1939

MARTIN, F.

Berchtesgaden, die Fürstprobstei der regulierten Chorherrn

Wien 1923

MATERIALIEN zu einem künftigen Landtage in Baiern

Hrsg. von v. W.

Regensburg 1800

MEGGENHOFEN, Frhr. v.

Meine Geschichte und Apologie. Beitrag zur
Illuminatengeschichte

o.O. 1786

MEYR, G.K.

Sammlung der kurpfalzbaierischen Landesverordnungen

München 1800 ff

MEYR, G.K.

Kurpfalzbaierische Generaliensammlung, 5 Bde.

München 1784ff

MITTELBERGER, H.

Johann Christian von Hofenfels (1744 - 1787)

München 1934

MITTENDORFER, Maria

Die Liquidation der Salinen Hall

Innsbruck 1970

MONTARLOT, P. u.a.

Le Congrès de Rastatt, Correspondance et documents 3 Bde.
Paris 1912/13

MONTGELAS, Maximilian Joseph Graf v.

Denkwürdigkeiten des Grafen Maximilian Joseph von Montgelas
über die innere Staatsverwaltung Bayerns 1799-1817, hrsg.
von G. Laubmann und M. Döberl.

Nebst einer Einleitung über die Entstehung des modernen
Staates in Bayern von M. Döberl

München 1908

MÜLLER, Ch.

München unter Maximilian I. Joseph. 1. und 2. Teil
Mainz 1816/17

MÜNCHNER Intelligenzblatt 1799

MUSSINAN, J.

Geschichtliche Übersicht und Darstellung des bayerischen
Staatsschuldenwesens

München 1831

NACHTRAG von weiteren Originalschriften, welche die
Illuminatensekte ... betreffen und bey der auf dem Baron
Bassusischen Schloß zu Sandersdorf ... vorgenommenen
Visitation entdeckt ... worden sind

München 1787, 2 Abteilungen

NEUFORM, r.St. v.

Die Staatsschulden des Königreiches Bayern
Bamberg 1858

NUSSER, Hans

Kurbayerns Maut- und Zollpolitik im Spiegel der Gesetzgebung
München 1943

OBERHUMMER, Eugen

über die Entwicklung und die Aufgaben der bayerischen

Landeskunde

in: Altbayerische Monatsschrift Jhrg. 1, H.1, 1899S. 1 - 22

OEERNEDER, M.

Bayerische Salzfibel

1960

ORFF, K.v.

Die bayerische Landesvermessung in ihrer wissenschaftlichen Grundlage

München 1873

ORFF, K.v.

Mitteilungen über die Aufgaben und Thätigkeiten des topographischen bureaux in München

in: Jahresbericht der Geographischen Gesellschaft in München für 1882/83, S. 217 - 229

Einige ORIGINALSCHRIFTEN des Illuminatenordens, welche bey dem gewesenen Regierungsrathe Zwackh durch vorgenommenen Haussuchung zu Landshut den 11. und 12. October 1786 vorgefunden worden. Auf höchsten Befehl Seiner Churf. Durchlaucht zum Druck befördert.

München 1787

DW, Anton Frhr. v.

Münchner Neuigkeiten aus den Jahren 1795 - 99

in: Altbayerische Monatsschrift 3. Jahrgang 1901/02

FAULSEN, Friedrich

Geschichte des gelehrten Unterrichts. 2 Bde.

Berlin/Leipzig 1921

PECHMANN, H.v.

Geschichte der Austrocknung und Kultur des Donaumooses

1832

PERTHES, C.lh.

Politische Zustände und Personen in Deutschland zur Zeit der französischen Herrschaft. 2 Bde.

Gotha 1862/69

POSCHINGER, H.v.

Bankgeschichte des Königreiches Bayern
Erlangen 1875

PRÄLIMINARIEN eines neuen Landtages in Baiern. 1. und 2.
Fassung
o.O. 1800

Quint, W.

Souveränitätsbegriff und Souveränitätspolitik in Bayern
Berlin 1971

RALL, H.

Kurbayern in der letzten Epoche der alten Reichsverfassung
1745 - 1801
Berlin 1952

REIMANN, E.

Geschichte des bayerischen Erbfolgekrieges
Leipzig 1869

REINALTER, H.

Die Jakobiner in der Habsburgermonarchie
Wien 1981

REINALTER, H.

Jakobiner in Mitteleuropa
Innsbruck 1977

REINALTER, H.

Aufgeklärter Absolutismus und Revolution
Wien 1980

REINHARDSTÄTTER, K.v.

Forschungen zur Kultur und Literaturgeschichte Bayerns
Ansbach/Leipzig 1896

RITTER von Lang

Die Memoiren des Ritter von Lang
in: Aus drei Jahrhunderten, Wien 1881

ROSENLEHNER, A.

Die Grundlagen des Wirtschaftslebens in Bayern

in: Forschungen zur Geschichte Bayerns, XVI. Bd., H.3, 1908

ROTH, Gertrud

Die gefürstete Probstei Berchtesgaden in der Zeit ihres letzten Probstes. 1780 - 1803

München 1939

ROTH, Günther

Joseph von Utzschneider, ein bayerischer Staatsmann und Unternehmer. Vortrag des bayerischen Rundfunks

München 1968

ROTH, Karl

Geschichte des Forst- und Jagdwesens

Berlin 1879

RUBNER, H.

Forstgeschichte im Zeitalter der industriellen Revolution

1967

RUDHART, I.

Über den Zustand des Königreichs Bayern nach amtlichen Quellen. 3 Bde.

Stuttgart 1825/27

SALZ und Holz. Die bayerische - österreichische Salinenkonvention von 1829. Europas ältester Staatsvertrag

München 1979

SAUTER, F.

Die Entstehung des topographischen Bureaus des kgl. bayerischen Generalstabs

in: Oberbayerisches Archiv 41, 1882, S. 223 - 323

SCHEEL, Heinrich

Jakobinische Flugschriften aus dem deutschen Süden Ende des 18. Jahrhunderts

Berlin 1965

SCHEEL, Heinrich

Süddeutsche Jakobiner. Klassenkämpfe und republikanische Bestrebungen im deutschen Süden Ende des 18. Jahrhunderts
Berlin 1962

SCHIERGHOFFER, Georg

Traunstein und das Salz
Traunstein 1911

SCHLÖSSER, C.

Das Haus Zweibrücken im bayerischen Erbfolgestreit bis zum Ausbruch des Krieges
in: Oberbayerisches Archiv 56, 1912 ; 57, 1913

SCHMELZLE, Hans

Der Staatshaushalt des Herzogtums Bayern im 18. Jahrhundert
Stuttgart 1900

SCHNABEL, Franz

Die kulturelle Bedeutung der Karl-Theodor- Zeit
Mannheim 1924
=Mannheimer Geschichtsblätter 24

SCHNEIDER, F.J.

Die Freimaurerei und ihr Einfluß auf die geistige Kultur in Deutschland am Ende des 18. Jahrhunderts
Prag 1909

SCHÖNAU, Friedrich

Geschichte des Berchtesgadener Landes
Neustadt a.d. Aisch 1960

SCHÖNAU, Friedrich

Berchtesgaden. Sage und Geschichte
Neustadt a.d. Aisch 1953

SCHÖNHUB, Anton v.

Die Geschichte des königlich bayerischen Kadettencorps. 2 Teile
München 1856

SCHREMMER, E.

Die Wirtschaft Bayerns vom hohen Mittelalter bis zum Beginn
der Industrialisierung. Bergbau, Gewerbe, Handel
München 1970

SCHÜPFER, Vinzenz

Zur Geschichte des forstwissenschaftlichen Unterrichts in
Bayern
München 1929

SCHÜPFER, E.

Skizzen über forstliche Zustände in Bayern am Ende des 18.
Jahrhunderts.
in: Forstwissenschaftliches Zentralblatt 39, 1917

SCHWAR, Hans- W.

Die Vorgeschichte des Vertrages von Ried.
München 1933

SEQUER, F.

Die bayerische Staatsschuld
in: Finanzarchiv 20. II, 1903

SEYFERT, Ingeborg

Aus den Reisetagebüchern von H. Zschokke
München 1965

SILAGI, D.

Jakobiner in der Habsburgermonarchie
München 1962

SOMBART, W.

Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert
Berlin 1927

SPINDLER, M.

Der neue Staat Montgelas und Ludwigs I.
München 1964

=Unbekanntes Bayern VIII, Bilder aus der bayerischen
Geschichte, S.210 - 219

SPINDLER, M.

Der neue bayerische Staat des 19. Jahrhunderts
in: Spindler Aufsätze, S. 192 -211

SMITH, Adam

An inquiry into the nature and causes of the wealth of
nations
London 1776

STAHL, Wolfgang

Joseph von Utzschneider und seine Bedeutung für die deutsche
optische Industrie
München 1929

STEINWACHS, O.

Der Ausgang der landschaftlichen Verordnung in Bayern
in: Oberbayerisches Archiv 55. 1910, S.60 - 138; S. 294 -
332; 56, 1912, S. 37 - 58; 57, 1913, S. 38 -117

STENGEL,

Die Austrocknung des Donaumooses
o.O. 1791

Über SÜDEUTSCHLAND

Das graue UNGEHEUER

München 1784

UNZER, A.

Der Friede von Teschen
1903

UTZSCHNEIDER, Joseph

Mit welchen Schwierigkeiten begann im Jahre 1799 und 1800
die Regierung Sr. Majestät des Königs Max Joseph in Bayern
München 1837

UTZSCHNEIDER, Joseph

Beyträge zur Land- und Staatswirtschaft
1804

VOLZ, G.B.

Friedrich der Große und der bayerische Erbfolgekrieg
in: Forschungen zur brandenburg-preußischen Geschichte 44,
1932 ff

VIVENOT, A. Ritter v.

Zur Geschichte des Rastätter Congresses
Wien 1871

WAHRER Überblick der Geschichte der bayerischen Nation oder
das Erwachen der Nation nach einem
Jahrtausend

WALCH, A.

Die wirtschaftspolitische Entwicklung unter Montgelas
1799 - 1817
Erlangen 1935

WANGERMANN, E.

Von Joseph II. zu den Jakobinerprozessen
Wien 1966

WARMUTH, Oswald

Geschichte der Mooskultur unter Karl Theodor
München 1908

WEIS, Eberhard

Maximilian Joseph Graf von Montgelas 1759 - 1838
in: Männer der deutschen Verwaltung , Köln/Berlin 1963 S.59 -
78

WEIS, Eberhard

Absolute Monarchie und Reform im Deutschland des späten 18.
und des frühen 19. Jahrhunderts
in: Geschichte in der Gesellschaft ,Festschrift für Karl
Bosl, 1974, S. 436 -461

WEIS, Eberhard

Die Begründung des modernen bayerischen Staates unter König
Max I. (1799 - 1825)

in: Handbuch der bayerischen Geschichte, hrsg. v. Max
Spindler, IV/1, 1974; IV/2, 1975

WEIS, Eberhard

Montgelas 1759 - 1799. Zwischen Revolution und Reform
München 1971

WEIS, Eberhard

Pfalzbayern, Zweibrücken und die französische Revolution
in: Deutschland und die französische Revolution, hrsg. v.
Jürgen Voss, München 1983, S. 118 - 131

WEISHAUPT, Adam

Apologie der Illuminaten
Frankfurt/Leipzig 1786

WEISHAUPT, Adam

Bemerkungen über einige Originalschriften des
Illuminatenordens ...
Frankfurt/Leipzig 1787

WEISHAUPT, Adam

Einleitung zu meiner Apologie
Frankfurt/Leipzig 1787

WEISHAUPT, Adam

Vollständige Geschichte der Verfolgung der Illuminaten in
Baiern
Frankfurt/Leipzig 1786

WIDMANN, H.

Geschichte Salzburgs in drei Bänden
Gotha 1914

WIEDEMANN, Max

Die Saline Bad Reichenhall
Bad Reichenhall 1928

WIESMÜLLER, Fr.

Geschichte der Mooskultur in Bayern
München 1909

Lebenslauf

Am 18.12. 1951 wurde ich, Hans-Peter Sang, in Gießen in Hessen als Sohn des Kaufmannes Walter Sang und der Lehrerin Gertrude Sang geb. Friedl geboren. Im Alter von sechs Jahren wurde ich in der Volksschule Kirch-Göns, Kreis Friedberg, Hessen eingeschult. Nach Vollendung des vierten Schuljahres besuchte ich das Weidig Gymnasium in Butzbach, Hessen. 1967 wechselte ich auf das Ernst-Ludwig-Gymnasium in Bad Nauheim über, wo ich 1970 das Abitur ablegte. Im selben Jahr immatrikulierte ich mich an der Justus-Liebig-Universität in Gießen mit der Fächerverbindung Mathematik/Geschichte für das Lehramt und nahm im Wintersemester 1970/71 mein Studium auf.

Nachdem ich in Gießen eine Zwischenprüfung in den Fächern Mathematik und Geschichte mit Erfolg abgelegt hatte, wechselte ich an die Ludwig-Maximilians-Universität in München. Da ich mich im Wintersemester 1972/73 in Gießen noch für das Fach Physik eingeschrieben hatte, studierte ich in München die Fächerverbindung Mathematik/Physik für das Lehramt und Geschichte mit dem Abschlußziel der Promotion. Im Herbst 1979 legte ich das 1. Staatsexamen für das Lehramt an Realschulen mit Erfolg ab. Im Frühjahr 1980 nahm ich meinen Referendardienst in Pasing am Institut für die Ausbildung der Lehrer an Realschulen auf. Im September 1980 wurde ich an die Seminarschule in Dachau versetzt, von wo ich im Februar 1981 an die Einsatzschule in Friedberg bei Augsburg geschickt wurde. Nachdem ich im Sommer 1981 mein 2. Staatsexamen bestanden hatte, bekam ich eine Planstelle an der Staatlichen Realschule in Friedberg zugewiesen. Hier wurde ich im September 1984 zum Beamten auf Lebenszeit ernannt.

Im Oktober 1984 reichte ich meine Arbeit "Joseph von Utzschneider, 1763-1801" bei der Philosophischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität zur Erlangung des Doktorgrades ein. Am 25. Februar fand die mündliche Prüfung statt, die ich mit Erfolg ablegte.

WORLFRAM, L.

Die Illuminaten in Bayern und ihre Verfolgung
Erlangen 1899/1900

=Programm des humanistischen Gymnasiums Erlangen

ZORN, W.

Kleine Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bayerns 1806 - 1933
München 1962

ZIMMERMANN, Fritz

Bayerische Verfassungsgeschichte vom Ausgang der Landschaft
bis zur Verfassungsurkunde von 1818. Bd.1

Vorgeschichte und Entstehung der Konstitution von
1808

München 1940

=Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte

ZWACK, F.X.v.

Anhang zu den Originalschriften des Illuminatenordens
Frankfurt/Leipzig 1787

ZWEHL, Hans Karl v.

Kampf um Bayern 1805, Teil 1

München 1937

ZWERGER,

Die ersten Forstschulen Bayerns.

München 1926

=Mitteilungen vom Verein der höheren Forstbeamten Bayerns.

